REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 467 · 22.11.2002

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. In Bewegung kommen!
2. Licht ins Dunkel. Daimler zur Aufklärung von Morden an argentinischen Gewerkschaftern gezwungen - Boris Kanzleiter
3. Was die Welt hergibt. Biopiraterie und Plan Puebla Panamá - Interview: Miriam Edding
4. Kolonialismus der Innenräume. BUKO-Kampagne will Biopiraten in die Quere kommen - Jutta Sundermann und Adam Pawl
5. Der Geschmack von Freiheit und Abenteuer. Der "deutsche Weg" zum Irak-Krieg - Knut Mellenthin
6. Null Toleranz für Passivität. Sparen, deregulieren, strafen mit Rot-Grün - dk
7. 25 Jahre Deutscher Herbst. Archive öffnen! Der Wahrheit eine Chance
8. "Die Römer kommen!" Mit der Räumung des Wagenplatzes Bambule will der Hamburger Senat ein Exempel statuieren - NV
9. 1 x Castoralarm = 2 Sixpacks + 61 h: 2.000 kritische + 16.000 unkritische Masse - Fotoreportage von Timo Vogt
10. Kleine Schwester, große Wirkung. Arbeit mit kriegstraumatisierten Frauen und Kindern in Ex-Jugoslawien. Ein Gespräch - Interview: Stefanie Graefe
11. Ein Votum für den Präsidenten. Der Sieger der US-Kongresswahlen heißt George W. Bush - Michael Hahn
12. Velkommen til Kobenhavn! Trotz Repression gibt es viele Aktionen gegen den EU-Gipfel in Kopenhagen - kb
13. Signal für Optimismus. Eine erste Bilanz des Europäischen Sozialforums in Florenz - Monika Bricke
14. Spanische Schlaglichter. Die Situation für Flüchtlinge und MigrantInnen verschlechtert sich rapide - Tom Kucharz
15. Gegen den Krieg, für den Sturz Saddams! Interview mit Raid Fahmi, Sprecher der Irakischen KP - Interview: Bernhard Schmid
16. "Lautsprecher der amerikanischen Regierung". JournalistInnen im Kriegseinsatz im Irak - Karin Leukefeld
17. Eine PR-Agentur wirbt für den Krieg. Kleines Who is Who der Kriegstreiberei in den USA (Teil 2) - Kt.
18. Wohin steuert die Türkei? - Jan Keetmann
19. Apartheidopfer fordern Gerechtigkeit. Sammelklage gegen europäische und US-amerikanische Firmen und Banken - Thomas Seibert, medico international
20. Neues Spiel, altes Unglück. Vorgezogene Neuwahlen in Israel - Achim Rohde
21. Bündnis gegen Rechts. Frankreich: Soziale Bewegungen mobilisieren - Bernhard Schmid
22. Bill Gutiérrez oder RevoLUCIOn? Wahlerfolg der Opposition in Ecuador - Boris Siebert
23. Und jetzt, Lula? Brasilien: Die Enttäuschungen sind vorprogrammiert - Klaus Hart
24. Modernisierung der Standortkonkurrenz. Hartz-Vorschläge machen BRD-Kapital fit für den Weltmarkt - Gegeninformationsbüro Berlin
25. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
26. "Im Maul des Hitze-Monsters". Arbeiten als Burger-Bräter bei McDonald's - Kolinko
27. "In Übereinstimmung mit den Überlegungen des Bundes ..." Die "Ausreiseeinrichtung" in Bramsche-Hesepe wird seiner rassistischen Funktion voll gerecht - Hildegard Winkler
28. Die Urlaubswächter vom Amt. Der Residenzpflicht-Prozess gegen Cornelius Yufanyi geht in eine weitere Runde - Anke Schwarzer
29. Aufruf zur Kampagne gegen Abschiebungen und Abschiebelager
30. Allen Unkenrufen zum Trotz: Das Grenzcamp Jena kann sich sehen lassen - Gregor Samsa
31. Theorie: gut, Revolte: besser, Theorie der Revolte: am besten. "Konjunkturen des Rassismus" gegengelesen - Stefanie Graefe
32. Foltergehilfe Schweiz. Deutsche soll als mutmaßliche ETA-Aktivistin an Spanien ausgeliefert werden - Heiner Busch

33. Volksgemeinschaft ist immer und überall. Drei Fantômas-Redakteure auf Entdeckungsreise - eine Replik - Js.
34. Zwischen Wachsamkeit und Alarmismus. Eine vorläufige Bilanz der Möllemann-Westerwelle-Affäre - Js.
35. Eigentor? Eigentor! Zum Antisemitismusstreit in der SoZ. Antwort an meinen ak-Kritiker - Christoph Jünke
36. Hitlers willige Gläubige. Goldhagens neues Buch über die Kollaboration der Kirchen mit dem NS-Regime - Alexander Neumann
37. Achtundachtzig Jahre Leben. Die Geschichte des Wladyslaw Szpilman - erzählt von ihm selbst, verfilmt von Polanski - Stefanie Graefe
38. HipHop made in Germany. Deutschrap droht antirassistischen HipHop zu verdrängen - DSe
39. Tresenthesen und Tritte gegen Rechts. Rantanplan legt abwechslungsreiche EP vor - DSe
40. Amerikanische Zustände. Michael Moore's Erkundungen im Land der unbegrenzten Möglichkeiten - lg
41. Alle Jahre wieder: 25.000 Euro für ak
42. Persilschein für einen Neofaschisten?
43. Kriegsverbrechen im Medienblackout
44. AUFGEBLÄTTERT
45. LESERBRIEF
46. KALENDER
47. Quelldatei 42bu.htm
48. EDITORIAL
49. Krieg für Öl
50. Herrschaft der Clementinen

1. In Bewegung kommen!

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/auf467.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:auf467

Die globalisierungskritische Bewegung hat ein weiteres Highlight gesetzt: Mehr als 500.000 Menschen demonstrierten am 9. November in Florenz. Es waren nicht die staatlichen Gewaltorgien, wie im Juli 2001 in Genua, durch die die "Bewegung der Bewegungen" ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückte. Es war vielmehr die überwältigende und so von niemandem erwartete Beteiligung an der Abschlussdemonstration des ersten Europäischen Sozialforums (ESF).

Dass auf dieser Demonstration das Kriegsthema mit im Vordergrund stand, ist eine weitere positive Überraschung. Der näher rückende Irak-Krieg, den die Regierung Berlusconi vorbehaltlos unterstützt, hat dazu sicherlich beigetragen. Vor allem aber war es die innenpolitische Situation Italiens, die Hunderttausende auf die Straße trieb. Die Massenentlassungen bei Fiat, der Sozialabbau und Berlusconis Machenschaften gegen die ihn bedrängende Justiz - all das wirkte im hohen Maße mobilisierend.

Mit der Linkspartei Rifondazione Comunista, dem Gewerkschaftsverband CGIL, den Basisgewerkschaften Cobas oder den Disobbedienti (den "Ungehorsamen") gibt es eine Vielzahl von organisierten Kräften, die das Rückgrat der sozialen und globalisierungskritischen Bewegung in Italien bilden. Diese Kräfte haben in den Sozialforen produktive Formen der Zusammenarbeit entwickelt. Die oft geforderte lokale Verankerung der Globalisierungskritik wird in Italien vielerorts real gelebt, über Strömungsgrenzen hinweg. Rifondazione Comunista, die aus der KP hervorgegangene "Partei der kommunistischen Neugründung", erweist sich dabei zur Zeit als die offenste und produktivste Gruppierung. Ihr Vorsitzender Fausto Bertinotti traf die vorherrschende Stimmung, als er in Florenz ausrief: "Wer vom Neoliberalismus spricht, kann vom Kapitalismus nicht schweigen!" Unüberhörbar war, dass beim ESF der "anti-kapitalistische" Grundton den "anti-neoliberalen" übertönte.

Und das lag glücklicherweise nicht vorrangig an den Schreihälsen der trotzkistischen Socialist Workers' Party, die mit ihrem plumpen Revolutionsgeheule ("one solution - revolution!") manch Trommelfell malträtierten. Eine Linksverschiebung in der Rhetorik ist feststellbar; auf welcher programmatischen Grundlage sich dies vollzieht, bleibt bis auf weiteres noch unklar.

Dass der Pluralismus der Linken nicht nur akzeptiert, sondern bewusst gewollt wird, ist ein Politikverständnis, für das in Frankreich die Ligue communiste révolutionnaire (LCR) steht. In bescheideneren Größenverhältnissen als in Italien erproben auch dort unterschiedliche Strömungen der Linken und der sozialen Bewegungen Formen der Zusammenarbeit. Das italienische wie das französische Beispiel sind für die deutsche Linke von größtem Interesse. Dass sie sich nicht einfach kopieren lassen, liegt nicht nur am Zustand der hiesigen Linken. Zu unterschiedlich sind auch die Regulationsmechanismen in Staat und Gesellschaft und die Traditionen sozialer Auseinandersetzung.

Während das System Schröder vor allem die Gewerkschaften aktiv mit einzubeziehen versucht, setzt das System Berlusconi beim Aushebeln sozialer und demokratischer Rechte auf Polarisierung. Dabei stößt es auf Kräfte, die zur Konfrontation bereit sind und gleichzeitig versuchen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Das Europäische Sozialforum in Florenz war ein Ausdruck davon.

Dass die italienische Linke nach diesem Erfolg nicht in Versuchung gerät, erst einmal Pause zu machen, ist wiederum der Regierung Berlusconi zu "verdanken". Wer Proteste organisiert, Straßen blockiert oder Häuser besetzt, will die "verfassungsmäßige und ökonomische Ordnung" umstürzen, findet die Rechtsregierung.

Die Verhaftung von 42 AktivistInnen wegen Bildung einer "subversiven Vereinigung" ist mehr alsein Racheakt. Sie ist eine Kampfansage an die gesamte Bewegung.

2. Licht ins Dunkel. Daimler zur Aufklärung von Morden an argentinischen Gewerkschaftern gezwungen

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:05

"Por la memoria" - "Für die Erinnerung" stand auf Flugblättern, die Gewerkschafter vor drei Jahren vor den Werkstoren der Daimler-Niederlassung in einem Vorort der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires verteilten. Sie wollten an die 14 Kollegen erinnern, die nach dem Militärputsch 1976 ermordet wurden, allesamt aktive Mitglieder des damaligen Betriebsrates. Niemand wurde bisher für die Morde zur Verantwortung gezogen. Vor drei Jahren wurden die Flugblattverteiler vom Werkschutz vertrieben, aber mittlerweile gibt es Aussicht auf Aufklärung. Nach einer intensiven Kampagne von Menschenrechtsgruppen, sieht sich DaimlerChrysler gezwungen, eine "unabhängige Untersuchungskommission" ins Leben zu rufen.

Mit eiskalter Ignoranz reagierte die Chefetage des DaimlerChrysler Konzerns, als vor drei Jahren Vorwürfe laut wurden, führende Mitarbeiter der Stuttgarter Autobauer seien im Argentinien der 70er Jahre an der Ermordung von über einem Dutzend unbequemer Betriebsräte beteiligt gewesen. Erste Presseveröffentlichungen der Journalistin Gaby Weber, die den Fall vor Ort akribisch recherchierte, stießen in der Neckarstadt auf Schweigen. Selbst als mediale Schwergewichte wie der Spiegel die Geschichte aufgriffen, blieb es merkwürdig still.

Das änderte sich auch nicht, als Mitglieder von Menschenrechtsgruppen zur Hauptversammlung des Unternehmens ins Kongresszentrum nach Berlin fuhren, um den Vorstandsvorsitzenden Jürgen Schremp vor 10.000 AktionärInnen direkt mit Zeugenaussagen Überlebender zu konfrontieren. Gänzlich unwissend gab sich der Konzern auch, als der Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, Vorsitzender eines renommierten Anwaltsvereines, gegen führende Daimler-Mitarbeiter eine Anzeige wegen Beihilfe zum Mord stellte und die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren einleitete. Bei den Herren der Sterne hieß es eins ums andere Mal nur: Wir wissen von nichts. Und irgendwie hatten AktivistInnen von Menschenrechtsgruppen und JournalistInnen den Eindruck, dass die Konzernführung auch am Liebsten von nichts wissen wollte. Denn bei Nachfragen wurden sie von arroganten PressesprecherInnen abgewimmelt wie lästige Fliegen, die beim Mittagessen stören.

Aber das unablässige Piken scheint nun doch zu unangenehm geworden zu sein. Ende Oktober bestätigte der Konzern offiziell, dass "auf Initiative der Unternehmensführung und der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat" eine unabhängige Untersuchungskommission eingesetzt worden sei. Zwar hätten interne Untersuchungen ergeben, dass eine "Verwicklung" in die Morde an den Gewerkschafter "nicht festgestellt" werden konnte. Aber um "Verdachtsmomenten weiter nachzugehen" solle die Kommission bis Ende 2003 Klarheit schaffen. Den Vorsitz übernimmt der Berliner Völkerrechtsprofessor Christian Tomuschat, der sich als Leiter der UN-Wahrheitskommission in Guatemala einen Namen gemacht hat.

Daimler: Wir wissen von nichts

So freut sich denn auch Angelika Denzler, eine Sprecherin der Koalition gegen Straflosigkeit, des Zusammenschlusses der um den Fall bemühten Menschenrechtsgruppen: "Das ist ein großer Erfolg für uns." Zwar gibt es keinen Grund anzunehmen, Daimler habe plötzlich seine Geschäftspolitik umgestellt, und Rechtsanwalt Kaleck warnt davor, die Kommission könne zu einer "Alibiveranstaltung" werden, die keine konkreten Folgen habe. Aber immerhin könnte doch mehr Licht ins Dunkle kommen.

Zu untersuchen gibt es wahrlich viel. Im Daimler-Werk in Gonzalez Catan tobte Mitte der 70er Jahre der Klassenkampf. Militante Gewerkschafter mobilisierten die mehrere tausend Beschäftigten zu Streiks für bessere Arbeitsbedingungen. Linke Guerilleros versuchten mit der Entführung des Werkleiters auf den betrieblichen Kampf Einfluss zu nehmen. Das alles spielte sich ab im aufgeheizten politischen Klima eines Landes, das nach dem Machtergreifung der Generäle im benachbarten Chile 1973 zwischen einer drohenden Militärdiktatur und einer anschwellenden revolutionären Bewegung stand.

Schließlich putschte im März 1976 das Militär. Gewerkschafter galten nun offiziell samt und sonders als "Terroristen". 14 Betriebsräte der Daimler-Niederlassung wurden in den folgenden Monaten von Soldaten aus dem Betrieb oder von Zuhause abgeholt und bleiben bis heute "verschwunden". Sie teilen das Schicksal von 30.000 Oppositionellen, die bis 1983 ermordet wurden. Während überlebende Gewerkschafter, den damaligen Produktionsleiter Juan Tasselkraut als Verantwortlichen für die Weitergabe von Adressen der Ermordeten an das Militär nennen, bestreitet dieser und der Konzern jede Verantwortung.

Der Nachweis wird allerdings immer schwerer. Den zuletzt aufgetauchten Hinweis auf eine mögliche direkte Verbindung zwischen dem blutigen Geschehen in den Folterkellern argentinischer Militärs und der absoluten Spitze des Weltkonzerns, fand kürzlich ein Mitarbeiter der Informationsstelle Lateinamerika (Ila) aus Bonn in einem Archiv der Friedrich Ebert Stiftung der SPD. Es handelt sich um einen Briefwechsel zwischen dem damaligen IG-Metall Chef und Präsidenten des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB), Eugen Loderer, und dem Daimler Chef und Präsident des deutschen Arbeitgeberbandes Hans Martin Schleyer. Am 19. Mai 1976, wenige Wochen nach dem Putsch, zu einem Zeitpunkt als in Buenos Aires Todesschwadrone Jagd auf Oppositionelle machten, rechtfertigt Schleyer die Entlassung von 115 Arbeitern, denen auf Grund der Teilnahme an einem Streik zwei Jahre zuvor gekündigt worden war. Es sei darum gegangen, "subversive Elemente aus den Fabriken auszuschalten", so Schleyer.

Nun heißt "ausschalten" nicht unbedingt "umbringen", schon gar nicht, weil das Wort nicht im Kontext mit den Morden an den Gewerkschaftern gebraucht wird, die erst einige Monate später begangen wurden. Aber der Briefwechsel zeigt immerhin deutlich, dass sich die Führungsspitze des Konzerns in Stuttgart genau mit den Ereignissen in Argentinien befasste. Zumindest die Kenntnis der stattgefundenen Morde dürfte also nicht an Stuttgart vorbei gegangen sein. Zudem muss die Frage erlaubt sein, welche Methoden das "Ausschalten" von "subversiven Elementen" im Gedankenhaushalt eines ehemaligen SS-Mannes wie Schleyer alles umfasste.

"Subversive Elemente ausschalten"

Der Briefwechsel wirft auch einen Schatten auf die Rolle der IG-Metall Führung. Denn Schleyer konnte mit seiner Argumentation durchaus auf die Zustimmung Loderers hoffen. Dessen Stellvertreter im IMB war zum fraglichen Zeitpunkt nämlich kein anderer als José Rodríguez, der Chef der unternehmenstreuen SMATA, einer "gelben" Gewerkschaft, die gemeinsam mit der Unternehmensleitung gegen die klassenkämpferischen unabhängigen Betriebsräte in der Daimler-Niederlassung in Gonzalez Catan vorging. Rodríguez, der seinen Posten im IMB noch immer bekleidet, muss sich erst jetzt unbequemen Fragen stellen. Kürzlich wurde er vor einem Wahrheitstribunal in Buenos Aires befragt und der österreichische Metallerverband hat das IMB-Sekretariat zu einer Untersuchung der Vorwürfe aufgefordert. Die deutsche IG-Metall dagegen muss sich fragen lassen, warum es so lange gedauert hat bis sie eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge im Daimler Werk forderte. Augenscheinlich waren die Vorgänge nicht unbekannt.

Dass die Konzernführung von Daimler im Argentinien der 70er Jahre kaum Bedenken hatte, mit brutalen Folterern zusammenzuarbeiten, zeigt auch die Episode um den langjährigen Chef des Werksschutzes. Bei ihren Recherchen war Gaby Weber vor einigen Monaten darauf gestoßen, dass Daimler den ehemaligen Polizeikommissar Rubén Luis Lavallén als Sicherheitschef beschäftigte. Der heute 65-jährige Lavallén ist in Argentinien als Folterer öffentlich bekannt. Im Juni 1978, noch in seiner Zeit als Polizeichef eines Kommissariats, brachten Lavallén und seine Frau ein Mädchen zwangsweise in ihre Obhut und ließen es als ihre leibliche Tochter registrieren. Die Eltern des Kindes waren zuvor auf der Polizeiwache gefoltert worden und sind bis heute verschwunden.

Strafanzeige gegen die Herren der Sterne

1984 wurde Lavallén für die Kindesentführung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er allerdings nur 20 Monate verbüßen musste. Der Fall wurde zum Politikum, weil Lavallén der erste represor war, welcher wegen Kindesentführung verurteilt wurde. Insgesamt sollen während der Diktatur nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen mehr als 500 Kinder ihren regimekritischen Eltern gewaltsam weggenommen worden sein. In Haft geborene Kinder politischer Gefangener wurden den Müttern direkt nach der Geburt entzogen und - wie im Fall Lavallén - in Familien von Diktaturschergen untergebracht. Während die meisten Diktaturverbrechen durch zwei Amnestiegesetze in Argentinien nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden können, sind die Kindesentführungen davon ausgenommen.

Nur kurze Zeit nach der Entführung des Kleinkinds trat Lavallén am 1. Juli 1978 den gut bezahlten Posten als Chef des Werkschutzes von Mercedes an, den er bis kurz vor seiner Verurteilung 1984 bekleidete. In einem Zeugnis wird Lavallén von den Autobauern aus Stuttgart bestätigt, "seine Arbeit optimal und vertrauenswürdig verrichtet" zu haben. Von Gewerkschaftern wurde die Einstellung Lavalléns 1978 dagegen als Drohung empfunden: "Die linken Betriebsräte ermordet, ein represor zum Sicherheitschef ernannt - da widersprach im Werk niemand mehr", sagte ein langjähriger Mercedesarbeiter Frau Weber bei ihren Recherchen.

Professor Tomuschat hat viel zu tun, wenn er bis in zwölf Monaten einen umfassenden Bericht über die Umstände der Morde und die Verantwortung dafür abgeben möchte. Wenig Sinn macht es dabei, lediglich die Rolle von Einzelpersonen zu recherchieren. Dies könnte letztlich Daimlers Interesse sein. Sicher wäre es ein Skandal, wenn festgestellt werden könnte, dass leitende Mitarbeiter in welcher Form auch immer an den Morden beteiligt waren. Diese könnten dann aber, falls sie noch leben, verurteilt werden und der Fall damit zu den Akten gelegt werden. Im besten Fall bekämen die Hinterbliebenen eine Entschädigungszahlung.

Aufschlussreicher wäre es dagegen, den politischen Kontext der Militärdiktatur zu betrachten. Daimler selbst bilanzierte in einem Bericht kurz nach dem Putsch: "Dank der inzwischen erreichten allgemeinen Fortschritte in der Ordnung der Arbeitsverhältnisse wird für 1976 wieder ein positives Ergebnis erwartet." Ein Jahr später wird die Militärdiktatur ausdrücklich gelobt: "Die politische und wirtschaftliche Stabilisierung in Argentinien seit Frühjahr 1976 sowie die getroffenen geschäftspolitischen Maßnahmen haben sich positiv auf das Unternehmen ausgewirkt." Schließlich wurde damals in Argentinien das neoliberale Modell der Chicago Boys militärisch gegen eine kämpferische Arbeiterbewegung durchgesetzt. Die Folgen reichen bis heute, wie der Bankrott dieses Modells in den vergangenen Monaten zeigt. In Argentinien klaffen die sozialen Widersprüche heute tiefer als jemals zuvor.

Interessant wäre auch, einen Blick in die Archive des Auswärtigen Amtes zu werfen. Denn die von Helmut Schmidt geführte SPD/FDP Koalition arbeitete so eng mit den Generälen zusammen, dass der argentinische Schriftsteller Osvaldo Bayer 1982 bilanzierte: "Unter den westlichen Ländern war und ist die Bundesrepublik Deutschland der beste Freund und Helfer der Militärdiktatur."

In jedem Fall wird die Untersuchungskommission kein einsames Dasein im Abseits der Öffentlichkeit fristen müssen. Denn nach der Staatsanwaltschaft aus Nürnberg-Fürth werden sich nun auch in Argentinien die Gerichte mit dem Fall befassen. Dort reichte der Staranwalt Ricardo Mons Sans - er hat den ehemaligen Präsidenten Menem zeitweilig hinter Gitter gebracht - im Auftrag überlebender Gewerkschafter ebenfalls Strafanzeige gegen Daimler ein, wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung".

Boris Kanzleiter

3. Was die Welt hergibt. Biopiraterie und Plan Puebla Panamá

Autor: Interview: Miriam Edding · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:10

Die Wahl des Ex-Coca-Cola-Managers Vincente Fox zum mexikanischen Präsidenten und die relative Befriedung der mittelamerikanischen Guerillabewegungen in den letzten zehn Jahren haben ein Projekt beschleunigt, das schon Jahre ganz oben auf der Wunschliste US-amerikanischer Lateinamerika-Strategen stand: Die grenzenlose Öffnung der Märkte Mittelamerikas (vgl. ak 466). Im April 2001 wurde das Projekt Plan Puebla Panamá (PPP) der mexikanischen Öffentlichkeit vorgestellt. Der PPP soll das geplante Freihandels-Abkommen ALCA umsetzen und betrifft den gesamten Süden Mexikos und Mittelamerikas: von Puebla, südlich von Mexiko-Stadt, bis nach Panamá. Was Biodiversität angeht, eine besondere Region, denn nur am Amazonas und in Kolumbien gibt es noch einen größeren Artenreichtum. Außerdem findet man im PPP-Territorium sauberes Wasser, Erdöl, eine reiche kulturelle Geschichte, eine attraktive Landschaft, viele Strände und vor allem extrem billige Arbeitskräfte. Der PPP soll all diese "Ressourcen" endlich vollständig erschließen. Häfen, Flughäfen, Straßennetze und Eisenbahnstrecken sollen gebaut, Textil-, Biotechnologie-, Elektro-, Agro- und Tourismusindustrie in großem Stil angesiedelt, Staudämme errichtet und Gaspipelines bis in die USA gelegt werden. Die Erforschung und exklusive Aneignung der Artenvielfalt durch die Bio-Industrie spielt in dem Ganzen eine wichtige Rolle. Denn dabei geht es um nicht weniger als die Kontrolle über den zukünftigen globalen Medizin- und Nahrungsmittelmarkt. Campesino- und Indígena-Organisationen in Mexiko haben kein Problem mit dem "Müsli-Stigma", das dem Umwelt-Thema in bestimmten Zirkeln der deutschen Linken leider immer noch anhaftet. Für viele dieser Organisationen und AktivistInnen ist außerdem selbstverständlich, dass die Bereiche Politik, Medizin und Spiritualität zusammengehören. Das neoliberale Mega-Projekt PPP verstehen sie als direkten Angriff auf ihre Lebensgrundlagen und als Ausbeutung ihres kulturellen Wissens. Das Interview mit Anne Schweigler (1), Mitarbeiterin der Basisorganisation COMPITCH (2) in Chiapas führte Miriam Edding.

ak: Was ist das eigentlich - Biopiraterie?

Schweigler: Biopiraterie ist ein Begriff, der von Leuten aus den so genannten Entwicklungsländern geprägt worden ist. Im Norden, in den industrialisierten Ländern, in Forschungs- und Wirtschaftskreisen ist der geläufige Begriff "Bioprospektion". So nennt man die gezielte Suche nach aktiven Substanzen und Wirkstoffen in Pflanzen oder Tieren - in allem, was DNA enthält. Aber auch Naturrohstoffe und Mineralien sind von Interesse bei der Suche nach neuem Material für Medizin, Kosmetik, genetische Forschung und biologische Waffen. Ziel dieser Suche ist es, auf die "entdeckten" Substanzen oder auf die DNA Patente anzumelden. Wir nennen das Biopiraterie, weil dieser Vorgang immer einem Raub gleichkommt, einem Raub von Pflanzen, aber auch von traditionellem Heilwissen.

Ist das ein neues Phänomen im Zusammenhang mit dem PPP?

Nein, Biopiraterie gibt es in Lateinamerika schon seit seiner "Entdeckung". Kartoffeln, Mais, Tomaten oder Zucchini zum Beispiel kommen aus Lateinamerika. Die Europäer haben mit dem Export dieser Pflanzen nach Europa viel Geld verdient. Die Menschen in Lateinamerika, die diese Pflanzen anbauten, haben selten was davon gehabt. Was jetzt neu ist: Seit dem TRIPs-Abkommen (3) im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO haben sich die Bedingungen für Patentierung geändert. Der Begriff "geistiges Eigentum" wird viel weiter gefasst. Früher ging es bei geistigem Eigentum hauptsächlich um den Schutz von Erfindungen, um Rechte an Musik und Büchern. Heute ist es möglich, Patente anzumelden auf die DNA von Pflanzen, von Tieren und auch von Menschen. Mit dieser neuen Gesetzgebung liegt das exklusive Nutzungsrecht beim Patentbesitzer. Die ursprünglichen NutzerInnen einer patentierten Pflanze, z.B. Bauern/Bäuerinnen und traditionelle HeilerInnen, dürfen diese Pflanze nicht mehr anbauen, sammeln oder verkaufen, ohne die patentbesitzende Firma um Erlaubnis zu bitten und ihr Nutzungsgebühren zu zahlen. Das Patentrecht geht so weit, dass es auch alle Forschungsrechte am patentierten Gen garantiert. Wenn eine Firma ein Patent anmeldet auf ein Gen, das im Zusammenhang mit einer Krankheit wichtig ist, darf ohne die Erlaubnis der entsprechenden Firma nicht mehr über dieses Gen geforscht werden. Das bedeutet einmal mehr, dass in Zukunft die Heilung bestimmter Krankheiten exklusiv nur von einem Konzern vermarktet werden wird.

Wichtig ist in dem Zusammenhang auch immer das traditionelle Wissen z.B. über bestimmte Heilpflanzen. Gelingt es den Forschern, in den Besitz dieses Wissens zu gelangen, sparen sie sich viel Zeit und Geld bei ihrer Suche nach nützlichen Pflanzen. So entwickelt z.B. die Pharmaindustrie neue Medikamente auf der Basis von Heilpflanzen mit Hilfe traditionellen Wissens, ohne dass diejenigen, von denen sie das Wissen und die Pflanzen haben, irgendeinen ökonomischen Nutzen davon haben. Im Gegenteil, mit der Patentierung "ihrer" Pflanzen wird ihnen zugleich die zukünftige Nutzung dieser Pflanze verboten. Immer noch werden fast 80% aller Medikamente aus pflanzlichen Wirkstoffen entwickelt - es geht also um einen großen Markt.

Welche Auswirkungen hat diese Nutzbarmachung indigenen Wissens auf kulturelle Praktiken der Wissensvermittlung?

Das Wissen um Heilpflanzen ist kollektives Wissen. Diejenigen, die dieses Wissen erlernen, die traditionellen HeilerInnen und Hebammen, nehmen damit eine große Verantwortung auf sich. Sie können z.B. nicht einfach ihre Gemeinde verlassen. Das ist eine persönliche Verpflichtung dem Dorf gegenüber. Dieses kulturelle Wissen in den Händen der Wirtschaft, der Konzerne, wird jetzt nicht nur von diesen nach Gewinn bringenden Strategien vermarktet, sondern wird zum Eigentum eines Einzelnen oder einer einzelnen Firma erklärt. Es verschwindet aus dem Zugriff der Allgemeinheit.

Was genau hat das Thema Biopiraterie mit dem PPP zu tun?

Das besondere an Chiapas und an ganz Mittelamerika ist, dass es hier eine extrem hohe Artenvielfalt gibt. Das ist wichtig für die hier lebende Bevölkerung, weil sie damit ihr Überleben in sehr unterschiedlichen Klimazonen sichern kann, z.B. durch unterschiedlichste Mais- und Bohnensorten. Für die biotechnologische Forschung im Agrarbereich ist diese Vielfalt an genetischen Codes ebenfalls interessant. Zur Herstellung von "verbessertem" Saatgut oder von neuen transgenen Pflanzen wird ständig nach neuen Eigenschaften von Wildpflanzen gefahndet. Aber das Aussterben von Tieren und Pflanzen wird sich mit der Umsetzung des PPP beschleunigen. Deshalb geht es darum, vorher die genetischen Reichtümer in Form von Gen-Proben für die Labore sicherzustellen. Das gleiche gilt für die Heilpflanzen und das traditionelle Wissen. Bevor sie aussterben, muss zumindest ihre genetische Information gesichert werden. In diesem Wissen liegen Chancen auf großen Profit und auf die zukünftige Kontrolle des Agrar- und des Pharmamarktes.

Zum Reichtum der Gegend hier gehören auch Wasser und Erdölvorkommen?

Ja. Der Süden von den USA und der Norden von Mexiko sind trocken und haben schon seit einigen Jahren massive Wasserprobleme; deshalb gibt es schon lange Streitigkeiten um Wassernutzungsrechte, sowohl innerhalb der USA als auch und zwischen den USA und Mexiko. Die nächstliegende wasserreiche Region ist Chiapas. Aus Chiapas kommen mehr als die Hälfte allen sauberen Wassers in Mexiko. Coca-Cola z.B., eine der größten transnationalen Getränkefirmen, macht sich schon seit Jahren in Chiapas breit und sichert sich nach und nach die Wasserrechte. Außerdem gibt es hier Erdöl, viel Urwald, reichlich fruchtbaren Boden und nicht zuletzt ein günstiges Klima. Dass es im Süden Mexikos so eine große Artenvielfalt gibt, liegt auch an der klimatischen Vielfalt und den geographischen Bedingungen. In 2.000 m Höhe braucht man einen anderen Mais als im tropischen Tiefland. Traditionell wird hier außerdem der "Samenaustausch" gepflegt, was die Verbreitung der Artenvielfalt unterstützt. Mais ist ja nicht nur Hauptnahrungsmittel in Mexiko und Mittelamerika, sondern auch eine wichtige Kulturpflanze, eng verbunden mir Traditionen, mit der Religion und der Kunst. Die alten Mayas nannten sich Maismenschen ...

Im Rahmen der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA wurde Mexiko gezwungen, seinen Markt für Mais aus den USA zu öffnen. Mit welchen Konsequenzen?

Mit dieser erzwungenen Öffnung haben hier auch Hybrid-Sorten und genmanipulierter Mais Einzug gehalten. So hat zum Beispiel die mexikanische Haupttortillafabrik Maseca auf US-amerikanischen Mais umgestellt, in den immer auch ein Teil transgener Mais beigemischt ist. Außerdem ist der US-Mais als Tierfutter gezüchtet worden und eben nicht als Grundnahrungsmittel, wie der Mais hier. Die Konsistenz ist ganz anders, und deshalb funktionieren auch einige traditionelle Gerichte nicht mehr. Der gemahlene Mais klebt nicht mehr richtig; Tortillas und Tamales - Hauptnahrungsmittel für die Bevölkerung hier - lassen sich damit nicht gut zubereiten.

Was ist und wie arbeitet COMPITCH?

Meine Organisation ist ein Zusammenschluss von traditionellen HeilerInnen und Hebammen. Wir haben uns politisiert im Zusammenhang mit einem Fall von Biopiraterie hier in Mexiko, der durch öffentliche Proteste verhindert wurde. Das Projekt hieß ICBG (International Cooperative Biodiversity Group)-Maya. Mit einem Konsortium von staatlichen und nicht staatlichen US-amerikanischen und europäischen Organisationen wollte man eine Bestandsaufnahme des pflanzlichen Artenreichtums und des Wissens über ihre Verwertbarkeit machen. Doch seit der Umweltkonferenz von Rio de Janeiro 1992 müssen die Menschen vor Ort um Einverständnis bei solchen Projekten gefragt werden, und sie müssen einen finanziellen Ausgleich bekommen. Aber das ist alles nicht ordentlich gelaufen. Zeitgleich kam der PPP auf, und damit stand die Ausbeutung der gesamten Region vor der Tür. Zwar suggerieren die Regierungen mit ihrem Entwicklungskonzept, dass im Rahmen vom PPP gebaut und geschaffen wird, was die Bevölkerung braucht und wünscht. Das ist aber nicht der Fall. Ein Beispiel: Welche Straßen werden gebaut? Diejenigen, die von einer Maquila (Weltmarktfabrik) zu den Häfen führen. Für westliches Denken ist das vielleicht schwer nachvollziehbar, aber für uns spielt auch eine große Rolle, dass sich die heiligen Stätten der Indígenas auf dem Land befinden, das durch Straßenbau oder Staudämme zerstört wird.

Ein konkretes Beispiel: Montes Azules - eines der wichtigsten Bioreservate hier und außerdem eine Basis der zapatistischen Bewegung. Montes Azules ist schon seit längerem konkret von Räumung bedroht. Angeblich soll es um Umweltschutz gehen. Tatsächlich aber wird dieses Gebiet schon lange von den großen Holzfirmen ausgebeutet. Der offizielle Diskurs behauptet, die Indígenas würden die Umwelt zerstören. Deshalb sollen sie von Montes Azules "umgesiedelt" werden - eine schöne Umschreibung für Vertreibung. Im günstigsten Fall zahlt man den Vertriebenen dann noch eine lächerliche Entschädigung, die niemals ausreicht, um sich irgendwo anders Land zu kaufen. Monsanto und Norvatis, zwei führende Biotech-Firmen, haben sich bereit erklärt, die Obhut über das Reservat zu übernehmen. Das sind jetzt die Helden des Umweltschutzes. Es ist aber davon auszugehen - Studien belegen dies -, dass gerade in den sogenannten areas protegidas (geschützte Gebiete) die Naturzerstörung besonders flott voranschreitet - schneller jedenfalls als in nicht ausgewiesenen Gebieten.

Das heißt, der Begriff "Umweltschutz" wird hier als Türöffner für effektive Umweltausbeutung eingesetzt ...

Seit Rio gehört es zur Rhetorik von Regierungen und Konzernen, dass Umweltschutz nur möglich ist, wenn die Menschen vor Ort etwas damit verdienen. Das wird dann unter den Begriff "nachhaltige Entwicklung" gefasst. Die natürlichen Ressourcen sollen also so genutzt werden, dass sie selbst und die Lebensbedingungen der Menschen in den Regionen nicht zerstört, sondern geschützt und gefördert werden. Menschen sollen etwas davon haben, dass sie ihre Umwelt erhalten. So weit die Theorie. Jetzt zur Praxis: Auf einem Kongress verschiedener Indígena- und Campesino-Organisationen in Xelajù (Guatemala) im Frühjahr dieses Jahres war ein Experte, der über die areas protegidas geforscht hat. Er stellte fest, dass diese Regionen nicht hauptsächlich dort eingerichtet werden, wo eine besonders hohe Artenvielfalt vorzufinden ist, sondern dort, wo es besonders viel Urwald gibt. Was also interessiert, ist: Wo wachsen die Bäume besonders schnell und wo kann man dann auch der betroffenen Bevölkerung hohe Gewinnraten in Aussicht stellen? Dann werden Holzpreise versprochen, die nicht realistisch sind, weil Holz wie alle Rohstoffe extremen Preisschwankungen auf dem Weltmarkt unterliegt. Der Weltmarktpreis für Holz ist in den letzten zehn Jahren um die Hälfte gesunken, und es gibt Prognosen der Weltbank, wonach er in den nächsten fünf Jahren noch mal um die Hälfte sinken wird. So können die kleineren und mittleren ProduzentInnen natürlich nicht existieren, und so funktioniert der Schutz auch nicht. Kann auch nicht funktionieren, denn schließlich besteht der Wald ja nicht nur aus Bäumen, sondern er ist ein komplexes Öko-System.

Wie und wo wird Widerstand gegen diese Form "nachhaltiger Entwicklung" geleistet?

Es regt sich in allen betroffenen Ländern Widerstand, getragen hauptsächlich von indigenen und Campesino-Organisationen. In den Städten richtet sich der Widerstand vor allem gegen die Einrichtung von Maquilas. Das Problem ist, dass diese ganzen Projekte nicht offiziell im Rahmen des PPP eingeführt werden, sondern über besondere Umwege. So schüttet man zum Beispiel auf einmal alle möglichen Gelder an Organisationen aus, die sich um traditionelle Medizin und Heilpflanzen kümmern. Damit sollen diese Gruppen eingebunden und positiv gestimmt werden. Oder die Straßen: Die werden tatsächlich gebraucht. Nur wird nicht dazu gesagt, dass diese Straße gebaut wird, weil zum Beispiel in dieser Gegend ein Staudamm geplant ist. Daher sind viele natürlich für die Straße und freuen sich.

Man muss schon gut informiert sein, um das zu durchschauen. Vor ein paar Tagen hat es eine Straßenblockade in einer zapatistischen Gemeinde gegeben, durch die eine neue Straße gebaut werden soll. Das konnte passieren, weil diese Menschen eine Position zum PPP haben. Das Informationsgefälle ist eben sehr groß; in den meisten Fällen wissen die "normalen" Leute nicht, was eigentlich geplant ist, was der PPP überhaupt ist und was für Konsequenzen er für sie haben wird. Obwohl es das ja alles schon gibt, haben viele keine Vorstellung davon, wie genau die Arbeitsbedingungen in einer Maquila-Fabrik sind, wie man auf großen Plantagen arbeitet, und viele in den ländlichen Gemeinden können nicht glauben, dass so etwas wie Riesenstaudämme überhaupt möglich ist. Sie sagen: "Der Mensch kann so einen Fluss nicht stauen, das funktioniert einfach nicht". Aber: Vernetzung und Informationsarbeit ist teuer. Multis und Regierungen agieren international. Aber die internationale Vernetzung von Leuten, die von Subsistenz-Wirtschaft leben und gerade mal Geld haben, um ihre Ware auf dem Markt der nächstgelegenen Stadt zu verkaufen, ist eine schwierige Sache. Trotzdem gibt es eine Vernetzung in Mittelamerika. So gab es zum Beispiel diesen Sommer zwei zentralamerikanische Treffen, einmal bereits zum zweiten Mal die "Woche für biologische und kulturelle Vielfalt" in Guatemala und einmal eine mittelamerikanische Campesino-Konferenz in Nicaragua.

Der Kampf gegen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen ist ja nicht gerade ein Hauptaktionsfeld der westlichen Linken ...

Wenn der PPP so umgesetzt wird wie geplant, wird es besonders diejenigen betreffen, die direkt vom Land leben. Und das ist sehr oft die indigene Bevölkerung. Über den Verlust der materiellen Lebensgrundlage hinaus bedeutet der Verlust von Land für sie noch einen Grad von kultureller Entwurzelung, der für unser westliches Denken nur schwer nachzuvollziehen ist. In Europa weiß man meist nur über die "traditionellen" Ausbeutungsverhältnisse Bescheid. Die Bedrohung einer bestimmten Lebensweise der indigenen Völker fällt hinten runter. Vielleicht, weil viele, viele bei diesem Thema an so etwas wie die "Gesellschaft für bedrohte Völker" denken und es dann vorziehen, sich damit nicht zu beschäftigen. Das gleiche gilt für die Bedrohung der Natur, die nun mal Lebensgrundlage für alle ist. Das ist genauso zentral wie die Arbeitsbedingungen in einer Maquila und die ungerechten Weltwirtschaftsverhältnisse. Der Zusammenhang von Konsumverhalten, Umweltzerstörung und Ausbeutung muss eine zentrale Kategorie unserer Analysen sein. Es ist längst bekannt, dass ein US-Bürger 50 mal mehr Strom verbraucht als eine Mexikanerin. 32 Staudämme in Chiapas, 70 in der ganzen Region - die werden nicht für die Menschen hier gebaut, sondern vor allem für die im Norden. Es ist klar, dass das westliche Lebens- und Konsum-Niveau nicht für alle zu erreichen ist. So viel gibt diese Welt nicht her.

Anmerkungen:

1) Anne Schweigler hat unter dem Titel "Biopiraterie: Mexiko - Gentechnik - Globalisierung" eine Materialsammlung zum Thema herausgegeben, die über das FDCL (Forschungszentrum Chile und Lateinamerika), Gneisenaustraße 2a, Mehringhof, 10961 Berlin zu beziehen ist.

2) Consejo de Organisaziones de Medicos y Parteras tradicionales indígenas de Chiapas; Rat der Organisationen von traditionellen indigenen HeilernInnen und Hebammen in Chiapas.

3) Trade related Aspects of intelectual Property; das TRIPs-Abkommen ist ein Zusatzabkommen, das 1994 in Marokko bei der Vorbereitungskonferenz zur Gründung der WTO 1995 unterzeichnet wurde.

4. Kolonialismus der Innenräume. BUKO-Kampagne will Biopiraten in die Quere kommen

Autor: Jutta Sundermann und Adam Pawl · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:13

Der immergrüne Neembaum ist für seine Heilwirkungen in Südasien seit Jahrhunderten bekannt. Das Wissen über die Pflanze und ihr pharmazeutisches Potenzial wurde meist mündlich überliefert und von Generationen heilkundiger Menschen weiterentwickelt. 1990 beantragte die US-Pharmafirma Grace beim Europäischen Patentamt ein Patent auf ein Verfahren zur Verarbeitung der Neemblätter für die Pilzbekämpfung. Die Erteilung dieses Patentes löste massiven Protest in Indien aus, die alternative Nobelpreisträgerin Vandana Shiva reichte einen Widerspruch beim Europäischen Patentamt in München ein. Inzwischen konnte dieses Patent, das mit dem Eigentumstitel auf ein wichtiges Extraktionsverfahren eine wichtige Nutzmöglichkeit der Pflanze für alle anderen möglichen gewerblichen NutzerInnen blockierte, erfolgreich angefochten werden. Allerdings existieren Dutzende von anderen Patenten auf dieselbe Pflanze.

Ein ähnliches Beispiel ist Basmatireis: seit jeher in Indien gezüchtet und angebaut. Im Jahr 1997 ließ sich der amerikanische Konzern RiceTec eine geringfügig genetische Änderung patentieren und beschaffte sich damit eine exklusive Vermarktungsmöglichkeit auf dem US-amerikanischen Markt. Immer wieder sichern sich die großen Pharma- und Agrarkonzerne durch Patentieren auch einen exklusiven Zugang zu genetischen Ressourcen. Die genetische Vielfalt ist dank der Fortschritte in der Biotechnologie zum "grünen Gold der Gene" geworden. Mit gravierenden Folgen: Das Interesse, große Mengen der patentierten Pflanzensorten zu verkaufen, reduziert die genetische Vielfalt an Nutzpflanzen und gefährdet damit die Ernährungssouveränität, insbesondere von Regionen und Ländern des Südens. PatentinhaberInnen aus dem Norden können den Export von alten Kultur- und Heilpflanzen durch die ursprünglichen Produzenten verhindern oder mit Lizenzgebühren belegen.

Leben wird Eigentum und Ware

Der Kampf um den Zugang zu den genetischen Ressourcen ist ein ungleicher Kampf. Die meisten Länder des Südens können mit den multinationalen Konzernen nicht konkurrieren. Vor Gericht können sie kaum erfolgreich auf ihre Rechte pochen, denn Verfahren und Anwälte sind so teuer, dass viele Patentanfechtungen ökonomisch undurchführbar sind.

Verhandelt wird diese heikle Frage sowohl in internationalen Konferenzen, wie 1992 in Rio (Konvention über die Biologische Vielfalt, CBD) als auch in der WTO (Abkommen über geistiges Eigentum, TRIPs). Viele zentrale Streitpunkte sind jedoch bis heute nicht geklärt. Gleichzeitig werden jedes Jahr mehr Patente auf Leben erteilt. Vandana Shiva spricht deshalb von einem neuen Kolonialismus, der die Innenräume der Körper zum Ziel habe.

Die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie gründete sich im Vorfeld der Rio-Nachfolgekonferenz in Johannesburg. Als "Biopiraterie" bezeichnen die InitiatorInnen jede Aneignung von Leben durch Patente. Die Kampagne setzt sich unter dieser Prämisse sehr kritisch mit der Biodiv-Konvention (CBD) auseinander, die in diesem Jahr ihr zehnjähriges Jubiläum hat. Die CBD spricht neben Schutz der biologischen Vielfalt ausgiebig vom Zugang zu genetischen Ressourcen und den Bedingungen, unter denen die Menschen des Südens zu beteiligen sind. Deutsche und internationale Nichtregierungsorganisationen, die zu Patenten auf Leben arbeiten, positionieren sich sehr unterschiedlich zur CBD. Da diese Konvention für exklusiven Zugang zu genetischen Ressourcen ein "Benefit-sharing", also einen "Vorteilsausgleich" der Industrie an die betroffenen indigenen Gemeinschaften einfordert, gibt es nun Gruppen, die um faire Spielregeln für diese Teilhabe an "benefits" ringen, während andere klar Patent auf Leben ablehnen und sich auf eine solche Diskussion nicht einlassen. Auch innerhalb des BUKO ist die politische Diskussion diesbezüglich noch nicht abgeschlossen. Fest steht aber: Die Biopiraterie-Kampagne will informieren und Aktionen z.B. vor dem Europäischen Patentamt machen. Sie steht im Kontakt mit Initiativen und Organisationen, die gegen Biopiraterie kämpfen, in Kanada, Peru, Chiapas; weitere Kontakte, etwa nach Malaysia, sollen folgen. Diese internationalen Kämpfe will die Kampagne hierzulande bekannt machen und um Unterstützung werben.

Kaperbriefe und Ostseeschiffe

Die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie hat seit ihrer Gründung im Mai den "Kaperbrief" verlegt, eine Zeitung, die über Biopiraterie- und Bioprospektion berichtet. Zunächst war der "Kaperbrief" eine taz-Beilage, dann wurden 10.000 weitere Exemplare bei Demos und Veranstaltungen verteilt. Die Zeitung informiert auch Neulinge, die die Kampagne fördern und mitmachen wollen. Für die Zukunft geplant sind u.a. eine Beteiligung an einer Demo in München vor dem EPA (Europäischen Patentamt) im Februar, eine Schiffstour mit dem Seminarschiff "Lovis" über die Ostsee mit Aktionen in vielen Häfen, zwei weitere Ausgaben des "Kaperbriefes"sowie eine Beteiligung am Kirchentag in Berlin. Eine Recherchegruppe forscht außerdem aktuellen Bioprospektionsvorhaben und Patentanträgen nach.

Worum es also geht: die Inwertsetzung von Leben und den exklusiven Zugang zu kollektiven Ressourcen und damit deren Privatisierung zu verhindern.

Jutta Sundermann

Adam Pawlicz

Mehr Infos: www.biopiraterie.de

5. Der Geschmack von Freiheit und Abenteuer. Der "deutsche Weg" zum Irak-Krieg

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:21

Mit dem Spruch "Für Abenteuer stehen wir nicht zur Verfügung", eröffnete Kanzler Schröder am 5. August den auf den durchschnittlichen deutschen Dummkopf zugeschnittenen, augenscheinlich erfolgreichen Versuch, durch populistische Stimmungsmache gegen die US-Regierung im Wahlkampf zu punkten. Joschka Fischer assistierte mit der mehrfach wiederholten Behauptung, eine Militäraktion gegen den Irak könnte "einen Flächenbrand im gesamten Nahen Osten auslösen" und würde "das größte Risiko seit dem Vietnam-Krieg" darstellen. Die WählerInnen der Grünen dankten es ihm mit dem besten Wahlergebnis seit vielen Jahren.

Nach dem Wahltag konnte die rot-grüne Bundesregierung ihre plakativen anti-amerikanischen Sprüche einsammeln wie eine obsolet gewordenen Faschingsdekoration am Aschermittwoch und zur Tagesordnung übergehen, ohne dass sich aus den Reihen ihrer AnhängerInnen Protest erhob oder Nachfragen gestellt wurden.

Die Resolution des UNO-Sicherheitsrats vom 8. November hat die Bundesregierung, wie es im Kommuniquéstil heißt, "begrüßt und als klares Signal an Bagdad gewertet". "Saddam Hussein muss erkennen, welche schwerwiegenden Konsequenzen die Nichtbeachtung dieser Resolution zur Folge hätte", drohte Joschka Fischer. Absichtlich oder zufällig spielte der grüne Außenminister damit den Papagei von Präsident Bush, der kurz zuvor erklärt hatte, Saddam Hussein müsse mit den "ernstesten Konsequenzen" rechnen, wenn er der UNO-Resolution nicht nachkommen sollte.

Für Begriffsstutzige hat der amerikanische Außenminister Powell den Sachverhalt erläutert: "Serious consequences - that's a nice term, but what it means is force to disarm him". ("Ernste Konsequenzen - das ist ein hübscher Ausdruck. Aber was es bedeutet ist: Gewaltanwendung, um ihn zu entwaffnen.") - Fischer droht dem Irak also mit einem Militärschlag, dessen Folgen für den Nahen Osten, Europa und die Weltpolitik er während des Wahlkampfs in hochdramatischer Weise ausgemalt hat. Damals sagte er: Ein Militärschlag gegen den Irak würde die Prioritäten falsch setzen. "Wer einen Militärschlag gegen den Irak befürwortet, muss sich über die Konsequenzen im Klaren sein." Ein gewaltsamer Regimewechsel im Irak würde eine Neugestaltung des gesamten Nahen Ostens erforderlich machen. Das hätte einen Einsatz über viele Jahre zur Folge, und die USA würden damit sehr hohe Verpflichtungen eingehen. Es gehe aber auch um europäische Sicherheitsinteressen, denn "wir Europäer wären als direkte regionale Nachbarn die Hauptbetroffenen von einem Militäreinsatz gegen den Irak." - Wäre dies richtig, so gliche Fischers Drohung gegen den Irak der Ankündigung, sich selbst eine Kugel ins Bein zu schießen und sich anschließend eine Hand abzuhacken.

"Ernste Konsequenzen" bedeutet Krieg

Die öffentliche Kritik der Bundesregierung an einem Krieg gegen den Irak ist seit dem Wahltag vollständig verstummt. Dennoch hält Rot-Grün bisher offiziell immer noch an der generellen, nun allerdings argumentativ völlig in der Luft hängenden Aussage fest, Deutschland werde sich an Militäreinsätzen gegen den Irak keinesfalls beteiligen, mit dem erstaunlichen und unbedingt erklärungsbedürftigen Zusatz, dies würde sogar für den Fall gelten, dass solche Einsätze durch ein UNO-Mandat gedeckt wären. Was will uns Rot-Grün damit sagen? Dass man dagegen ist, Saddam Hussein mit Gewalt zu drohen, falls er sich nicht dem Diktat der Sicherheitsratsresolution unterwirft? Oder dass man zwar diese Drohung gutheißt, aber nicht die eventuelle Konsequenz, sie auch wirklich auszuführen? Oder einfach nur, dass man sich mit dem Irak-Krieg bereits abgefunden hat, aber sich aus mehreren Gründen dabei nicht selbst die Hände schmutzig machen will?

In den USA, wo man gewohnt ist, politische und militärische Fragen auf vergleichsweise hohem Niveau und mit großer Offenheit zu diskutieren, löst die Primitivität und der eklatante Mangel an innerer Logik des deutschen Diskurses verständlicherweise Irritationen aus. In seiner Rede zum Wahlkampfauftakt am 5. August schwang sich Schröder zu dem sagenhaften Satz an die Adresse der USA auf: "Spielerei mit Krieg und militärischer Intervention - davor kann ich nur warnen." - Solche überheblichen Belehrungen an den "großen Bruder" entsprechen offensichtlich dem Geschmack des deutschen Spießers. Nun kann man jedoch der US-Regierung und allgemein dem politischen Establishment der USA vieles vorwerfen, aber keinesfalls, dass

sie auf dem Gebiet der Militärpolitik "Spielerei" betreiben. Der Vorwurf fällt vielmehr auf diejenigen zurück, die statt grundsätzlicher Argumente im Wahlkampf hektisch "auf die Kacke gehauen" und mit anti-amerikanischen Ressentiments gespielt haben, und die anschließend nur noch darum bemüht sind, sich mit dem offensichtlich Unvermeidlichen, nämlich dem Krieg gegen den Irak, zum eigenen Nutzen irgendwie zu arrangieren.

Muss man das Wort "unvermeidlich" in diesem Zusammenhang noch erläutern? Sofort am Tag nach Beschlussfassung des UNO-Sicherheitsrats über die neue Irak-Resolution stellten amerikanische Regierungsvertreter klar, dass bei der Umsetzung der Resolution für den Irak "Null Toleranz" gelten werde. Jeder Verstoß gegen die Resolution werde "mit überwältigender Militärgewalt" beantwortet werden - mit oder ohne Billigung des UNO-Sicherheitsrats. Die US-Regierung werde zwar mit den anderen Sicherheitsrats-Mitgliedern über die Konsequenzen jedes Verstoßes diskutieren, behalte sich aber auf jeden Fall selbstständig das Recht zur Gewaltanwendung vor.

Ein Verstoß wäre zum Beispiel, wie Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice erklärte, wenn der Irak "falsche Informationen" über die ihm unterstellten "Massenvernichtungswaffen" gibt. Die irakische Regierung ist nach der Resolution verpflichtet, nicht nur ihre biologischen und chemischen Waffen samt potenziellen Trägersystemen, sondern auch die ihr unterstellten Entwicklungsprogramme - einschließlich ihres angeblichen Atomprogramms - bis zum 8. Dezember vollständig und mit allen Einzelheiten offen zu legen. Jede Unvollständigkeit werde einen Verstoß darstellen, sagt die US-Regierung und hat dabei sogar den Wortlaut der Resolution auf ihrer Seite.

Deutsche Panzer gegen den "Terrorismus"?

Die neue Sicherheitsratsresolution stellt - was immer dabei die rätselhaften Motive von Mitgliedern wie Russland, Frankreich, China oder Syrien gewesen sein mögen - eine Grundlage dar, auf der es mit tödlicher Sicherheit sehr rasch zur Provokation eines Kriegsgrundes kommen wird. Die einzige Alternative bestünde im Sturz Saddam Husseins durch das eigene Militär und die Bildung eines den USA genehmen, völlig von ihnen abhängigen Regimes nach dem Vorbild ihrer Kabuler Marionette Karsai - und wahrscheinlich ebenso wie dieser auf den Schutz durch amerikanische Leibwächter angewiesen.

Wenn Rot-Grün offiziell an der Erklärung festhält, Deutschland werde sich an Militäraktionen gegen den Irak nicht beteiligen, stellt sich natürlich die Frage nach den Bundeswehreinheiten, die seit Januar-Februar in der Region stationiert sind:

- 52 Soldaten einer ABC-Abwehreinheit, die mit sechs "Fuchs"-Spürpanzern in Kuwait stationiert sind.

- 1.270 Marinesoldaten, die in Dschibuti (Nordostafrika) stationiert sind, sowie 115 Mann in Kenia. Zu diesen Einheiten gehören drei deutsche Fregatten und neun weitere Kriegs- und Versorgungsschiffe.

Grundlage für diesen Einsatz ist eine am 7. November vorigen Jahres vom Bundestag beschlossene Resolution. Damals wurde entschieden: "Im Rahmen der Operation Enduring Freedom werden bis zu 3.900 Soldaten mit entsprechender Ausrüstung bereitgestellt." Das Einsatzgebiet wurde großzügig umschrieben mit: "Die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete". Über die genauen Stationierungsgebiete entschied die Bundesregierung erst im Januar dieses Jahres.

Selbstdemontage des grünen Pazifismus

Terroristen bekämpft man natürlich weder mit Kriegsschiffen noch mit Spürpanzern. Deutsche Soldaten in Kuwait und in den Gewässern um Somalia unterstützen den Aufmarsch der USA und Großbritanniens gegen den Irak und andere Staaten der Region. Muss man an die keineswegs kritisch gemeinte Plapperei des damaligen SPD-Verteidigungsministers Scharping im Dezember 2001 erinnern, Somalia sei vermutlich das nächste Kriegsziel der USA?

Und die Spürpanzer? Sie sollen erklärtermaßen die amerikanischen Truppen in Kuwait - derzeit die wichtigste Ausgangsbasis der USA für Militärschläge gegen den Irak, nachdem die Position Saudi-Arabiens ungewiss ist - im Kriegsfall vor irakischen Gegenschlägen schützen. Das naive Argument der Grünen-Vorsitzenden Claudia Roth, die "Fuchs"-Panzer seien lediglich defensiv, geht daher total an der Sache vorbei und offenbart lediglich die Selbstdemontage eines "Pazifismus", der zwar militärische Gewalt längst als Mittel der Politik akzeptiert hat, aber die einfachsten Dinge der militärischen Logik immer noch nicht kapiert.

Die materielle Bedeutung der deutschen Einheiten im Kriegsfall wäre zwar gering, aber unter den gegebenen Umständen musste bereits ihre Stationierung in der Nähe potenzieller Kriegsziele wie Irak, Somalia und Jemen als bewusste Einverständniserklärung mit amerikanischen Kriegsplänen für die Zeit "nach Afghanistan" verstanden werden. Gleiches würde für die Präsenz dieser Bundeswehrsoldaten in der Region während eines Kriegs der USA gegen den Irak gelten.

Es war daher nur logisch, dass während des Wahlkampfs versprochen wurde, die Bundeswehreinheiten im Kriegsfall abzuziehen. Einer, der dies ausdrücklich vertrat, war SPD-Verteidigungsminister Struck. Bezeichnenderweise waren die Grünen mit ihren Äußerungen schon damals vorsichtiger, was ihre AnhängerInnen und WählerInnen ihnen aber offenbar überhaupt nicht übel nahmen. Wie schon während des Bombenkrieges gegen Jugoslawien 1999 sind die Grünen auch diesmal genau betrachtet hemmungslosere Kriegsapologeten als die Sozialdemokraten, so wie sie ja auch in der Sozialpolitik eindeutig rechts von der SPD stehen.

Wenn diese Ausgabe von analyse & kritik erscheint, hat der Bundestag bereits das Mandat der deutschen Einheiten im Rahmen der "Operation Enduring Freedom" verlängert. Vermutlich um ein ganzes Jahr, also bis zu einem Zeitpunkt, wo der zweite Irak-Krieg aller Voraussicht nach auf jeden Fall abgeschlossen sein wird. Anfangs war noch die Rede davon gewesen, die Mandatsverlängerung zunächst auf ein halbes Jahr zu befristen, um ZweiflerInnen die Zustimmung leichter zu machen. Dann stellte sich aber heraus, dass die wenigen KritikerInnen sowieso schon weiche Knie haben und auf sie gar keine Rücksicht mehr genommen werden muss. Wenn selbst der Vorzeige-Grüne Ströbele sich zwei Tage vor der Entscheidung des Bundestages noch nicht öffentlich festlegen will, wie er abstimmen wird, wo es um den - wenn auch nur symbolischen - deutschen Beitrag zum zweiten Irak-Krieg geht, sollten eigentlich selbst sture Optimisten das Kapitel des grünen Pazifismus definitiv abschließen.

Und selbstverständlich wird, wenn der zweite Irak-Krieg der USA erst einmal begonnen hat, außer den zwei Abgeordneten der PDS niemand im Bundestag den Abzug der deutschen Spürpanzer und Kriegsschiffe aus der Region fordern. Denn das wäre in der Tat "außenpolitisch fatal" und würde den Anspruch Deutschlands, bei der Gestaltung der irakischen Nachkriegsordnung und der Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen des besetzten Landes mitzusprechen, schwerstens beschädigen.

Es ist wohl nicht so, dass der deutsch-amerikanische Streit während des Bundestagswahlkampfs nur eine taktische Inszenierung war. Es verbergen sich dahinter tatsächlich Differenzen und Interessenunterschiede. Aber diese sind letzten Endes bei weitem nicht so wichtig, dass die Bundesregierung deshalb eine länger dauernde Auseinandersetzung mit den USA riskieren würde. In dem Moment, wo klar ist, dass die USA sich vom Angriff auf den Irak nicht abhalten lassen - und dieser Moment ist für einigermaßen informierte Politiker wie Fischer und Schröder bereits gekommen - muss die Bundesregierung sich beeilen, den Anschluss nicht zu verlieren.

Knut Mellenthin

6. Null Toleranz für Passivität. Sparen, deregulieren, strafen mit Rot-Grün

Sparen, deregulieren und strafen mit Rot-Grün

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:33

"Passivität kann die Gesellschaft nicht mehr tolerieren", verkündete der neue Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement am 30. Oktober im Bundestag. In ungeahnter Deutlichkeit brachte er somit die Drohungen auf den Punkt, die das rot-grüne Regierungsprogramm für Kranke, Alte, Erwerbslose und ganz normale Lohnabhängige parat hält. Die taz titelte daraufhin "Schlagstock für die Schwachen". Und sie hat ausnahmsweise mal Recht.

Viel Neues kündigte Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung an: "Neue Gerechtigkeit", "neue Selbstverantwortung", "neue unternehmerische Verantwortung", ein "wirklich kinderfreundliches Land". Für kluge Menschen wie Micha Brumlik mag diese zwanghafte Beschwörung des Neuen tatsächlich "gespenstisch" sein und einen "Tiefpunkt politischer Rhetorik" darstellen. (taz, 31.10.2002)

Doch Brumlik und andere täuschen sich erheblich, wenn sie in dem neuen rot-grünen Regierungsprogramm nur hohle Phrasen und politische Stagnation entdecken können. Die Enttäuschung der linksliberalen BeobachterInnen über die mangelnde Ausstrahlungskraft rot-grüner Politik ist die Enttäuschung derjenigen, die von dieser Regierung im Grunde eine zeitgemäße Neuauflage der Aufbruchstimmung erwartet haben, die seinerzeit mit der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel verbunden war.

Eine solche Erwartung war vor vier Jahren genauso verkehrt wie heute. Und dennoch wäre es völlig verfehlt, dieser Regierung zu unterstellen, sie wolle nichts "Neues". Ganz im Gegenteil muss man die Rhetorik vom "Neuen" bitter ernst nehmen, denn in der Tat zielt die rot-grüne Politik ab auf eine tief greifende Umgestaltung der sozialen und demokratischen Strukturen der Gesellschaft. Eine Umgestaltung allerdings, in der soziale Recht- und Rechtsansprüche genauso auf der Strecke bleiben wie politische Liberalität.

Maßgebliches Vehikel der gesellschaftlichen Umgestaltung sind dabei die quasi naturgesetzlichen Vorgaben der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Heute wie vor vier Jahren gibt es einige klare Rahmenbedingungen, die nicht in Frage gestellt werden. Dies sind in erster Linie die so genannte Konsolidierungspolitik und die rigorose Orientierung an konstanten oder besser noch sinkenden Lohnnebenkosten. Beide Rahmenbedingungen ergeben sich nahezu zwangsläufig aus dem sakrosankten Primat der Standortpolitik und Standortkonkurrenz.

Ungeachtet der weiteren konjunkturellen Entwicklung will Rot-Grün das Defizit des Bundes bis zum Jahre 2006 auf 0 herunterfahren. Das ist entweder eine Politik nach dem Prinzip Hoffnung oder aber bereits jetzt die Ankündigung brutaler Einschnitte in alle öffentlichen Versorgungsstrukturen. Denn allein in diesem und dem kommenden Jahr entstehen Fehlbeträge bei den Steuereinnahmen in Höhe von 18 Mrd. Euro, manche BeobachterInnen schätzen die Mindereinnahmen im nächsten Jahr gar auf 25 Mrd. Euro. Noch in diesem Jahr wird das Haushaltsdefizit mit 3,7% des Bruttoinlandproduktes deutlich über der 3%-Marke der Maastricht-Verträge liegen. Die Bundesregierung nimmt diese Entwicklung nun keineswegs zum Anlass, um über eine Aufweichung der Stabilitätskriterien von Maastricht nachzudenken. Ähnlich wie die Auflagen des IWF in anderen Ländern ist der Stabilitätspakt vielmehr ein willkommenes Druckmittel, um den eingeschlagenen Austeritätskurs fort- und durchzusetzen.

Geradezu dramatisch wirken sich die selbstproduzierten Einnahmeausfälle auf Seiten der Länder und Kommunen aus. Kein Wunder, dass von dieser Seite unmittelbar nach der Wahl der Ruf nach einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer laut wurde. Doch die Bundesregierung scheut eine durchgreifende Verbesserung der Steuereinnahmen wie der Teufel das Weihwasser. Jede nennenswerte Belastung der Unternehmen und der Wohlhabenden wird vermieden: keine Vermögenssteuer, keine Verschärfung der Erbschaftssteuer, vermutlich auch keine Spekulationssteuer auf Aktien. Die Steuergeschenke bei der Unternehmensbesteuerung werden nicht zurückgenommen. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung der Steuereinnahmen konzentrieren sich somit nahezu ausschließlich auf die privaten Haushalte, wie etwa die Aufhebung von Ausnahmeregelungen bei der Mehrwertsteuer oder die Verschärfung der Ökosteuer.

Allein hier, beim Herzstück grüner Identität, ist die Belastung der privaten Haushalte dreimal höher als die der Unternehmen. Die geplante höhere Besteuerung von Erdgas trifft die privaten Haushalte mit satten 1,1 Mrd. Euro. Das koalitionäre Hickhack im Anschluss an den Koalitionsvertrag um die Steuerfreiheit von Firmenspenden für wohltätige Zwecke, um das Ehegatten-Splitting oder um die Eigenheim-Zulage ist vor diesem Hintergrund Geplänkel, das an der grundsätzlichen finanzpolitischen Weichenstellung nichts ändert.

Die Konsequenz aus dem Verzicht auf Steuereinnahmen ist klar: Drastische Einsparungen bei den so genannten konsumptiven Ausgaben, und das trifft in voller Härte das soziale Sicherungssystem. 4,2 Mrd. Euro will der Bund im nächsten Jahr sparen, 11,2 Mrd. Euro bis zum Jahr 2006. Arbeitslosenversicherung, Renten- und Krankenversicherung, ja, sogar die Pflege - alle Sozialversicherungen stehen grundsätzlich auf dem Prüfstand.

Fetisch Lohnnebenkosten

In der Alters- und Gesundheitsversorgung kommt es zunächst zu einer klassischen Umverteilung "in der Klasse". Die SPD ist dabei als Partei der FacharbeiterInnen und Älteren aufgetreten und hat sich gegen die Grünen als Anwälte der jungen GutverdienerInnen zunächst durchgesetzt: Die Rentenerhöhung wird nicht ausgesetzt (wie es die Grünen wollten), die Rentenbeiträge steigen auf 19,5% (was der wirtschaftsliberale Flügel bei den Grünen unbedingt verhindern wollte), und die Beitragsbemessungsgrenze steigt von 4.500 Euro auf 5.100 Euro. (Auch das hätten die Grünen gerne verhindert.) Lohnabhängige werden also in Zukunft mehr in die Rentenkassen einzahlen müssen, und die Bundesregierung geht an die Reserven: Die Schwankungsreserve bei der Rente wird von 80% einer Monatsausgabe auf 50% abgesenkt.

Nach Hartz kommt nochmal Hartz

Dabei ist allen Beteiligten klar, dass dieses Rentenmanöver ein kurzfristiger Akt gewesen ist. Langfristig wird auch die SPD einen Anstieg der Rentenbeiträge und damit der Lohnnebenkosten verhindern wollen. Dies ist schließlich die erklärte Maßgabe bei der Einführung der "Riester-Rente" gewesen. Der Renten-Experte Bernt Rürup, der sowohl von Grünen als auch von der SPD als Vorsitzender der geplanten "Hartz-II-Kommission" ins Spiel gebracht worden ist, hat jüngst deutlich gemacht, dass sich jede "Reform" der Sozialversicherungssysteme an einer Begrenzung der Lohnnebenkosten orientieren müsse. Er bezog sich dabei ausdrücklich positiv auf den ehemaligen Arbeitsminister Walter Riester, weil dieser Elemente der Privatversicherung in die Rente eingezogen und damit einen "Systemwechsel" eingeleitet habe. (taz, 13.11.2002)

Kurzfristig bremsen, langfristig umsteuern ist auch das Motto bei der Umgestaltung der Krankenversicherung. Das "Vorschaltgesetz", das jetzt im Hau-Ruck-Verfahren durchgepeitscht wird, soll der Bundesregierung kurzfristig Euros in die Kasse spülen. Allerdings muss Ulla Schmidt im Vergleich zur Rente hier sehr viel mehr und mächtigeren Interessensgruppen gegen das Schienbein treten. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums sollen durch die Null-Runde bei Ärzten, Apotheken und Krankenhäusern KassenärztInnen auf insgesamt 220 Mio. Euro Honorarzuwachs verzichten, ZahnärztInnen auf 100 Mio. Euro und die Krankenhäuser auf 340 Mio. Euro. Im Vergleich dazu werden bei den Versicherten über die Halbierung des Sterbegeldes 380 Mio. Euro gespart. Insgesamt soll das Vorschaltgesetz Einsparungen im Umfang von 3-3,5 Mrd. Euro erbringen, den größten Teil durch die ebenfalls geplante Festschreibung der Krankenkassenbeiträge, gesetzlich verordnete Rabatte und Preisstopps bei Medikamenten, Rabattpflicht bei Apotheken und Pharmagroßhandel und die Anhebung der Versicherungspflichtgrenze auf 3.825 Euro.

Wer von all diesen Gruppen wirklich getroffen wird, steht allerdings in den Sternen. Immerhin 40 Krankenkassen haben schon mal vorsorglich höhere Beiträge beantragt und sich dabei auf die entsprechenden Öffnungsklauseln im Vorschaltgesetz bezogen. Viele Gutverdienende und Selbstständige sind bereits jetzt zu Privatkassen abgewandert und haben sich so der (im übrigen nur halbherzig erhöhten) Versicherungspflichtgrenze entzogen. Auch die Pharmaindustrie scheint das ganze Vorgehen mit Gelassenheit abzuwarten. So sind es vermutlich in erster Linie die ÄrztInnen und die Beschäftigten in den Krankenhäusern, denen ein "Sonderopfer" "vorgeschaltet" wird.

Bis zum Jahre 2004 soll die neue Superkommission "Hartz II" dann auch für das Gesundheitswesen eine umfassende Neuordnung entwickeln. Die Leitlinien sind auch hier die Begrenzung der Krankenversicherungsbeiträge und die massive Öffnung in den Bereich der Privatversicherung. Genau wie bei

der Rente bedeutet diese Orientierung ein Abschmelzen der staatlichen Versicherungsleistungen auf ein absolutes Minimum mit dem wohlklingenden Titel "Grundsicherung", "Grundrente" oder "Grundversorgung". Alles weitere wird der "Eigeninitiative" sprich dem individuellen Geldbeutel überlassen.

Die Hartz-Kommission mit ihren Vorschlägen zur Umgestaltung des Arbeitsmarktes hat somit für alle anderen Bereichen die inhaltliche Richtung wie auch die Art und Weise der Durchsetzung vorgegeben. Kein Wunder, dass die Umsetzung der Hartz-Vorschläge der eigentliche Kern der rot-grünen sozialpolitischen Modernisierungspolitik ist. Auch hier besteht die erste Runde in einer Sparrunde - auf den Knochen der Erwerbslosen. 6 Mrd. Euro soll ihnen direkt und indirekt aus den Taschen geleiert werden. Am 7.11. fand die erste Lesung des ersten "Hartz-Gesetzes" im Bundestag statt. Es beinhaltet vor allem die flächendeckende Ausweitung der Leiharbeit für Erwerbslose. Die angebliche Tarifpflicht, mit der diese Maßnahme den Gewerkschaften schmackhaft gemacht werden sollte, besteht allerdings nur auf dem Papier: Es dürfen auch Löhne unterhalb des Branchendurchschnitts tarifiert werden, das Synchronisationsverbot kann aufgehoben werden (d.h. Leiharbeiterinnen können nach Beendigung des Arbeitseinsatzes wieder gefeuert werden), und in den ersten sechs Wochen sind auch niedrige Einstiegstarife (in Höhe des Arbeitslosengeldes) erlaubt.

Drohungen werden wahr gemacht

2003 und 2004 soll es dann weiter zu Sache gehen: Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien und der Mitwirkungspflicht, die Absenkung des Arbeitslosengeldes auf 60% des ehemaligen Bruttolohns und schließlich die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in einem Arbeitslosengeld II, das deutlich unterhalb der jetzigen Arbeitslosenhilfe liegen wird.

Soziale Grundsicherung auf niedrigstem Niveau, private Zusatzversicherungen, Verabschiedung aus dem System der paritätisch finanzierten Sozialversicherungssysteme, "Eigenverantwortung" statt gesellschaftliche Solidarität, Abbau sozialer Rechtsansprüche, die Demontage gesellschaftlich-staatlich organisierter sozialer und materieller Sicherheit: Das sind die Eckpunkte der "neuen Verantwortlichkeit", von der Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung sprach. Micha Brumlik hat ja durchaus Recht, wenn er in Schröders "Primat des Politischen" ein Bekenntnis zu einer (Sozial-)Staatsorientierung wahrnimmt. Und er hat auch Recht, wenn er hier einen anti-neoliberalen Habitus ausmacht. Er irrt jedoch vollständig, wenn er darin irgendeine Renaissance alter sozialdemokratischer Gerechtigkeitsideen vermutet. Der "aktivierende Sozialstaat" der neuen rot-grünen Sozialdemokratie ist einer, der im Namen von Flexibilität, "Eigenverantwortung" und Standortlogik die "Belastungen" der bisherigen Sozialversicherungssysteme beseitigen will. Es geht um eine neue Spielart von "sozialer Gerechtigkeit", in der gesellschaftliche Solidarität nur noch bis zu einem Minimum vorkommt und in der soziale Rechte durch Pflichten abgelöst werden. Ein "Schlagstock für die Schwachen" halt.

dk

7. 25 Jahre Deutscher Herbst. Archive öffnen! Der Wahrheit eine Chance

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; RAF; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:16

Seitdem die Rote Armee Fraktion (RAF) im März 1998 ihre Auflösung bekannt gab, ist der bewaffnete Kampf in der Bundesrepublik Deutschland Geschichte. Viele Fragen aus jener Zeit sind bis heute ungeklärt. Während die Ermittlungsbehörden nach wie vor daran arbeiten, das Wirken der RAF aufzuklären, bleiben große Teile ihres Wirkens im Dunkeln.

Zum 25. Mal jährt sich dieser Tage der Deutsche Herbst - und mit ihm die Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977, in der in Stammheim die RAF-Mitglieder Jan Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader starben und nach der Irmgard Möller schwer verletzt in ihrer Zelle erwachte. Bis heute weiß die Öffentlichkeit nicht, was in jener Nacht geschehen ist. Die offizielle Version, der zufolge sich die in Stammheim inhaftierten RAF-Gefangenen selbst umgebracht bzw. umzubringen versucht haben, wird zwar mittlerweile auch von einigen ehemaligen Mitgliedern der RAF gestützt. Sie können sich dabei aber nur auf Wissen vom Hörensagen stützen und auf Vermutungen. Irmgard Möller, die die Nacht überlebt hat, bestreitet nachdrücklich, dass sie sich selbst die Stiche in die Brust zugefügt hat. Ihr zufolge hat es auch keine Absprachen der Inhaftierten gegeben, sich im Fall eines Scheiterns der Geiselnahmen selbst zu töten.

Immer wieder wird öffentlich behauptet, dass die gefangenen RAF-Mitglieder getötet worden seien. Im Verlauf des Deutschen Herbstes soll es im Krisenstab der Bundesregierung Gespräche über eine Tötung der Gefangenen und andere "exotische Lösungen" gegeben haben. Die zuständigen Minister für Innen und Recht aus Baden-Württemberg haben seinerzeit eingeräumt, dass die Gefangenen aus der RAF lange Zeit in ihren Stammheimer Zellen abgehört worden sind.

Wir denken, dass es Zeit ist, zu klären, wie die Gefangenen zu Tode kamen. Die Beantwortung dieser und anderer Fragen aus dem Deutschen Herbst erscheint uns historisch wichtig. Wir denken aber auch, dass ihre Beantwortung politisch relevant ist. Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus könnten daraus Schlüsse gezogen werden, was in einem demokratisch verfassten Staatswesen wie der Bundesrepublik in einer Krisensituation möglich ist oder inwieweit die politischen Kontrollmechanismen auch in einer solchen Lage noch wirken.

Für die Aufklärung der damaligen Ereignisse ist es unverzichtbar, die staatlichen Archive zu öffnen. Die Protokolle der abgehörten Gespräche in der JVA Stammheim müssen ebenso zugänglich gemacht werden wie die Protokolle der Krisenstabssitzungen und die die RAF betreffenden Akten aus den Beständen des BND und des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus dieser Zeit. Der Verweis auf das Bundesarchivgesetz, das eine Veröffentlichungspflicht nach 30 Jahren vorsieht, geht fehl. Denn erstens erlaubt das Gesetz den aktenführenden Stellen, die Bestände selbst früher zu veröffentlichen. Zum anderen werden Bestände der deutschen Geheimdienste und andere als Verschlusssache qualifizierten Akten auch nach 30 Jahren nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Die Bestände des Bundesarchivs in Koblenz über RAF und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung aus den Jahren bis 1971 sind deswegen äußerst lückenhaft. Durch diese Praxis wird nicht nur die Aufarbeitung historisch wichtiger zeitgeschichtlicher Ereignisse verhindert. Es wird auch eine öffentliche Kontrolle von wesentlichen Staatsaktivitäten verhindert.

Wir fordern die rot-grüne Bundesregierung und insbesondere Bundesinnenminister Otto Schily, der nach dem 18. Oktober 1977 nachdrücklich bezweifelte, dass seine Mandantin Gudrun Ensslin Selbstmord begangen habe, auf, darauf hin zu wirken, dass alle Akten, die zur Aufklärung der Ereignisse des Deutschen Herbstes beitragen können, umgehend veröffentlicht und zur Auswertung freigegeben werden.

Erstunterzeichner: Klaus Behnken (Journalist), Karin Beindorff (Deutschlandfunk), Ivo Bozic (Journalist, Jungle World), Prof. Kathrin Braun (Universität Hannover), Redaktion BSZ (Bochumer Stadt- und StudentInnenzeitung), Prof. Dr. Theresia Degener (EFH Bochum), Axel Diederich (ID-Archiv, Amsterdam), Klaus Dreyer (Journalist), Christiane Ensslin, Matthias Gärtner (MdL Sachsen-Anhalt), Aenne Glienke, Dr. Rolf Gössner (Rechtsanwalt und Autor), Dorothee Gremliza (Konkret Literatur Verlag), Prof. Peter Grottian (FU Berlin), RA Dieter Hummel (Bundesvorstand Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen), Ulla Jelpke

(PDS), Klaus Jünschke, JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin, Jusos Berlin, RA Wolfgang Kaleck (Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins), Wolfgang Kessler (Redakteur), Angela Marquardt (PDS), Claus Peymann (Intendant des Berliner Ensembles), Volker Ratzmann (Rechtsanwalt und Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin), Peter Rosien (Journalist), Ilka Schröder (Mitglied des Europaparlaments), Dr. Stefan Schuster-Teupke (Physiker), Dr. Thomas Seiterich-Kreuzkamp (Journalist), Martin Sölle (Der andere Buchladen), Andrea Teupke (Journalistin), Oliver Tolmein (Journalist), Wolf-Dieter Vogel (Journalist), Konstantin Wecker (Musiker), Prof. Wolfgang Wippermann (FU Berlin), Udo Wolter (Autor und Dokumentar).

Die ak-Redaktion unterstützt dieses Anliegen und hat den Aufruf mit unterzeichnet. Unterschriften mit Name, Adresse und Funktion bitte an folgende Email-Adresse: archiveauf@aol.com

8. "Die Römer kommen!" Mit der Räumung des Wagenplatzes Bambule will der Hamburger Senat ein Exempel statuieren

Autor: NV · Rubrik: Sozialpolitik; Polizeistaat/Polizeiterror; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:38

Wenn in Deutschland mal wieder ein besetztes Haus oder ein Bauwagenplatz geräumt wird, lockt das normalerweise keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Angesichts der eigenen Schwäche und des staatlichen Repressionsdrucks laufen die Rückzugsgefechte der (autonomen) Linke häufig unter dem resignativen Motto "Wie gewonnen, so zerronnen". Am 4. Dezember 2002 ließ der Hamburger Law-and-Order-Senat den Bauwagenplatz Bambule durch ein riesiges Polizeiaufgebot räumen. Die Art und Weise, wie das geschah, durchbrach den gewohnten Trott.

An der Bambule exerziert der Mitte-Rechts-Senat seine Vorstellung vom "schönem Leben": Sauber, sicher und ordentlich soll's sein, typisch deutsch eben. Dazu gehört auch, dass alle, die nicht in diese Schrebergarten-Idylle passen, (weg-)geräumt bzw. ausgegrenzt werden.

"Die Römer kommen!" rief einer der ca. 150 bis 200 UnterstützerInnen, die sich am Montag, den 4. Dezember in den frühen Morgenstunden auf dem Bauwagenplatz im Karolinenviertel versammelten. Im Hinblick auf das massive Polizeiaufgebot, das aufgefahren wurde, um einen aus rund 30 Bauwagen bestehenden Platz mit seinen 50 BewohnerInnen zu räumen, drängte sich das Bild vom römischen Heer im Kampf gegen ein widerständisches gallisches Dorf geradezu auf. Zur Räumung der Bambule waren insgesamt 1.400 PolizistInnen im Einsatz, unterstützt von Räumfahrzeugen und Wasserwerfern. Nur kam es gar nicht zur Schlacht, da die BewohnerInnen "freiwillig" ihre Fahrzeuge im Konvoi aus dem Karolinenviertel fuhren; bereits in der Nacht zuvor hatten 15 Bauwagen das Gelände in der Vorwerkstraße verlassen. Über Lautsprecher kündigten die BambulistInnen ihren erzwungenen friedlichen "Wegzug" sowie eine Spontandemo an. Wohin diejenigen aber ziehen sollten, die der Senat einfach nur weghaben wollte, war völlig unklar. "Wir können uns aber nicht in Luft auflösen", sagten die BewohnerInnen.

Einen Tag vorher hatte der Innenstaatsrat Walter Wellinghausen den BambulistInnen ein letztes "Angebot" zur Unterbringung zukommen lassen: Innerhalb von zwei Stunden sollten sie sich entscheiden, ob sie übergangsweise in ein leer stehendes Seniorenzentrum ziehen wollen. Auf Grund des Zeitdrucks, der unsicheren Perspektive und der Tatsache, dass das Objekt für kollektives Wohnen gänzlich ungeeignet ist, lehnten die BambulistInnen ab. Natürlich fehlt seitdem in keinem Statement des Senats der Hinweis auf dieses großzügige Angebot, das die Bambule aber - wie bereits andere Angebote für WG-untaugliche 1 bis 1,5 Zimmer-Wohnungen - böswillig ausgeschlagen habe.

Was dann am Tag der Räumung folgte, erinnerte an die Vertreibung Geächteter im Mittelalter: In einer Odyssee irrte ein Treck, bestehend aus einem Dutzend Bauwagen und einer Gruppe von bis zu 400 SympathisantInnen, im Polizeispalier durch die Stadt. Niemand wollte diese "heiße Fracht" haben: Der Bezirk Altona verweigerte dem Treck den Zugang zu seinem Territorium, der Weg zur Flora in Hamburg Mitte war ebenfalls versperrt, schließlich landete die Demo im Univiertel. Als aber einige Wagen Richtung Campus abbogen, kam es zu massivem Schlagstockeinsatz, die Uni wurde abgeriegelt, die Bauwagen eingekesselt. Das Gebiet glich einer Polizeifestung. Nach langem Verhandeln wurde den BambulistInnen freier Abzug gewährt. In einer ehemaligen Hundehalle in Harburg habe die Stadt noch ein freies Plätzchen, wenn auch nur, um dort erst mal den ordnungsgemäßen Zustand der Wagen zu kontrollieren. Nach dem Verkehrstauglichkeitscheck sollten die Bambulis - so die Verfügung des Polizeidirektors Richard Peters - flugs vor die Tore der Stadt eskortiert werden. Gemäß der Parole "Aus dem Augen - aus dem Sinn" wollte der Senat damit das "Problem Bambule" entsorgen. Als die BambulistInnen sich aber gegen ihre drohende "Heimatvertreibung" passiv zur Wehr setzten, indem sie sich weigerten, die Stadt zu verlassen, beschlagnahmte die Polizei unter Berufung auf das Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) die Wohn-LKWs und nahm 28 BewohnerInnen fest. Zwar wurden die Wagen mittlerweile wieder freigeben, wie es mit der Bambule weitergeht, ist aber unklar.

Klar ist jedoch, dass die Räumung der Bambule nicht so einfach über die Bühne ging, wie sich das der Rechtssenat gewünscht hat. In den Tagen nach der Räumung des Platzes fanden fast täglich Demonstrationen, Protest- und Solidaritätsaktionen statt. Im Anschluss an das St. Pauli-Spiel zogen am Mittwoch (7.11.) über 1.000 Menschen auf die Reeperbahn, um sich mit der Bambule zu solidarisieren. Dort kam es zu den bisher militantesten Ausschreitungen: Die Polizei setzte massiv Wasserwerfer und Schlagstöcke gegen die DemonstrantInnen ein, es flogen Steine und Flaschen, Polizeihubschrauber kreisten über dem Kiez, ganze Straßenzüge wurden abgeriegelt, 55 Personen, darunter viele PassantInnen, wurden in Gewahrsam genommen. Gegenüber der Tageszeitung Die Welt lobte Ronald Schill den Polizeieinsatz, der gezeigt habe, "dass wir Protestaktionen dieser Art nicht dulden". Darüber hinaus zeigte sich der Hamburger Innensenator optimistisch, dass sich der Protest "schon in den nächsten Tagen totlaufen" werde.

Aber die bundesweite Demonstration "Gegen Rechtspopulismus, Ausgrenzung und Vertreibung" am 16.11. hat gezeigt, dass Schill mit dieser Einschätzung falsch lag: 4.000 Leute folgten dem Aufruf des Soliaritätsbündnises. Die Räumung der Bambule steht im Kontext eines gesellschaftlichen Rechtsrucks, der in der gesamten rot-grünen Bundesrepublik stattfindet. Im Namen einer hegemonialen "Mitte" werden immer mehr Menschen auf Grund ihrer Abweichung von der Norm gewaltsam ausgegrenzt. Diese autoritäre Formierung bekamen und bekommen zuerst Flüchtlinge und MigrantInnen zu spüren, und das in einem Ausmaß, das für andere soziale Gruppen unvorstellbar ist. Vor allem Hamburg ist zum Vorreiter einer Politik der sozialen Härte, der Vertreibung und der Ausgrenzung geworden. So ist es kein Zufall, dass gerade in dieser Stadt der Nigerianer Achidi John im Dezember 2001 bei einem gewaltsamen Brechmitteleinsatz ums Leben gekommen ist.

In Zeiten, wo nun auch verstärkt Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen und GeringverdienerInnen unter die Kategorie "unnütz" subsumiert werden, wächst die Gruppe der Ausgegrenzten kontinuierlich. Aber auch wenn die "Römer" in der Überzahl sind, müssen nicht alle "gallischen Dörfer" platt gemacht werden - es gibt einen Zaubertrank, und der heißt Solidarität: Viva Bambule.

NV, 16.11.02

Spenden für die Anwaltskosten der Bambule an:

Postbank Sparkonto, Petra Sohnk,

Kt-Nr. 300 27 84 288, BLZ 201 100 22,

Verwendungszweck: Bambule-Soli

9. 1 x Castoralarm = 2 Sixpacks + 61 h: 2.000 kritische + 16.000 unkritische Masse

2 Sixpacks + 61h : 2.000 kritische + 16.000 unkritische Masse

Autor: Fotoreportage von Timo Vogt · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:42

Am Donnerstagmorgen, 14. November, 7.24 Uhr war alles vorbei: Der bislang größte Castor-Transport aus Frankreich erreichte nach 61 Stunden Fahrt sein Ziel Gorleben. Zum Schluss ging es ganz schnell: Auf Tiefladern wurden die zwölf Atommüll-Behälter vom Verladebahnhof Dannenberg ins 20 Kilometer entfernte "Zwischenlager" Gorleben gebracht.

Die Bilanz dieses Transportes: Zu Spitzenzeiten waren 16.600 PolizeibeamtInnen und BGSler im Einsatz; die Zahl der DemonstrantInnen war mit etwa 2.000 geringer als je zuvor. Insgesamt wurden 950 AtomkraftgegnerInnen vorübergehend in Gewahrsam genommen, einzelne DemonstrantInnen sollen bis zu 19 Stunden lang festgehalten worden sein (taz, 15.11.02).

"Der Protest ist von einer Massendemonstration zu einer Demonstration der Nadelstiche geworden." Mit diesen Worten rechtfertigte der niedersächsische Innenminister Heiner Bartling (SPD) das enorme Polizeiaufgebot und lobte gleichzeitig das besonnene Vorgehen der BeamtInnen.

Demgegenüber zählt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg 80 Verletzte unter den AtomkraftgegnerInnen. Kurz vor dem Eintreffen der Castoren ins Zwischenlager wurde Jochen Stay, Sprecher der Kampagne X-tausendmal quer, bei einer Straßensperre von BGS-Beamten angehalten. Er wurde zunächst vor, dann in einem BGS-Fahrzeug misshandelt. Mit einem Polizeigriff drückte ein Beamter Stay "die Nase volle Kante ins Gesicht" - so berichtete der Betroffene später.

Zudem häufen sich die Meldungen, dass die Polizei beim diesjährigen Transport die Bewegungsfreiheit der Medien extrem eingeschränkt habe. So wurde das Versammlungsverbot, das für den Bereich um die Transportstrecke gegen DemonstrantInnen ausgesprochen wurde, unrechtmäßig auch für JournalistInnen geltend gemacht.

Wir dokumentieren einige Stationen dieses Transportes, die Fotos sowie die Informationen zu den Bildern sind von Timo Vogt, Agentur Randbild (www.randbild.de).

10. Kleine Schwester, große Wirkung. Arbeit mit kriegstraumatisierten Frauen und Kindern in Ex-Jugoslawien. Ein Gespräch

Autor: Interview: Stefanie Graefe · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:36

Seit genau fünf Jahren gibt es auf der kroatischen Insel Brac ein Haus, in dem Frauen und Kinder aus allen Regionen des ehemaligen Jugoslawien sich erholen können, therapeutisch beraten werden und in dem pädagogische und therapeutische Fachfrauen und Multiplikatorinnen in der Friedens- und Traumaarbeit ausgebildet werden. Mit der Koordinatorin von SEKA (1), Mirjana Bilan, sprach Stefanie Graefe.

ak: Ohne einen Pfennig in der Tasche habt ihr damals angefangen ...

Mirjana Bilan: Ja, ein bisschen verrückt eigentlich ...

Wie seid ihr dazu gekommen?

Nachdem bekannt geworden war, dass in Bosnien und Kroatien massenhaft Frauen vergewaltigt worden waren, sind nicht nicht nur in Hamburg, sondern in der ganzen BRD viele Frauen auf die Straße gegangen und haben protestiert. Daraus ist ein Verein geworden, Sukaina, wo ich Gabi Müller kennengelernt habe. Wir haben über die Jahre die Frauenorganisationen in den Kriegsgebieten unterstützt und gleichzeitig hier Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Gabi ist in der Zeit mehrere Male dort gewesen, als Therapeutin. Wir haben uns alle an den Kopf gefasst: Es war Krieg! Und sie fährt mitten rein, um mit den Frauen zu arbeiten. Jedenfalls kam sie mit der Erfahrung zurück, dass es etwas ganz Bestimmtes war, was den Frauen und Kindern die Kraft gegeben hat, diesen ganzen Wahnsinn durchzustehen. Nämlich ihre schönen Erinnerungen an ein besseres Leben, oft an Urlaub, meist am Meer. Dann haben wir angefangen zu spinnen: irgendwo am Meer auf einer Insel ein schönes Haus. Ein Haus, wo Frauen und Kinder kommen und Kraft tanken können. Nun gut, 1996 haben Gabi und ich in Kroatien Urlaub gemacht und waren zufällig auf der Insel Brac vor Split. Wir hatten kein Geld. Aber eine Idee. Und wir hatten unseren Freundinnen in Zagreb, Split und Bosnien schon von unserer Idee erzählt. Alle waren begeistert, aber niemand hatte Geld.

Na ja, und da wurde tatsächlich ein Haus zum Verkauf angeboten. Wir haben es gesehen und waren begeistert. Keine müde Mark in der Tasche. Innerhalb von vierzehn Tagen mussten wir zehn Prozent anzahlen, das Haus kostete 350.000 DM. Wir also zurück nach Deutschland, haben ganz schnell unsere FreundInnen angerufen und die 35.000 zusammengekriegt. Dann hatten wir ein halbes Jahr Zeit, um die restlichen 90% zu organisieren. Letztendlich haben wir es über die Öko-Bank geschafft, die haben uns einen Kredit gegeben, für den unsere Freundinnen gebürgt haben. Jede wie sie konnte, eine mit 10.000, die andere mit ihrer Lebensversicherung, eine auch über 100.000 DM. Auf den letzten Drücker konnten wir das Geld überweisen. Unser Programm hat später, neben den vielen privaten SpenderInnen, vor allem die Stadt Hamburg, d.h. die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales finanziert.

Das dürfte sich ja inzwischen geändert haben.

Ab nächstes Jahr wird es bitter, denn mit Hamburg ist in Folge des Regierungswechsels - wie bei vielen anderen Frauenprojekten auch - nichts mehr drin. Zwar ist der Kreis der privaten SpenderInnen im Laufe der Jahre größer geworden, was auch daran liegt, dass es jetzt auch Bildungsurlaube für Frauen aus Hamburg und Norddeutschland nach Brac gibt. Aber trotzdem ist es ein ernstes Problem für uns, dass diese Finanzierung der Stadt Hamburg jetzt wegfällt.

Ihr macht also Erholungsprogramme für Frauen und Fortbildungen für pädagogische und therapeutische Fachkräfte?

Wir machen Fortbildungen für Fachfrauen - Psychologinnen, Ärztinnen, Pädagoginnen -, die mit traumatisierten Frauen und Kindern arbeiten. Und wir arbeiten mit diesen Frauen und Kindern selbst; vor allem in den Sommermonaten. Sie bewerben sich bei uns, und ihre lokalen Organisationen entscheiden, wer es am nötigsten hat. Dann werden sie vierzehn Tage bei uns betreut. Nicht nur mit Erholen, Baden und Verwöhnen,

sondern es wird auch mit ihnen gearbeitet, wenn sie das wollen. Mit den Kindern wie mit den erwachsenen Frauen. Meistens wollen sie es. Entweder einzeln oder in Gruppenarbeit. Außerdem bieten wir Burn-out-Prävention an für die Frauen, die als Helferinnen in anderen Frauenprojekten arbeiten, also z.B. für Köchinnen oder Krankenschwestern. Wir arbeiten insgesamt mit über 80 Frauenprojekten in der Region des ehemaligen Jugoslawien zusammen. Gabi macht jetzt außerdem schon zum zweiten Mal Psychodrama-Fortbildungen mit Psychologinnen. Diese Methode des Psychodrama hat sich als sehr gut erwiesen. Damit können die Frauen viel mehr anfangen als zum Beispiel mit "Sabbeln". Es wird mit Symbolen auf der Bühne gearbeitet. Du schlüpfst in verschiedene Rollen und stellst szenisch bestimmte, für dich einschneidende Situationen dar. Das ist ein kollektiver Prozess, d.h. die anderen sind an der Bearbeitung der individuellen Themen beteiligt. Aber wir bilden auch in anderen Methoden aus, z.B. Bibliotherapie für Lehrerinnen: Es gibt in den Schulen viele traumatisierte Kinder. Über bestimmte Texte - Fabeln, Märchen, Geschichten - kann man den Kindern einen Zugang bieten, um über ihre traumatisierenden Erlebnisse zu sprechen.

Die Art und Weise, wie in eurem Journal Frauen den Aufenthalt bei euch beschreiben, ist fast poetisch. Manche schreiben, sie seien nach dem Aufenthalt in eurem Haus "wieder lebendig geworden".

Das macht die Atmosphäre im Haus. Du wirst so, wie du bist, aufgenommen, egal, welche Nationalität du hast oder welche Sprache du sprichst. Und, ganz einfach: Du wirst verwöhnt. Kannst machen, was du willst. Es wird nichts aufgedrückt. Das haben wir uns zur Aufgabe gemacht. Ich bin immer ziemlich fertig, wenn ich nach Bosnien fahre, diese ganzen Ruinen, die Zerstörung, die Arbeitslosigkeit, wie eine Depression zieht sich das durchs Land. Es fällt mir schwer, die Frauen und Kinder vor Ort zu besuchen. Aber ich verstehe dann, dass das bei uns für viele Frauen wie ein Paradies sein muss. Ihr Leben lang kümmern sie sich um Kinder, Mann, Vater, Mutter. Und dann kümmert sich jemand um sie. Und das Meer tut seinen Teil dazu. Das ist was Faszinierendes. Viele haben das Meer noch nie gesehen. Was außerdem ganz wichtig ist: Wir sind antinationalistisch und das spüren die Frauen sofort.

Und wie nehmen die Frauen, die zu euch kommen, das an? Dass ihr antinationalistisch seid, heißt ja nicht automatisch, dass sie es auch sind.

Das ist ein ganz sensibler Punkt. Zunächst haben wir immer darauf geachtet, dass bosnische, serbische und kroatische Frauen und Kinder jeweils unter sich bleiben. Letztes Jahr hatten wir zum ersten Mal eine Gruppe aus drei verschiedenen Dörfern da, die auf einer Art Dreiländereck liegen. Am Anfang waren die Frauen in ihren jeweiligen Gruppen zusammen, Bosnierinnen, Serbinnen und Kroatinnen. Doch dann haben sie miteinander gearbeitet. Es war erstaunlich, was die Frauen da loslassen konnten an Schuldzuweisungen - wenn die eine hört, dass die andere genauso ihre Liebsten verloren hat und dass es für sie genauso schlimm war. Zum Schluss haben sie zusammen gefeiert und geheult, als sie sich voneinander verabschiedeten. Kürzlich sind alle zusammen aus dem kroatischen Dorf mit mehreren Privatautos in das serbische Dorf und von dort im Konvoi in das bosnische Dorf gefahren und haben sich dort in einem Haus getroffen: dreißig Menschen, Männer und Frauen. Viele haben uns erzählt, dass sie erst Angst hatten, zu SEKA zu kommen, z.B. eine Serbin, die mit einem Moslem verheiratet ist, hatte Angst, durch ihre Sprache erkennen zu geben, dass sie Serbin ist. Viele haben ihre Arbeitsplätze verloren, weil sie die falsche Religionszugehörigkeit haben.

Dieser Begriff "traumatisiert" wird ja in letzter Zeit hierzulande sehr inflationär gebraucht. Z.B. waren "wir" ja auch angeblich nach dem 11.9. traumatisiert, also nicht die Opfer in New York und Washington, sondern wir hier...

Das kann nur behaupten, wer keine Ahnung hat.

Das glaube ich auch. Ich befürchte nur, dass dieser Begriff, wenn er zum Modebegriff wird, dazu führt, dass der Unterschied zwischen einer Arbeit, wie ihr sie z.B. macht und Leuten, die in Talkshows irgendwas erzählen, nicht mehr greifbar ist. Was macht diesen Unterschied aus?

Zu uns kommen Frauen und Kinder, die z.B. monatelang im Keller eingesperrt gewesen, fast verhungert sind, ihre Angehörigen verloren haben. Die meisten haben Schreckliches gesehen und erlebt - oder sie haben nach dem Krieg Gewalt in der Familie erlebt. Es ist meistens so, dass nach jedem Krieg die Gewalt in den Familien massiv zunimmt. Im ehemaligen Jugoslawien gibt es viele stark traumatisierte Männer, um die sich niemand kümmert. Diese Väter, diese Söhne wurden, genau wie in jedem Krieg, missbraucht und sind sich jetzt selbst

überlassen. Sie sind drogenabhängig oder alkoholkrank geworden, sie sind enttäuscht - und es gibt viel zu wenig Einrichtungen, die sich um diese Männer kümmern.

Gibt es überhaupt welche?

Ja, gibt es schon. Das sind Einrichtungen, die ausgehend von den Erfahrungen arbeiten, die man mit Kriegstraumatisierungen bei US-Soldaten gemacht hat, die in Vietnam waren. Aber es sind nicht genug. Im Grunde ist es so: Es wird nicht mehr geschossen. Aber es gibt auch keinen Platz, um das, was passiert ist, zu verarbeiten. Deshalb steckt man irgendwie auch immer noch mitten drin. Wenn die Kinder erzählen, was sie erlebt haben, denkst du, du bist in einem Horrorfilm. Viele von den Frauen, die zu uns kommen, haben ihre Ehemänner verloren oder wissen bis heute nicht, wo sie sind. Die Kinder sind im Krieg oder unmittelbar nach dem Krieg geboren. Ein Mädchen war bei uns, die dachte "Bohnen" wäre das Wort für "Essen". Sie hatte die ersten Jahre ihres Lebens nur Bohnen gegessen. Manche zucken immer noch zusammen, wenn ein Flugzeug kommt. Der Körper behält das in Erinnerung. Wenn du Granatenbeschuss erlebt hast oder jemand von deinen Angehörigen vor deinen Augen umgebracht wird - ich denke, um solche Traumata geht es.

Kommen auch Frauen aus den sogenannten Schutzzonen zu euch?

Ja, z.B. war eine Frauengruppe aus Gorazde (2) bei uns. Darunter waren sowohl Frauen, die in Gorazde geblieben waren und die ganze Zeit diese Horrorszenarien erlebt hatten, als auch zurückgekehrte Flüchtlinge, die anderes Schlimmes erlebt hatten. Da war viel Wut, bei denen, die geblieben sind.

Wut auf die Frauen, die weggegangen sind?

Ja, weil sie gesagt haben, ihr habt es euch leicht gemacht, seid abgehauen und habt uns im Stich gelassen. Ein ganz sensibles Thema. Was bedeutet das "Mein Land verteidigen", wenn dabei aber meine Kinder umkommen oder mein Mann. Und die andere sagt, ja, aber ich wollte meine Kinder retten. Da ist viel Stoff, worüber man reden muss. Wenn das Platz hat und ausgesprochen wird, dann merkst du, jede hat ihren eigenen Schmerz. Und das muss man einfach lernen zu respektieren. Du kannst das nicht auf die Waage stellen und sagen, siehst du, meins ist viel schlimmer als deins.

Man sagt ja, dass insbesondere die Traumatisierung von Frauen und Kindern im Krieg tabuisiert ist. Gleichwohl haftet dem Begriff "Trauma" etwas Spektakuläres an. "Enttabuisierung" würde doch aber zuallererst heißen, jenseits des Spektakulären die zähe und langfristige Arbeit an der Rückeroberung des Alltags sicherzustellen, wie sie z.B. SEKA leistet.

Ganz genau. Das ist tatsächlich ein Phänomen, dass du auf individueller wie staatlicher Ebene verfolgen kannst. Direkt nach dem Krieg gibt es ein hohes Engagement, Projekte werden gegründet, es wird privat gespendet, staatliche Töpfe werden aufgemacht. Mit der Zeit versickert das. Dann gibt es neue Kriege und das allgemeine Interesse wandert ab. Für eine Arbeit wie unsere ist das natürlich fatal. Hinzu kommt, dass die EU zum Beispiel mittlerweile ihr Geld vor allem in große Organisationen steckt, wobei die Hälfte des Geldes für die jeweilige Wasserkopf-Verwaltung drauf geht. Und wir sind ein kleines Projekt, praktisch ohne Personalkosten, mit einem bescheidenen Budget, aber auf zuverlässige kontinuierliche Unterstützung angewiesen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Kontakt: SEKA Hamburg e.V., Friedensallee 7, 22765 Hamburg, www.seka-hh.de

Anmerkungen:

1) SEKA ist die Abkürzung für "Seminarhaus" und bedeutet auf serbokroatisch außerdem "Schwester/Freundin".

2) Gorazde war seit Frühjahr 1992 als überwiegend muslimische Enklave im von den serbischen Nationalisten dominierten Teil Bosniens eingeschlossen und erlebte mehr als drei Jahre ständigen Granatenbeschuss und eine furchtbare Hungersnot.

Spendenkonten: SEKA Hamburg e.V.

Ökobank Frankfurt

BLZ: 500 901 00

Konto-Nr. 2002000

Hamburger Sparkasse

BLZ: 200 505 50

Kt.-Nr. 1250/12 06 96

(Bzgl. Spendenbescheinigungen bitte deutlich Name und Adresse ins Feld "Verwendungszweck" auf den Überweisungsträger schreiben!)

11. Ein Votum für den Präsidenten. Der Sieger der US-Kongresswahlen heißt George W. Bush

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:04

Eigentlich hätten die Demokraten einen haushohen Sieg einfahren müssen. Denn bei den so genannten Halbzeitwahlen gewinnt traditionell die jeweilige Oppositionspartei Mandate hinzu. Erst recht während einer Wirtschaftskrise. Doch es kam anders: Die republikanische Partei von Präsident Bush baute am 5. November ihre knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus zu einer stabilen aus und eroberte die Mehrheit im Senat zurück. Damit ist auch Bushs Kriegskurs gegen den Irak gestärkt.

George Bush Jr., der die Präsidentenwahl vor zwei Jahren ja nur unter fragwürdigen Umständen gewonnen hatte (landesweit weniger Stimmen als Al Gore, umstrittene Auszählung in Florida), kann das Wahlergebnis als Bestätigung seiner Politik werten: radikale Steuersenkungen für die Reichen, weitere Deregulierung, repressive Innenpolitik, aggressive Außenpolitik. Eine allgemeine Kriegsbegeisterung lässt sich daraus jedoch nicht ablesen. Die Debatte im Establishment geht weiter: Sowohl in den bürgerlichen Medien als auch im Regierungsapparat selbst ist weiterhin umstritten, ob ein militärischer "Präventivschlag" gegen den Irak wirklich "im amerikanischen Interesse" ist. Meinungsumfragen belegen eine wachsende Skepsis gegenüber dem offensiven und - trotz allem UN-Geplänkel - unilateralen Kurs der Bush-Administration.

Und zum ersten Mal seit 30 Jahren kann man wieder von einer Antikriegs-Bewegung in den USA sprechen, mit überraschend großen zentralen Demonstrationen (mehr als 200.000 TeilnehmerInnen Ende Oktober in Washington und San Francisco, am Wochenende darauf 20.000 in Boston) und unzähligen kleinen Aktionen und Veranstaltungen. Beim Golfkrieg 1991 demonstrierten zwar zunächst auch fast 100.000 in Washington, der Protest fiel aber damals sehr schnell in sich zusammen.

Im US-Kongress hat sich dieses wachsende Unbehagen gegenüber den Kriegsvorbereitungen bisher nicht proportional niedergeschlagen. Die demokratische Parteiführung unterstützte im Kongress Bushs Politik - ob aus eigener Überzeugung oder aus Opportunismus, sei dahingestellt. So bestätigten im Oktober beide Kammern mit großer Mehrheit die aggressive Irak-Politik des Präsidenten. Dabei stimmten im US-Senat auch 29 (von insgesamt 50) Demokraten und im Repräsentantenhaus 81 (von insgesamt 207) Demokraten mit den Republikanern.

Diejenigen demokratischen Abgeordneten, die gegen die Kriegsresolutionen gestimmt hatten, wurden am Wahltag allerdings keineswegs abgestraft. Eher im Gegenteil. So erhielt Barbara Lee, die im September 2001 als einzige Abgeordnete gegen den damals bevorstehenden Afghanistan-Krieg gestimmt hatte, in ihrem kalifornischen Bezirk volle 82 Prozent. Und Senator Dick Durbin aus Illinois berichtete aus seinem Wahlkampf in den Vorstädten von Chicago: "Ich habe mit etwa 4.000 Leuten gesprochen, und davon sind genau zwei auf mich zugekommen und haben mich wegen Irak kritisiert." Durbin wurde mit 60 Prozent wiedergewählt. Auch Paul Wellstone aus Minnesota (wohl der einzige Senator, den man auch nach europäischen Maßstäben als "links" bezeichnen konnte) lag in Umfragen vorne, bis er wenige Tage vor der Wahl bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam. Der Sitz ging dann - knapp - an die Republikaner.

Wenige Bezirke entscheiden

Dagegen verloren etliche konservative Demokraten, die zuvor für einen Irakkrieg und für Bushs Steuersenkungen gestimmt hatten, ihre Mandate. Darunter waren auch die letztlich entscheidenden Senatssitze in Georgia und Missouri. Anscheinend wählten die Leute lieber das republikanische "Original", erst recht in Bundesstaaten, wo Bush persönlich mit ungewöhnlich vielen Auftritten in den Wahlkampf eingegriffen hatte. Insofern kann Bush diesmal - anders als vor zwei Jahren - in der Tat ein politisches Mandat für sich reklamieren, obwohl er selbst gar nicht zur Wahl stand.

Die letzten Prognosen kurz vor dem 5. November hatten noch einen leichten Vorteil für die Demokraten angekündigt: Sie würden wohl ihre knappe Mehrheit im Senat (bisher 50:49) verteidigen und evtl. die Mehrheit im Repräsentantenhaus (zuletzt 223:210 für die Republikaner) übernehmen. Dass es anders kam, liegt nur an relativ wenigen Bezirken, auf die die Republikaner ihren Einsatz konzentrierten - mit Erfolg.

Das politische System der USA (Direktwahl statt Verhältniswahl) bringt es mit sich, dass in den meisten Bezirken gar kein richtiger Wahlkampf stattfindet. Die meisten Amtsinhaber sind so reichlich mit Wahlkampfspenden ausgestattet, dass sie sich mindestens eine Affäre mit einer Praktikantin erlauben müssen, um ihre Wiederwahl zu gefährden (die männliche Form ist hier mit Bedacht gewählt, denn nicht einmal ein Siebtel aller Kongress-Mitglieder ist weiblich).

In 40 von insgesamt 435 Wahlkreisen trat erst gar keinE GegenkandidatIn an; in weiteren 89 gewann der/die jeweilige AmtsinhaberIn mit mehr als 80 Prozent der abgegebenen Stimmen - in fast einem Drittel des Landes herrscht also de facto ein Einparteiensystem. Als wirklich umkämpft galten weniger als 40 Wahlkreise - fast ausschließlich solche, in denen der/die bisherige AmtsinhaberIn nicht mehr kandidierte oder die nach der letzten Volkszählung neu zugeschnitten worden waren. Etwas wackliger sind die Sitze im honorigen Senat (hier entspricht ein Stimmbezirk gleich einem ganzen Bundesstaat). Hier galten immerhin sieben (von diesmal insgesamt 34) Rennen als "competitive" - und die Mehrheit davon ging an die Republikaner.

An den Abstimmungsergebnissen im neuen US-Kongress wird sich voraussichtlich wenig ändern. Denn weil der rechte Flügel der Demokraten meistens mit den Republikanern stimmte, verfügte Bush schon bisher über eine solide Mehrheit für seine wichtigsten Programmpunkte. Entscheidend für einen Gesetzentwurf oder einen Personalvorschlag (für Gerichte oder Ministeriumsposten) ist jedoch die Frage, ob es überhaupt zu einer Abstimmung kommt. Denn die jeweilige Mehrheitsfraktion kontrolliert auch alle Ausschüsse und die Geschäftsordnung. So kann sie einen Vorschlag der Regierung fast nach Belieben verschimmeln lassen. Diese Möglichkeit haben die Demokraten nun ebenso verloren wie das Recht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen.

Nicht, dass die Demokraten in der vergangenen Legislaturperiode allzu aggressiv davon Gebrauch gemacht hätten. Selbst die Ermittlungen zur milliardenschweren Enron-Pleite, in die die Bush-Regierung offensichtlich verwickelt war, verliefen im Sande. Angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse kann man sich kritische Nachfragen gegenüber der Regierung (oder gar Untersuchungsausschüsse) erst recht abschminken. Bisher umstrittene Bush-Projekte werden jetzt wohl den Kongress passieren. Das gilt für das geplante Super-Innenministerium ("Homeland Security") ebenso wie für extrem konservative neue Bundesrichter. Damit wird ein weiterer Rechtsrutsch langfristig festgeschrieben.

Das neue Machtzentrum liegt im Süden

Der Rechtsrutsch spiegelt sich auch geographisch wider. Das politische Zentrum des Landes ist nicht mehr im Nordosten (wie bis zu den 1960er Jahren) oder in Kalifornien (Reagan-Ära), sondern im Südosten, also in den ehemaligen Sklavenhalterstaaten. Aus dieser Region stammen praktisch alle wichtigen republikanischen Politiker. Damit krönen sie die "Southern Strategy", die Richard Nixon vor über 30 Jahren eingeleitet hatte, um die weiße Bevölkerungsmehrheit in diesen Bundesstaaten mit mehr oder weniger offenen rassistischen Anspielungen für die Republikaner zu gewinnen. Das funktioniert auch heute noch - so sehr sich bürgerliche Medien und Soziologen bemühen, eine "post-rassistische" Gesellschaft herbeizureden.

Wie ideologisch präsent die vor 137 Jahren abgeschaffte Sklaverei noch heute ist, zeigt ein Wahlergebnis aus dem Staat Georgia. Hier verlor der bisherige Gouverneur Roy Barnes, ein relativ fortschrittlicher weißer Demokrat, gegen seinen republikanischen Herausforderer. Barnes hatte im vergangenen Jahr eine neue Staatsflagge durchgesetzt. Bis dahin hatte der Bundesstaat noch die alte Sklavenhalter-Flagge aus dem Bürgerkrieg (1861-65) verwendet. Diese symbolische Aktion hat die große Mehrheit der weißen WählerInnen in Georgia nun auf die Seite der Republikaner getrieben, stellte die New York Times nach der Wahl konsterniert fest. Ähnliche Auseinandersetzungen hatte es in den vergangenen Jahren auch in anderen Südstaaten gegeben, in denen Zehntausende Weiße für das alte Konföderierten-"X" ("unser Erbe") demonstrierten. Sonny Perdue, der neue republikanische Gouverneur von Georgia, will jetzt eine Volksabstimmung über die neue Flagge abhalten lassen.

Innerhalb der republikanischen Partei ist George Bush angesichts des Wahlerfolgs nun weniger umstritten denn je. Bisherige innerparteiliche Widersacher braucht der Präsident nicht mehr zu fürchten. So hatte beispielsweise der rechts-libertäre Texaner Dick Armey, der bisherige republikanische Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, einige allzu repressive Gesetzentwürfe der "eigenen" Regierung blockiert. Sein Nachfolger wird wohl Tom DeLay, ebenfalls aus Texas und ein harter "Law and Order"-Vertreter. Die Partei

verfügt nicht nur über mehr Geld als die Demokraten, sondern mittlerweile auch über die mobilisierungsstärkere Basis. Aus Schusswaffenfreaks, christlichen Fundamentalisten und anderen Fanatikern sind disziplinierte Parteisoldaten geworden.

Und bei den Demokraten dürfte nun der Wettkampf um die Präsidentschaftskandidatur 2004 beginnen. Bisher zeichnet sich nicht ab, dass dabei eine echte Alternative zum rechten Bush-Programm entwickelt wird. Mindestens seit Beginn der Clinton-Ära verfolgt die demokratische Parteiführung das Ziel, den Republikanern "moderate WechselwählerInnen" abspenstig zu machen - eine Art "Neue Mitte". Das erschien erfolgreich: Bill Clinton gewann 1992 gegen George Bush Senior (weil der die entscheidenden Stimmen an den Parteilosen Ross Perot verlor) und 1996 gegen den überforderten Bob Dole.

Doch das waren Pyrrhussiege. Denn im gleichen Zeitraum verloren die Demokraten ihre frühere strukturelle Parlamentsmehrheit. Von wenigen Ausnahmen abgesehen vertreten sie jetzt nur noch großstädtische Wahlbezirke. Der Partei gelingt es immer weniger, ihre traditionelle Basis zu mobilisieren - oder gar bisherige Nicht-WählerInnen anzusprechen. Das bemängelt vor allem der "linke" Parteiflügel, der mit einer klareren programmatischen Alternative (vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik) neue AnhängerInnen gewinnen will.

Handzahme Demokraten

Von links brauchen die Demokraten jedenfalls keine Konkurrenz zu befürchten. Die Grünen sind und bleiben bedeutungslos. Vor zwei Jahren hatten sie den bekannten Verbraucheranwalt Ralph Nader als Präsidentschaftskandidaten nominiert. Damals hieß es, man wolle die junge Partei mit einem prominenten Zugpferd bekannt machen, um danach "von unten" eine schlagkräftige Organisation aufzubauen. Diese Ansätze sind jedoch wieder zerfallen. Das einzige nennenswerte Ergebnis hat ein grüner Gouverneurs-Kandidat in Kalifornien eingefahren - fünf Prozent. Andere linke Kleinstparteien wie die Traditions-KP machen blindlings Wahlkampf für die Demokraten als "kleineres Übel" ("Defeat the Ultra-Right!").

Wenn selbst die haarsträubenden Skandale und Pleiten der vergangenen Monate, die Wirtschaftskrise und die Kriegsgefahr den Republikanern nichts anhaben konnten, dann ist nicht abzusehen, dass die handzahmen Demokraten in zwei Jahren George Bushs Wiederwahl gefährden könnten. Das ist ein erstaunlicher Wandel im Vergleich zu 2000, als der Texaner allgemein noch als geistiges Leichtgewicht belächelt und als Nutznießer eines angeblichen Wahlbetrugs angefeindet wurde. Da die US-Verfassung nur zwei Amtsperioden zulässt, müsste George Bush dann 2008 abtreten. Manche Kommentatoren bringen als möglichen Nachfolger bereits seinen Bruder Jeb Bush ins Spiel, den soeben wiedergewählten Gouverneur von Florida. Am Ende brächten es die beiden Brüder zusammen auf 16 Jahre Amtszeit - so lange wie Helmut Kohl, den anfangs auch viele als einfältige "Birne" verspottet hatten.

Michael Hahn, Los Angeles

12. Velkommen til Kobenhavn! Trotz Repression gibt es viele Aktionen gegen den EU-Gipfel in Kopenhagen

Autor: kb · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Dänemark; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:25

"Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit"- so lautet eine der wohlklingenden Überschriften, unter der die dänische Regierung ihre Essentials für den EU-Gipfel am 12./13. Dezember auf ihrer offiziellen Homepage präsentiert. Beim Weiterlesen reduziert sich die Sache, um die es hier geht, auf den "Wunsch, an der Spitze für eine gemeinsame Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität zu stehen".

Das Verständnis von Gerechtigkeit, dass sich hier zeigt, ist für die dänische Regierungspolitik durchaus typisch. Seit nunmehr genau einem Jahr wird Dänemark von einer Koalition der beiden traditionellen bürgerlichen Parteien (Venstre und Konservative) regiert, die auf die Unterstützung der rassistischen Dänischen Volkspartei angewiesen ist. Seitdem steht Dänemark in der Tat "an der Spitze" der europäischen Reaktion: Die Zeit, in denen Einwanderern entscheidende demokratische und soziale Rechte vorenthalten und sie ständig von Ausweisung bedroht werden, wurde auf sieben Jahre verlängert, Familienzusammenführungen wurden erschwert usw. Aber am liebsten wäre es Innenminister Haarder, und darin ist er sich wohl mit den meisten seiner KollegInnen in der EU einig, wenn überhaupt keine Flüchtlinge mehr nach Europa kommen würden. Aber auch die demokratischen und sozialen Rechte der übrigen dänischen Bevölkerung wurden seit dem Regierungswechsel massiv angegriffen (vgl. ak 457).

Ähnlich überflüssig wie die Flüchtlinge findet die dänische Regierung auch jede Form des Protests gegenüber der rassistischen Staatspolitik. Ob mit der Ankündigung, die sogenannten GlobalisierungsgegnerInnen im Dezember gar nicht erst über die dänische Grenze zu lassen, ernst gemacht wird oder nicht, muss vorerst offen bleiben. Sicher ist jedoch, dass auch die Bekämpfung der GrenzüberschreiterInnen nichts nutzen wird, denn auch die dänische Linke hat für die Zeit des EU-Gipfels eine ganze Reihe von Aktivitäten vorbereitet. Die Voraussetzungen für einen sichtbaren und erfolgreichen Protest sind derzeit nicht nur aus europäischer Sicht (siehe ESF - Europäische Sozialforum in Florenz), sondern auch aus dänischer Sicht günstig. Die Proteste gegen die Rechtsregierung haben seit Anfang des Jahres zugenommen: Die dänischen Gewerkschaften, und insbesondere die Gewerkschaftsbasis, haben zum ersten Mal seit vielen Jahren zum Mittel des politischen Streiks gegriffen, um die Angriffe der Regierung auf die Tarifautonomie abzuwehren. Gleichzeitig gab es zahlreiche Aktionen von SchülerInnen und Studierenden gegen die Rotstiftpolitik und die Privatisierungen im Bildungsbereich. Schließlich fanden auch Proteste gegen die Flüchtlingspolitik der Regierung statt, am spektakulärsten war vielleicht die Aktion der Gruppe Globale Rødder, deren AktivistInnen am 13. September des Jahres stundenlang das Dach des größten Abschiebeknastes (Sandholm-Lager) besetzen konnten.

Die letztgenannte Gruppe, die sich auf Aktionsformen der white overalls bezieht, steht auch für den markantesten Beitrag zur Debatte um Widerstand und Gewaltfreiheit, die in der dänischen Linken im Vorfeld des EU-Gipfels geführt wurde. Auf Grundlage des Schocks, der durch die massiven Repressionen im Zusammenhang mit dem EU-Gipfel in Göteburg ausgelöst wurde, sind sich alle dänischen Organisationen einig, dass die Fokussierung auf die "Gewaltfrage" durchbrochen werden muss. Die Globalen Rødder treten allerdings gleichwohl für "sozialen Ungehorsam" ein, mit dem Ziel, das Treffen der Regierungschefs nachhaltig zu stören. Was das im Einzelnen bedeutet, wird am "Widerstandstag", der für Freitag, den 13.11. vorgesehen ist, zu erfahren sein. Angesichts des angekündigten massiven Polizeiaufgebotes und des abgelegenen Ortes, an dem der Gipfel stattfindet, kann die Ankündigung des "sozialen Ungehorsams" jedoch kaum mehr als symbolische Bedeutung erlangen.

Dies sollte aber niemanden daran hindern, nach Kopenhagen zu fahren, denn es sind zahllose weitere Protestaktionen geplant, wovon hier nur eine kleine Auswahl gegeben werden kann: An besagtem Freitag wird um 17 Uhr in der Innenstadt eine Demonstration gegen die EU-Flüchtlingspolitik stattfinden, die die (eher internationalistisch ausgerichtete) Initiative für ein anderes Europa veranstaltet: Neben der Kritik an der dänischen Flüchtlingspolitik wird hier das Gedenken an die Opfer der "Festung Europa" im Mittelpunkt stehen. Am Samstag, den 14.12. beginnt um 11 Uhr die große gemeinsame Demonstration gegen den EU-Gipfel, anschließend wird es ein inhaltlich ziemlich undefiniertes "Volkstreffen" geben, das u.a. von dem Bündnis Stop

Unionen getragen wird, das eher am Erhalt des "dänisches Modells" und des "Wohlfahrtstaates" ausgerichtet ist.

Bis einschließlich Sonntag, den 15.12., richten die verschiedenen dänischen und internationalen Gruppen einen "Gegengipfel" aus, auf dem in einigen Dutzend Arbeitsgruppen Themen wie "Ausgrenzung von Frauen" oder "Privatisierungspolitik" diskutiert werden. Ein Schwerpunkt der gesamten Proteste soll erneut - wie auch schon in Florenz - der Widerstand gegen die US- und EU-Kriegspolitik sein.

In Deutschland organisiert unter anderem die Gruppe AVANTI Busreisen nach Kopenhagen. Auf ihrer detaillierten web-Seite (www.kopenhagen2002.de) finden sich neben Abfahrtterminen, Fahrtkosten, Rechtshilfetipps auch Übersetzungen einiger im Zusammenhang mit dem Gipfel wichtiger dänischsprachiger Texte.

kb

13. Signal für Optimismus. Eine erste Bilanz des Europäischen Sozialforums in Florenz

Autor: Monika Bricke · Rubrik: Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:43

Über 60.000 Menschen aus Europa und allen Teilen der Welt kamen vom 6. bis zum 10. November zum ersten Europäischen Sozialforum in Florenz. Unter dem Motto "Gegen Krieg, Rassismus und Neoliberalismus" trafen sie sich in 16 Konferenzen, hunderten von Seminaren und Workshops und nahmen an der größten Antikriegsdemonstration teil, die es in Europa jemals gegeben hat - die Angaben über die Zahl der TeilnehmerInnen variieren zwischen 500. 000 laut Polizei und einer Million nach Einschätzung der VeranstalterInnen.

Vorsichtige Schätzungen während der Vorbereitung waren von 20.000 TeilnehmerInnen am Sozialforum ausgegangen, für die Demo wurden etwa 200.000 italienische KriegsgegnerInnen erwartet. Dass zu beiden Ereignissen dreimal so viele Menschen erschienen, führte einerseits zu chaotischen Zuständen, völlig überfüllten Konferenzräumen und einer Stadt, die aus allen Nähten platzte. Gleichzeitig aber herrschten euphorische Hochgefühle bei den Teilnehmenden und die Gewissheit, dass diese "Bewegung der Bewegungen" eine starke Kraft ist, die der Linken in Italien und in ganz Europa einen guten Stand in den anstehenden Auseinandersetzungen gibt, etwa bei den aktuellen Kämpfen der Fiat-ArbeiterInnen oder der europaweiten Mobilisierung gegen den angekündigten Irakkrieg.

Der Erfolg und der kämpferische Impetus des Sozialforums sind nicht unwesentlich der Tatsache geschuldet, dass es in Italien stattfand. Nirgends sonst in Europa ist die Linke so breit gefächert, so finanzkräftig und gut organisiert, aber auch personell so stark. Nirgends gibt es gesellschaftlich eine so klare Front gegen einen gemeinsamen Gegner Berlusconi, von der sozialdemokratischen DS über die Gewerkschaften und die BewegungsaktivistInnen der "Disobbedienti" bis hin zu den Antagonisti (in etwa vergleichbar mit den hiesigen Autonomen).

Dabei wurde im Vorfeld monatelang in allen italienischen Medien "der Geist von Genua" heraufbeschworen. Diffuse Ängste vor "ausländischen Gewalttätern" wurden geschürt und die Aufhebung des Schengener Abkommens forciert. Innenminister Pisanu bezeichnete in der Zeitung La Stampa die ForumsteilnehmerInnen als "gefährliche Extremisten". Berlusconi selbst verstieg sich gar im Corriere della Sera zur Behauptung, die ForumsbesucherInnen wollten "die Stadt zerstören". In Florenz selbst stand der DS-Bürgermeister unter Beschuss, weil er angeblich mit der Einladung an das Forum die unschätzbaren Kulturdenkmäler von Florenz den brandschatzenden Horden ausliefere.

Überall kursierten Gerüchte und Berichte von Waffenlagern oder von der Formierung des "Black Blocks" in Deutschland und der Schweiz, um Florenz in Schutt und Asche zu legen. Eine letzte Spitze setzte dem Ganzen die Schriftstellerin Oriana Fallaci, die selbst aus Florenz stammt, auf. In einem pathetischen offenen Brief im Corriere della Sera rief sie die EinwohnerInnen von Florenz dazu auf, tapfer zu sein, ihren Abscheu gegenüber dem Forum auszudrücken, alle Läden und Fenster zuzumachen, wie damals, als die Faschisten 1922 in Richtung Rom marschierten. Sie stellte damit die Hetze gegen das Forum auf eine Stufe mit dem antifaschistischen Widerstand gegen Mussolini. Wenn ein Moment festzumachen ist, an dem die Stimmung in Italien zu kippen begann, dann ist vielleicht dieser Brief zu nennen. Die Empörung innerhalb der liberalen Öffentlichkeit über diese perfide Gleichsetzung veranlasste sogar den Innenminister, sich von der "Überzogenheit" der Äußerungen zu distanzieren.

Je mehr bunt gekleidetes Volk aus allen Teilen der Welt in der Stadt eintraf und sich über ganz Florenz und die umliegenden Gemeinden verteilte, friedlich diskutierend oder Gitarre spielend im Park saß oder wie im Falle vereinzelter Aktionen der "Disobbedienti" mit symbolischen Besetzungen gegen das Copyrightgesetz oder Arbeitsbedingungen in Callcentern protestierte, desto mehr Geschäfte öffneten ihre Türen, umso freundlicher wurden die Gesichter der StadtbewohnerInnen. Am Tag der großen Antikriegsdemonstration blieben zwar viele Fensterläden verschlossen, aber aus ebenso vielen hingen zum Zeichen der Solidarität Bettlaken. Die AnwohnerInnen verteilten Tee und Kaffee, manche wurden auch von den DemonstrantInnen frenetisch gefeiert, wie z.B. ein alter Partisan, unter dessen Balkon die Demo immer wieder in die erste Strophe von

"Bella Ciao" ausbrach. Die Reaktionen auf panisch verbarrikadierte Läden waren eher ironisch gelassen als wütend, was sich in Graffiti wie "Geschlossen auf Grund staatlicher Paranoia" oder "Zittert nicht, wir wollen eure Kinder nicht fressen" äußerte.

Sicherlich ist am Europäischen Sozialforum das Gleiche zu kritisieren wie am Weltsozialforum: Die Kirchentagsrummelatmosphäre, der Bauchladencharakter, wo politische Inhalte völlig diffus bleiben und sich bei den großen Konferenzen Prominente im Glanz der Öffentlichkeit sonnen, während die kleinen Workshops irgendwo ins Umland verlegt werden oder ganz ausfallen. Auch die nervenzehrende Präsenz von Gruppen wie Linksruck und der Socialist Workers Party, mit ihrem ständig wiederholten Mantra "One Solution, Revolution" oder Plakate mit Aufschriften wie "Solidarität mit der Intifada - keine Kompromisse mit dem Zionismus" taten dem Vergnügen am Bad in der "bewegten" Menge durchaus Abbruch.

Aber nach Genua, wo viele GlobalisierungskritikerInnen in Angst und Schrecken Italien verließen, ist dieses Ereignis ein notwendiges positives und wichtiges Signal: Wir sind viele, wir halten zusammen, wir haben etwas zu sagen und können etwas verändern. Nur was, darüber müsste jetzt tatsächlich eine ernsthafte inhaltliche Diskussion anfangen. Klar ist auch, dass für eine Massenbewegung italienischen Ausmaßes in Deutschland kein Boden vorhanden ist. Um so wichtiger also, sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Ansätze und Impulse Florenz uns gibt und wie in diesem Land die Marginalisierung linker Positionen jenseits der rot-grünen Regierungslinie überwunden werden könnte.

Monika Bricke

14. Spanische Schlaglichter. Die Situation für Flüchtlinge und MigrantInnen verschlechtert sich rapide

Autor: Tom Kucharz · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:11

Im Südwesten Europas sterben seit Anfang der 90er Jahre nicht nur täglich Menschen beim Versuch, die EU-Grenze zu überwinden, auch Zehntausende von MigrantInnen arbeiten hier unter sklavenähnlichen Bedingungen. Spanien ist zu einer Art "human laboratory" geworden: Die spanische Regierung erprobt an den MigrantInnen, wie weit sie mit der Einschränkung von Grund- und Menschenrechten gehen kann, ohne den Status quo in Gefahr zu bringen.

Wie in so vielen europäischen Ländern hat auch die spanische Regierung das Thema "Migration" nicht nur definitiv zum "Problem" gemacht, sondern es ist mittlerweile - von rechts bis links - zu einem Legitimationsmittel in vielen Politikbereichen geworden: Kommunalpolitik, Innere Sicherheit, Arbeits- und Sozialpolitik, die Militarisierung der Gesellschaft und natürlich in der Außenpolitik. Auch wenn es den Anschein hatte, dass die spanische Regierung auf dem EU-Ratstreffen im Juni in Sevilla von einigen EU-Staaten im Eifer um die rassistischste EU-Politik gebremst wurde, beweisen die Fakten der sechsmonatigen spanischen EU-Präsidentschaft das Gegenteil. So wurden die Kontrolle der EU-Außengrenzen verschärft, der Terminus des politischen Asyls neu-definiert und ein "Aktionsplan gegen die illegale Einwanderung" gestartet. Dieser beinhaltet u.a. die Überwachung von Mobiltelefonen, den Bau neuer Abschiebezentren sowie die Überprüfung bzw. Reduzierung der Einwanderungsquoten von ArbeitsmigrantInnen. Damit wolle man, so der Innenminister Angel Acebes, die "Kriminalität im Land bekämpfen".

Auch die Bilanz des Innenministeriums im Bereich "politisches Asyl" weist in diese Richtung: Von den 3.748 Anträgen der ersten sechs Monate des Jahres 2002 wurden lediglich 243 positiv beschieden, was einer Ablehnungsquote von 93,5% entspricht. Neue Visabestimmungen sowie die polizeiliche Willkür bei der Gestattung von Ein- oder Weiterreise bzw. die Verhinderung eines Asylantrags erklären, warum es im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres 25% weniger Asylanträge gab. Selbst die Flüchtlings-Kommissarin der UNO, Karin de Grujil, äußerte Besorgnis darüber, dass es immer schwieriger werde, nach Spanien zu kommen.

Mit dem zunehmenden Ausbau der EU-Außengrenzen und der wachsenden Präsenz von Armeepatrouillen wächst die Gefahr, dass MigrantInnen bei dem Versuch ums Leben zu kommen, das Meer Richtung spanische Küste bzw. den Kanarischen Inseln zu überqueren. Zugleich wachsen die Zahlen der von der Grenzpolizei festgenommen MigrantInnen. In den ersten vier Monaten diesen Jahres wurden 8.600 Menschen wegen "illegaler Einreise" verhaftet, wie viele davon zurückgeschoben wurden, ist nicht bekannt. Mit 3.064 und 2.291 Festnahmen stachen besonders die Regionen Las Palmas (Gran Canaria) bzw. Ceuta (spanische Exklave in Marokko) hervor, gefolgt von Cadiz (Andalusien) mit 1.351.

Abschottung an der EU-Südwestflanke

Wie diese Zahlen zeigen, versuchen immer mehr MigrantInnen, auf Grund der zunehmenden militärischen Abschottung des Seewegs nach Gibraltar über die Kanarischen Inseln auf spanisches Territorium zu gelangen. Diese Autonome Region wird von der Kanarischen Koalition (CC), einer besonders konservativen und fremdenfeindlichen Partei regiert. Soziale Maßnahmen zur Aufnahme von MigrantInnen sind prinzipiell nicht vorgesehen. Lediglich das Rote Kreuz und die Caritas engagieren sich auf diesem Gebiet. Stattdessen werden Flüchtlinge wie Handelsfracht betrachtet, die möglichst billig, rasch und ohne Aufsehen verschifft werden müssen.

Dafür soll nun in einem ehemaligen Armeequartier auf Teneriffa ein neues Abschiebezentrum aufgebaut werden. "Es handelt sich um ein Gelände von 3.000 m2, weit entfernt von Siedlungen, infrastrukturell sehr gut an Straßen, Hafen und Flughafen angebunden, benötigt eine minimale Investition und kann noch vor Jahresende in Betrieb genommen werden", so wird die Lage des Zentrums in den Medien bejubelt. In den vergangenen Monaten hatte sich die regionale Regierung dagegen gesträubt, MigrantInnen zentrumsnah in einem alten Gefängnis einzuquartieren bzw. überhaupt Gelände zum Bau von Abschiebegefängnissen zur

Verfügung zu stellen, "um jeden sozialen Alarm zu verhindern", so der Vizepräsident der kanarischen Regierung, Jose Manuel Bermudez.

Insgesamt sind auf den Kanarischen Inseln derzeit 1.315 MigrantInnen in polizeilichem Gewahrsam. Seit Anfang des Jahres kamen 5.758 Flüchtlinge auf den Inseln an, 2.075 wurden abgeschoben, 590 in Abschiebezentren auf dem spanischen Festland verlegt. Auf Fuerteventura werden derzeit 703 Menschen in einem alten Flughafengebäude und 285 in einem alten Gebäude der Spanischen Fremdenlegion auf engstem Raum zusammengepfercht, um auf ihre Abschiebung zu warten. El Pais titelte kürzlich "Zwei Quadratmeter pro Immigrant auf den Kanarischen Inseln".

Damit Spanien unkomplizierter abschieben könne, bat das spanische Innenministerium die kanarischen Handelskammern im September, doch über ihre Wirtschaftskontakte Druck auf die Westafrikaländer auszuüben. Der Migrationsbeauftragte der Madrider Regierung, Ignacio Gonzalez, hofft, "zukünftige Pläne der Entwicklungshilfen für Afrika von der Rücknahme der Migranten abhängig zu machen". So denkt auch die spanische Außenministerin, Ana Palacio, die eine Verbesserung des diplomatischen Verhältnisses zu Marokko von der Bereitschaft Rabats abhängig macht, die Migrationsströme bereits im Herkunftsland zu stoppen. Damit liegt die spanische Regierung voll auf Linie mit den Beschlüsse von Sevilla, jene Herkunftsländer zu sanktionieren, die nicht mit der EU-Migrationspolitik kooperieren. Mit Algerien unterzeichnete Spanien neulich einen Freundschaftsvertrag, der vor allem auf eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit abzielt (Erdöl und -gas, Fischerei, etc.). Palacio nutzte die Gelegenheit, die "ausgezeichnete Zusammenarbeit der algerischen Regierung in Migrationsfragen" zu unterstreichen. Ein Wink mit dem Zaunpfahl Richtung Rabat.

Verschärfte Repression gegen MigrantInnen

Ortswechsel. Eine Hundertschaft von EinsatzpolizistInnen hat im Zentrum Madrids den Plaza de la Luna eingenommen. Dutzende Personen, vor allem aus Kolumbien, Marokko, Algerien stammend, darunter Prostituierte des Stadtteils, werden kontrolliert, schikaniert oder abgeführt. Die Polizeiaktion unter dem Namen "Plan Focus" ist Teil eines vom Innenministerium kürzlich vorgestellten Programms zur Bekämpfung der Kriminalität. Der erzkonservativen Zeitung ABC zufolge, werde der "Plan Focus" nicht nur in der spanischen Hauptstadt, "die Straßen von Kleinkriminellen reinigen" (Aznar), sondern bald auch in vier weiteren Städten umgesetzt werden. Kern des Programms ist eine "stärkere Polizeipräsenz in den Straßen" und eine "verbesserte Koordination unter den verschiedenen Polizeieinheiten", die zu "qualifizierten Abschiebungen" und einer "intensiveren Überwachung der von möglichen illegalen ImmigrantInnen frequentierten Orten zur Umsetzung des Ausländergesetzes" führen soll.

Seit der Veröffentlichung der aktuellsten Kriminalitätsstatistiken, Anfang des Jahres, ist das Thema "Innere Sicherheit" unauflöslich mit dem Etikett "Kriminelle Ausländer" versehen und nicht mehr aus den öffentlichen Debatten wegzudenken. Laut Innenministerium sollen rund 10% des Kriminalitätsanstiegs im Jahr 2001 auf das Konto von MigrantInnen gehen. Die offiziellen Stellen unterstrichen in einer Pressekonferenz, dass "massiv Immigranten kämen, ohne Lust auf Arbeit, aber mit dem Interesse, sich kriminell zu betätigen". Das Innenministerium behauptet zudem, 50% der Delikte würden von AusländerInnen begannen.

Der Staat rüstet auf

Untersucht man die Kriminalitätsstatistik genauer, stellt man allerdings fest, dass 2001 weniger Straftaten verübt wurden als 1989 und 1990. Zwar waren von den insgesamt 232.146 im letzten Jahr von der Polizei Verhafteten 116.139 AusländerInnen, verschwiegen wird jedoch, dass davon 65.000 wegen des Verdachts einer Straftat bzw. wegen einer Ordnungswidrigkeit festgenommen wurden. Darüber hinaus tauchen in der Statistik alle AusländerInnen auf, TouristInnen (50 Mio. pro Jahr!) und in Spanien lebende EU-BürgerInnen (darunter allein 500.000 Deutsche) eingeschlossen. 5.000 Festnahmen gab es allein wegen der Fälschung von Dokumenten, was mit der Unmöglichkeit, legal Papiere zu erstehen, zu tun hat. Der Rest waren Festnahmen wegen "illegalen Aufenthalts". Das ist aber ein Verwaltungsproblem, keine Straftat. Vergleicht man ähnliche Erhebungen in anderen Ländern, wird schnell klar, dass MigrantInnen im polizeilichen, juristischen Bereich und in den Gefängnissen immer diskriminiert und in den Einwanderungsländern als "gefährliche und konfliktive Menschen" und somit die Einwanderung als solches als "Gefahr" stigmatisiert werden.

Insbesondere die sozialdemokratische PSOE lehnte sich mit dem Thema aus dem Fenster. Sie wirft der Madrider Regierung, der konservativen Volkspartei (PP) fehlende Sicherheitskonzepte und fehlgeschlagene

Polizeistrategien vor. In der Generaldebatte im Juli konterte der Staatschef Jose Maria Aznar und legte im September prompt einen Plan zur Bekämpfung der Kriminalität vor: 20.000 neue PolizistInnen bis 2004 (185.000 aktuell), höhere Gefängnisstrafen, eine spezielle Eingreiftruppe gegen illegale Einwanderung, 53 neue Gerichte (80 neue Richter und 70 Staatsanwälte), sofortige Abschiebung von MigrantInnen ohne Papiere bei Urteilen von bis zu sechs Jahren Gefängnis. Ganze 600 Mio. Euro werde man in den neuen Plan investieren.

Nur wenige Tage nach den Ankündigungen Aznars zeigte sich auch der Präsident des Obersten Gerichtshofs, Francisco Hernando, in einer Rede anlässlich der Eröffnung des Juristischen Jahres "besorgt". Seiner Ansicht nach könne man nicht zulassen, dass die Migration den Wohlstand und Reichtum der entwickelten Länder - seiner Meinung nach Frucht der Anstrengungen von Generationen - gefährdet. Man müsse umgehend analysieren, welche Auswirkungen die Migration insbesondere auf die öffentliche Ordnung und Moral habe. Zudem mahnte Hernando, "nicht vagen Ideen wie der weltweiten Solidarität oder Brüderlichkeit zwischen allen Menschen" zu verfallen, die später als "Unterstützung zur Deregulierung des Phänomens Immigration" benutzt würden. Gleichzeitig warnte er vor der "Gefahr weiterer Versuche von Legalisierungskampagnen". Es könne nicht angehen, dass MigrantInnen sich durch sozialen Druck Papiere verschafften.

Proteste bleiben aus

Die aktuellen Zuspitzung ist nicht nur erschreckend und Besorgnis erregend, sondern wäre in dieser Art und Weise noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen. Zumindest hätte sich gegen die zunehmende polizeiliche Willkür gegenüber MigrantInnen Protest erhoben. Doch Angst regiert die Menschen, und vor allem Egoismus, besonders unter der Mehrheit jener, die vor 25 Jahren noch gegen das Franco-Regime demonstriert haben.

Gingen im Winter 2001 noch mehr als 100.000 Menschen gegen das neue Ausländergesetz der PP auf die Straße, protestierten im August nur Einzelne, als die sevillanische Universität "Pablo Olavide" polizeilich geräumt wurde. Mehrere hundert MigrantInnen hielten diese über zwei Monate lang aus Protest besetzt, um auf die unmenschlichen Bedingungen aufmerksam zu machen, unter denen Tausende MigrantInnen auf der Suche nach Arbeit in der andalusischen Landwirtschaft leben. Weder die Vereinigte Linke (IU), noch die ehemals kommunistische Gewerkschaft CC.OO. unternahmen etwas Ernsthaftes; über 200 der an der Besetzung beteiligten Migranten wurden abgeschoben.

Statt sich mit den ArbeitsmigrantInnen zu solidarisieren, schlugen die regionalen Arbeiterkommissionen (CC.OO.) einen ganz anderen Ton an: "Wir werden keine Erntesaisonabkommen unterzeichnen, die auswärtige Arbeitnehmer einschließen, wenn diese Arbeit nicht vorher den Leuten von hier angeboten worden ist", so Manuel Delgado, Migrationsbeauftragter des landwirtschaftlichen Zweigs der CC.OO. Andalusiens. Das erinnerte stark an: "Zuerst die Spanier - Stoppt die Invasion", eine Propaganda, die rechtsextreme Gruppen der Plattform 2000 seit zwei Jahren landesweit verbreiten.

Tom Kucharz, Madrid

15. Gegen den Krieg, für den Sturz Saddams! Interview mit Raid Fahmi, Sprecher der Irakischen KP

Interview mit Raid Fahmi, Sprecher der Irakischen Kommunistischen Partei

Autor: Interview: Bernhard Schmid · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:01

Raid Fahmi ist Führungsmitglied der Iraqian Communist Party (ICP) und lebt seit 1983 als politischer Flüchtling in Frankreich. Regelmäßig vertritt er die Partei in der Öffentlichkeit. Die irakische Kommunistische Partei war die erste KP der arabischen Welt, die zur Massenpartei mit realem gesellschaftlichem Einfluss wurde. Als im Irak eine Revolution am 14. Juli 1958 die pro-britische Monarchie stürzte, spielte die KP eine erhebliche Rolle. Mit drei Mitgliedern, darunter die erste weibliche Ministerin in einem arabischen Land, war sie in der ersten Regierung der Republik vertreten. Als die Baath-Partei und Militärs von Februar bis November 1963 erstmals vorübergehend das Land regierten, töteten sie zahlreiche Kommunisten. 1968 kam die Baath-Partei erneut an die Macht, doch dieses Mal änderte sie ihre Taktik. Durch Modernisierungen von oben (Enteignung von Großgrundbesitz, Besserstellung der Frauen, Schulpolitik) und einen antiimperialistischen Diskurs gab sie sich scheinbar "progressiv". Auch auf Druck der UdSSR trat die KP 1973 in die Regierung der "nationalen Front" ein. Nach der Hinrichtung kommunistischer Militärs wegen "Subversion in der Armee" Ende 1977 zerbrach die Front. Die irakische KP war ab 1978 offenem Terror des Baath-Regimes ausgesetzt; Zehntausende Parteimitglieder wurden verhaftet und gefoltert.

ak: Was wäre Ihre erste Reaktion, wenn Sie morgen früh erfahren würden: "Seit heut Nacht wird der Irak angegriffen"?

R.F.: Zunächst einmal wäre ich in Sorge um die irakische Bevölkerung, die dem dritten Krieg innerhalb von zwei Jahrzehnten ausgesetzt wäre. Aber als politisch agierende Kraft würden wir uns auch die Frage nach den konkreten Handlungsmöglichkeiten stellen, welche die Situation bietet. Wir haben Mitglieder, die im Irak tätig sind. Im kurdischen Gebiet, aber auch auf klandestine Weise aktive Parteigliederungen im Herrschaftsgebiet von Saddam Hussein. Sie werden versuchen, die Situation zu nutzen, um einen Regimewechsel herbeizuführen. Unsere Genossen werden auf jeden Fall nicht zu den Kalaschnikows greifen, um das bestehende Regime zu verteidigen. Zugleich sind wir gegen jede Form von Besetzung und Kontrolle des Landes.

Was würden Sie von der europäischen Linken denken, wenn sie gegen einen US-geführten Krieg im Irak auf die Straße geht?

Zunächst einmal teilen wir ihr Anliegen, den Krieg zu stoppen. Als irakische KP haben wie seit langem gegen einen solchen Krieg Position bezogen. Aber wir werden zugleich diese Leute auffordern, dabei nicht stehen zu bleiben, sondern die Verurteilung des bestehenden Regimes einzubeziehen. Das Ende der Diktatur muss Bestandteil der Forderungen sein.

Im März 1991 waren binnen zwei Wochen nach dem Ende der Bombardierungen 14 irakische Provinzen von insgesamt 18 in die Hand der Aufständischen geraten. Die US-Amerikaner hatten die Revolte nicht unterstützt. Die Fähigkeit, sich zu erheben, ist derzeit durch die Repression und durch das Embargo, die vordringlich werdende Notwendigkeit des täglichen Überlebens beeinträchtigt. Von außen sieht es aus, als ob das Volk hinter Saddam stehe, denn unter dem enormen Druck der Diktatur hat sich ein politischer Zynismus, eine Bereitschaft zur oberflächlichen Teilnahme an einer Komödie entwickelt. Und niemand will jetzt, wo das Regime vielleicht nicht mehr lange dauert, "umsonst sterben".

Theoretisch könnte man einwenden, dass die Kriegspläne der USA wenigstens ein sicheres Mittel sind, das jetzige Regime zu beseitigen.

Wenn es der US-Regierung wirklich um eine Demokratisierung im Irak ginge, dann lässt sich die Frage stellen, ob sie die vorgebrachten Gründe - die nicht die wirklichen Kriegsmotive sind - nicht auf anderem Wege zu erreichen versuchen könnte. Die westlichen Regierungen könnten auch die Frage der inneren Verhältnisse, der Menschenrechte im Irak an die vorderste Stelle rücken. Warum nicht Inspektionen in irakischen Gefängnissen fordern? Saddam Hussein hat am 20. Oktober angekündigt, alle politischen Häftlinge - deren

Existenz er bisher nie anerkannt hatte - freizulassen. Wir werden sehen müssen, ob das nur Theater ist, ob die Leute alsbald wieder verhaftet werden usw. Aber es handelt sich zumindest um ein Anzeichen dafür, dass dieses Regime in gewissem Maße druckempfindlich ist - jetzt, wo es um sein Überleben geht. 1991 wusste die Diktatur, dass ihre Existenz selbst nicht auf dem Spiel stand. Der damalige US-Außenminister James Baker hat in seinen Memoiren festgehalten, er habe den irakischen Unterhändlern in Genf versichert, der Sturz Saddam Husseins sei nicht Ziel der USA. Heute steht für das Regime sein Überleben auf dem Spiel.

Das Regime tendiert derzeit dazu, dem Druck von außen gegenüber nachzugeben, wie man bei der Frage der Waffeninspektionen gesehen hat - während es nach innen hin die Schrauben anzieht. Daher könnten die westlichen Regierungen stärker auf dieser Frage beharren, und die unmittelbaren Interessen der irakischen Bevölkerung so zum Thema machen. Dadurch könnte eine Dynamik entstehen, die dem Regime eventuell außer Kontrolle gerät. Aber nichts ist auf diesem Wege versucht worden. US-Präsident Bush will natürlich keine solche Entwicklung, weil sie ihm einen Vorwand für einen militärischen Feldzug wegnehmen würde.

Wir sind gegen jede militärische Form der Einmischung im Irak, aber für politische Einmischung. Und die Antikriegsbewegung sollte sich solche Formen von Solidarität mit der irakischen Bevölkerung zu eigen machen. Reine Anti-Kriegs- und Anti-Embargo-Proteste werden im Irak durch die Medien, durch die Propaganda im Sinne des Regimes instrumentalisiert. Die Bevölkerung ist durchaus informiert über das, was draußen geschieht. Allein fünf oppositionelle Radiosender werden im Zentralirak empfangen: von Kurdistan aus, von Jordanien ...

Wie beurteilen Sie die US-amerikanische Politik und Ihre Beweggründe? Geht es ihr vorrangig um den Zugang zum Erdöl, wie manche meinen - aber warum dann nicht durch ein Arrangement mit dem bestehenden Regime, das den Rohstoff ja auch verkaufen muss? Geht es um andere geopolitische Motive?

Seit dem 11. September 2001 hat sich die US-Strategie gegenüber dem Irak geändert. Die US-Führung denkt jetzt, dass sie auch aus anderen Teilen der arabischen Welt heraus bedroht sein könnten, etwa aus Saudi-Arabien und den Golfmonarchien, wo die fanatisch-islamistischen Kräfte stark verankert sind.

So misstrauen die USA nunmehr ihren ehemaligen engen Verbündeten in der Region. Daher wollen sie sich auf einen von ihnen kontrollierten Irak stützen können, um mehr Handlungsfreiheit gegenüber diesen Ländern gewinnen zu können. Die USA könnten das Öl natürlich auch bei Saddam Hussein kaufen, der wiederholt US-Ölfirmen den Abschluss von Verträgen angeboten hat. Aber ihnen geht es jetzt darum, die strategische Kontrolle über die produzierten Mengen, die Erhöhung oder Drosselung der Ölförderung am Golf zu erlangen.

Sie sprechen von einem US-kontrollierten Irak. Was wäre Ihre Position zu einer solchen Perspektive?

Die US-Führung bezieht in ihr Kalkül ein, dass Teile der irakischen Bevölkerung sowohl von der Repression als auch dem Embargo und der galoppierenden Verarmung dermaßen zermürbt sind, dass sie sogar einen grausamen Krieg in Kauf nehmen würden, um dieses Regime loszuwerden. Die US-Amerikaner setzen darauf, sie könnten sich, jedenfalls am Anfang, als "Befreier" empfangen lassen. Aber sie werden den Irak für mehrere Jahre besetzen müssen, denn aus freien Wahlen würden vor allem politische Kräfte hervorgehen, die einer US-Kontrolle des Landes feindlich gegenüber stehen. Da wären die islamistischen Kräfte, die unter sich sehr heterogen zusammengesetzt sind. Da wäre die Linke, darunter die KP. Und daneben auch die arabisch-nationalistischen Kräfte - das kann aber nicht die Baath-Partei sein, die durch ihre 35-jährige Diktatur diskreditiert ist.

Daher diskutiert man in Washington heute über eine mehrjährige US-Militärherrschaft über den Irak und die Installierung eines ihnen freundlich gesonnenen Regimes. Wir würden unseren Kampf - der sich heute gegen die Diktatur richtet - unter veränderten Bedingungen fortsetzen, damit die irakische Bevölkerung die Kontrolle über ihr Schicksal erlangt.

Sie sprachen vom Embargo, wie analysieren Sie dessen Wirkung auf den Irak? Manche geben dem Embargo die Schuld am wachsenden Elend im Land, andere sehen die Hauptschuld beim Regime liegen, das die Güter verknappe statt verteile.

Die Antwort liegt in der Mitte - beide tragen ein hohes Maß an Verantwortung. In den Jahren 1991 bis 1996 war es dem Irak nur erlaubt, eine recht geringe Menge an Erdöl im Rahmen des Food-for-Oil-Programms zu humanitären Zwecken zu verkaufen. Das Regime weigerte sich zunächst, das Programm anzuwenden, und

nahm eine drastische Verschlechterung der Versorgungslage in Kauf. Anfang 1996 akzeptierte das Regime dann die Konditionen, die materielle Situation besserte sich. Doch die dem Programm zu Grunde liegende Berechnung der Bedürfnisse berücksichtigte nicht die Folgen etwa des Bevölkerungswachstums. Die langen Listen von Gütern, deren Import eine Sondergenehmigung benötigte, verlangsamten die Einfuhr notwendiger Produkte. Vor wenigen Monaten ist die Regel jetzt umgedreht worden: Die Genehmigung ist nunmehr die Regel, und bestimmte Güter werden selektiv davon ausgenommen.

Zugleich trägt das Regime eine hohe Verantwortung. Es hat das Embargo als Druckmittel gegen die eigene Bevölkerung benutzt. Es hat Güter hinterzogen und hungert Bevölkerungsteile aus, die der Regimegegnerschaft verdächtigt werden. Wir unsererseits treten für die Aufhebung rein ökonomischer Sanktionen gegen die irakische Wirtschaft ein. Gleichzeitig sind wir für ein Embargo auf Waffenverkäufe und für alle Sanktionen diplomatischer und politischer Art, die auf Isolierung des Regimes abzielen.

Wie sehen denn die sozio-ökonomischen Verhältnisse im heutigen Irak aus, und was sind dementsprechend die Bedingungen für soziale Kämpfe im Land?

Der Irak heute ist von einer Rentiersökonomie geprägt. Es herrscht eher eine Mischung aus Staatskapitalismus und teilweise mafiöser Rentiersökonomie. Daneben ist der Irak stark verschuldet. Vor dem Krieg von 1991 betrug die Auslandsschuld - vor allem aus den Rüstungskäufen - offiziell 42 Milliarden Dollar. Heute wird sie auf 120 Milliarden Dollar geschätzt, aber die Auslandsschuld wird derzeit nicht bezahlt.

Nach einem Regimewechsel dürfte der Druck auf Bezahlung der Schulden dazu führen, dass die Ölmärkte auf eine starke Erhöhung der irakischen Ölproduktion drängen. Die ökonomische Zukunft des Irak ist mit starken Hypotheken belastet. Die USA werden zugleich auf seine Integration in die globalisierte Weltökonomie drängen. Derzeit überlagern die politischen Debatten - für oder gegen Saddam, für oder gegen den Krieg - in der irakischen Gesellschaft vollkommen die sozialen und ökonomischen Konfliktfelder.

Innerhalb der kommunistischen Bewegung beziehen sich manche Kräfte positiv auf Saddam Hussein, als Helden des antiimperialistischen Widerstands gegen die USA. Manche Kräfte in Deutschland zitieren etwa Fidel Castro als Beispiel in diesem Sinne ...

Sie meinen den Pro-Saddam-Artikel in der jungen Welt. Was Fidel Castro betrifft, so handelt es sich um eine alte Diskussion, die bis 1978 zurück reicht, als Saddam Hussein - dessen Regime sich damals noch progressiv gab - Beziehungen zu Kuba aufnahm. Die kubanische KP fürchtet vor allem, dass die USA morgen - mit der gleichen Begründung wie im Irak - auch gegen Kuba vorgehen könnten. Wir sagen dazu: Wir haben großen Respekt vor der kubanischen Revolution, aber wir haben diesen Streitpunkt.

Ich denke nicht, dass die Pro-Saddam-Position die Auffassung der meisten Kommunisten widerspiegelt. Aber es gibt wohl manche Strömungen, die das anders sehen. Es gibt Bewegungen - auf der Linken und der Rechten -, Anti-Embargo-Komitees und Solidaritätsinitiativen, die im Irak von offiziellen Stellen empfangen werden. Wenn Linke im gleichen Flugzeug oder in getrennten Flugzeugen und zur gleichen Zeit mit Rechtsextremen nach Bagdad reisen, dann sollten sie sich Fragen stellen. Wer offiziell im Irak empfangen wird, dort in Vier-Sterne-Hotels untergebracht wird und im irakischen Fernsehen auftritt, wird automatisch instrumentalisiert. Er nutzt allein dem Regime, nicht dem irakischen Volk.

Das Interview führte Bernhard Schmid. Es wurde von der ak-Redaktion stark gekürzt.

16. "Lautsprecher der amerikanischen Regierung". JournalistInnen im Kriegseinsatz im Irak

Autor: Karin Leukefeld · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Medien; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:31

Die Kriegsvorbereitungen gegen den Irak laufen auf allen Ebenen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Meinungsbildung durch die offiziellen Medien. Nicht nur im Irak ist die Berichterstattung tendenziös und von außen kaum zu verifizieren. Die USA haben sich in eine 200-Millionen US-Dollar teure "Informationsoffensive" begeben, um die Öffentlichkeit auf einen möglichen Militärschlag und einen gewaltsamen Sturz Saddam Husseins umfassend vorzubereiten. "Komitee für die Befreiung des Irak" ist nicht etwa der Name einer Menschenrechtsorganisation, sondern bezeichnet den Zusammenschluss hochrangiger US-PolitikerInnen, die die Akzeptanz des Vorgehens vorantreiben sollen.

Wie wird die Welt regiert und in den Krieg geführt? Diplomaten belügen Journalisten - und glauben es, wenn sie's lesen." (Karl Kraus)

Dieses Zitat steht im Vorspann eines soeben erschienen Büchleins bei Kiepenheuer & Witsch mit dem Titel "Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt". Der Journalist William Rivers Pitt interviewt darin den früheren US-Marineoffizier und UN-Waffeninspekteur, Scott Ritter. Ritter gehört heute zu den schärfsten KritikerInnen der US-Administration. Auf der Internationalen Irak-Konferenz (www.irak-kongress-2002.de), die Anfang November in Berlin stattfand, bezeichnete Scott Ritter die Kriegspläne des US-Präsidenten als "antiamerikanisch". Es gäbe keine Beweise für ein umfassendes irakische Massenvernichtungswaffenprogramm, die USA plane gegen das Land eine "nackte Aggression".

Hans von Sponeck, bis zum Jahre 2000 Koordinator des UN-Hilfsprogramms für den Irak, führt die Kriegsstimmung auf eine "Achse der Falschinformation" zurück und sagt, die großen US-amerikanischen Medien wie die Washington Post, New York Times und das Wall Street Journal seien "mehr oder weniger zum Lautsprecher der amerikanischen Regierung" geworden. Europäische Medien hätten bisher wenig über den Irak berichtet und eher von den Agenturen abgeschrieben, so seine Beobachtung. Erst seit Bundeskanzler Schröder sich gegen einen Irakkrieg positioniert habe, hätten auch die deutschen Zeitungen begonnen, eigene Berichte zu verfassen.

Freie Medien - ein Mythos

Zeitungsberichten allerdings mag der Mitbegründer und Präsident der Transnationalen Stiftung für Friedens- und Zukunftsforschung (www.transnational.org) im schwedischen Lund, Jan Öberg, überhaupt nicht trauen. Es gäbe "keine freien Medien im Westen", so Öberg, das sei "ein Mythos". Die JournalistInnen seien "nicht ausgebildet, einen Konflikt zu analysieren." "Sie machen keinen Konfliktjournalismus, sie machen Kriegsberichterstattung," sagte Öberg in einem Gespräch mit der Autorin in Berlin. Und über die Berichterstattung zum Irak meinte er: "Das wichtigste ist die persönliche Kommunikation. Man muss sich Wissen verschaffen, man muss die Politik auf der Grundlage der eigenen Informationen entwickeln. Nicht auf den Informationen von der CIA und falscher Propaganda. Die USA setzen derzeit 200 Millionen US-Dollar ein, um Sie und mich und unsere Medien zu beeinflussen. Und die arabischen Medien, damit sie den Krieg akzeptieren sollen." Er wüsste gern, so Öberg weiter, "ob es eine Art Filterinstanz in den westlichen Nachrichtenagenturen und Zeitungsredaktionen gibt. Ob sie wissen, welche Artikel und Manuskripte von Auftragsschreibern und Werbeagenturen in Washington geschrieben wurden und welches echte Artikel sind? Wir sind jetzt an einem Punkt, wo wir das nicht mehr unterscheiden können."

Wohl selten hat eine Weltmacht die Medien so sehr gesteuert und belogen, wie es heute von der US-Administration im Vorfeld des angekündigten Irakkrieges geschieht. Und sie spricht offen darüber. So erklärte ein Regierungsbeamter vor wenigen Tagen in der Washington Post (4.11.02), man werde eine Kampagne starten, um die öffentliche Meinung für den Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein in den USA zu verstärken. Grund für die Kampagne sei die sinkende Begeisterung für einen US-Militärschlag gegen den Irak, die bei den letzten Meinungsumfragen festzustellen war. Das Forschungszentrum Pew hatte festgestellt, dass die Unterstützung für einen Angriff auf den Irak bei den AmerikanerInnen von 64% im August

auf jetzt 55% gesunken ist. Nur 27% von 1.751 Befragten unterstützten einen Alleingang der USA, im September waren es noch 33%.

"Informationsoffensive"

Mit der neuen Informationsoffensive soll die Aufmerksamkeit der Meinungsmacher gezielt auf die Person von Saddam Hussein gelenkt werden: seine Reaktion auf die neue UN-Resolution müsse in den Medien im Vordergrund stehen, hieß es im Weißen Haus. Außerdem solle seine Vergangenheit beleuchtet werden. Die Öffentlichkeit solle auf einen gewaltsamen Sturz des irakischen Präsidenten eingestimmt werden. Man müsse zeigen, dass "die Sache viel besser wäre, wenn es ihn nicht gäbe". Eine neue Gruppe werde die Akzeptanz in den USA und Europa für einen Sturz von Saddam Hussein vorantreiben", zitiert die Washington Post einen anonymen Regierungsbeamten. Dieses "Komitee für die Befreiung des Irak" soll vor allem innerhalb der Nato-Bündnispartner wirken. Laut Washington Post arbeiten der frühere Außenminister George Shultz, Senator John McCain und der frühere Senator Bob Kerrey mit. Auch die Nationale Sicherheitsberaterin des Präsidenten, Condoleeza Rice, der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, Dick Cheney und Colin Powell gehören als "Berater" mit zum Club. Die irakische Regierung sei eine "Tyrannei", so unlängst der Komitee-Vorsitzende Bruce Jackson. Man werde die Leute darüber informieren und werbe um Unterstützung "für den Wiederaufbau des Irak und die demokratische Rekonstruktion des Landes." Dabei orientiert man sich an der Pressearbeit der Nato: Treffen mit Meinungsmachern, JournalistInnenkontakte und Einsatz der Massenmedien, wenn "die Zeit gekommen ist". Zwar sei man "unabhängig", doch werde man eng mit der Regierung zusammen arbeiten, meinte Bob Kerrey. Das Komitee werde darlegen, "warum die Befreiung des Irak etwas ist, was die USA tun sollten."

JournalistInnen: Fit for war

Vieles deutet bereits jetzt darauf hin, dass die großen Medien in den USA und in Deutschland sich dieser "Informationsoffensive" ergeben haben. Ein Blick in die Medienlandschaft genügt um zu sehen, dass es fast ausschließlich um "Saddam" geht, nicht aber um den Irak. Militärische Szenarien werden analysiert, die neue UN-Resolution mit bekannten Argumenten hin und her gewendet, das Thema ist Krieg. Arabische Stimmen hört man kaum, irakische noch weniger, es sei denn, oppositionelle. Ursprung der Berichte ist fast immer die USA.

Unabhängige Berichterstattung aus dem Irak ist schwer. Das liegt nicht nur an den restriktiven Arbeitsbedingungen im Land. Westliche JournalistInnen werden bereits vor ihrer Abreise darin unterrichtet, was man sich von ihnen erwartet: spüren Sie die Opposition auf, weisen sie nach, dass der Saddam-Clan Hilfsgelder entwendet, Waffen schmuggelt, zeigen Sie, dass die hohe Krankheitsrate Propaganda ist, dass der Saddam-Clan sich bereichert.

Mitte Oktober waren zum Referendum über eine weitere siebenjährige Amtszeit von Saddam Hussein mehr als 500 JournalistInnen aus aller Welt in Bagdad, viele zum ersten Mal. Das Visum galt für 5 Tage, doch manche konnten länger bleiben und berichteten live von der Freilassung fast aller Gefangenen nach der am 20. Oktober verkündeten Generalamnestie. Sie konnten auch eine unerwartete Kundgebung beobachten, die zwei Tage später vor dem Pressezentrum stattfand. Einige Dutzend Frauen forderten Auskunft über das Schicksal ihrer vor vielen Jahren festgenommenen Angehörigen, die nach der Amnestie nicht nach Hause gekommen waren. CNN, seit 12 Jahren mit festem Büro in Bagdad vertreten, berichtete live, was die irakischen Behörden, die selber von der Aktion überrumpelt schienen, nicht gern sahen.

Als wenige Tage später das CNN-Team seine Visa verlängern wollte, wurde ihnen das abgeschlagen. Der Sender erklärte daraufhin, der Irak wolle das Team wegen der Berichterstattung über die spontane Demonstration ausweisen. Unter der Überschrift "Die irakische Regierung will in der nächsten Woche alle ausländischen Journalisten aus dem Land werfen", machte CNN in einer Presseerklärung vom 25. Oktober Stimmung. Die Meldung ist so nicht richtig, viele ausländische JournalistInnen arbeiteten weiterhin im Land.

Hintergrund des getrübten Verhältnisses ist wohl eher die Tatsache, dass CNN vor kurzem ein Büro in den kurdischen Autonomiegebieten im Nordirak eröffnet hat. Eine kurdische Internetseite berichtet sogar, CNN habe für 1000 US-Dollar gleich ein ganzes Hotel in Erbil okkupiert und die Zufahrtsstraßen sperren lassen. Zeitgleich hat sich übrigens auch die CIA sowohl in den Gebieten der Demokratischen Partei (KDP) von Massoud Barzani, als auch bei der Patriotischen Union (PUK) von Jelal Talabani niedergelassen. Um

desertierende irakische Offiziere zu beraten, heißt es offiziell. Angesichts eines bevorstehenden Krieges und der Möglichkeit, dass die kurdischen Gebieten als Aufmarschgebiet für Truppen gegen Bagdad fungieren sollen, ist der Wunsch nach Berichterstattung von dort zwar normal, für die irakische Regierung stellt die CNN-Büroeröffnung dennoch einen Affront dar.

Die irakische Regierung ist sich der Bedeutung der Medien sehr wohl bewusst. Der irakische Vizepräsident Taha Yassin Ramadan schlug kürzlich vor, unabhängige Medien sollten die UN-Waffeninspekteure im Irak bei ihrer Arbeit begleiten. "Wir wollen nicht, dass die Inspektoren die einzige Informationsquelle sind, denn wir trauen ihnen nicht," zitierte die Nachrichtenagentur Reuter den irakischen Vizepräsidenten. Behindern dürften sie deren Arbeit allerdings nicht. Ari Fleischer, Sprecher des Weißen Hauses in Washington, hat diesen Wunsch Bagdads umgehend zurückgewiesen. Es sei nicht Sache des Irak, über so etwas zu entscheiden, sagte er. Egal wie "verdienstvoll solche Journalisten sein mögen", Fakt sei, dass der Irak schon wieder versuche, "Bedingungen zu stellen".

Die Vereinten Nationen ihrerseits werden offenbar gerade von JournalistInnenanfragen zur Begleitung der UN-Inspekteure überschwemmt. Ein UN-Beamter, der nicht genannt werden wollte, sagte auf Anfrage sichtlich genervt: "CNN, BBC, ABC, ZDF, ARD und jede andere Dreibuchstabenkombination will die Inspektionen live ins Wohnzimmer übertragen." Nur eine begrenzte Zahl werde zugelassen, sagte der Pressesprecher der UNMOVIC, Ewen Buchanan. Schließlich müsse "die Effektivität der Inspektionen sicher gestellt sein."

Ein Training der besonderen Art bietet nun der Pressestab des Pentagon an. Nachdem sich US-Soldaten nach dem Afghanistan-Feldzug beschwert haben, dass JournalistInnen sich nicht den Gegebenheiten angemessen verhalten hätten, hat man einen speziellen Trainingskurs vorbereitet. Ab Mitte November können sich JournalistInnen in einem US-Militärcamp einfinden, wo sie "nach militärischen Sitten und Gebräuchen" darin unterrichtet werden, wie sie sich bei einer US-Einheit im Krieg zu verhalten haben. Dazu gehört ein 5 Meilen-Marsch mit einem 11 kg schweren Rucksack sowie das Üben, wie man rasch mit all seinem Gepäck aus und in einen Hubschrauber gelangt. Die JournalistInnen sollen auch lernen, wie sie sich "nuklear, chemisch und biologisch schützen" können, so das Pentagon. Die Teilnahme an dem Kurs sei zwar keine Eintrittskarte, um bei einer US-Einheit im Irakkrieg dabei zu sein, doch wer den Kurs nicht absolviert, hat überhaupt keine Chance. Der Presseoffizier des Pentagon, Colonel Rick Machamer, sagte denn auch, man habe beschlossen, die JournalistInnen in Form zu bringen, bevor es wieder in den Krieg geht.

Karin Leukefeld

17. Eine PR-Agentur wirbt für den Krieg. Kleines Who is Who der Kriegstreiberei in den USA (Teil 2)

Autor: Kt. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Medien; Irak; USA; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:24

Am 4. November berichtete die Washington Post als erstes Medium der USA über die Formierung eines "Committee for the Liberation of Iraq", das zu diesem Zeitpunkt gerade erst dabei war, sein Büro einzurichten, und noch nicht einmal über eine eigene Internetseite verfügte. Die gibt es inzwischen, doch ist sie in diesem Moment (12. November) immer noch "under construction" ("Thank you for your patience.") und bis auf einen kurzen Text zum Zweck des Komitees praktisch leer. (www.liberationiraq.org) Wir haben also die einmalige Gelegenheit, die Entstehung einer PR-Agentur für den Irak-Krieg und für die Gestaltung der Nachkriegsordnung im Sinne amerikanischer Interessen sozusagen von den ersten Sekunden an mitzuverfolgen. Wir werden dabei auf alte Bekannte stoßen, die regelmäßig in solchen Zusammenhängen auftauchen. (vgl. ak 466, S. 22-23)

In der Erklärung des Komitees über seine Ziele heißt es: "Das Komitee für die Befreiung des Irak wurde gebildet, um regionalen Frieden, politische Freiheit und internationale Sicherheit zu fördern, indem Saddam Hussein durch eine demokratische Regierung ersetzt wird." "Das Komitee für die Befreiung des Irak wird aufklärende und werbende Anstrengungen unternehmen, um US-amerikanische und internationale Unterstützung für eine Politik zu mobilisieren, die darauf abzielt, die Aggression Saddam Husseins zu beenden und das irakische Volk von der Tyrannei zu befreien. Das Komitee ist entschlossen, über die Befreiung Iraks hinaus weiterzuarbeiten am Wiederaufbau der irakischen Wirtschaft und der Durchsetzung von politischem Pluralismus, demokratischen Institutionen und der Herrschaft des Rechts."

Angaben über den Führungs- und Unterstützerkreis des Komitees sind auf seiner Internetseite noch nicht zu finden. Laut Washington Post ist Bruce P. Jackson Vorsitzender des Komitees und Randy Scheunemann Geschäftsführer. Weitere prominente Komitee-Mitglieder sollen Reagans Außenminister George P. Shultz (1982-1989), der republikanische Senator John McCain (Arizona), der frühere demokratische Senator Bob Kerrey (Nebraska) und General a.D. Wayne A. Downing sein. Eine andere Quelle, Inter Press Service, nannte am 6. November als weitere Komiteemitglieder Gary Schmitt und Julie Finley.

Bruce P. Jackson ist u.a. Präsident des U.S. Committee on NATO, einer PR-Agentur und Lobby für die Ost-Erweiterung der NATO, die laut Washington Post als Vorbild des Irak-Komitees dient. 1979 bis 1990 war Jackson Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes der USA; 1986-90 hatte er Funktionen im Verteidigungsministerium inne. 1993 wurde er Vizepräsident für Strategie und Planung beim Rüstungskonzern Lockheed Martin Corporation; seit August ist er im Ruhestand.

Randy Scheunemann ist Präsident des Project on Transitional Democracies, einer Agentur, die sich mit der Einwirkung auf die Staaten Osteuropas beschäftigt, und Direktoriumsmitglied des US Committee on NATO. Er unterhält seit Jahren enge Kontakte zur irakischen Opposition. Der Iraq Liberation Act von 1998, mit dem sich die US-Regierung zur Unterstützung der irakischen Opposition bekannte und dieser 98 Millionen US-Dollar Unterstützung zusagte - wovon bisher aber nur ein kleiner Teil ausgezahlt wurde - gilt wesentlich als Werk Scheunemanns.

John McCain wurde 1997 vom Nachrichtenmagazin Time als einer der "25 einflussreichsten Leute Amerikas" bezeichnet. Er gehört dem Kongress seit 1982 an. Im Vietnamkrieg war er Bomberpilot, wurde abgeschossen und verbrachte über fünf Jahre in Kriegsgefangenschaft, wurde mit sämtlichen höchsten Orden der USA ausgezeichnet. Senator McCain ist regelmäßiger Gast auf den Konferenzen der offiziellen Pro-Israel-Lobby der USA, des AIPAC (American Israel Public Affairs Committee).

Bob Kerrey war zunächst Gouverneur von Nebraska, anschließend von 1988 bis 2000 Senator desselben Bundesstaates. 1992 war er Konkurrent Clintons bei der Nominierung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Zur Zeit ist er Präsident der New School University in New York. Auch Kerrey hat seit längerem Kontakte zur irakischen Opposition. Nach eigenen Angaben war er einer der Autoren des Iraq Liberation Act. Für seinen Einsatz im Vietnamkrieg wurde Kerrey mit hohen Tapferkeitsmedaillen ausgezeichnet. Ein Schatten fiel erst darauf, als im April 2002 detaillierte Vorwürfe gegen ihn laut wurden, eine

von ihm kommandierte Einheit habe am 25. Februar 1969 in dem vietnamesischen Dorf Than Phong Frauen und Kinder erschossen. Das veranlasste Kerrey wenig später bekannt zu geben, er werde sich nicht um die Präsidentschaftskandidatur 2004 bewerben. Laut New York Sun vom 28. Oktober ist Kerrey jetzt im Gespräch für den noch nicht besetzten Posten eines Regierungsbeauftragten zur Koordinierung der irakischen Opposition. Als weitere Kandidaten für den Job gelten Randy Scheunemann (s.o.) und Stephen Solarz, der zum selben extremistischen Spektrum gehört. (Details in ak 466)

Wayne A. Downing ist Vier-Sterne-General, war während des Irak-Kriegs 1991 Leiter des Kommandos der Special Forces. Arbeitete dann als Lobbyist für den Irakischen Nationalkongress, einer Dachorganisation der Opposition, und entwarf Ende der 90er-Jahre einen Angriffsplan gegen den Irak; seine Stimme hat in der militärischen Planung auch heute Gewicht. Im Oktober vorigen Jahres ernannte Bush ihn zum Chef des neu geschaffenen Counterterrorism Office, ein Amt, von dem er sich kürzlich zurückzog, ohne dass die Gründe öffentlich dargelegt wurden.

Garry Schmitt ist Chef des Project for the New American Century, einer der wichtigsten kriegstreiberischen Agenturen im "neokonservativen" Spektrum, und einer der einflussreichsten Mitarbeiter an der rüstungspolitischen Studie "Rebuilding America's Defenses" vom September 2000.

Julie Finley ist Schatzmeisterin des US Committee on NATO und Vorsitzende des Project on Transitional Democracies. Sie gilt außerdem als hochkarätige Spezialistin für Fundraising, also für das Eintreiben von Spenden für die Republikaner.

Das Komitee für die Befreiung des Irak hat nach Angaben der Washington Post den Segen der US-Regierung. Angeblich haben sich die Komitee-GründerInnen schon mit Karl Rove, dem "strategischen" Berater von Präsident Bush, und mit Stephen Hadley, dem Stellvertreter der Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, getroffen. Gespräche mit Rice selbst und mit Vizepräsident Cheney sollen demnächst folgen.

Das jetzt gegründete Komitee soll möglicherweise ähnliche Funktionen übernehmen wie im ersten Irak-Krieg 1991 die mit kuwaitischen Öl-Millionen opulent ausgestattete Gruppe "Citizens for a Free Kuwait". Damals wurde die größte PR-Agentur der USA, Hill & Knowlton, beschäftigt, und es soll sich um den bedeutendsten Einzelauftrag gehandelt haben, den diese Firma jemals an Land ziehen konnte. H&K übernimmt ansonsten Aufträge von der Tabak-Industrie, von AKW-Betreibern, von der katholischen Bischofskonferenz (Anti-Abtreibungs-Kampagne), von der Scientology Church oder von Regierungen, die in der amerikanischen Öffentlichkeit Image-Probleme wegen Menschenrechtsverletzungen haben.

Auch im Fall des Irak winkt jetzt wieder ein fetter Etat: Erstens sind da die durch den Iraq Liberation Act von 1998 freigegebenen 98 Millionen US-Dollar, von denen erst ein kleiner Teil ausgezahlt wurde. Aber das sind nur Peanuts, verglichen mit den 1,6 Milliarden US-Dollar aus irakischem Besitz, die seit 1990/91 "eingefroren" auf Konten in den USA und Großbritannien liegen. Die Anti-Saddam-Lobby verlangt seit Jahren, dieses Geld zur Finanzierung der irakischen Opposition und einer zu bildenden Exil- oder Übergangsregierung freizugeben.

Kt.

18. Wohin steuert die Türkei?

Autor: Jan Keetmann · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:27

Auch bei Leuten, die sicher nicht ihr Kreuz bei Erdogans Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) gemacht haben, war am Montag nach der Wahl eine gewisse Zufriedenheit zu spüren. Zum dritten Mal in Folge wurde das Establishment hart abgestraft. Das erste Mal mit Necmettin Erbakans islamistischer Wohlstandspartei, das zweite Mal mit Devlet Bahcelis Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) und jetzt mit Recep Tayyip Erdogan und seiner AKP. Nur dass der Schlag diesmal noch heftiger war, wozu allerdings auch das türkische Wahlsystem mit seiner Zehn-Prozent-Hürde beigetragen hat.

Wie sich das für einen ordentlichen Denkzettel gehört, ist der Verlierer in diesem Falle wichtiger als der Sieger. Aus der Sicht der WählerInnen galt der Schlag vor allem einer Kaste von teils unfähigen, teils korrupten ParteiführerInnen, denen - abgesehen von den KarikaturistInnen - niemand nachweint.

Nicht minder - und was einen großen Teil der WählerInnenschaft betrifft, auch nicht ohne Absicht - hat der Schlag den Kemalismus getroffen. Er wird davon nicht untergehen, aber angeschlagen ist er.

Die Herrschaft des Kemalismus beruhte auf drei Säulen, dem Militär, den kemalistischen Parteien und den KemalistInnen in Justiz und Verwaltung. Vor allem kemalistische Staatsanwälte, deren Glaube an Atatürk (in ihrer Auslegung) es mit jedem islamischen Fundamentalismus locker aufnimmt, haben in den letzten Jahren die Politik des Landes bestimmt. Das gut bestückte Instrumentarium autoritärer Gesetze wurde mit immer neuen Spitzfindigkeiten ins Feld geführt, um wirkliche oder vermeintliche GegnerInnen der bestehenden Ordnung zur Strecke zu bringen.

Vor der Wahl spitzten sich die Angriffe der Staatsanwälte und der "Hohen Wahlkommission" gegen Erdogan und andere PolitikerInnen immer mehr zu. Da war z.B. diese alte Verurteilung Erdogans wegen Verlesung eines angeblichen islamistischen Gedichtes. Das entsprechende Gesetz ist auf Wunsch der EU geändert worden und Erdogan hätte deshalb nicht mehr bestraft werden können. Deshalb beantragte er, dass seine Vorstrafe gelöscht wird. Ein Richter gab ihm sogar Recht, worauf gegen diesen prompt eine Untersuchung eingeleitet wurde. Mit einer Untersuchung wurde selbst der wegen der Wahlen gerade zurückgetretene Justizminister bedroht, weil er als Jurist öffentlich geäußert hatte, dass die Löschung der Vorstrafe rechtens wäre. Daraufhin entschied ein Gericht, dass eine Gesetzesänderung eine Schuld zwar in ihrer Qualität, aber nicht in ihrer Wirkung verändern könne. Nach dieser Haarspalterei blieb Erdogan vorbestraft. Die Hohe Wahlkommission schloss sich dem an und verbot Erdogan und einigen anderen Politikern, darunter dem Vorsitzenden der prokurdischen HADEP, Murat Bozlak, und dem ehemaligen Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins, Akin Birdal, die Teilnahme an der Wahl. Nicht aber dem Linksnationalisten Dogu Perincek, der nach dem gleichen Paragrafen vorbestraft ist.

KemalistInnen sind die VerliererInnen

Diese ebenso kleinkarierte wie wirksame Verbotspolitik, hat aber gerade nicht die erhoffte Wirkung gebracht: Statt die WählerInnen abzuschrecken, hat sie Erdogan den "einfachen Leuten" nur sympathisch gemacht. Zugleich hat der Kemalismus an den Wahlurnen noch eine zweite Niederlage erlitten, die dadurch, dass Atatürks Republikanische Volkspartei zweitstärkste Partei und einzige Oppositionspartei im Parlament geworden ist, nur mühsam verdeckt wird. Nimmt man alle kemalistischen Parteien zusammen, so sind diese gemeinsam nur auf 22% der Stimmen gekommen. Vor drei Jahren waren es noch 32%. Besonders schwach schneiden die KemalistInnen bei den JungwählerInnn ab, was darauf hindeutet, dass sich der seit längerem zu beobachtende Schwund im kemalistischen Lager fortsetzen wird.

Interessant ist auch der Vergleich der Provinzen. Die KemalistInnen sind nur in den reichsten Provinzen stark. Die AKP hat zwar überall WählerInnen, ist aber in den ärmeren Gegenden am stärksten. Die Demokratische Volkspartei (DEHAP) etabliert sich dagegen mit 56% in Diyarbakir als eine Art kurdische Regionalpartei, kommt aber nur auf 6,2% Stimmen im gesamten Land. Sie ist die Partei der ärmsten Provinzen in der Türkei.

Die politischen Verbote richteten sich speziell gegen AKP und DEHAP und früher gegen ihre mittlerweile verbotenen Vorgängerparteien. Anders gesagt, die Abwehrhaltung des Staatsapparates gegen den

Islamismus und kurdischen Separatismus oder das, was dafür gelten soll, hat viele Facetten; eine davon ist, dass die Gewinner in Atatürks Republik die Macht nicht mit den zu kurz gekommenen teilen möchten.

Eine weitere Facette erschließt sich, wenn man sich die beteiligten Kapitalfraktionen ansieht. Der AKP stehen die im Dachverband Müsiad zusammengeschlossenen meist kleinen und mittleren UnternehmerInnen nahe. Insbesondere in den etwas größeren Müsiad-Unternehmen steckt viel Kapital, das über religiöse Bindungen von in Europa lebenden TürkInnen in die Türkei geflossen ist. In den neunziger Jahren schossen diese Firmen wie Pilze aus dem Boden. Sie profitierten außer vom "grünen", d.h. islamischen Kapital, vor allem von den niedrigen Löhnen und millionenfacher Schwarzarbeit. Die Exportmärkte dieser Firmen liegen im Westen, und daher sind sie für den Eintritt der Türkei in die EU. Gelitten haben diese UnternehmerInnen wie alle türkischen UnternehmerInnen unter der politischen Instabilität der letzten Jahre, die die Realzinsen in absurde Höhen trieb und mit dem harten anti-islamistischen Kurs auch muslimische GeldanlegerInnen vergraulte. Daher sind sie an einem sehr gemäßigten islamischen Kurs interessiert, der nicht zu politischen Turbulenzen führt. Mit den stark auf den Staat fixierten KemalistInnen haben sie nicht nur aus ideologischen Gründen nichts am Hut, sondern auch, weil sie von dessen Wohltaten nicht profitieren. Erdogans AKP war für sie genau das richtige.

Doch die UnternehmerInnen könnten sich in Erdogan noch täuschen. Nicht weil er sich zum Sozialrevolutionär entwickelt, das ist wirklich kaum zu befürchten, sondern weil er offensichtlich schon mit einer anderen Kapitalfraktion liebäugelt. Das sind UnternehmerInnen, die ihren Brecht studiert haben, jedenfalls den berühmten Satz über das Verbrechen des Bankraubs. Dieser Typ von UnternehmerInnen besitzt in der Regel eine Bank, ein paar Firmen, einen oder mehrere Fernsehsender und diverse Zeitungen, Radios und politische Kontakte. Fast der ganze Medienmarkt ist unter ihnen aufgeteilt. Lange hat ihnen die staatliche Bankenaufsicht nichts getan, oder sie erwarben recht günstig staatliche Banken, die sie dann vielfach nach allen Regeln der Kunst ausnahmen. So mussten in weniger als zwei Jahren 24 Banken in der Türkei schließen. Dafür hat die Regierung Ecevit mit Hilfe des IWF 20 Mrd. US-Dollar auf den Tisch gelegt, um den Schaden zu begleichen. Das ist mehr als die Summe aller in der Türkei vergebenen Kredite, trotzdem sind nicht einmal alle Schäden bezahlt worden.

U.a. aus solchen Gründen steigt die Staatsverschuldung, die die Zinsen hochtreibt. Solche Zusammenhänge werden im Wahlkampf mit allgemeinem Schimpfen auf die Korruption, die natürlich immer die der anderen ist, und auf den IWF geäußert. Die Rechnung wird dann einige Jahre später aufgemacht, wenn das zu einer neuen Krise führt. Dann könnten die WählerInnen Erdogan auf den Misthaufen der Geschichte schmeißen, wo Mesut Yilmaz und Tansu Ciller jetzt schon liegen. Nur wünscht man sich, dass sie sich dann etwas besseres aus dem Regal greifen.

Eine Bemerkung zu den Wahlen in Deutschland und in der Türkei ist noch zu machen. In der Türkei spielte die Außenpolitik keine Rolle, obwohl sehr wichtige Entscheidungen anstehen. Doch weder Europa war ein Thema, noch Zypern und schon gar nicht ein möglicher Krieg im Nachbarland Irak, in den die Türkei sehr wohl verwickelt wäre. PolitikerInnen, die versucht haben, etwa mit Pro- oder Anti-EU-Haltung zu punkten, sind gnadenlos gescheitert. Wenn es zu einem Krieg kommt, dann wird Erdogan wohl an der Seite der USA sein, denn das kemalistische Establishment inklusive der Generäle wird sich kaum an einem Politiker vergreifen, den Washington braucht. Das ist Erdogans Formel für den Machterhalt; in anderen Ländern mag es da andere Formeln geben.

Jan Keetmann

19. Apartheidopfer fordern Gerechtigkeit. Sammelklage gegen europäische und US-amerikanische Firmen und Banken

Autor: Thomas Seibert, medico international · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:39

Schon fünfzehn Jahre nach dem Ende des deutschen Faschismus hatten wichtige Unternehmen aus den USA und Europa damit begonnen, profitable Geschäftsbeziehungen zum südafrikanischen Apartheidstaat aufzubauen. Das stets wiederholte Argument, die ausländischen Unternehmen wären nun einmal gezwungen gewesen, die Landesgesetze in Südafrika zu befolgen, enthebt sie mitnichten ihrer Verantwortung. Jetzt werden sie von den Opfern der Apartheid verklagt.

Südafrika war von den Vereinten Nationen immer wieder scharf verurteilt worden. Nach dem Massaker von Sharpeville im Jahr 1973, bei dem 67 DemonstrantInnen gegen die Passgesetze erschossen wurden, deklarierten UN-Vollversammlung und UN-Sicherheitsrat die Apartheid als "Verbrechen an der Menschheit". Dem freiwilligen Rüstungsembargo 1963 folgten das verpflichtende Rüstungsembargo vom November 1977 und die umfassenden Wirtschaftssanktionen 1986. Banken und Unternehmen, die mit dem Apartheid-Staat und staatlichen Konzernen profitable Geschäfte machten, wussten, was sie taten: Sie unterliefen die UN-Sanktionen und wurden damit zu Helfershelfern eines verbrecherischen Systems.

Am 11.11.2002 reichte der US-Anwalt Michael Hausfeld im Namen von Jubilee South Africa, der Selbsthilfeorganisation Khulumani und 85 einzelnen Apartheidsopfern Klagen gegen zwanzig Firmen und Banken in den USA, England, der Schweiz, Frankreich, Deutschland und Holland ein. Die Klage richtet sich gegen Banken und Unternehmen, die direkt oder indirekt die Sicherheitsapparate des Apartheidsystems oder dessen strategisch wichtige Staatsunternehmen im Bereich Telekommunikation, Transport, Stahl und Energie (Strom, Benzin, Diesel) unterstützt haben. Die beklagten Firmen und Banken haben immer wieder systematisch die politischen und wirtschaftlichen Sanktionen unterlaufen, die die UN-Vollversammlung dem Apartheidsystem bis 1993 auferlegt hatte. Damit haben diese Unternehmen das damalige Regime gestützt und seine Herrschaft verlängert; unter ihnen aus Deutschland die Dresdner und die Deutsche Bank, die Commerzbank sowie die Unternehmen DaimlerChrysler und Rheinmetall.

Profiteure der Apartheid

Nun werden 20 Großunternehmen in der mehr als 100 Seiten umfassenden Klageschrift Michael Hausfelds auf Schadenersatz verklagt. Grundlage der Klagen ist eine im internationalen Recht definierte Verantwortung zweiten Grades. Sie betrifft die Haftbarkeit derjenigen, die Verbrechen Vorschub oder Beistand leisten.

In den Jahren zwischen 1985 und 1993 betrug der deutsche Nettokapitalexport nach Südafrika 2,13 Millionen Euro, von denen der weitaus größte Teil zur Finanzierung des öffentlichen Sektors und damit direkt für die Infrastruktur des Regimes verwendet wurde. Die beklagten deutschen Banken erheben auf 27,3 Prozent der südafrikanischen Auslandsschulden im öffentlichen Sektor Anspruch. Damit beanspruchen sie im Prinzip auch, wichtigster Direktfinanzier der Apartheid gewesen zu sein. Deutsche und Schweizer Banken hatten außerdem eine führende Rolle inne, als dem bereits schwer angeschlagenen Apartheid-Regime im September 1985 Umschuldungen ohne jegliche politische Auflage gewährt wurden. Damit wurde die Apartheid schließlich noch neun weitere Jahre am Leben erhalten.

Hintergrund der Klage gegen DaimlerChrysler und Rheinmetall ist andererseits die Verwicklung dieser Firmen in Rüstungsgeschäfte mit dem Apartheids-Südafrika. So hat Rheinmetall zum Beispiel im Jahr 1977 unter falschen Angaben eine komplette Munitionsabfüllanlage über Paraguay nach Südafrika geliefert. 1978 lieferte Daimler Benz 2.500 Unimogs an Südafrika und klassifizierte sie für den nicht-militärischen Gebrauch. Tatsächlich aber wurde der Unimog Teil der Standardausrüstung in der südafrikanischen Armee.

KlägerInnen sind z.B. Menschen, die schwerste Folter erlitten haben und sich die Behandlung der Folgeschäden nur unter Aufnahme von Krediten leisten konnten; alte Menschen, die im Krieg ihre Kinder als Ernährer verloren haben und auf Renten angewiesen sind; Opfer von Folterungen und willkürlicher

Inhaftierung und Angehörige von Ermordeten. Viele wollen einfach nur ihre Angehörigen, die in den Jahren der Unterdrückung getötet und irgendwo verscharrt wurden, in Gräber umbetten, um trauern zu können.

Mehr als einhundert Seiten Anklage

Khulumani ist eine Selbstorganisation von über 30.000 vorwiegend weiblichen Apartheidopfern. Die 30 Lokalgruppen in den fünf Provinzen Südafrikas betreuten ihre Mitglieder auch während des Gangs vor die "Wahrheits- und Versöhnungskommission", denn für viele der Opfer war der Moment der Aussage zugleich der Moment der Erinnerung an die ihnen zugefügten Verbrechen und damit eine unerträgliche Belastung. Heute bietet Khulumani einen umfangreichen Beratungsdienst, therapeutische Hilfen und juristischen Beistand an und organisiert darüber hinaus eine Vielzahl von sozialen Aktivitäten, um den Mitgliedern gemeinsame Trauer- und Verarbeitungsprozesse zu ermöglichen.

1998 wurde die weltweite Kampagne Jubilee 2000 für die Streichung der Schulden von Entwicklungsländern gegründet. In Südafrika bezog sich die Kampagne dabei auf die Schulden, die das ehemalige Apartheidregime dem Land vererbt hatte. Die Forderung lautet seither: Streichung der Schulden als erster Schritt zur Wiedergutmachung des Unrechts, das den Opfern der Apartheid angetan worden war, sowie Rückzahlung des bereits geleisteten Schuldendienstes. Diese Forderung bezieht sich übrigens nicht nur auf Südafrika, sondern auch auf die umliegenden Länder, die direkt oder mittelbar ebenfalls Opfer des Apartheidregimes waren.

Khulumani, die Jubilee-Kampagne und internationale Unterstützergruppen bemühten sich seit Jahren um eine politische Lösung. Im Gespräch ist nach wie vor die Bildung eines Fonds, mit dem die Entschädigung der Opfer realisiert werden könnte. Doch die betroffenen Banken und Unternehmen weigerten sich, mit den Betroffenenorganisationen und ihren UnterstützerInnen zu verhandeln. Die deutsche Bundesregierung, die der Hilfsorganisation medico international Mittel zur Förderung von Khulumani zugesagt hatte, zog ihre Zusage zurück, um die guten Beziehungen der deutschen Wirtschaft zu Südafrika nicht zu gefährden. Nun findet die Klärung der anstehenden Forderungen vor Gericht statt.

Thomas Seibert, medico international

Weitere Informationen unter www.medico.de

20. Neues Spiel, altes Unglück. Vorgezogene Neuwahlen in Israel

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:22

Das Ende der Regierung der "nationalen Einheit" unter Premier Sharon kam zum gegebenen Zeitpunkt unerwartet und mit dem Problem des Staatshaushalts für das kommende Jahr aus wenig spektakulärem Anlass. Doch die dieser Regierungskrise immanenten strukturellen Probleme werden auch nach den kommenden Wahlen unter einer neuen Regierung nicht zu beheben sein. Das israelische politische System ist in eine Sackgasse geraten.

Auf den ersten Blick präsentiert sich auf Israels politischer Bühne gegenwärtig eine Reihe machthungriger Individuen, deren Handeln einzig von wahltaktischen Erwägungen geleitet ist. Sharon hat alle Hände voll zu tun, um sich seinen innerhalb des Likud immer stärker an Boden gewinnenden Rivalen Benjamin Netanjahu vom Leibe zu halten.

Zwar versuchte Sharon vergeblich, seine Regierung neu zu formieren, indem er seinen gefährlichsten Rivalen dauerhaft ins eigene Team einbinden wollte, um gleichzeitig mit Rücksicht auf die USA die Siedlerpartei Yisra'el Beitenu ("Israel gehört uns") von der Macht fern zu halten, die offen auf eine brutale Zerschlagung jedweder palästinensischer Unabhängigkeitsbestrebungen drängt. Er kann sich aber weiterhin als der mit dem sympathischen Großvater-Image geschmückte erfahrene Staatsmann verklären und darf auf die Zustimmung breiter Schichten zählen. Netanjahu erklärte sich erst nach dem Beschluss zur Auflösung der Knesset bereit, in der amtierenden Übergangsregierung die Rolle des Außenministers zu übernehmen - aus "nationalem Verantwortungsgefühl". Für ihn ist dieses Amt nur ein Sprungbrett für den finalen Showdown gegen Sharon Ende November. Dann wählt der Parteitag des Likud seinen Vorsitzenden, der auch der Kandidat bei den kommenden Knessetwahlen sein wird.

In der Arbeitspartei kämpfen derweil mehrere Granden um die Führung, allen voran der bisherige Kriegsminister und Parteivorsitzende Benjamin Ben-Eliezer, sowie der ehemalige Minister und Ex-Gewerkschaftsvorsitzende Haim Ramon und der Bürgermeister von Haifa, Amram Mitzna. Indem Ben-Eliezer die Begünstigungen der Siedler den Haushaltskürzungen im sozialen Bereich innerhalb Israels gegenüberstellt, versucht er, an das klassische sozialdemokratische Image der Arbeitspartei anzuknüpfen und sich gleichzeitig als "Kämpfer für den Frieden" darzustellen. Ramon wird wohl angesichts mieser Umfragen die Segel streichen, während Mitzna als Kandidat der gegenüber den PalästinenserInnen kompromissbereiteren Kräfte gilt und auch auf arabische Stimmen hoffen dürfte. Sollte Ben-Eliezer dennoch als Parteivorsitzender bestätigt werden, reden viele von der Notwendigkeit der Gründung einer neuen Partei, in der sich die Reste der "zionistischen Linken" aus Arbeitspartei und Meretz vereinigen sollten. Tatsächlich scheint aber die gesamte zionistische Linke seit dem Zusammenbruch des Oslo-Prozesses in politische Bewusstlosigkeit gefallen zu sein. Sie verfügt über keinen nennenswerten politischen Gegenentwurf und wird bei den kommenden Wahlen aller Voraussicht nach ein Debakel erleben.

Keine Vision nirgends. Die Nation sei im Verteidigungskrieg, heißt es, und zum Nachdenken ist die Zeit zwischen zwei Attentaten immer zu kurz. So gilt denn der harte Kurs gegenüber den PalästinenserInnen flächendeckend als alternativlos, und kaum jemand verschwendet einen Gedanken an den Alltag auf der palästinensischen Seite. Noch haben die eklatanten Fehlleistungen der Regierung Sharon im wirtschaftlichen Bereich - noch nie in jüngerer Vergangenheit waren so viele Israelis so arm - keine wahrnehmbaren Folgen gehabt. Doch im Gebälk knirscht es gewaltig.

Hinter der oft gescholtenen Strategielosigkeit der Regierung Sharon verbirgt sich die Unfähigkeit des bestehenden politischen Systems, angesichts einander blockierender Interessengruppen eine kohärente Politik in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt zu entwickeln. Das ging so lange gut, wie der Leidensdruck auf die verschiedenen jüdisch-israelischen Sektoren nicht allzu stark und ein Modus Vivendi zwischen ihnen erreichbar war, üblicherweise zu Lasten der PalästinenserInnen. In der derzeitigen wirtschaftlichen Rezession steigen die Spannungen zwischen den verschiedenen Sektoren innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft. Wenn sich zudem das Versprechen einer baldigen Niederschlagung der

palästinensischen Rebellion und der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung als unrealistisch erweisen, könnte sich auch die einigende Kraft nationaler und militaristischer Rhetorik bald erschöpft haben.

Früher wurden Vergleiche der Situation in Israel/Palästina mit der französischen Besatzung Algeriens allenfalls von antizionistischen Linken angestellt. Dieser Tage jedoch hantieren eine Reihe von Politikern und Journalisten mit diesem Vergleich. Es gibt diejenigen, die dennoch an die Möglichkeit einer militärischen Lösung des Konfliktes zu Gunsten Israels glauben und daher keine politischen Reformen für nötig halten. Andere wollen eine stärkere Zentralisierung politischer Macht, um den ersehnten großen Wurf im israelisch-palästinensischen Konflikt durchsetzen zu können. Es gibt schließlich diejenigen, welche die Ermüdungserscheinungen des bestehenden formal demokratischen Systems vom Erstarken neuer politischer Akteure begleitet sehen, die das Land in Richtung einer Faschisierung und Fundamentalisierung zu verändern drohen. Einige halten das weiterhin expandierende Netz jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten für eine irreversible Erscheinung und sehen keine Möglichkeit mehr zur Gründung eines palästinensischen Nationalstaates. In diesem Fall könnte, auch angesichts der arabischen Minderheit innerhalb Israels, die oft belächelte Option eines binationalen Staates auf unverhoffte Weise wieder ins Spiel kommen.

Für die kommenden Knessetwahlen jedenfalls sind keine Überraschungen zu erwarten. Vor dem Hintergrund US-amerikanischer Interessen in der Region, die keine drastischen Veränderungen des Status Quo in Israel/Palästina zulassen, sind die Handlungsspielräume israelischer Regierungen derzeit ohnehin begrenzt. Sharon und Netanjahu werden das Rennen unter sich ausmachen.

Achim Rohde

21. Bündnis gegen Rechts. Frankreich: Soziale Bewegungen mobilisieren

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:37

Es war ein ungewöhnliches Bündnis, das am 21. Oktober in Paris an die Öffentlichkeit trat. Die progressive Anwältegewerkschaft SAF und die traditionsreiche Liga für Menschenrechte (LDH) protestierten gemeinsam mit den linksalternativen SUD-Basisgewerkschaften, der linken und internationalistischen Bauerngewerkschaft (Confédération paysanne) von José Bové, alternativen Internetgruppen, der Gewerkschaft CGT und der Antirassismusbewegung MRAP.

Der Protest richtet sich gegen die geplante Strafrechtsreform des französischen Innenministers Nicolas Sarkozy, die eine drastische Verschärfung der Strafen für zahlreiche Delikte vorsieht - vor allem solcher Strafbestimmungen, die gesellschaftliche "Randgruppen" treffen. Es handelt sich bereits um die "zweite Generation" der Sicherheitsgesetze, die von der seit Mai 2002 amtierenden neuen Rechtsregierung eingeführt werden. Am 30. August war Sarkozys Gesetz zur Polizeireform in Kraft getreten, eine Woche später die Justizreform seines Ministerkollegen Dominique Perben. (vgl. ak 465)

Die zweite Stufe der "Reformen" aus Sarkozys Innenministerium führt eine Reihe neuer Spezialdelikte ein. Dabei werden offenkundig neue classes dangereuses ("gefährliche Klassen") definiert - so nannte man im 19. Jahrhundert das verarmte Proletariat in den Vorstädten.

So geht es etwa gegen Sinti und Roma: Sie sollen im Fall illegalen Campierens mit sechs Monaten Haft, Konfiszierung der Fahrzeuge und dreijährigem Entzug des Führerscheins bedroht werden. Bisher machten sie sich nur einer Ordnungswidrigkeit "schuldig". Ein sozialdemokratisches Gesetz aus dem Jahr 2000, die Loi Besson, schreibt zwar inzwischen den Kommunen eine Verpflichtung vor, den "fahrenden Leuten" (gens de voyage) geeignete Grundstücke zum - legalen, aber auch kontrollierten - Campieren zur Verfügung zu stellen. Im Regelfall halten die Kommunen diese neue Verpflichtung aber bisher nicht ein. Sarkozy will ein wenig darauf dringen, dass auch dieses Gesetz umgesetzt wird - aber nur, um andererseits eine Handhabe für umso härteres Durchgreifen zu haben.

HausbesetzerInnen (squatteurs), sollten nach dem ersten Entwurf ebenfalls bis zu sechs Monate Freiheitsentzug und 3.000 Euro Geldstrafe drohen. Derzeit leben im Großraum Paris über 5.000 Personen in squats. In vielen Fällen handelt es sich um Familien afrikanischer Herkunft, die auf dem derzeitigen Wohnungsmarkt keine Chance haben. Hilfsorganisationen wie die Wohnrauminitiative DAL (Droit au logement - "Recht auf Wohnung") organisieren alljährlich im Winter kollektive Besetzungen leer stehender Häuser.

Ebenso ist auch die neue Strafbestimmung gegen "aggressives Betteln" - auch darauf stehen künftig sechs Monate Haft - eindeutig ein Mittel der Repression gegen die Armen. Sie richtet sich aber nicht nur gegen EinwanderInnen, sondern auch gegen französische Punks und Obdachlose, die im Sommer in die südfranzösischen Urlaubszentren ziehen. Das unter der Monarchie eingeführte Delikt des vagabonde richtete sich ursprünglich gegen all jene, die aus der traditionellen Sozialordnung herausgefallen waren und kein Auskommen hatten; sie wurden mit Zwangsarbeit bedroht. Erst 1994 ist dieses Delikt restlos abgeschafft worden. Nunmehr wird erneut eine Variante des "Vagabundentums" kriminalisiert und unter Strafe gestellt. Dabei ist die Strafbestimmung außerordentlich subjektiv gefasst und verstößt damit gegen jede Vorstellung von Gleichheit vor dem Gesetz - denn wann Betteln "aggressiv" wird, ist nicht klar definierbar. Als Anhaltspunkt erwähnt das Gesetz das kollektive Auftreten oder das Mitführen von "gefährlichen Tieren" - vor allem viele jüngere BettlerInnen halten sich Hunde.

Eine weitere Sonderbestimmung trifft ausländische Prostituierte: Diese sollen mit dem Entzug ihrer Aufenthaltserlaubnis und "rascher Abschiebung" bedroht werden. Begründet wird dies mit dem Menschenhandel, etwa vom Balkan oder aus einigen afrikanischen Ländern, der tatsächlich seit Anfang der 1990er Jahre und der Öffnung der osteuropäischen Grenzen deutlich zugenommen hat. Doch die jetzt vorgestellten Bestimmungen haben nichts damit zu tun, die betroffenen Frauen gegen ihre Bedränger und die dahinter stehenden mafiösen Kartelle zu schützen. Denn abgeschoben werden sollen die Opfer. Nachdem es im Sommer einigen Unmut über dieses Vorhaben gegeben hatte, wurde eine neue Passage in den Entwurf aufgenommen. Danach können jene Frauen, die ihre Zuhälter anzeigen, eine vorübergehende

Aufenthaltserlaubnis erhalten - allerdings nur, so heißt es explizit, "bis zum Stattfinden des Prozesses". Für die Frauen, die dem Elend in ihren Herkunftsländern zu entgehen versuchen oder dort eine Familie ernähren wollen, dürfte dieses Angebot wenig attraktiv sein.

Der Entwurf, den die DemonstrantInnen als eine "Kriegserklärung an die Armen" bezeichneten, wurde am 23. Oktober vom Kabinett verabschiedet und soll bis spätestens Ende Dezember vom Parlament angenommen werden. Angesichts einer über 60-prozentigen Mehrheit für die Neokonservativen können am Ergebnis der Abstimmung keine ernsthaften Zweifel bestehen. Außer der jetzt debattierten Reform des Strafrechts soll demnächst auch eine Reform des Strafprozessrechts in Angriff genommen werden. Dabei geht es um die Ausdehnung der (in Frankreich traditionell überdurchschnittlich langen) Untersuchungshaftzeiten und die Aushebelung der Unschuldsvermutung, die gerade erst durch die Loi Guigou vom 25. Juni 2000 gestärkt worden war. Dieses Gesetz sollte dem Missbrauch der U-Haft einen Riegel vorschieben. Es schreibt vor, dass Untersuchungshäftlinge von der ersten Stunde an ein Recht auf Anwaltsbesuch haben. Nach dem Willen der Rechtsregierung soll die Hinzuziehung eines Anwalts nunmehr voraussichtlich um bis zu 36 oder gar 48 Stunden hinausgezögert werden können. Die Regeln, die zum Schutz gegen polizeiliche Gewalt eingeführt worden waren, wären damit hinfällig.

In dem am 21. Oktober von insgesamt 34 Gruppen und Organisationen veröffentlichten Aufruf heißt es an zentraler Stelle, das Gesetzesvorhaben "könnte zu einem autoritären Staat führen und all jene unterdrücken, die das Pech haben, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden".

Nicht nur die etablierten Linksparteien, auch die SozialdemokratInnen unterstützen den Aufruf, letztere allerdings erst nach heftigen internen Debatten. Hatte doch der ehemalige sozialistische Innenminister Daniel Vaillant erklärt, dass er beim jetzigen Amtsinhaber vor allem "Kontinuität" zu seinem eigenen Handeln sehe. Auch einige Politiker vom rechten Parteiflügel, wie der erklärte Blair-Fan und Verfechter einer sozialliberalen "modernen Linken", Jean-Marie Bockel (ehemaliger Abgeordneter des elsässischen Mulhouse), hatten eine explizite Unterstützung für Sarkozys Entwurf gefordert.

Die SozialdemokratInnen unterschrieben freilich nicht, ohne den Aufruf vorher an manchen Stellen entschärft zu haben. So wurde eine Passage über polizeiliche Gewalt nach langer Diskussion gestrichen: Der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) war sie nicht scharf genug formuliert, aus Sicht der Sozialdemokratie hingegen ging sie bereits viel zu weit. Ein Kompromiss konnte nur durch Ausklammerung dieses Punkts formuliert werden. Schließlich unterzeichneten auch die KP, die Grünen sowie die LCR den Text.

Am 26. Oktober gingen mehrere tausend DemonstrantInnen in Paris, Lyon und Marseille gegen den Sarkozy-Entwurf auf die Straße. In der Hauptstadt versammelte sich zum Demo-Auftakt auf der Place de la République vor allem die autonom-anarchistische und libertäre Szene unter dem Motto: "Hören wir auf, Angst zu haben!" In teilweise karnevalsähnlicher Form zogen manche ihrer AnhängerInnen mit symbolischen Ketten, wie früher Kerker-Insassen sie trugen, durch die Stadt. Daneben demonstrierten afrikanische Familien, die gemeinsam mit der Wohnrauminitiative DAL auf die Straße gingen.

Innenminister Sarkozy hatte erst wenige Tage zuvor nach heftigen Protesten jenen Passus aus seinem Entwurf gestrichen, der für Hausbesetzungen Haftstrafen bis zu sechs Monaten vorsah. Auch in der Gesamtbevölkerung, die der "Inneren Sicherheit" grundsätzlich eher positiv gegenüber steht und (glaubt man einer Umfrage des konservativen Figaro) mit 72 Prozent den Sarkozy-Entwurf befürworten soll, war der Hausbesetzer-Paragraf, derselben Quelle zufolge, bei 54 Prozent auf Ablehnung gestoßen. Sarkozy erklärte am 23. Oktober einer DAL-Delegation, die er in seinem Ministerium empfing, dass der Hausbesetzer-Paragraf gekippt werde.

Insgesamt demonstrierten in Paris rund 2.000 Menschen in diesem Zug mit, in Lyon und Marseille waren es etwas mehr. Die relativ schwache Mobilisierung in der Hauptstadt erklärt sich auch durch eine gleichzeitig stattfindende Veranstaltung. Zwei Kilometer weiter nördlich trafen sich 4.000 junge Linke, JuristInnen und MigrantInnen in der Konzerthalle Le Zénith, um gegen die so genannte double peine zu protestieren. Nach dem französischen Strafgesetz werden EinwanderInnen doppelt bestraft, da sie nach der Haft sofort abgeschoben werden können.

Das ist ein eklanter Verstoß gegen die Gleichheit vor dem Gesetz. Auch in dieser Hinsicht hat Sarkozy sich in der gleichen Woche vorsichtig auf den Rückzug begeben, indem er eine Einschränkung dieser - 1993 durch

die damalige Rechtsregierung verschärften - Regelung ankündigte. Dabei geht es dem intelligenten Politiker Sarkozy, der sich auf eine effektive Mischung von Zuckerbrot und Peitsche versteht, vor allem auch um innenpolitische Frontbegradigungen. Sein erklärtes Ziel ist es, "die Zahl der nicht real ausführbaren Entscheidungen zu reduzieren". Dazu gehört die Abschiebung seit langem im Land lebender, gut integrierter EinwanderInnen wegen relativ geringfügiger Delikte - solche Versuche der Staatsmacht hatten des öfteren Proteste hervorgerufen. Mit Sarkozys Teilrückzug ist zugleich die sozialdemokratische Opposition schachmatt gesetzt und weitgehend sprachlos. Hatte sich doch die Vorgängerregierung unter Lionel Jospin nicht an das Thema herangetraut - aus Angst vor dem Vorwurf von rechts, es mangele ihr an sicherheitspolitischem Schneid.

Die Großveranstaltung mit Kulturprogramm kostete 6 Euro Eintritt, wurde aber zum vollen Erfolg. Am Ende vereinigten sich die beiden Versammlungen, da die Demonstration der Antiautoritären vor der Konzerthalle endete, aus der die BesucherInnen herausströmten.

Die Veranstaltungen vom letzten Oktoberwochenende könnten den Auftakt für eine neue Oppositionsbewegung gegen die konservative Regierung bilden. Denn bislang war die von den bürgerlichen Parteien befürchtete Mobilisierung gegen ihre Politik weitgehend ausgeblieben. Auch die Konservativen haben ihre Lektion aus dem Scheitern der Regierung unter Alain Juppé gelernt, die 1997 nach heftigen sozialen Protesten zurücktrat.

Diesmal will die Regierung von Premierminister Jean-Pierre Raffarin, in der faktisch Innenminister Sarkozy den Ton angibt, den Fehler nicht wiederholen, ihre Amtszeit mit besonders unpopulären Maßnahmen zu beginnen und eine umfassende wirtschafts- und sozialpolitische Reform einzuleiten. Stattdessen bemüht sie sich vor allem um die Innen- und Sicherheitspolitik. Sie ist sich gewiss, dass vor allem die zunehmende Gewalt in den Banlieues dafür sorgt, dass diese Maßnahmen in der Bevölkerung im Prinzip durchaus populär sind.

Bernhard Schmid, Paris

22. Bill Gutiérrez oder RevoLUCIOn? Wahlerfolg der Opposition in Ecuador

Autor: Boris Siebert · Rubrik: Ecuador · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:29

Die Medien vergleichen ihn mit dem berühmt-berüchtigten venezolanischen Präsidenten und nennen ihn den "Hugo Chavez Ecuadors". Anarchistische Kleingruppen taufen ihn wegen seines Wahlkampfstils à la Clinton auch "Bill".

Wie auch immer: Lucio Gutiérrez ist mit knapp über 20% der Stimmen der Wahlsieger der ecuadorianischen Präsidentschaftswahlen vom 20. Oktober. Unterstützt wurde er vom politischen Arm der Indígenabewegung "Pachakutik", vom Gewerkschaftsdachverband FUT und anderen Einzelgewerkschaften und von der marxistisch-leninistischen MPD (Movimiento Popular Democrático). Der wegen Rebellion aus den Reihen der Militärs suspendierte Oberst Gutiérrez tritt am 24. November zur Stichwahl gegen den Multimillionär und Bananenbaron Alvaro Noboa an, der mit 17% der Stimmen auf Platz zwei landete.

Lucio Gutiérrez betrat die politische Bühne Ecuadors am 21. Januar 2000. Als Oberst der Streitkräfte unterstützte er den Indígena- und Volksaufstand, der schließlich zum Sturz des Präsidenten Mahuad führte. Nachdem die drei Stunden währende "Volksregierung" dann von den Militärs abgesetzt und Vizepräsident Gustavo Noboa zum Staatsoberhaupt gekürt worden waren, landete Gutiérrez hinter Gittern. Doch wenige Monate später kam er durch eine Amnestie wieder frei und gründete die politische Partei "Sociedad Patriótica 21 de Enero"; eine Vereinigung, der hauptsächlich ehemalige Militärs angehören und die nun zusammen mit "Pachakutik" und der MPD die zweitstärkste Fraktion im neu gewählten Nationalkongress stellt. Der "Kampf gegen die Korruption" ist dabei Leitparole von Organisation und Oberst. Wie sein Kontrahent Noboa bezeichnet sich auch Gutiérrez als "bekennender Christ und Nationalist".

Kennedy-Family und Inka-Schatz

Alvaro Noboa seinerseits (er ist erstaunlicherweise nicht verwandt mit Ex-Staatsoberhaupt Gustavo Noboa) ist der reichste Mensch Ecuadors. Er besitzt Dutzende von Unternehmen und ist der wichtigste Bananenexporteur des Landes. Schon bei den letzten Wahlen 1998 kam er bis zur Stichwahl, die er gegen Jamil Mahuad knapp verlor. Noboa ließ verlauten, er sei "von den Computern betrogen" und um den Wahlsieg gebracht worden. Um seinen Wahlkampf zu effektivieren, ließ er diesmal auf fast allen Fernsehkanälen die Taufe seines jüngsten Sohnes in einer Kirche in Manhattan übertragen, bei der mehrere bekannte Hollywood-Schauspieler sowie Mitglieder der Kennedy-Familie anwesend waren. Auch diesmal gab Noboa für seinen Wahlkampf mehrere Millionen US-Dollar aus, verschenkte in den Dörfern Säcke mit Reis und Mehl sowie unzählige T- Shirts, auf denen er seinen zukünftigen WählerInnen entgegengrinst. Dass Noboa auf seinen Ländereien schon auch mal scharf schießende paramilitärische Einheiten gegen streikende BananarbeiterInnen auffährt, wie das kritische Politmagazin Tintají berichtet, hat er im Wahlkampf natürlich abgestritten.

"Patriot gegen die Korruption"

Der Wahlkampf an sich war eine langweilige und inhaltsarme Show, in der alle elf KandidatInnen die selben leeren Versprechungen von sich gaben: Kampf der Korruption, der organisierten Kriminalität, und der Arbeitslosigkeit. Außerdem ging es viel um Vaterland, Gott und Jesus Christus. Gutiérrez liess keine Gelegenheit aus zu betonen, dass er schon immer in allem (Schule, Sport, Militärlaufbahn) der Beste war. Zudem war der Wahlkampf ein Wettbewerb der kuriosen Wahlversprechen. So versprach die einzige Kandidatin, Ecuadors US-Botschaftlerin Ivonne Baki, ihre Freunde aus New York würden die ecuadorianischen Strände kaufen und so Geld ins Land bringen. Jacobo Bucaram bot Eigentumswohnungen an, die mit einer Monatsrate von zehn Cent zu erwerben seien. Antonio Vargas, Ex-Präsident des Indígenadachverbandes CONAIE, verkündete, er wisse, wo der Schatz von Atahualpa, dem letzten Inka, versteckt sei. Doch das hat außer ihm und 0,5% der WählerInnen wohl niemand geglaubt. Vargas war auf eigene Faust ins Rennen gezogen, nachdem er zunächst vom Obersten Wahlgericht wegen Unterschriftenfälschung disqualifiziert worden war, eine politisch umstrittene Entscheidung, die das Verfassungsgericht zwei Tage vor der Wahl wieder aufhob. Alles in allem: ein typischer ecuadorianischer Wahlkampf.

Interessant war auch, welche Themen im Wahlkampf nicht zur Sprache kamen: die steigende Migration, die Dollarisierung, Ecuadors Beteiligung in der ganzamerikanischen Freihandelszone ALCA, die Auslandsschulden, der US-Militärstützpunkt in der Hafenstadt Manta und die Verwicklung in das Aufstandsbekämpfungsprogramm "Plan Colombia". Jetzt ist man sich einig darüber, dass für den zweiten Wahldurchgang nicht nur propagandistische Allgemeinheiten, sondern lieber Regierungsprogramme debattiert werden sollten.

Doch ob es dazu kommt, ist zweifelhaft. Die Argumente werden auf anderen Ebenen ausgetauscht. So beschuldigt Bananenboss Noboa seinen Konkurrenten Gutiérrez der Sympathie für die kolumbianische Guerrilla FARC und behauptet, das ecuadorianische Volk habe nun die Pflicht, ein "zweites Venezuela" zu verhindern. Auf der anderen Seite beeilt sich Gutiérrez zu erklären, er habe keine Ideologie und sei kein Linker, denn links und rechts seien sowieso veraltete Begriffe. Noboa wiederum boykottiert nach wie vor die Teilnahme an Diskussionen in den Medien; schließlich besitzt er genug Geld, um permanent überlange Wahlspots zu senden. Und weiß, dass er keine auch nur andeutungsweise kritische Frage beantworten könnte. Gutiérrez wiederum hat die olivgrüne Uniform gegen Schlips und Kragen eingetauscht, und sein erster Besuch nach dem ersten Wahldurchgang galt der US-Botschaft. "Die Dollarisierung wird gefestigt", heißt es nun, und der Militärstützpunkt in Manta bleibe unangetastet. Dabei war dieser Stützpunkt von Mahuad ohne Zustimmung des Parlaments und somit eigentlich verfassungswidrig eingerichtet worden. "Wir werden exzellente Beziehungen zum IWF haben und pünktlich die Auslandsschulden zahlen" sagt Gutiérrez, während Noboa von sich behauptet "mit oder ohne IWF" regieren zu wollen. Vertauschte Rollen oder ein taktisches Wahlkampfspiel in geopolitischer Dimension?

"Natürlich kann der Coronel jetzt nicht radikal daherkommen, sonst machen die Gringos Ärger" sagen die BefürworterInnen von Gutiérrez, mitunter auch in Anspielung auf die gemäßigte Wahlkampfrhetorik des neuen brasilianischen Präsidenten Lula. Aber muss so viel Demut wirklich sein, oder ist der "Patriot gegen die Korruption" ein potenzieller Verräter seiner Basis? Das muss im Endeffekt die Basis selbst, also die Indígena- und Gewerkschaftsbewegung entscheiden. Zwei Wochen vor der Stichwahl ist gleichwohl den Umfrageergebnissen schon zu entnehmen, dass Gutiérrez mit fast 20% Vorsprung vor Noboa das Rennen machen wird.

Vaterland, Gott und Jesus Christus

Während die Medien nach der Bekanntgabe des knappen Wahlausgangs von einer "großen Überraschung" und sogar von einem "politischen Erdbeben" sprachen, bezeichnen die traditionellen Parteien von Konservativen (PSC) bis Sozialdemokraten (ID) das Wahlergebnis als "Katastrophe". Nicht zu Unrecht: Denn eine wichtige Botschaft dieser Wahlen ist die klare Absage an die traditionellen Parteien, die in den vergangenen Jahrzehnten kläglich versagt haben. Selbst auf dem dritten Platz landete mit ca. 15% ein sog. "Unabhängiger", der Universitätsprofessor León Roldos, der die Überbleibsel der konservativen Partei Mahuads (Democracia Popular) und die Sozialisten auf seiner Seite hatte. Erst danach kamen los de siempre, die von immer: altbekannte Politgesichter der ecuadorianischen Tragödie. Weiterhin erfreulich ist die Geschlossenheit der Indígenabewegung, die auf lokaler Ebene seit zwei Jahren 27 Bürgermeisterämter und fünf von 22 Provinz-Präsidentenstühlen besetzt. Der ethnozentrischen Rhetorik des Amazonasindígenas Antonio Vargas gelang die von vielen befürchtete Spaltung nicht. In den Amazonasprovinzen kam Gutiérrez auf bis zu 75% der Stimmen, und Vargas wurde mit Abstand Letzter.

Im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen in Ecuador (1996, 1998) und deren katastrophalen Folgen - Verteuerung, Privatisierung und steigende Armut -, ist nun zaghafte Hoffnung erlaubt. Denn trotz aller Vorsicht, die gegenüber Gutiérrez geboten ist, ist klar: Ohne seine WählerInnenbasis kann er nicht regieren. Eine nationalistische Regierung unter dem Oberst wird in jedem Fall indigene Minister und unter Umständen sogar einen marxistischen Erziehungsminister haben müssen. Und das Versprechen, die in der Verfassung vorgeschriebenen 30% des Staatshaushaltes für Erziehung zu berücksichtigen, wird ohne eine Reduzierung der Auslandsschuldenzahlung nicht einzuhalten sein. Immerhin frisst die derzeit fast 40% des Haushaltes. Außenpolitisch interessant ist zudem die Aussage des Wahlkampfleiters und jetzigen Abgeordneten der "Sociedad Patriótica", Ex-Oberst Edison Sanchez: Ecuador werde unter einer Regierung Gutiérrez eine Vermittlerrolle im kolumbianischen Bürgerkrieg annehmen und die Guerillas des Nachbarlandes als kriegsführende Parteien im Sinne des Völkerrechts anerkennen; was man im Norden von solchen Erklärungen hält, hat die US-Botschaft dem Kandidaten "Bill" mit Sicherheit zur Genüge erklärt. Insgesamt wird es

voraussichtlich eine starke Präsenz der progressiven Gruppierungen (Pachakutik, Sociedad Patriótica, MPD, Partido Socialista, evtl. auch Izquierda Democrática) im Abgeordnetenhaus geben, die gegenüber den konservativ Neoliberalen die Mehrheit haben könnte. All dies ist nicht zuletzt auch Effekt der vorhergegangenen Wahl-Desaster, die zu Revolten und besserer Basis-Organisierung geführt hatten.

Die Konzentration auf den Wahlkampf hatte zwar die indigenen und linken Organisationen davon abgehalten, ihre Protestaktionen gegen die amerikanische Ministerkonferenz der Freihandelszone ALCA Ende Oktober in Quito wie geplant durchzuführen: Organisationstreffen der ALCA-GegnerInnen fielen aus, weil Wahlumzüge und -feiern abgehalten wurden. Doch letztlich kann das Wahlergebnis dem Protest nützen. Denn die Argumentation der AnhängerInnen von Gutiérrez ist nicht leicht von der Hand zu weisen: dass nämlich eine patriotische indigene Regierung, die die Souveränität des Landes vertritt, die beste Waffe gegen den ALCA ist. Umso mehr in einem lateinamerikanischen Kontext, der mit Lula in Brasilien, Chavez (trotz alledem) in Venezuela, nicht zu vergessen Fidel Castro in Cuba, einer gestärkten Opposition mit Evo Morales in Bolivien und einem möglichen Wechsel in Uruguay und Argentinien vorsichtig neue Zeiten im Hinterhof der USA andeutet.

Boris Siebert, Quito

23. Und jetzt, Lula? Brasilien: Die Enttäuschungen sind vorprogrammiert

Autor: Klaus Hart · Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:14

Die lateinamerikanische Industrielokomotive Brasilien wird künftig von Ex-Gewerkschaftsführer Lula regiert - und einem Milliardär der stockreaktionären Eliten als Vize-Staatschef. Dass die Hoffnungen auf substanzielle Verbesserungen erfüllt werden, ist wenig wahrscheinlich. Während die Arbeiterpartei Lulas vor zu hohen Erwartungen warnt, melden Gewerkschaften und die Landlosenbewegung ihre Ansprüche an.

In fetten Metallic-BMWs rauschen Luis Inacio da Silva und sein Gefolge zum Präsidenten-Amtssitz Brasilias. Davor jubelnde Massen mit Spruchbändern, die nicht mal ironisch gemeint sind: "Willkommen, mein König, in Deinem Palast." Drinnen umarmen sich der frischgewählte, von jedermann nur Lula, Tintenfisch, genannte, und der Noch-Staatschef Fernando Henrique Cardoso wie uralte Kumpels. Wie damals, als der heutige FU-Berlin-Ehrendoktor noch allen Ernstes KP-Mitglied war und sich mit dem gemeinen Volke und Figuren wie Lula abgab, um die Folter-Diktatur zu bekämpfen. "Vergesst alles, was ich bisher geschrieben habe", verkündete Cardoso 1994 bei seinem Wahlsieg. Danach verbündete er sich mit rechtsextremen Regime-Aktivisten von einst, reaktionärsten Oligarchen, holte sie in die Regierung und entpuppte sich als Zyniker, Opportunist und übelster Wendehals.

PT: heterogen und hochkompliziert

Und Lula? Der radikale Linke, Ex-Gewerkschaftsführer, wandelte sich zum harmlosen Sozialdemokraten, fiel schon im Wahlkampf jenen Oligarchen und Diktaturaktivisten um den Hals, bettelt sie um Unterstützung an und machte ausgerechnet einen Milliardär und Großunternehmer zum Vize-Staatschef. Da dreht sich, wie es aussieht, nicht nur Anita Prestes in Rio de Janeiro, Tochter von Olga Benario (1942 im KZ Bernburg vergast), der Magen um. Im Interview nennt es die gestandene Linke und Uniprofessorin zwar nahezu unglaublich, dass zum ersten Mal in Brasiliens Geschichte einer aus dem Volke, ein früherer Arbeiter, zum Staatschef aufsteigt und betont den "hohen symbolischen Wert", legt aber mit schwersten Bedenken nach: "Lulas Arbeiterpartei PT ist sehr heterogen, hochkompliziert, von inneren Kämpfen geschüttelt - der die Parteiführung dominierende Flügel Artikulation will den brasilianischen Kapitalismus nur reformieren, will keinen Sozialismus mehr." Spannend werde sein, zu beobachten, wer sich demnächst in der PT durchsetzt. Lula sitze in der Klemme - müsse schnellstens populäre Maßnahmen treffen, um Wahlversprechen nicht zu brechen, doch gleichzeitig sehr vorsichtig agieren: "Damit es ihm nicht so ergeht wie Allende."

Sie erinnert an eine Maxime ihres Vaters, des legendären brasilianischen Kommunistenführers Luis Carlos Prestes: Wenn das Volk so stark zersplittert und unorganisiert bleibt, werde nichts gelingen. Und genau dies gelte auch für das heutige Brasilien. "Lula braucht Rückhalt im Volk - und der muss organisiert werden. Die Brasilianer, und selbst Teile der Unternehmerschaft, votierten nur aus Protest, aus Unzufriedenheit mit acht Jahren Cardoso-Regierung für Lula. Denn Cardoso förderte das spekulative Kapital, nicht das produktive." Erwartungshaltung liegt jetzt in der Luft, man spürt es, aber keine Aufbruchsstimmung. Die Lula-Regierung, so Anita Prestes, müsse jetzt dringlichst die Volksmassen politisieren, mobilisieren, Rückhalt organisieren - oder echte Reformen zu deren Gunsten werden nicht durchkommen. Noch dazu ohne Mehrheit im Nationalkongress, mit den Gouverneuren der wirtschaftlich und politisch wichtigsten Teilstaaten als Gegner.

Lula gewann in der Stichwahl landesweit zwar haushoch gegen den Regierungskandidaten José Serra von Staatschef Cardosos konservativer Sozialdemokratischer Partei PSDB - doch dieselben Wähler votierten z.B. in Sao Paulo lieber für einen Gouverneurskandidaten just dieser PSDB. Von 27 Gouverneuren sind künftig nur drei von der Arbeiterpartei. Rio de Janeiro, zweitwichtigster Teilstaat, und auch die PT-Hochburg Rio Grande do Sul, wo der Weltsozialgipfel stattfindet, werden ab Januar nicht mehr von Lula-Companheiros regiert. "Tudo imprevisivel", nichts ist voraussehbar - alles kann passieren, konstatiert Anita Prestes: "Der Widerstand des Großkapitals und der Latifundistas, aller traditionellen Eliten wird heftig sein. Die gutorganisierten herrschenden Klassen haben weltweit ihre historischen Erfahrungen, wie man so etwas effizient durchzieht", fügt sie bitter lachend hinzu. "Die wollen doch ihre Privilegien nicht verlieren."

"Jetzt ist die Bourgeoisie gefickt"

Nicht mal beim WM-Sieg feiern die Massen vor den Bankenpalästen der Avenida Paulista, Wall Street Lateinamerikas in Sao Paulo, so überschwänglich karnevalesk wie in der Wahlnacht. "Jetzt ist die Bourgeoisie gefickt", skandieren Studentengruppen unentwegt. Doch auffällig ist, dass sich auf der rauschenden Wahlfete keine Sympathisanten der Liberalen Partei PL von Lula-Vize Josè Alencar blicken lassen. Womöglich hätten sie ein paar aufs Maul gekriegt, wäre es zu schweren Handgreiflichkeiten gekommen. Beim Kurzauftritt auf der Bühne umarmt Lula den Milliardär, preist das Bündnis mit ihm als glückliche Verbindung zwischen Kapital und Arbeit - von unten schallen gellende Pfiffe. Nur zu viele Lula-Anhänger lehnen diese Allianz entschieden ab.

Die gutorganisierte Landlosenbewegung MST hielt im Wahlkampf aus taktischen Gründen still, verzichtete auf Farmbesetzungen, Massenproteste, ließ die Latifundistas in Ruhe. Doch jetzt lässt der intellektuelle MST-Führer Pedro Stedile verlauten, dass die überfälligen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen weniger von Lulas Bereitschaft abhängen, als vielmehr von der Mobilisierung des Volkes. Durch Druck müsse auf einen wirklichen Bruch mit dem Bestehenden hingewirkt werden. Stedile meint damit vor allem Brasiliens unsäglich archaische Sozialstrukturen: Südamerikas industrielles Zugpferd ist zwar die immerhin zwölftgrößte Wirtschaftsnation, bei der Einkommensverteilung aber fast absolutes Schlusslicht. Nur in Sierra Leone, der Zentralafrikanischen Republik und Swasiland ist der Abstand zwischen Reich und Arm krasser ungerecht. Beispiel Sao Paulo, größtes deutsches Wirtschaftszentrum außerhalb Deutschlands: Opulente Villenviertel, Privilegiertenghettos für wenige, doch riesige, entsetzliche Slums wie in Afrika und Asien, Bauarbeiter-Stundenlöhne von umgerechnet nicht mal zwei Euro, Massenarbeitslosigkeit. Und im Hinterland Sklaverei.

Auf dem UNO-Index für menschliche Entwicklung steht Brasilien trotz seiner wirtschaftlichen Potenz nur auf dem 73. Platz, in puncto Pressefreiheit nur auf Rang 54. Jährlich werden über vierzigtausend Menschen aus politischen oder kriminellen Motiven ermordet, nur etwa acht Prozent der Täter zumindest ermittelt. Wie Deutschland mit einer solchen Gewaltrate aussähe, kann jeder erahnen. Denn das hieße: Über zwanzigtausend Morde pro Jahr, statt der etwa eintausend. Allein in Sao Paulo sind über eine Million Feuerwaffen illegal in Privathand.

Der MST, sagt Stedile, werde daher die Massen mobilisieren, damit das alles aufhöre. "Wenn Lula diese Botschaft versteht, wird er den Änderungsprozess vorantreiben und von den Volksbewegungen unterstützt werden. Falls er aber versucht, das brasilianische Volk zu täuschen, indem er um Geduld bittet, wird er wie Argentiniens Präsident de la Rua enden." Der trat letztes Jahr zurück. Im Falle Brasiliens wären dann der milliardenschwere Vize Alencar und seine Sektenpartei am Ruder - unerwünschte, unerwartete Wechsel dieser Art gab es in der jüngeren brasilianischen Geschichte bereits mehrfach.

Landlosenbewegung skeptisch

Neben der MST kann es auch mit dem bisher PT-nahen Gewerkschaftsdachverband CUT Ärger geben: Lula will sich an den Verhandlungen über die von Washington favorisierte amerikanische Freihandelszone FTAA beteiligen - die CUT ist strikt dagegen, weil die FTAA lediglich wirtschaftlichen und hegemonialen Interessen der USA diene. FTAA untergrabe die Souveränität Brasiliens und bringe schwere Nachteile, darunter Arbeitsplatzvernichtung. Dafür ging die CUT in der ersten Woche nach Lulas Wahlsieg bereits kämpferisch auf die Straße, verbrannte vor der Citibank Sao Paulos USA-Fahnen, legte mit der Landlosenbewegung, linken Parteien und katholischen Pastoralen auf der Avenida Paulista vor dem Sitz der Zentralbank den Verkehr lahm. Lulas Vize Alencar ist erklärter FTAA -Verfechter - bereits bisher exportiert sein Textilkonzern dank Billigstlöhnen kräftig in die USA. Auf der kämpferischen Kundgebung wurde Alencar als übler Ausbeuter gebrandmarkt: In Fabriken des stark unterentwickelten Nordostens zahle er an neunzig Prozent der Beschäftigten monatlich nur umgerechnet höchstens 60 Euro - bei Zwölf-Stunden-Schichten. Das ist auch bei Brasiliens Durchschnittspreisen, die unter den deutschen liegen, ein Hungerlohn.

Dass der bislang PT-nahe Gewerkschaftsdachverband CUT sofort nach Lulas Wahlsieg deutlich auf seine Autonomie pochte, Distanz zur neuen Regierung betonte und mit Streiks für eine Anhebung des Mindestlohns drohte, hat auch mit der Gegnerschaft zu Lulas Vize Alencar zu tun: Wie CUT-Führer erklärten, wird der Großunternehmer von den meisten Arbeitern seiner elf Fabriken regelrecht gehasst. Wer vor allem in den Nordost-Betrieben nur damit liebäugele, in die Gewerkschaft einzutreten oder angesichts der extrem niedrigen Löhne das Wörtchen "Streik" fallen lasse, werde sofort gefeuert. In aufgekauften Konkurrenzbetrieben habe Alencar sofort deutliche Lohnsenkungen verfügt. Wer sich weigern würde, die verfassungswidrigen

Zwölf-Stunden-Schichten zu akzeptieren, wäre ebenfalls seine Stelle los. "Wer nach zwölf Stunden an den Textilmaschinen nach Hause kommt, ist körperlich erledigt, völlig kaputt."

PT-Mitglieder vieler Fabriken waren deshalb heftig gegen Lulas Bündnis mit Alencar. Für sie und die ganze CUT ist geradezu lächerlich und peinlich, dass Lula und die PT-Spitze diese Tatsachen verschweigen, Alencar nur in den höchsten Tönen als "Parceiro ideal", idealer Partner, loben und landesweit entsprechende PR machen. Lula wörtlich: "Unsere Vereinigung ist ein Bündnis der Ethik, des Charakters, der Verpflichtungen gegenüber dem brasilianischen Volk, gegenüber der nationalen Industrie und Landwirtschaft."

Alencar - ein übler, gehasster Ausbeuter

Lulas "Schatten" Josè Dirceu, der die Arbeiterpartei mit eiserner Hand dirigiert und von der PT-Linken für Entpolitisierung und Sozialdemokratisierung verantwortlich gemacht wird, räumt ein: "Das erste Amtsjahr 2003 wird ein Krisenjahr, mit geringen Manövriermöglichkeiten - wir rechnen mit Streiks, Protestkundgebungen." Denn auch wegen der harten Auflagen des Weltwährungsfonds sind die Haushaltsmittel für Soziales, den zur Priorität erklärten Kampf gegen den Hunger, für überfällige Lohnerhöhungen, Investitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen sehr gering. Ein Firmenboss stellte unverblümt klar, dass die Unternehmerschaft sofort "in Opposition" gehen werde, "falls die Lula-Regierung falsche Dinge tut". Doch bisher läuft mit Lula alles wunschgemäß, reagieren Markt und Börse optimistisch, Auslandsschulden werden auch weiter brav beglichen.

Richtig zufrieden über den Kurswechsel der Arbeiterpartei ist indessen nicht nur das Kapital, sondern auch die Sozialistische Internationale. "Lula ist ein wahrer Sozialdemokrat", schwärmt Frankreichs Sozialistenführer François Hollande. Und Großbritanniens Botschafter Roger Bone erklärt in Brasilia: "Lula und Blair haben annähernd die gleiche Ideologie."

Klaus Hart

24. Modernisierung der Standortkonkurrenz. Hartz-Vorschläge machen BRD-Kapital fit für den Weltmarkt

Die Vorschläge der Hartz-Kommission machen das BRD-Kapital fit für den Weltmarkt

Autor: Gegeninformationsbüro Berlin · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:20

Mit der Umsetzung des Hartz-Konzeptes plant die Bundesregierung eine tief greifende Neuordnung des Arbeitsmarktes. Eine Neuordnung, die auch auf verbesserte internationale Konkurrenzbedingungen abzielt. Wir veröffentlichen im folgenden eine Stellungnahme des Gegeninformationsbüros Berlin.

Das Arbeitsrecht reduziert sich immer mehr auf das Recht, für das zu arbeiten, was man einem zahlen will, und zu den Bedingungen die man einem aufzwingt. Die Arbeit ist das nutzloseste Laster. Auf der ganzen Welt gibt es keine billigere Ware als die Arbeitskraft. Während die Löhne fallen und die Zahl der Arbeitsstunden steigt, speit der Arbeitsmarkt Menschen aus. Nehmen SieS oder lassen SieS bleiben, die Schlange ist lang genug." (Eduardo Galeano, 1998)

Mit den aktuellen Veränderungen im Zuge der Koalitionsverhandlungen und Gesetzesberatungen hat der einschneidendste arbeitsmarkt- und sozialpolitische Angriff der Nachkriegsgeschichte begonnen. Noch bevor Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt werden, sollen sie gekürzt und das Einkommen und Vermögen (z.B. Freibeträge und angespartes Vermögen zur Altersversorgung) des/der PartnerIn verstärkt einbezogen werden. Die Arbeitnehmerkammer Bremen hat in einer Untersuchung nachgewiesen, dass allein durch die Verschärfung der Anrechnungsvorschriften zwischen 27,1% und 39,7%, d.h. 460.000 - 630.000 Arbeitslose aus dem Bezug von Arbeitslosenhilfe rausfallen werden. Allein dadurch erzielt die Bundesregierung eine Nettoeinsparung von 2,75 Mrd. bis zu 5,2 Mrd. Euro im Jahr.

Die Modernisierer des Arbeitsmarktes stoßen bei weitem nicht nur auf Zustimmung. Deshalb gab Bundeskanzler Schröder Mitte Oktober die Einsetzung eines Steuerungskreises ebenso wie den Start einer bundesweiten Unterstützerkampagne ab 13. November von Wolfsburg aus bekannt. Der geplante Werbefeldzug für die "Vorschläge der Hartz-Kommission" hat das Ziel, Akzeptanz und Hoffnung in der Bevölkerung zu erreichen. Im Rauch jener Nebelkerzen der Desinformation werden bis zur endgültigen Umsetzung weitere Etappen drastischer Einschnitte folgen.

Vom Job-Aqtiv-Gesetz zum Hartz-Konzept

Die Vorschläge der Hartz-Kommission laufen - im Sinne einer Weichenstellung - auch auf eine Privatisierung der Vermittlung ebenso wie auf eine private Arbeitslosenversicherung hinaus. Nach der Privatisierung öffentlicher Betriebe, der (Teil-)Privatisierung der Gesundheits- und Rentenversorgung folgt nun die Privatisierung des Arbeitsamtes und der dazugehörigen marktinteressanten Bereiche wie Vermittlung, Versicherung und Verwaltung.

Einige der Vorschläge der Hartz-Kommission sind bereits früher erwogen und diskutiert worden. Die Bundesregierung hat bereits eine ganze Reihe von Modellprojekten und Initiativen gestartet, die auch in neue Gesetze gegossen worden sind. Wesentlicher Vorreiter bei der Neuordnung des Arbeitsmarktes war das Job-Aqtiv-Gesetz, bei dem die Leiharbeit als Vehikel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereits zugelassen wurde. Dazu gehört auch der "Vermittlungsgutschein" sowie Coachingmaßnahmen als Einstieg in die Privatisierung der Arbeitsvermittlung. Darüber hinaus hat die Einführung des Kombilohns nach dem sog. "Mainzer-Modell" bereits dazu geführt, Menschen in niedrig entlohnte Jobs zu drängen.

Ebenso ist das Modellprojekt "MoZArT" zur "Verbesserung der Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe" ein Vorreiter für die Zusammenführung der Arbeits-, Sozial- und Jugendämter sowie für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Selbst die Privatisierung des Arbeitsamtes bzgl. der Verwaltungsaufgaben wie z.B. die Antragsprüfung wurde in Teilen bereits umgesetzt. Es gibt inzwischen unzählige private Vermittlungsagenturen, die in den Startlöchern sitzen. Jene Agenturen, die heute z.B. Coachingmaßnahmen betreuen und bekannt dafür sind, dass sie mit Leiharbeitsfirmen zusammenarbeiten,

können ebenso wie die Leiharbeitsfirmen selbst als PersonalServiceAgentur von morgen die komplette Arbeitvermittlung rasch übernehmen.

Die Veränderungen, vor allem der letzten zwei Jahre, waren die Vorboten für die kommende Neuordnung des Arbeitsmarktes und Sozialsystems. Dennoch gehen die Vorschläge der Hartz-Kommission darüber hinaus, denn sie beinhalten einen Richtungswechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der qualitativ neu ist. Bisher hatte die Regierung versucht, durch zunehmenden Druck auf die Arbeitslosen, durch Verschärfung der Zumutbarkeit und durch die oben genannte Maßnahmen, Arbeitslose in Billigjobs oder aus den Bezügen zu drängen, um dadurch vor allem die Arbeitslosenstatistik zu schönen. Im unteren Lohnbereich hat dies bereits zu einer drastischen Entwertung der Ware Arbeitskraft geführt. Nun aber wollen die Modernisierer des Standorts Deutschland das Heer der vier Millionen Arbeitslosen als Hebel benutzen, um auf dem internationalen Parkett konkurrenzfähig zu sein. Mittels gebündelter staatlicher Instrumentarien wird Billiglohnarbeit im großen Stil durchgesetzt und per Lohndumping die Ware Arbeitskraft insgesamt verbilligt. Gleichzeitig werden entgarantierte und damit entrechtete Arbeitsverhältnisse durchgesetzt. Das traditionelle Sozialgefüge wird aufgebrochen und das bisherige soziale Sicherungssystem zerschlagen. Dies hat weit reichende soziale und gesellschaftliche Folgen.

Qualitativer Richtungswechsel

Vor dem Hintergrund der Neuordnung des Weltmarkts greift der Staat ein, um Löhne zu senken und erkämpfte soziale Rechte zu demontieren. Die 13 Module des Hartz-Konzeptes greifen perfekt ineinander und beinhalten so ziemlich alles von der Wunschliste der Wirtschaftsverbände. Schärfstes Instrumentarium zur Absenkung des Lohnniveaus ist ohne Zweifel die Einführung der PersonalServiceAgenturen (PSA) und die Pflicht zur Leiharbeit. Vorgesehen ist eine PSA-Leiharbeit bis zu sechs Monaten in Höhe des laut Clement "etwas über der jetzigen Sozialhilfe" neu geregelten Arbeitslosengeldes II. Das Ganze unter der Androhung von Leistungskürzung oder -streichung bei einer Kündigung durch die PSA aus "verhaltens- oder personenbedingten Gründen".

Im Zentrum der Zerschlagung des Sozialsystems steht die Verschärfung der Mitwirkungspflicht. Im Zuge der "aktivierenden Arbeitsmarktpolitik" gegen Arbeitslose werden die Kriterien der Mitwirkungspflicht so hochgeschraubt, dass sie nicht erfüllbar sind. Dies führt zwangsläufig zu Kürzungen oder dem Rauskicken aus der sozialen Grundsicherung. Und es ist erklärtes Ziel, darüber Gelder einzusparen! Durch die neue Maßgabe "Sozialgeld nur noch für ‚Erwerbsunfähige`" wird all jenen, die als "erwerbsfähig" gelten, der Weg zum neu geregelten Sozialgeld versperrt. Rausgefallen aus dem Arbeitslosengeld I oder II haben sie als "Erwerbsfähige" dann keinen Anspruch auf soziale Grundsicherung.

In seiner Regierungsrede am 29.10. 2002 gab Bundeskanzler Schröder bekannt: "Zur Reform und Erneuerung gehört auch, manche Ansprüche, Regelungen und Zuwendungen des deutschen Wohlfahrtsstaates zur Disposition zu stellen. Manches, was auf die Anfänge des Sozialstaates in der Bismarck-Zeit zurückgeht und vielleicht noch vor 30, 40 oder 50 Jahren selbstverständlich und berechtigt gewesen sein mag, hat heute seine Dringlichkeit und damit seine Berechtigung verloren."

Hier wird suggeriert, es handele sich bei jenen "Ansprüchen und Zuwendungen" um eine Großzügigkeit des Staates. Dahinter soll eine kämpferische Geschichte verschwinden und mit ihr das Wissen darüber, dass jene Zugeständnisse des sogenannten Sozialstaats Ergebnisse von Klassenkämpfen waren und sind. Wir sollen vor allem eins lernen, dass jene Klassenkämpfe ebenso obsolet seien wie jene erkämpften Rechte, die uns beim abermaligen Raubzug der Kapitalisten nicht mehr länger zustünden.

Die Arbeitslosigkeit ist hoch, und daran ändert auch keine Umstrukturierung und Umverteilung á la Hartz & Co etwas. Mit ihr wird die Armut trotz Arbeit zunehmen, die soziale Ungerechtigkeit ansteigen und die Angst, nicht über die Runden zu kommen, wird sich verstärken. Eine Angst, die uns erpressbar und gefügig machen soll. Sie könnte das lukrative Geschäft mit dem Sicherheitsbedürfnis ebenso beflügeln wie die Konkurrenz und Spaltung untereinander, den Neid und Hass gegen "Andere", wenn wir dem nicht unsere entschiedene Solidarität untereinander entgegen setzen.

Gegen die Strategie des Vergessens sollten wir uns deutlich vor Augen halten, dass Arbeits- und soziale Rechte Ergebnis einer andren Angst waren: der Angst vor den Streiks der Arbeiter und Arbeiterinnen und der Angst vor einer drohenden sozialen Revolution, die vor der Tür zu stehen schien. Doch jene erschrockene

Macht, die Macht von gestern, ist die gleiche Macht, die heute Schrecken verbreitet, damit ihr gehorcht wird. Und so werden in kürzester Zeit, wenn wir uns nicht entschieden gegen diesen Angriff wenden, die sozialen Rechte der Menschen verschleudert, die in mehr als einem Jahrhundert erkämpft wurden.

Mit der "proaktiven" Zustimmung der Gewerkschaftsspitze zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission stimmt sie der eigenen Zerschlagung zu. Denn zur von Schröder benannten "Disposition" stehen im Zuge der Umstrukturierung á la Hartz & Co auch die Gewerkschaften. Der Staat setzt die Interessen des Kapitals knallhart durch und sorgt mit dem entsprechenden Instrumentarium dafür, dass Zug um Zug das bisherige Koalitions- und Tarifrecht ebenso unterlaufen wird wie der Flächentarifvertrag oder per Leiharbeitsverhältnisse und Ich-AG der Kündigungsschutz in den Betrieben. Für die Menschen selbst bedeutet der Austausch regulärer Arbeitsverhältnisse durch temporäre Arbeit in vielen Betrieben, dass die Stammbelegschaft so weit reduziert werden kann, dass die Unternehmen keine ArbeiterInnenvertretung mehr zulassen müssen.

Globale Dimensionen

Mit der hochoffiziellen Aufforderung an die Gewerkschaftsbasis zur konstruktiven Mitarbeit an der Neuordnung des Arbeitsmarktes, um eventuell an einzelnen Punkten etwas rauszuschlagen, wird je nach Auswahl der entsprechenden Kritikpunkte der Strategie der Spaltung gefolgt. Der Angriff aber richtet sich gegen die ArbeiterInnen ebenso wie gegen Arbeitslose, gegen bereits entgarantierte LeiharbeiterInnen ebenso wie gegen jene ArbeiterInnen mit Noch-Verträgen. Er richtet sich gegen Frauen und Kinder, gegen Junge und Alte, gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, und er kann nur als Ganzes zurückgewiesen werden! Es ist notwendiger denn je, der Bezugslosigkeit der Gewerkschaftsfunktionäre gegenüber den verschiedenen Segmenten der Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse unsere und auch die gewerkschaftliche Solidarität von unten entgegenzustellen.

Die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen der Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Renten-, Wirtschafts- und Finanz-"Reform" ebenso wie die Normalisierung des Kriegszustands als Friedensmission des modernisierten Kolonialismus forcieren eine neoliberal ausgerichtete Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse und zielen auf eine innenpolitische Neuordnung, die der Logik der außenpolitischen Veränderung entspricht. Auf dem internationalen Parkett wollen deutsche und europäische Unternehmen - wirtschaftlich und militärisch gesichert - in der ersten Liga mitspielen. Die Regierungen sorgen für entsprechende Rahmenbedingungen. Es wird Gewinner und Verlierer geben, denn die Signale beim grenzenlosen Raubzug der Kapitalisten sind deutlich: Der Staat soll sich zurückziehen aus der sozialen Absicherung! Er soll sich nicht zurückziehen aus der Kriegsführung! Er soll sich nicht zurückziehen aus der Sicherung der Eigentumsverhältnisse! Und ebenso nicht aus der Umverteilung von unten nach oben!

Der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Angriff wird verschärfte kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse, zunehmende Konkurrenz und soziale Ungleichheit hervorbringen und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nach sich ziehen. Die Dimension des Angriffs muss Teil der Debatte sein, auf deren Grundlage wir unsere Ansätze und Perspektiven für einen Widerstand von unten ableiten.

Gegeninformationsbüro Berlin

Weite Informationen unter: http://www.gegeninformationsbuero.de

25. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:40

Nadelstreifen-Mafia

Wenn's darum geht, teure Angestellte möglichst billig loszuwerden, kennen Unternehmen keine Verwandten. Einschüchterungen, Nötigungen, Erpressungen - das ganze Arsenal legaler und illegaler Methoden wird angewandt. Michael Kliemt, Fachanwalt für Arbeitsrecht in Düsseldorf, beschreibt den Fall eines Angestellten bei einer der weltweiten Top-Ten-Unternehmensberatungsfirmen. Im September wird der Mann (Familie, 4 Kinder, Jahresgehalt 100.000 Euro) vor die Alternative gestellt: Aufhebungsvertrag ohne Abfindung oder Terror: dauernde Auslandsverschickung, wöchentliche Leistungskontrollen, permanente Beurteilungen. "Spätestens in drei Wochen sind Sie so fertig, dass Sie den Aufhebungsvertrag unterschreiben", wurde ihm gedroht.

Eine so erzwungene Eigenkündigung lohnt sich für das Unternehmen: Man braucht keine Kündigung auszusprechen, spart sich einen teuren Kündigungsschutzprozess und kommt u.U. sogar mit einer niedrigen oder gar keiner Abfindung davon. Auch in der IT-Branche sind solch rüde Methoden an der Tagesordnung. Wer keinen Aufhebungsvertrag unterschreibt oder nicht freiwillig auf Lohn verzichtet, wird mit fristloser Kündigung bedroht, wie Ronald M. Ein Grund wird dann schnell konstruiert, etwa indem Spesenrechnungen durchgeforstet werden und "Betrugstatbestände" aus der Tasche gezaubert werden. Aus nackter Angst haben in der ersten Hälfte dieses Jahres 1.000 IBM-Beschäftigte Aufhebungsverträge akzeptiert. "Freiwilligenprogramme" nennt der High-Tech-Konzern seine Strategie der "Personalverschlankung".

(Handelsblatt, www.labournet.de)

Schwimmende Schwitzbuden

Kreuzfahrten zu Palmenstränden und südlichen Gestaden, Cocktails an der Reling, "Captain's Dinner" zu Mitternacht - die weißen Traumschiffe auf türkisfarbenen Meeren gelten nicht nur in der Regenbogenpresse als Inbegriff von Luxus. Ein Luxus, von dem die Beschäftigten auf diesen schwimmenden Fünf-Sterne-Hotels nicht so viel mitbekommen. 400 Kreuzfahrtschiffe hat die Internationale Transportarbeiterföderation untersucht und dabei Arbeitsbedingungen festgestellt, die genauso in irgendeiner Freien Produktionszone in der Dritten Welt vorzufinden sind. Während in den Edelkabinen und auf den gewachsten Planken des Oberdecks die Schickeria im Wohlstand schwelgt, herrscht unter Deck die blanke Apartheid.

Hunderte ArbeiterInnen aus Osteuropa, Asien und Lateinamerika arbeiten in den Maschinenräumen, den Wäschereien, den Küchen und den Restaurants. Die Arbeitsverträge sind extrem kurzfristig und unsicher, die Löhne sind selten höher als 50 Euro im Monat. 95% der von der ITF befragten ArbeiterInnen arbeiten sieben Tage in der Woche. Eine Pause gibt es nur dann, wenn das Schiff mal irgendwo anlegt. Für über ein Drittel der Befragten umfasst der Arbeitstag 12 Stunden, ein knappes weiteres Drittel arbeitet bis zu 14 Stunden. Urlaub ist während der Dauer des Arbeitskontraktes nicht vorgesehen. Nach Vertragsablauf kehren die ArbeiterInnen nach Hause zurück und warten zwei bis drei Monate bis zum nächsten Vertrag. Für Celia Mather, Autorin des ITF-Berichts, sind die Luxusliner ein "fließender Mikrokosmos der wüstesten Exzesse der Globalisierung. Lange Arbeitsstunden, niedrigste Bezahlung und eine Kultur der Angst werfen einen dunklen Schatten auf die Fünf-Sterne-Erlebnisse der Passagiere an Deck."

12 Millionen Menschen haben sich im letzten Jahr unter diesem Schatten getummelt. Bis 2005 werden 41 zusätzliche Kreuzfahrtschiffe in Dienst gestellt werden mit zusätzlichen 80.000 Kabinen. Die großen Profiteure in dieser Branche sind die Carnival Corporation, Royal Carribbean, P&O sowie Star Cruises. Die Hälfte aller "Sweatships" gehört diesen Firmen.

(www.labournet.de)

Der Ball ist rund

Keine einzige pakistanische Mannschaft ist in der Bundesliga oder nimmt an der Fußball-WM teil. Und doch gibt es keinen Kick zwischen Kreisklasse und Champions League ohne pakistanische Beteiligung. 20 Millionen Bälle werden jedes Jahr im pakistanischen Sialkot hergestellt, drei Viertel der gesamten Weltproduktion. Zusammengenäht werden die Lederkugeln von Kindern. Pro Ball verdienen sie 70 Cent, bei durchschnittlich vier Bällen pro Tag ist das ein Verdienst von knapp drei Euro am Tag; wenn ihnen denn der Lohn auch tatsächlich ausbezahlt wird. Adidas, einer der Größten im internationalen Fußballgeschäft, lässt seine Schuhe und Trikot von erwachsenen Frauen u.a. in El Salvador produzieren. Gezahlt wird der Mindestlohn von 160 Euro im Monat, von dem allerdings noch die Kosten eines obligatorischen Schwangerschaftstests abgezogen werden. Gewerkschaftsgründungen sind verboten, die Fabrikhallen und Toiletten werden von Kameras überwacht, und das Wasser, das in den Pausen getrunken werden kann, übersteigt die zulässige Bakterienbelastung um das 650fache.

Der Schweizer Ableger der internationalen "Clean-Clothes"-Kampagne hat nun die Initiative "Fair Play" ins Leben gerufen, um auf die Arbeitsbedingungen der großen Fußballsponsoren und -profiteure wie adidas, Puma, Nike oder Reebok aufmerksam zu machen. Bereits die Fußball-WM in Japan und Südkorea wurde als Bühne für einige Aktionen genutzt, jetzt soll die FIFA direkt angegangen werden. In E-mail- und Postkartenaktionen mit prominenter Unterstützung will "Fair Play" die FIFA und ihren großen Vorsitzenden Sepp Blatter dazu bewegen, von den Sponsoren und Lizenznehmern endlich die Einhaltung sozialer Mindeststandards zu verlangen. Während einige prominente Ex-Fußballer diese Kampagne durchaus unterstützen, halten sich die Ronaldos, Figos, Ballacks, Beckhams und Inzhagis von heute deutlich zurück. Ein Medienauftritt in einem adidas- oder Nike-Fernsehspot ist halt lukrativer als ein Statement gegen Kinderarbeit.

(www.labournet.de)

Lohndumping im Namen des Herrn

1,3 Mio. lohnabhängig Beschäftigte beim zweitgrößten Arbeitgeber des Landes: ohne Streikrecht, ohne Betriebsräte, dafür mit außergewöhnlichen Loyalitätspflichten. Die Rede ist nicht von irgendeiner Diktatur oder einem Trikont-Land, sondern von der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 2002. Die Beschäftigten, die hier zu Lande dermaßen von demokratischen und ArbeiterInnenrechten ausgeschlossen sind, arbeiten nicht etwa im Knast, sondern bei der evangelischen und katholischen Kirche. Das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen wird von Gesetz und Justiz immer noch über das Arbeitsrecht gestellt. Mit der Konsequenz, dass Beschäftigte entlassen werden können, wenn sie aus der Kirche austreten, wenn sie schwullesbisch sind, eine/n Geschiedene/n heiraten oder in Leserbriefen die kirchliche Abtreibungspolitik kritisieren.

Zu den Sonderregeln des Arbeitsrechts für Kirchen gehört es auch, dass es der kirchlichen "Dienstgemeinschaft" widerspricht, auf den Arbeitgeber Druck auszuüben. Folglich dürfen kirchliche Beschäftigte nicht streiken. Ein Verbot mit durchaus weit reichenden Folgen, denn das Lohndumping, das Kirchen hiermit zur Verfügung steht, hat natürlich Auswirkungen auf alle anderen Bereiche des Arbeitsmarktes, beispielsweise im Sozialbereich.

(www.labournet.de)

Streiks in Südafrika

Mit einem zweitägigen Generalstreik am 1. und 2. Oktober hat der südafrikanische Gewerkschaftsdachverband COSATU auf die anhaltende Privatisierungswelle, Massenerwerbslosigkeit und Armut reagiert. Insbesondere die Privatisierungspolitik der ANC-Regierung unter Thabo Mbeki war Streikauslöser und führte zu einem breiten Bündnis, dass von den Minenarbeitern bis zu der Organisation der AIDS-Kranken und dem Antiprivatisierungsforum reichte. Die größte Demonstration mit 70.000 Menschen fand in Johannesburg statt. Der ANC reagierte sehr harsch auf den Streik. Mbeki warf der COSATU - immerhin einer der wichtigsten Verbündeten des ANC - vor, "im Fahrwasser von Linksradikalen" zu segeln. Die Antwort von Willie Madisha von der COSATU: "Sie können uns nennen, wie sie wollen: Ultralinke, Ultrarechte. Wir wissen nur: Wir sind ultrahungrig. Wenn diese Ultrareichen die Forderungen des Volkes - das sie in ihre Positionen gebracht hat - nicht beantworten, wird das Land politisch instabil sein." Trotz dieser markigen Worte kritisieren etliche Beobachter, dass der Streik aus Koalitionsräson nur halbherzig organisiert worden sei.

Vor allem die Minenarbeiter in Südafrika haben den Streik auch nach dem 2. Oktober fortgesetzt. Tausende Streikende trafen am 10. Oktober auf Sicherheitskräfte der Firma ERPM (East Rand Proprietary Mines). Dabei haben die Werksschützer das Feuer auf die Streikenden eröffnet und zwei Arbeiter erschossen. 14 weitere wurden zum Teil schwer verletzt.

(www.labournet.de)

Brot und Rosen in Boston

Spätestens seit Ken Loach's Film "Bread and Roses" ist die Kampagne "Justice for Janitors", der Streik der Reinigungskräfte und Hausmeister in den USA, auch in Deutschland bekannt. Im Oktober begann wieder ein Streik der meist weiblichen und Latino-ArbeiterInnen verschiedener Reinigungsfirmen, diesmal in Boston. Nachdem zunächst 30 Gebäude bestreikt worden waren, wurde der Arbeitskampf ab dem 10. Oktober auf 10 der prominentesten Bürogebäude in der Bostoner Innenstadt ausgeweitet. Gleichzeitig weigerten sich schätzungsweise 1.000 gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte in den Gebäudekomplexen, die Streikketten der Janitors zu überschreiten. Ziel des Streiks ist die Ausweitung des Krankenversicherungsschutzes für mehr ArbeiterInnen. Im Gegensatz zu ihren Vollzeit beschäftigten KollegInnen haben die meisten der 10.700 Teilzeit beschäftigten Reinigungskräfte keinerlei Krankenversicherung.

So lange die Gebäudebetreiber nicht zu Verhandlungen bereit sind, wird jeden Tag ein weiteres Gebäude in den Streik einbezogen.

(www.labournet.de)

26. "Im Maul des Hitze-Monsters". Arbeiten als Burger-Bräter bei McDonald's

Autor: Kolinko · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:19

"Dienstleistungsarbeit" ist mehr als Web-Design und Software-Programmierung. Und sie hat auch nicht immer was mit selbstständiger Projektabwicklung zu tun, wie die Realität der Pizza-Boten und McDonald's-ArbeiterInnen zeigt. Der folgende Erfahrungsbericht über die Arbeit bei McDonald's in Essen ist auf englisch von der Gruppe Kolinko im Internet veröffentlicht worden. Wir haben ihn für ak übersetzt und gekürzt.

Das erste, was einem auffällt, ist die absolute Spezialisierung in der Arbeit. Das bezieht sich sowohl auf die Werkzeuge, als auch auf den Arbeitsprozess und auf das Essen. Jedes Produkt hat seine eigen Maschine. Für jede Brötchen-Sorte gibt es einen eigenen Toaster, für jeden Burger einen eigenen Grill. Das hat nicht so viel mit dem Essen an sich zu tun, denn die Größe und die Hitze in jedem Toaster oder Grill sind nahezu identisch. Es geht vielmehr darum, einen reibungslosen Arbeitsablauf sicher zu stellen. In dieser Beziehung handelt es sich eher um eine Fabrik als um eine Küche. Alle Maschinen piepen, wenn die Grillzeit um ist, und die Abdeckklappen öffnen sich automatisch. Man soll alle Arbeitsschritte in einer ganz bestimmten Reihenfolge erledigen, so dass der Arbeitsablauf sehr genau definiert ist. Jeder McDonald's-Schuppen ist identisch, so dass das Arbeitstempo durch internationale Maßstäbe vorgegeben ist. Das macht es schwieriger, für sich und andere langsamere Arbeit durchzusetzen. Die Maschinen sind auf ihre Weise sehr hoch entwickelt. Sie passen genau zu dem jeweiligen Arbeitsschritt. Die Geschwindigkeiten für jeden Arbeitsgang sind maximiert, etwa für den McDonald's-Brötchen-Toaster.

Aber die Standardisierung macht auch manches einfacher. So werden in der ganzen Küche dieselben Tabletts benutzt, und überall kann man sie in dieselben Halterungen einhaken. Normale multi-funktionale Küchengeräte gibt es nicht. Die Arbeitsuniformen haben keine Taschen. Einerseits, um Diebstahl zu verhindern, andererseits aber auch, um zu demonstrieren, wie funktional jeder Arbeitsgang ist: Man braucht nichts zu tragen, alles ist da, wo man es braucht. Das ganze Areal ist auf maximale Effizienz und minimale Bewegungen der ArbeiterInnen ausgelegt. So befinden sich Brötchen, Toaster, Grill und Tabletts säuberlich übereinander. Wenn du vergessen hast, wie viele Gurkenscheiben in einen McRib gehören, gibt es überall entsprechende Schilder, die es dir in Wort und Bild sagen.

Ich arbeite in der Küche. Mein Arbeitsareal ist ein Meter breit und vier Meter lang (Frittiermaschinen auf der einen Seite, 300 Grad heiße, offene Grills an der anderen). Meistens jedoch arbeite ich an einem Ende auf einer Fläche von ein Meter mal zwei Meter. Das ist die Burger-, Cheeseburger- und BigMac-Zone. In hektischen Zeiten arbeiten zwei bis drei Leute auf dieser zwei Quadratmeter-Fläche. Die Grills haben große, ebenfalls sehr heiße Klappen, die sich in einem 45 Grad Winkel öffnen. Immer wenn man Burger auf den Grill legt oder sie heraus nimmt, steckt man also seine Hände weit in das Maul dieses Hitze-Monsters. Ein tiefgefrorener Burger, der zu Hause 15 Minuten braucht, ist hier in 45 Sekunden fertig.

In einem Arbeitsschritt von 1,5 bis 2 Minuten kann man zwölf Cheeseburger machen: 1. Die Brötchen auf dem Tablett auslegen und die Unterteile in spezielle Cheeseburger-Brötchen-Unterteile-Toaster stecken; 2. Burger auf den Grill legen; 3. die Brötchen-Oberteile in den Cheeseburger-Brötchen-Oberteile-Toaster stecken; 4. Brötchen aus dem Toaster nehmen und mit beiden Händen gleichzeitig Ketchup und Senf aus dem speziellen McDispenser auf die Brötchen drücken, dazu Zwiebeln, Gurken (1 Scheibe); 5. das ganze Tablett in die Halterung vor dem Grill einhaken - dadurch öffnet sich der Grill automatisch; 6. mit den Händen in den Grill langen, die Burger salzen und sie auf die Brötchen-Unterteile legen, jeweils zwei auf einmal. Jetzt piept der Oberteil-Toaster, und in einer fließenden Bewegung werden die zwölf Oberteile auf die Burger drappiert. Anschließend geht das ganze an den "Controller" zum einpacken. Jede/r, der/die dort arbeitet hat Verbrennungen und Brandnarben von den Fingern bis zur Hälfte der Unterarme. Je länger Leute dort arbeiten, desto tiefer und dauerhafter die Narben.

Die Arbeit wird weiter und weiter aufgeteilt, je nach Bedarf. Ich kann Cheeseburger, Burger und BigMacs alleine machen. Wenn aber zwei Leute für die Cheeseburger da sind, dann macht eine/r die Brötchen fertig und schiebt die Burger in den Grill, und der/die andere macht die Füllungen und holt die Burger aus dem Grill. Wenn drei Leute da sind, gibt es einen Brötchen-Menschen, einen Burger-Menschen und einen

Füllungs-Menschen. In manchen Zonen gibt es Schilder, die dir sagen, wie die Arbeit bei Bedarf noch weiter aufgeteilt werden kann. In der Drive-in-Zone etwa definiert ein Schild die Jobs, die jede Person im Fall von ein bis fünf ArbeiterInnen tun soll; einschließlich einer Skizze, wo jede/r sich bewegen soll.

Mehr Fabrik als Küche

Weil jeder Schritt so genau definiert ist, und weil jedes Essen und jedes Werkzeug separiert ist, kann man sofort sehen, welcher Schritt im Arbeitsablauf als nächstes kommt. Wenn man also zwölf Brötchen im Toaster sieht und der piept, so weiß man, dass der einzig mögliche nächste Schritt der Ketchup ist. Wenn dein/e KollegIn die Burger in den Grill schiebt, kannst du sofort in den Arbeitsprozess eintreten, ohne ihren oder seinen Arbeitsrhythmus zu stören. Sie drehen sich um, sehen, was du tust und können so sofort anfangen, ihre nächsten zwölf Brötchen vorzubereiten. Die absolute Präzision des Arbeitsablaufs ermöglicht also eine stillschweigende Kooperation und die volle Ausnutzung jeder einzelnen Arbeitsminute eines/r jeden Arbeiters/in.

Die Leute müssen sich mit ihrer Arbeit identifizieren oder ihr zumindest irgendeinen Sinn geben. Das gilt bei McDonald's auch und ist manchmal verdammt schwierig. Was haben wir? 1. Manche machen sich Gedanken darüber, wie viel Gurkenscheiben auf einen Burger kommen und erfreuen sich daran, sich gegenseitig zu korrigieren. 2. Manche bekommen einen Kick aus der Schnelligkeit und der Reibungslosigkeit der Arbeit. Wenn etwa der Strom ausfällt, müssen wir alle Knöpfe drücken, um die Maschinen neu zu starten. Fräulein SuperMcArbeiterin rennt also los und drückt alle Knöpfe so schnell, dass Herr Etwas-langsamer-aber-sehr-nett gar nicht so schnell gucken kann, wie sie ihn wieder an die Maschinen treibt. Der Konkurrenzgeist funktioniert sehr gut bei und für McDonald's. 3. Manche bekommen auch einen Kick aus der Gruppenarbeit. Das Gefühl, Teil eines gut funktionierenden Gruppenorganismus zu sein, kann schon fantastisch sein: Wenn alles gut läuft und du kaum glauben kannst, wie schnell das Essen fertig ist, und wenn du dich umdrehst, um etwas zu machen und dann siehst, wie jemand anderes dasselbe in genau derselben Sekunde macht... 4. Ein Mensch ist der "Controller". Er/sie steht zwischen der Küche und dem Bedienungspersonal. Er achtet darauf, was da ist und ruft in die Küche, was gebraucht wird (zehn McRibs, sechs Special Fish etc.). Die Arbeiter in der Küchen müssen mit "Danke schön" antworten, um anzuzeigen, dass sie das gehört haben und sich drum kümmern. Wenn das Essen "zu langsam" fertig gemacht wird, schreien die "Controller" die KüchenarbeiterInnen durchaus auch an. Wenn wir gut sind, ignorieren wir den "Controller"-Stress einfach. Wenn aber nicht, so kann der Stress schon in die Küche hineinschwappen. Man muss beachten, dass wir ja in einer schmalen Passage zwischen lauter Fritteusen und Grills arbeiten. Zu viel Tempo kann wirklich gefährlich werden. Die kleinen Hitlers LIEBEN den "Controller"-Job. Sie haben das Kommando über das Arbeitstempo und können dir gegenüber so richtig den Boss heraushängen lassen. 5. Mache Leute kümmern sich sogar um das Essen und die Kunden.

Nach drei Tagen lief es bei mir richtig gut mit der Arbeit. Ich war richtig schnell mit dem Frittieren und Grillen. Ich kam mir ein bisschen vor wie der Hase in einem Hunderennen: Okay, LOS! Und ich rannte los, obwohl ich eigentlich in einer absolut beschissenen Position war. Manchmal reagiert man ganz automatisch auf diese Weise auf Arbeitsstress. Das macht die Arbeit ein bisschen weniger langweilig. Manche der ArbeiterInnen, die schon lange dabei waren und sich diesen Kick nicht mehr organisieren konnten, waren richtig depressiv und fertig.

Der Kick der Geschwindigkeit

Das Arbeitstempo ist enorm, und du bekommst nur fünf Minuten Pause alle vier Stunden. Es gibt dieses Gefühl eines automatischen, sehr schnellen Arbeitsrhythmus. Diesen Rhythmus musst du einhalten, sonst hinkst du hinterher und musst doppelt so schnell arbeiten. Es gibt immer nur das Minimum an Leuten in jeder Abteilung. Wenn du also zehn statt fünf Minuten Pause machst, müssen deine KollegInnen schneller arbeiten. Es gibt nie ausreichend Zeit für einen vernünftigen Kaffee oder Drink. Als ich mal einen Becher Wasser an dem Schalter abgestellt hatte, wo der Dienstplan ausgehängt ist, wurde mir gleich gesagt, das sei verboten und das sei der Grund, warum man in der Pause immer nur einen kleinen Becher mit Getränken nehmen soll. Die großen McBecher sind verboten, auch wenn man mir im Einstellungsgespräch noch gesagt hatte, dass alle Getränke umsonst sind. Angesichts der Hitze in der Küche ist das unerträglich.

Ich arbeite in Essen. Von 50 ArbeiterInnen sind etwa 15 aus Afghanistan, fünf aus Indien, Leute aus Syrien, dem Iran, Nigeria und vielen anderen Ländern. Erstaunlich wenige kommen aus der Türkei oder Polen (gemessen an dem Bevölkerungsanteil von türkischen oder polnischen Leuten in Deutschland). Aber vielleicht stehen sie in der Hierarchie schon über den Afghanis. Abgesehen von den sieben Bossen habe ich nur einen deutschen Arbeiter getroffen. Die Sprache ist ein wildes Gemisch auf deutscher Basis. 70% der ArbeiterInnen sind Frauen, und wir umspannen alle Altersgruppen. Manche hatten es richtig schwer, in Deutschland einen Job zu finden, und sie finden es besser, bei McDonald's zu sein, als sich was besseres zu suchen. Es gibt diejenigen, die "zu Hause" FacharbeiterInnen oder SpezialistInnen waren, und es gibt manchmal diese Spur der Trauer darüber, wo sie nun gelandet sind. Aber das wird nie offen gesagt, die Leute müssen schließlich damit klarkommen.

Ein Hauch von Trauer

Wegen dieses Gefühls des Stigmas und der Scham ist es manchmal durchaus schwer, danach zu fragen, wie sich Leute bei der Arbeit fühlen. Das gilt vor allem für patriarchal geprägte Männer mittleren Alters, die dort schon seit Jahren arbeiten. Erstaunlicherweise haben aber diejenigen, die ich gefragt habe, offenbar nicht wirklich anderswo nach einem Job gesucht. Es gibt dieses Denken, dass "deutsche Jobs" einfach unerreichbar sind und dass sie genügend Mühe gehabt haben, zumindest diesen Job zu finden. Manche denken, dass sie richtig Glück gehabt haben, diesen Job zu bekommen, und sie haben einfach Angst vor der Arbeitslosigkeit.

Aus diesen Gründen hatte ich das Gefühl, dass die meisten KollegInnen durchaus verärgert darüber waren, wenn ich mich scheinbar nicht an die Regeln gehalten habe. Es wirkte auf sie arrogant, wenn sie sich jahrelang diesen stupiden Regeln unterwerfen müssen und keinen Ärger machen dürfen, während ich mich als Neuer so ohne Respekt verhalte. Irgendwie schien das nicht fair zu sein.

Es gibt unter meinen Kolleginnen Leute, die von ihrem Lohn ganze Familien unterstützen. Andere wiederum sind jung, zweite Einwanderer-Generation, gehen zur Schule oder studieren und arbeiten halbtags. Ihr Deutsch ist gut, aber ich glaube, sie bekommen trotzdem keinen "deutschen Job". Es gibt die, die die Arbeit toll finden, schnell arbeiten und während dessen miteinander flirten. Es gibt die Frau mit dem kaputten Knie, die den ganzen Tag stehen muss und sich auf Grund mangelnden Selbstvertrauens oder geringer Motivation trotzdem nicht nach einem anderen Job umsieht. Sie arbeitet seit sechs Jahren bei McDonald's und spricht sehr schlecht deutsch. Die Leute reden gerne über "zu Hause" und wie schön es dort ist.

Kolinko (aus: www.labournet.de)

27. "In Übereinstimmung mit den Überlegungen des Bundes ..." Die "Ausreiseeinrichtung" in Bramsche-Hesepe wird seiner rassistischen Funktion voll gerecht

Die "Ausreiseeinrichtung" in Bramsche-Hesepe wird ihrer rassistischen Funktion voll gerecht

Autor: Hildegard Winkler · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:18

Was der "Entsorgungspark" in der Auseinandersetzung um die Atomenergie, ist die "Ausreiseeinrichtung" in der Flüchtlingspolitik - mit wohlklingenden Namen soll der wahre Kern der Sache verschleiert werden. In Sachen Ausreisezentren heißt das: Mittels permanenten Druck, Leistungsentzug und Einschränkung der Bewegungsfreiheit sollen Flüchtlinge zur "freiwilligen" Ausreise aus Deutschland gebracht werden

Abschließend will ich noch darauf hinweisen, dass auch der Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Zuwanderungsgesetz vorsieht, dass die Länder ‚Ausreiseeinrichtungen` schaffen. Dort soll durch Betreuung und Beratung die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise gefördert und die Erreichbarkeit für Behörden und Gerichte sowie die Durchführung der Ausreise gesichert werden. Das Land Niedersachsen befindet sich also mit seiner Einrichtung in Bramsche, aber auch mit denen in Braunschweig und Oldenburg, in Übereinstimmung mit den Überlegungen des Bundes."

Diese Sätze stammen aus einer Absage von Hans-Hermann Gutzmer, Leiter des Referats Ausländer- und Asylrecht des niedersächsischen Innenministeriums. Er war vom "Osnabrücker Bündnis gegen Abschiebung" in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat für Anfang Dezember 2001 zu einer Podiumsdiskussion eingeladen worden. Dort sollte er öffentlich zur Zielsetzung des Abschiebelagers in Bramsche-Hesepe und zum Umgang mit den Flüchtlingen im Lager Stellung nehmen. Neben ihm sagte auch die Bürgermeisterin der Stadt Bramsche, Frau Höltermann, die Teilnahme an der Diskussion ab. Die Veranstaltung fiel dann aus, weil diejenigen, die als Verantwortliche etwas hätten sagen können, sich lieber davor drückten. Außerdem war es wie schon bei früheren Veranstaltungen nicht möglich gewesen, einen Raum in Bramsche-Hespe für die Diskussion zu bekommen. Das Thema sei zu brisant, so die immer gleiche Begründung.

Projekte X - unwürdiges Lagerleben

Das neue Zuwanderungsgesetz sieht die Schaffung von so genannten Ausreiseeinrichtungen vor. Erste Modellprojekte (Projekt X) in Braunschweig, Oldenburg und Ingelheim zielten vor allem auf Flüchtlinge, denen unterstellt wird, ihre Herkunft zu verschleiern und nicht bei der Passbeschaffung mitzuwirken. Das Modellprojekt in Bramsche-Hesepe bei Osnabrück geht noch weiter, hier sind neben alleinreisenden Flüchtlingen ganze Familien und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht. Gemeinsam ist den zur Zeit bestehenden Ausreiseeinrichtungen die menschenunwürdige Unterbringung im Lager. In den Projekten X erhalten die Menschen nichts als drei Mahlzeiten am Tag. Alle anderen sozialen Leistungen, wie etwa das Taschengeld in Höhe von knapp 40 Euro, das Flüchtlingen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zusteht, sind gestrichen. Die Flüchtlinge werden ständig kontrolliert, müssen sich regelmäßig melden, werden laufend verhört und unter Druck gesetzt - alles mit dem Ziel, sie dazu zu bewegen, Deutschland "freiwillig" zu verlassen.

Dass ein Teil der ehemaligen Kaserne in Bramsche-Hesepe zum Modellprojekt für "Ausreiseeinrichtungen" wurde, war zunächst dem Drängen der Stadt Bramsche und des Landkreises Osnabrück geschuldet. Es sollten Arbeitsplätze gesichert werden. Die Konzeption als "Ausreiseeinrichtung" entwickelte und entwickelt sich erst mit Bestehen des Lagers. Zuvor war in dem Gebäudekomplex, der 1.200 Betten umfasst, eines der niedersächsischen Grenzdurchgangslager untergebracht. 1999 entschied das Land Niedersachsen, dieses Erstaufnahmelager für SpätaussiedlerInnen zu schließen. Da es aber mit 400 Angestellten einen der größten Arbeitgeber für die Region darstellte, wurde für die Einrichtung eine neue Lösung gesucht. In diesem Zusammenhang kam es zu der Regelung, dass 200 Betten für "Asylbewerber, die nicht sofort abgeschoben

werden können" zur Verfügung gestellt wurden. Als dann der Referentenentwurf für ein neues Zuwanderungsgesetz aus dem Bundesinnenministerium kam, wurde das Lager in Bramsche-Hesepe zum Modellprojekt für die in dem Gesetz vorgesehenen "Ausreiseeinrichtungen".

Die Regelung ist seit dem 30. September 2000 in Kraft, betrieben wird die "Ausreiseeinrichtung" seit November 2000. Das Lager ist eine Außenstelle der ZAST (Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber) Blankenburg/Oldenburg. In der "Ausreiseeinrichtung" sind Flüchtlinge jeden Alters untergebracht, allein stehende Flüchtlinge und Familien, neben Erwachsenen auch begleitete und unbegleitete Minderjährige. Als Aufenthaltsstatus haben sie entweder eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung. Kriterium für die Unterbringung ist allein die Vermutung, dass der Asylantrag abgelehnt wird.

Zur Abwicklung der Verfahren hat das Lager eine eigene Ausländerbehörde, Haus 10b: Von hier aus wird Druck auf die Flüchtlinge ausgeübt, um sie zur Ausreise zu bewegen. Die Flüchtlinge bekommen ihre Aufenthaltsgestattung oder Duldung alle zwei bis drei Wochen verlängert. Um die Papiere zu verlängern, bekommen sie eine schriftliche Vorladung. Wenn sie sich dann die Verlängerung abholen, werden sie jedes Mal dazu gedrängt, ihren Asylantrag zurückzuziehen. Es wird ihnen gesagt, dass sie entweder freiwillig den Asylantrag zurückziehen oder Ausreisepapiere erbringen sollen. Wenn sie das nicht tun, wird ihnen gedroht, das Taschengeld zu streichen bzw. die Drohung wird umgesetzt oder es wird ein "Arbeitsstopp" (gemeinnützige Arbeit für einen Euro die Stunde nach BSHG) verhängt. Wenn die Asylanträge abgelehnt sind, wird von der Ausländerbehörde das Taschengeld pauschal gestrichen. Als eine Familie die Mitarbeit bei ihrer Abschiebung verweigerte, indem sie ihre Heimatadresse nicht angab, wurde ihnen gedroht, nicht nur das Taschengeld einzubehalten, sondern ihnen auch das Essen zu streichen. Angesichts dieser Drohungen sagte die Familie, zu der auch kleine Kinder gehören, erst einmal mündlich ihre Mitarbeit zu.

Wer nicht pariert, wird schikaniert

Mitglieder des "Osnabrücker Bündnis gegen Abschiebung" haben seit eineinhalb Jahren Kontakt zu den in dem Lager untergebrachten Flüchtlingen. Sie begleiten Flüchtlinge in ihren Asylverfahren und unterstützen sie bei den vielfältigen Problemen, die zwangsläufig durch die Unterbringung in einem Sammellager entstehen. Durch diesen engen Kontakt hat das Bündnis einen genauen Einblick in den Alltag dieses Lagers gewinnen können. Die Lebensbedingungen für die Flüchtlinge dort sind in vielen Bereichen menschenunwürdig. Das betrifft nicht nur die äußeren Bedingungen, wie die rigide Lebensmittel-, die eingeschränkte ärztliche oder die unzureichende schulische Versorgung für Minderjährige, sondern auch die psychische Situation. Die Behörden versuchen alles, um das Leben der Menschen unerträglich zu machen. Drei Ereignisse sollen hier beispielhaft für die unmenschliche Situation stehen, der die Flüchtlinge ausgesetzt sind: Ein junger Mann aus der Elfenbeinküste hatte einen Brand in seinem Zimmer gelegt. Er wollte sich dadurch selbst töten. Kurz vorher war er zum Haus 10b gerufen worden, wo ihm zu verstehen gegeben wurde, dass er keine Chance auf ein Bleiberecht hätte. Der von ihm gelegte Brand war ein Akt der Verzweiflung. Vom Lager aus wurden Feuerwehr und Polizei gerufen, der Mann wurde festgenommen. Bei der Festnahme kamen ihm Freunde zur Hilfe, es kam zu Rangeleien und weitere Leute sollten festgenommen werden. Einige konnten fliehen und wurden mit Hubschrauber- und einem aufwendigen Polizeieinsatz gejagt. Der Mann aus der Elfenbeinküste kam für zwei Monate und zwei Wochen ins Gefängnis. Psychologisch betreut wurde er nicht.

Das zweite Ereignis: K. aus der Demokratischen Republik Kongo hatte im Januar eine schriftliche Vorladung in die Ausländerbehörde bekommen. Er ging darauf in das Büro, wo ihm mitgeteilt wurde, dass er in Abschiebehaft genommen werden sollte. Polizisten, die ihn abholen sollten, warteten schon auf ihn. Als dann die Tür zum Büro abgeschlossen wurde, geriet K. in Panik und sprang kopfüber durch die Scheibe der Tür. Er blieb ohnmächtig auf der Straße liegen und wachte erst im Krankenhaus wieder auf. Am nächsten Tag verschwand er trotz Gehirnerschütterung aus dem Krankenhaus. Er ist bis heute nicht wieder aufgetaucht.

Freiwilligkeit nach deutscher Beamtenart

Beispiel drei: Eine schwer kranke Frau wollte bei einem Facharzt in Bramsche ein Attest auf Reiseunfähigkeit beantragen. Im Beisein der Betroffenen rief der Arzt die Sozialbehörde im Lager an und erkundigte sich dort, ob er ein solches Attest ausstellen sollte oder nicht. Natürlich wurde von Seiten der Sozialbehörde die Ausstellung eines Attestes abgelehnt, woraufhin der Arzt ein paar Medikamente verordnete.

Die rassistischen und diskriminierenden Bedingungen in dem Lager sind gewollt. Auch das bestätigte Hans-Hermann Gutzmer in seiner Absage für die geplante Podiumsdiskussion im Dezember 2001: "Es macht keinen Sinn, bei diesen Personen durch eine Verteilung auf die Gemeinden Hoffnungen auf einen Verbleib im Lande zu wecken. Ihnen muss vielmehr von vornherein deutlich gemacht werden, dass sie keine Perspektive für einen Aufenthalt in Deutschland haben, um auf diese Weise auch ihre Bereitschaft zu stärken, das Land freiwillig zu verlassen."

Die Flüchtlinge, die Menschen, die Gutzmer verächtlich nur als "diese Personen" bezeichnet, nehmen die menschenunwürdige Behandlung nicht einfach so hin. Im Abschieblager Bramsche-Hesepe keimt immer wieder Widerstand auf. Die Flüchtlinge fordern lautstark ihre Rechte ein, sie verweigern Anordnungen der Behörden, boykottieren das miese Essen und ähnliches mehr. Ab und zu geht in dem Lager auch mal etwas zu Bruch.

Vernichtende Bilanz - Lösung: Abschaffung

Die vorläufige Bilanz der "Ausreiseeinrichtung" Bramsche-Hesepe zeigt für die Behörden kein gutes Ergebnis. Im Jahr 2001 haben nach behördlicher Statistik der Bezirksregierung Weser-Ems 231 Flüchtlinge das Lager verlassen, 30 von ihnen sind abgeschoben worden, 77 sind in die Illegalität gegangen, 89 sind umverteilt worden, und nur 35 sind tatsächlich "freiwillig" ausgereist, weil sie den Druck nicht mehr ertragen konnten. Die Ausreiseeinrichtung hat also nur zu 28,1 Prozent ihr Ziel erreicht. Die Zahlen für die anderen bereits in Deutschland bestehenden Ausreiseeinrichtungen sind ähnlich oder weisen eine noch erschreckendere Bilanz auf. Jedes einzelne dieser Lager ist ein Beweis dafür, dass das Konzept "Ausreiseeinrichtung" nach dem neuen Zuwanderungsgesetz gescheitert ist, jedes einzelne dieser Lager gehört geschlossen. Tatsächlich erreichen die "Ausreiseeinrichtungen" nur, dass Flüchtlinge massenweise in die Illegalität gedrängt werden.

Diese Abschiebelager gehören eindeutig zu den Verschlechterungen für Flüchtlinge im neuen Zuwanderungsgesetz. Ihre Einrichtung wurde während der ganzen Diskussion zwischen Rot-Grün und darüber hinaus nie in Frage gestellt. Aus der grünen Bundestagsfraktion kamen eher beschönigende Worte wie "Ausreisemanagement", die aber nichts an den Tatsachen der rassistischen Praxis ändern. Klar war die grüne Parteivorsitzende Claudia Roth entsetzt, als sie mit uns zusammen im September letzten Jahres das Lager besuchte, das Höchste, was daraus aber an Forderungen folgte, sind Vorschläge für kleine Verbesserungen, die dem unmöglichen Versuch gleichen, den Rassismus menschlicher zu gestalten. Doch "Ausreiseeinrichtungen" sind ein passgenauer Baustein des Zuwanderungsgesetzes, das darauf zielt, dass Zuwanderung nach den Kriterien "erwünscht/unerwünscht" zu erfolgen hat. Mit "Ausreiseeinrichtungen" sollen Flüchtlinge dazu gebracht werden, ihre Energie nicht darauf zu verwenden, einen Aufenthaltsstatus in Deutschland zu erlangen, sondern darauf, ihre "freiwillige" Rückkehr in das Heimatland vorzubereiten. Dieses Konzept soll humaner klingen, als Abschiebehaft, ist aber nur eine andere Form der Internierung.

Zu diesen Lagern kann es nur eine Forderung geben: Abschaffung!

Hildegard Winkler

Kontakt: Osnabrücker Bündnis gegen Abschiebung, c/o Avanti! e.V., Tel: 0541/7508797, Fax: 0541/7508794, E-Mail: avantimail@web.de

28. Die Urlaubswächter vom Amt. Der Residenzpflicht-Prozess gegen Cornelius Yufanyi geht in eine weitere Runde

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:23

Was allzu emsigen BehördenmitarbeiterInnen passieren kann, zeigt der Prozess gegen den früheren Asylbewerber Cornelius Yufanyi: Der Staatsanwalt will die Vergabepraxis für "Urlaubsscheine" überprüfen. Möglicherweise hat die Ausländerbehörde in Worbis rechtswidrig gehandelt und der Göttinger Student, der seit über zwei Jahren gegen die Residenzpflicht kämpft, könnte freigesprochen werden.

Am 24. Oktober war es wieder so weit: Nach längerer Pause wurde das Gerichtsverfahren gegen Cornelius Yufanyi fortgesetzt. (vgl. ak 446, ak 451) Dem Angeklagten wird vorgeworfen, im April 2000 an einem Flüchtlingskongress in Jena teilgenommen und dafür den zugewiesenen Landkreis ohne Genehmigung verlassen und gegen die Residenzpflicht verstoßen zu haben. Deshalb hatte er einen Strafbefehl über 300 Euro erhalten.

Die desinteressiert wirkende Richterin erneuerte zu Beginn das Angebot, das Verfahren wegen Geringfügigkeit ohne Auflagen einzustellen. Der Angeklagte lehnte dies ab. Sein Ziel sei weder eine sang- und klanglose Einstellung des Verfahrens, noch ein individueller Freispruch, sondern die Abschaffung der Residenzpflicht. Er wolle den Prozess zu Ende führen, weil er die Residenzpflicht für nicht vereinbar mit der universellen Erklärung der Menschenrechte hält. Dort heißt es: "Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und Wahl seines Wohnortes innerhalb eines Staates."

Dem Gericht gelang es diesmal zu klären, dass sich Cornelius Yufanyi im April 2000 tatsächlich in Jena aufhielt: Die Solidaritätsfaxe, die haufenweise ins Amtsgericht flattern, waren überprüft worden. In einem dieser Protestnoten hatte ein Freund und Mitstreiter erwähnt, dass er den Angeklagten beim Jenaer Flüchtlingskongress kennen gelernt habe - und wurde prompt als Zeuge vorgeladen. Bislang konnte sich nur auf einen Zeitungsartikel berufen werden, in dem über den Flüchtlingskongress und Cornelius Yufanyi berichtet wird. Der emsige Manfred Schäfer, Mitarbeiter der Ausländerbehörde Worbis (Landkreis Eichsfeld), hatte die Anklage auf Grund dieses Artikels ins Rollen gebracht.

Im Mittelpunkt des Verfahrens stand allerdings die Vergabepraxis von "Urlaubsscheinen" der Ausländerbehörde Worbis in Nordthüringen, die laut Verteidiger Ulrich von Klinggräff rechtswidrig sei. Hier wurde auch der Staatsanwalt hellhörig und befragte einen als Zeugen geladenen Behördenangestellten, der sich dabei in Widersprüche verwickelte. So blieb bis zuletzt unklar, nach welchen Regeln die Genehmigungen für das Verlassen des Landkreises Eichsfeld vergeben werden. Der Zeuge erklärte, es würden höchstens zwei Genehmigungen pro Monat erteilt. Die Verteidigung zitierte interne Behördendokumente: Danach dürfte AsylbewerberInnen nur ein Mal pro Monat ein "Urlaubsschein" erteilt werden. Egal ob einmal oder zwei Mal im Monat: In jedem Fall muss eine Einzelfallprüfung stattfinden, eine pauschal festgelegte Vergabe ist nicht rechtens.

Wegen der neuen Informationslage beantragte der Verteidiger die persönliche Akte des Angeklagten als weiteren Beweis in das Verfahren aufzunehmen. Auch dem Staatsanwalt reichten die Aussagen des Behördenmitarbeiters nicht aus: Er möchte den damaligen Leiter der Ausländerbehörde im Landkreis Eichsfeld, Michael Wickmann, als Zeugen sehen, der heute Landrat des Kreises Northeim ist. Wenn das Verwaltungsverfahren rechtswidrig war, könnte Cornelius Yufanyi möglicherweise freigesprochen werden.

Hintergrund des Prozesses ist, dass Asylsuchende, deren Anträge noch bearbeitet werden, einer Aufenthaltsbeschränkung nach dem Asylverfahrensgesetz unterliegen - der so genannten Residenzpflicht. Es ist ihnen verboten, die Kreisgrenze bzw. die Grenze des Verwaltungsbezirks, in dem sie gemeldet sind, zu überschreiten. Bei mehrmaligen Verstößen gegen die Residenzpflicht droht eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr, eine Geldstrafe bis zu 2.500 Euro oder der Ausweisungsbescheid. Diese Jahr musste der Asylbewerber Arthur Vardanian wegen mehrmaligen Verstoßes gegen die Residenzpflicht ins Gefängnis Waldeck und später nach Ueckermünde in Mecklenburg-Vorpommern. So weit bekannt, zählt er zu den ersten AsylbewerberInnen,

die wegen der Residenzpflicht eine Haftstrafe antreten mussten. "Ich finde, ich habe kein Recht etwas gegen euer Gesetz zu sagen. Aber ich glaube und hoffe, dass irgendwann solche Gesetze aus euren Gesetzbüchern verschwinden werden, denn dieses Gesetz ist undemokratisch", sagt Arthur Vardanian.

Bereits seit der Einführung der Residenzpflicht im Jahr 1982 entwickelten die betroffenen Asylsuchenden widerständige Praktiken gegen die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit. Der Widerstand war lange Zeit auf individuelle Vorgehensweisen beschränkt: Manche fragten einfach nicht um Erlaubnis, andere erstritten auf gerichtlichem Wege eine Genehmigung. Zahlreiche wurden aber auch wegen der Residenzpflicht "straffällig", weil sie bei Polizeikontrollen erwischt wurden. Nur wenige RichterInnen wehrten sich dagegen, einen Menschen allein dafür zu bestrafen, weil er unsichtbare, innerdeutsche Grenzen überfahren hat. Einzelne bereiteten eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vor, 1997 erging dazu ein Urteil. Das oberste deutsche Gericht entschied darin, dass sowohl die Pflicht, sich grundsätzlich im zugewiesenen Bezirk aufhalten zu müssen, als auch die Tatsache, dass der Verstoß gegen diese Verpflichtung strafrechtlich sanktioniert ist, nicht gegen das Grundgesetzes verstößt.

Spätestens seit dem Flüchtlingskongress "Gemeinsam gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung" in Jena im Frühjahr 2000, den Cornelius Yufanyi mitorganisiert hatte, wandelte sich der individuelle Protest in eine politische Kampagne. Seitdem protestieren die Flüchtlingsorganisation The Voice und die Brandenburger Flüchtlingsinitiative gemeinsam mit der bundesweiten Initiative Karawane - Für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen gegen dieses Gesetz.

Anke Schwarzer

29. Aufruf zur Kampagne gegen Abschiebungen und Abschiebelager

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:17

Flüchtlinge und MigrantInnen werden in Europa mit einem repressiven System konfrontiert. Deutschland will sich lediglich den erwünschten ArbeitsmigrantInnen im Sinne der Standort-Logik des "Zuwanderungsgesetzes" bedingt öffnen. Doch weiterhin gilt: Wer die technologisch und militärisch hochgerüsteten Außengrenzen der EU überwunden hat, trifft auf deren Verwandte im Landesinneren. Nicht territoriale, sondern sozial bestimmte Grenzen durchsetzen das Innere des Landes mit einem dichten Kontrollnetz. Sie treffen Menschen, die auf Grund äußerlicher Kriterien als nicht deutsch kategorisiert werden. Flüchtlinge und MigrantInnen müssen ständig mit "verdachtsunabhängigen" Kontrollen auf öffentlichen Plätzen, Straßen und im Umfeld von Bahnhöfen rechnen. Sie werden durch zahlreiche, gesetzlich fixierte Sonderbehandlungen stigmatisiert und isoliert. Beispielsweise dürfen Flüchtlinge den ihnen zugewiesenen Landkreis nicht verlassen. Viele sind in Sammelunterkünften untergebracht, in denen sie durch das so genannte Sachleistungsprinzip bevormundet werden. Auch wer eine Wohnung hat, bekommt in vielen Bundesländern statt Bargeld Gutscheine, Chip-Karten oder Lebensmittelpakete. Im Ausländerzentralregister sind alle notiert, deren Herkunft nicht deutsch ist. Diese Stichpunktliste ließe sich lange fortsetzen - Abschiebehaft und Abschiebelager reihen sich ein in den diskriminierenden Umgang mit unerwünschten Menschen.

Wesentlicher Baustein der deutschen Migrationspolitik ist die Abschiebepraxis. Jährlich werden über 50.000 Menschen aus Deutschland abgeschoben, die meisten von ihnen per Flugzeug. Das sind jeden Tag 130 bis 140 Menschen, die in die Situation zurückgezwungen werden, vor der sie geflohen sind: Bürgerkrieg, ethnische oder sexistische Unterdrückung, politische Verfolgung, fehlende Lebensgrundlagen und -perspektiven. Wir halten dagegen: Alle Menschen haben das Recht, selbst zu bestimmen, wo und wie sie leben wollen.

Abschiebungen werden häufig durch BGS-Beamte oder private Sicherheitsdienste begleitet, die auch bereit sind, Gewalt anzuwenden, um die Abschiebung zu erzwingen. Wer sich wehrt, wird geschlagen, geknebelt und mit Psychopharmaka ruhiggespritzt. Dabei sind im Zusammenhang mit Abschiebungen aus Deutschland bereits mehrere Menschen getötet worden. Die Täter und die zuständigen Behörden wurden bisher nicht belangt, das Abschiebesystem nicht in Frage gestellt. Die toten und misshandelten Flüchtlinge und MigrantInnen sind bewusst in Kauf genommene Opfer einer brutalen Abschiebepraxis. Diese hat auch innerhalb des neuen "Zuwanderungsgesetzes" ihren Platz: In Zukunft soll es nicht weniger, sondern mehr Abschiebungen geben.

Abschiebehaft

Der Begriff "Abschiebehaft" spricht in der Verbindung von "Abschiebung" und "Haft" für sich. Denn allein zur Ermöglichung der Abschiebung von nicht aufenthaltsberechtigten Flüchtlingen und MigrantInnen nimmt man ihnen die Freiheit. In der Logik von Ausländerbehörden, HaftrichterInnen und Polizei sind abgelehnte AsylbewerberInnen, aussortierte ArbeitsmigrantInnen oder ehemals geduldete Bürgerkriegsflüchtlinge nur eins: potenzielle "Illegale", die sich vermutlich der Abschiebung entziehen wollen.

Was aus behördlicher Sicht ein Akt der Verwaltung ist, ist für die betroffenen Menschen fatal: Der Freiheitsentzug ist für sie nicht nachvollziehbar. Sie erleben ihn als Einschüchterungsversuch und als Bestrafung für ihr bloßes Dasein. An ihrer Abschiebung in das Land, das sie aus Not verließen, sollen sie unter Haftbedingungen mitwirken. Tun sie das nicht, bleiben sie im Gefängnis. Die erschwerte Kontaktaufnahme nach draußen isoliert sie. Die Wahrnehmung ihrer Rechte, sei es auch nur das der Haftbeschwerde, ist meist nicht möglich, da sie eine anwaltliche Unterstützung nicht finanzieren können. Revolten und Hungerstreiks sind die drastischsten, aber regelmäßig vorkommenden Versuche, aus der Gefangenschaft zu entkommen, auf ihre Situation aufmerksam zu machen und gegen die zermürbende Ungewissheit zu protestieren. Doch häufig zieht der Aufenthalt in der Abschiebehaft weniger sichtbare Begleiterscheinungen nach sich: Suizidversuche, Depressionen, Schlaflosigkeit, Stress, Dauermüdigkeit oder Angstzustände. Denn am Ende wartet auf die Abschiebehäftlinge nicht die Entlassung, sondern die Abschiebung ins Herkunftsland. Wann und ob das

geschieht, bleibt für die Insassen in der Regel nicht absehbar - ein Zustand, der bis zu eineinhalb Jahren andauern kann. Seit 1993 haben sich bereits 99 Menschen angesichts ihrer drohenden Abschiebung aus Deutschland das Leben genommen oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 45 in der Abschiebehaft. Abschiebehaft ist ein derart massiver Eingriff in die Freiheitsrechte und die Integrität von Menschen, dass sie ersatzlos abgeschafft werden muss.

Als Ergänzung zur Abschiebehaft findet in Deutschland zur Zeit ein neues Modell von Zwangsmaßnahmen gegen Flüchtlinge Verbreitung: Abschiebelager, die verharmlosend "Ausreisezentren" genannt werden. Dort werden Flüchtlinge festgehalten, die auf Grund fehlender Papiere nicht abgeschoben werden können. Mit der unbefristeten Zwangseinweisung in Abschiebelager werden die betroffenen Flüchtlinge aus ihrem sozialen Zusammenhang herausgerissen, verlieren ihre Arbeit und müssen Wohnung und Freunde verlassen. Damit sollen sie zur "Mitwirkung" an ihrer eigenen Abschiebung gezwungen werden.

Nach den Erfahrungen mit bereits bestehenden Modellversuchen in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt ist nicht die massenhafte Durchsetzung der "Ausreisepflicht", sondern die massenhafte Illegalisierung von Flüchtlingen das Hauptergebnis der Abschiebelager. Während durchschnittlich etwa zehn Prozent der Flüchtlinge abgeschoben oder zur so genannten freiwilligen Ausreise gezwungen werden konnten, wurde fast die Hälfte in die Illegalität getrieben.

In den bestehenden Abschiebelagern wird offensiv mit psychischem Druck und Kriminalisierung gearbeitet, um die Betroffenen, so die offizielle Formulierung, in eine "Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit" zu versetzen. Der Katalog von Repressionsmaßnahmen umfasst den völligen Entzug von Geld und Verdienstmöglichkeiten, die Zerstörung jeglicher Privatsphäre und der Vertrauensverhältnisse durch Einbeziehung selbst von SozialarbeiterInnen als Spitzel, die totale Beschäftigungslosigkeit und zermürbende Kontrollmechanismen wie regelmäßige Meldeauflagen und Verhöre, weitestgehende Beschränkung des legalen Bewegungsradius und Haftstrafen als Folge von Sonderstraftatbeständen. Die offizielle Behauptung von Regierungsseite, die "Ausreisezentren" wären eine Alternative zur Abschiebehaft, erweist sich als nicht zutreffend, denn noch kein Bundesland hat nach Einführung der Abschiebelager die Abschiebehaft abgeschafft. Statt dessen dienen die Abschiebelager dazu, die Repressionsmöglichkeiten zur "Mitwirkung" bei der eigenen Abschiebung oder Vertreibung auf eine immer größere Zahl von Flüchtlingen auszuweiten. Aktuelle Entwicklungen in einigen Bundesländern zeigen, dass immer mehr Flüchtlinge diesem neuen Lagerregime unterworfen werden.

Wir wenden uns entschieden gegen das Universum der Lager und Knäste in Deutschland und Europa, das Ausdruck einer Politik sozialer Apartheid ist. Für Freizügigkeit und Selbstbestimmung überall!

Beteiligt Euch an der Kampagne gegen Abschiebungen, Abschiebehaft und Abschiebelager!

Haltet euch auf dem Laufenden unter http://www.abschiebehaft.de. Unterstützt Initiativen und Gruppen vor Ort und steht damit ein gegen Abschiebungen, Abschiebeknäste und Abschiebelager!

30. Allen Unkenrufen zum Trotz: Das Grenzcamp Jena kann sich sehen lassen

Autor: Gregor Samsa · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:06

Das 5. Antirassistische Grenzcamp in Jena ist kein Spaziergang gewesen - weder süß noch einfach. Es gibt aber keinen Grund für das fast schon bleierne Schweigen, welches sich in den letzten drei Monaten rund ums Jenaer Camp ausgebreitet hat.

A new challenge" lautete der Untertitel des diesjährigen Grenzcamps. Die Parole bezog sich auf das Konzept der "trans-identitären Organsierung", demzufolge die Trennungen, welche auch innerhalb der Antira-Szene zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen, weißen Deutschen, etc. existieren, kein Zufall sind. Dass diese Gruppen derart selten kooperieren, hat damit zu tun, dass sie qua rassistischer Verhältnisse unterschiedliche Plätze im sozialen Kosmos "zugewiesen" bekommen und folglich auch Identitäten herausbilden, die nicht ohne weiteres zusammenpassen. Trans-identitäre Organisierung zielt darauf, die Identitäten nach und nach zusammenzuschmeißen, d.h. in einen gemeinsamen Prozess der Hybridisierung einzutreten und so etwas eigenständig Drittes zu schaffen.

Was ist nun aus dem Trans-Identitären in Jena tatsächlich geworden? Die Antwort ist ernüchternd wie knapp: Fast nichts. Tiefergehende Austausch- und Vermischungsprozesse hat es allenfalls punktuell gegeben. Trans-identitäre Organisierung muss - so zeigen die Erfahrungen aus Jena - als politisches Fernziel begriffen werden, welches sich - wenn überhaupt - im Prozess herstellt.

Dass es in Jena mit der trans-identitären Organsierung nicht hat sollen sein, heißt aber nicht, dass es nicht zu wertvollen Kontakten zwischen Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen gekommen wäre. Noch nie gab es auf einem Grenzcamp ein derart ausgeprägtes Miteinander zwischen Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen wie in Jena. Erstmalig wurde in größerem Stil beieinander gezeltet - auch das Essen und Trinken stand im Zeichen des Mix. Die Plena und Veranstaltungen waren von Flüchtlingen wie Nicht-Flüchtlingen gleichermaßen besucht. Das gesamte Camp fand zweisprachig statt: Sämtliche Plenums- und Veranstaltungsbeiträge wurden ins Englische bzw. Deutsche übersetzt, in Übersetzungsecken wurden weitere Sprachen kurzgeschlossen. Insofern ist Jena eine äußerst vielversprechende Angelegenheit gewesen - wenn auch (noch lange) nicht trans-identitär.

Nun zu dem - viel diskutierten - sexistischen Übergriff, wobei ich zunächst einen Überblick über die Abläufe im Zuge des Ereignisses geben werde. Bereits nach drei Camp-Tagen sind beim Infozelt zahlreiche Klagen von Frauen über sexistische Anmache, Glotzerei, Sprüche, etc. eingegangen. Daraufhin gründeten einige FrauenLesben eine so genannte Anlaufstelle. Am Dienstag wandte sich eine Frau an die Anlaufstelle und berichtete von einem massiven, am Vortag erlittenen sexistischen Übergriff. Die beiden Täter wurden noch in der Nacht auf Mittwoch vom Camp geschmissen - getragen wurde diese Entscheidung von einer rund 30-köpfigen Gruppe aus Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen. Am nächsten Morgen wurde im Deli-Plenum die Camp-Öffentlichkeit unterrichtet. Es herrschte Wut und Betroffenheit, der Rausschmiss der Männer wurde allgemein gutgeheißen. Es wurde beschlossen, am Mittwoch-Abend ein Männerplenum einzuberufen. Auf diesem Plenum gab ein Mann der betroffenen Frau eine Mitschuld an dem sexuellen Übergriff. Zwei weitere Männer pflichteten bei und behaupteten, dass der ganze Aufruhr nur den Zweck verfolge, das antirassistische Anliegen des Camps zu torpedieren. Diese Äußerungen stießen auf heftigen Widerspruch, in einer tumultartigen Atmosphäre löste sich das Plenum auf.

Kurz darauf machte das Wort vom sexistischen Rollback auf dem Platz die Runde. Am nächsten Tag wurde das Deli-Plenum von einem Sirenenton unterbrochen, ca. 20 Leute (3/4 FrauenLesben - 1/4 Männer) strömten in das Zelt. In Megafon-Statements brachten sie ihre Wut, Empörung und Verletztheit zum Ausdruck. Es wurde klar gestellt, dass mit dem Männerplenum eine Grenze erreicht bzw. überschritten worden sei, einige Frauen seien bereits abgefahren. Schließlich verlas ein Mann seine Gedanken, die er sich im Anschluss ans Männerplenum notiert hatte. Als ein anderer Mann etwas erwidern wollte, wurde er durch einen Sirenenton unterbrochen, die Gruppe verließ das Zelt. Im Plenum erfolgte anschließend eine knapp zweistündige, überwiegend konstruktive Aussprache.

Grundsätzlich gilt: Auf dem Grenzcamp in Jena ist eine Frau einem massiven sexuellen Übergriff ausgesetzt gewesen. Dank der Initiative einiger FrauenLesben konnte dieser Übergriff publik werden. Es wurde nicht nur die betroffene Frau unterstützt, sondern auch ein politischer Umgang mit dem Übergriff gefunden. Das ist die Prämisse, auf der alles Weitere aufzubauen hat, auch Kritik. Und hiervon gibt es reichlich.

Trans-identitär fällt ganz schön schwer

Politisch ist es ein Fehler gewesen, das Männerplenum zu skandalisieren. Denn als Ganzes hat dieses hierzu keinen Anlass geboten. Es stimmt, dass im Verlauf des Männerplenums insbesondere drei Männer unakzeptables Zeug geredet haben, davon ist aber nichts unwidersprochen geblieben. Es ist unrealistisch, ein Männerplenum einzuberufen, aber nicht davon auszugehen, dass dort auch Müll erzählt werden wird. Worauf es ankommt, ist, dass eine Auseinandersetzung mit diesem Müll erfolgt, ansonsten läuft ein Männerplenum Gefahr, unter der Hand zum Männerbund zu werden und als solcher Täterschutz zu betreiben.

Anstatt auszuschwärmen und über die unakzeptablen Äußerungen einiger zu berichten, wäre es seitens der Männer, verantwortlicher gewesen, eine Art Doppelstrategie zu fahren: für die Camp-Öffentlichkeit einen Tatsachen-Bericht zu erstellen (ohne zu beschönigen), und für den nächsten Tag ein erneutes Männerplenum anzuberaumen. Das unabhängig davon, ob sich einige FrauenLesben nicht trotzdem für eine Unterbrechung des Deli-Plenums entschieden hätten. Demgegenüber ist die Aktion im Deli-Plenum - Stichwort: Skandalisierung - hart rübergekommen: Die Blockade des Redeversuch eines Mannes sowie der anschließende "Auszug" erweckten den Eindruck, dass es das erstmal gewesen sein dürfte.

Indem es so schien, dass der Streit um das Männerplenum zum Bruch geführt habe, wurde eine Prioritätensetzung suggeriert, nämlich, dass für Einige ein guter Umgang mit Sexismus Voraussetzung dafür ist, weiterhin das Projekt "Grenzcamp" mitzutragen. Wenn eine solche Entscheidung individuell erfolgt, ist sie unbedingt zu achten. Wird jedoch eine Prioritätensetzung als notwendiger politischer Schritt stark gemacht, dann wird's fatal, denn es sind vor allem weiße Deutsche, die sich einen derartigen Schritt leisten können. Für sie ist der antirassistische Kampf keine Notwendigkeit, persönlich sind sie von Rassismus allenfalls indirekt betroffen. Demgegenüber haben MigrantInnen, Flüchtlinge, etc. weniger Wahlmöglichkeiten, sie müssen antirassistisch kämpfen, weshalb sich Prioritätensetzungen für sie widersprüchlicher darstellen.

Aufgelöst hat sich der Konflikt erst durch das im Abschlussplenum verlesene Statement des FrauenLesben-Plenums: Dort heißt es, dass bei zukünftigen Grenzcamps gewisse Mindeststandards (z.B. eine Anlaufstelle bei sexistischen Übergriffen) gewährleistet sein müssen. Das Statement endete mit dem Satz: "Das Projekt Grenzcamp liegt uns am Herzen." Hier wird klar, dass es zwar massive Kritik gibt, dass diese aber nicht durch Bruch und Prioritätensetzung aufgelöst werden soll, sondern durch die gemeinsame Weiterentwicklung des Projekts "Grenzcamp".

Insgesamt wurde versäumt, einen Umgang damit zu finden, dass die Konfliktdynamik von einem Flüchtlings-/Nicht-Flüchtlings-Gegensatz durchzogen und somit unterschwellig ethnisiert gewesen ist. In der Anlaufstelle haben sich ausschließlich Nicht-Flüchtlinge engagiert. Die vom sexuellen Übergriff betroffene Frau war kein Flüchtling, die Täter waren Flüchtlinge. Rausgeschmissen wurden diese von einer mehrheitlich aus Nicht-Flüchtlingen zusammengesetzten Gruppe. Die problematischen Äußerungen auf dem Männerplenum sind fast ausschließlich von Flüchtlingen gemacht worden. Die anschließende Skandalisierung ist hauptsächlich auf dem Mist von Nicht-Flüchtlingen gewachsen. Der Mann, der im Deli-Plenum unterbrochen wurde, war ein Flüchtling, so wie am FrauenLesben-Statement fast ausschließlich Nicht-Flüchtlinge mitgearbeitet haben. Die Entscheidung, einzig auf die gebetsmühlenartig vorgetragene Selbstverständlichkeit zu "setzen", dass Sexismus ein Problem zwischen "Männern" und "Frauen" sei, und dass deshalb die mehr als offenkundige Flüchtlings-/Nicht-Flüchtlings-Ungleichverteilung allenfalls Zufall sein könne, ist realitätsfremd.

Dass die beiden Täter Flüchtlinge gewesen sind, könnte (!) insofern nicht nur Zufall gewesen sein, als es sich um Männer gehandelt hat, die in ihrer "Eigenschaft" als Flüchtlinge fürs Camp mobilisiert wurden. Einer der Voice-AktivistInnen war zwei Tage vor dem Übergriff just mit diesen beiden Männern in Streit geraten: er hatte ihnen vorgeworfen, ihr einziges Interesse seien (deutsche) Frauen. Damit wird ein Dilemma sichtbar: Flüchtlingsselbstorganisierung ist zwar eine emanzipatorische Zielsetzung, allein, Flüchtling-Sein als solches bürgt für nichts. Männliche Flüchtlinge dürften im Grundsatz keinen Deut weniger sexistisch sein als der

gemeine Durchschnittsmann auf der Straße - mit der Konsequenz, dass sich allgemeine Flüchtlingsmobilisierung und Antisexismus permanent in die Quere zu kommen drohen.

Sexismus nicht gegen Rassismus ausspielen

Dass es vor allem Nicht-Flüchtlinge waren, welche die Anlaufstelle, den Rauswurf der Täter und die Skandalisierung des Männerplenums "betrieben" haben, erscheint mir ebenfalls nicht unerklärlich. Sie sind Konsequenz der Kämpfe rund ums patriarchale Geschlechterverhältnis, die in Deutschland seit über 30 Jahren innerhalb linksradikaler Zusammenhänge ausgefochten werden. In diesen Kämpfen stecken die meisten Flüchtlinge aber nicht drin. So betonen diese, wie unbekannt ihnen besagte Kämpfe oftmals vorkommen. Das heißt nicht, dass Flüchtlinge in Sachen (Anti-)Sexismus prinzipiell weniger auf dem Kasten hätten als Nicht-Flüchtlinge. Worum es geht, ist die schlichte Feststellung, dass es in Sachen (Anti-)Sexismus eine Vielzahl unterschiedlicher Thematisierungs-, Problematisierungs- und Diskussionskulturen gibt und dass sich in Jena (gänzlich anti-trans-identitär) ausschließlich der deutsche "Beat" durchgesetzt hat.

Dass die skandalträchtigen Aussagen vor allem von drei Flüchtlingen gemacht wurden, kommt nicht von ungefähr. Das ist m.E. die Quittung dafür gewesen, dass Spannungen gedeckelt, anstatt offensiv angegangen wurden. So wurden die beiden Männer einzig in ihrer "Eigenschaft" als Täter vom Camp geschmissen, so wie die RausschmeißerInnen einzig in ihrer "Eigenschaft" als Anti-SexistInnen gehandelt haben. Dass aber die Täter obendrein Flüchtlinge waren, die RausschmeißerInnen überwiegend Nicht-Flüchtlinge, das hat Brisanz. Bei aller Einigkeit in der Sache hat es - so meine These - unter der Oberfläche gebrodelt. Viele der beteiligten Nicht-Flüchtlinge dürften ein schulddurchwachsenes Gefühl ob des Rausschmisses gehabt haben. Umgekehrt dürfte es vielen Flüchtlingen schwer gefallen sein, den Rausschmiss davon zu trennen, dass sie - Stichwort: Abschiebung - permanent mit der Gefahr eines von der Mehrheitsgesellschaft betriebenen Rausschmisses konfrontiert sind.

Nach dem Rausschmiss der Täter wurde sich darum bemüht, auf keinen Fall den Eindruck zu erwecken, sexuelle Gewalt könnte ein Sonderproblem männlicher, nicht zuletzt "schwarzer" Flüchtlinge sein. Dass dies eines der hartnäckigsten Vorurteile rassistischer und neo-kolonialer Ideologien ist, hatten die meisten auf dem Schirm. Unter vielen Flüchtlinge zirkulierte die diesbezügliche Angst aber trotzdem. Schließlich hat es in der Geschichte des Grenzcamps immer wieder Auseinandersetzungen rund um sexuelle Übergriffe gegeben, in welchen Flüchtlinge mehr oder weniger subtilen Varianten eben dieses Vorurteils ausgesetzt waren.

Mit diesen Gefühls- und Spannungslagen wurde wenig bis gar nichts gemacht. Anstatt die Gefahr einer Ethnisierung durch Nicht-Thematisierung bannen zu wollen, wäre das wechselseitige Eingeständnis konstruktiver gewesen, dass bestimmte Gefühle zirkulieren und dass deshalb ein Umgang mit ihnen gefunden werden muss. Wäre das erfolgt, dann hätte das Männerplenum möglicherweise einen anderen Verlauf genommen.

Die in Jena begonnene Kooperation zwischen Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen muss fortgesetzt bzw. intensiviert werden. Dabei muss beachtet werden, dass sich die rassistische Wirklichkeit nicht auf das Doppel "Flüchtling/Nichtflüchtling" reduzieren lässt. Für 2003 schlage ich ein in thematischer, personeller und trans-nationaler Perspektive aufgepepptes Camp vor, das 10 Tage dauert und mit einer dreitägigen Anti-Rassismus-Konferenz beginnt. Eine Konferenz könnte zum Anknüpfungspunkt werden, um das Projekt "Grenzcamp" heterogener zu machen. Das hätte den Vorteil, dass auf dem Camp von Anfang an eine diskursive Grundstimmung Einzug erhalten würde.

Als Ort bietet sich der Norden Berlin an. So könnte Bezug auf die Flüchtlingskämpfe und auf die Kämpfe gegen rechte Hegemonien in Brandenburg genommen werden. Umgekehrt könnte in Berlin der Schulterschluss mit migrantischen, Illegalisierten-, etc. Communities (z.B. Kanak Attak) gesucht werden. Mit den Abschiebeflughäfen Tegel und Schönefeld, den großen Bahnhöfen, den aufgenobelten Innenstadtbezirken, den Regierungs- und Diplomatenvierteln, etc., gäbe es in Berlin eine nicht zu überbietende Bandbreite antirassistischer Interventionsziele.

Gregor Samsa

Eine vollständige Fassung dieses redaktionell stark gekürzten Textes kann - ebenso wie weitere Nachbereitungstexte - auf der camp02-Homepage nachgelesen werden: www.nadir.org/camp02

31. Theorie: gut, Revolte: besser, Theorie der Revolte: am besten. "Konjunkturen des Rassismus" gegengelesen

Autor: Stefanie Graefe · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:28

Man beschwört die politische Mitte und verurteilt die Extreme. Haider, Schill, Fini und Konsorten sind keine "Extremisten", sondern "Populisten". Der rot-grünen Modernisierungsfront geht es in Sachen Einwanderung um "Integration". Daneben wächst die Zahl der Illegalisierten, und der Rassismus in den Institutionen wie auf der Straße wird, obwohl die "multikulturelle Gesellschaft" beschworen wird, nicht weniger. (Anti-)Rassismustheorien im herrschenden sozialwissenschaftlichen Diskurs tun angesichts dessen vor allem eins: langweilen.

Für eine kritische antirassistische Theorie, die praxiswirksam sein will, besteht also Erklärungs- wie Handlungsbedarf. Erklären sollte sie können, ob, und wenn ja, wie die Mitte, der Rechtspopulismus und die verschiedenen Krisen antirassistischer Theorie und Praxis zusammenhängen. Handeln sollte sie, indem sie brauchbare Gegenentwürfe liefert, die politische Prozesse und Herrschaftsstrukturen, aber auch die möglichen Stagnationseffekte, die antirassistische Theorie selbst produziert, reflektiert - und zugleich über den bloßen Akt der Reflexion hinauskommen.

Nicht weniger haben sich Alex Demirovic und Manuela Bojadzijev in dem von ihnen herausgegebenen Band vorgenommen. Ein unmögliches Unterfangen? Sicher: Wer fertige Antworten sucht, wird enttäuscht werden; nicht aber, wer Lust darauf hat, lesenderweise an den Prozessen kritischer Theorieproduktion in progress teilzunehmen.

Zwanzig AutorInnen schreiben in fünfzehn Beiträgen über Rechtspopulismus, Rassismus und Antirassismus. Anlass war eine Tagung im Frankfurter Institut für Sozialforschung im April 2001, auf der man über "Rechtspopulismus und die Wirkungen der kritischen Rassismusforschung" diskutierte. Dieser Titel weist auf das theoriepolitische Programm der HerausgeberInnen: Rechtspopulismus und Rassismus werden nicht als abschließbare Phänomene betrachtet, die unter der Lupe sozialwissenschaftlicher Theoriebildung besser oder schlechter "erkannt" werden können. Sondern Theorie soll aktiv eingreifen in das Verhältnis von Rassismus und Antirassismus, das nicht einfach als eins von falscher Ideologie und richtiger Theorie, sondern als soziales Kräfteverhältnis verstanden wird.

Rechtspopulismus am rechten Rand und in der Mitte

Zunächst geht es also um "Rechtspopulismus" - ein Verlegenheits- und ein problematischer Begriff, der die ideologische Beschwörung der gesellschaftlichen Mitte immer schon mittransportiert: Andererseits ist er ohne diskursanalytisch und historisch unhaltbare Verkürzungen nicht durch "Extremismus" oder gar "Faschismus" ersetzbar. Was diesem Begriff gleichwohl gelingt, ist, eine Plattheit der Ideologie vorzugeben, die ein erstaunliches Potenzial des Rechtspopulismus verdeckt: Paradoxien und antagonistische Interessen auszuhalten, zu pflegen und zu seinen Gunsten zu bündeln. Autoritarismus und Parteienkritik, Neoliberalismus und Konservativismus, starker und schwacher Staat - alles hat einen systematischen Platz innerhalb der rechtspopulistischen Logik, die, auch das zeigen die Beiträge deutlich, sich eben nicht auf Berlusconi oder Schill beschränken lässt, sondern längst die Diskurse und Programmatiken der "Mitte" strukturiert, wie zuletzt Jürgen Möllemann überzeugend vorgeführt hat.

Wurde "die Mitte" zur Zeit der Französischen Revolution und noch in der Weimarer Republik vor allem negativ gleichgesetzt mit "faulem Kompromiss" und "Identitätsmangel", so ist sie inzwischen in Deutschland gänzlich umgewertet: Die "Mitte" ist so inhaltsleer wie hochbedeutsam, wie Jürgen Link an diversen wohl bekannten Binsenwahrheiten zeigt: Nur die Mitte ist regierungsfähig, Weimar ist an der schwachen Mitte und den starken Extremen zugrundegegangen, Extreme von rechts und links schaukeln sich gegenseitig hoch, laufen auf eins hinaus etc. Diese Verschiebung kann Link mit seiner Theorie des "Normalismus" erklären, die er hier auf das Phänomen Rechtspopulismus anwendet. Die systematische gesellschaftliche Produktion von Normalität, so Link, ermittelt zwanghaft in unterschiedlichen Bereichen den angestrebten Normalwert: "so eine mittlere und

damit normale Koitusfrequenz zwischen den ‚Athleten` und den ‚Asketen`, so ein mittlerer und damit normaler Lebensstandard zwischen den ‚Krösussen` und den ‚Lazarussen` ..." etc. (S. 200) Was dem Begriff Rechtspopulismus folglich gelingt, ist die Integration ins Normalspektrum und damit in die Koalitionsfähigkeit.

So normalisiert sich - schon lange - auch der Rassismus. Keineswegs dem "rechten Rand" vorbehalten, wächst auch auf Seiten des sozialdemokratischen Neoliberalismus das Verständnis für die "Sorge der Menschen" um Kriminalität und Zuwanderung. Ursula Birsl geht davon aus, dass in Deutschland auf Bundesebene noch keine Chance für rechtspopulistische Parteien besteht, da eben die so genannte politische Mitte genügend "rechtspopulistische Unterströmungen" aufweist (S. 31), die diesen Entfaltungsraum verhindern. Damit hält Birsl aber implizit die u.a. von Konservativen vertretene These aufrecht, sie müssten rechtspopulistische Strömungen aufgreifen, um sie unschädlich zu machen. Demgegenüber argumentiert die Österreicherin Eva Kreisky, dass Neoliberalismus und Rechtspopulismus einander strategisch ergänzen. Ihre ideologischen Affinitäten seien bislang z.B. in der österreichischen Diskussion um Haider zu sehr vernachlässigt worden. Rechtspopulismus ist für Kreisky der politische Arm des Neoliberalismus, der die Tradition des modernisierten Rechtsradikalismus fortsetzt: "Was Augusto Pinochet, Margret Thatcher, Ronald Reagan & Co in den siebziger/achtziger Jahren in Gang gesetzt hatten, wird nunmehr in Europa auf einem neuen historischen Niveau praktiziert." (S. 80)

Nicht nur der Rechtspopulismus hat sich erneuert, auch Migrationspolitiken und Rassismen verändern sich. Einwanderung wird inzwischen nicht mehr grundsätzlich bekämpft, sondern in Kombination mit scharfen Kontrollmechanismen "gesteuert". Die aufgeklärte Akzeptanz von Zuwanderung koppelt der rot-grüne Integrationsdiskurs konsequent an ein entschiedenes Vorgehen gegen illegalisierte Immigration. Dabei gibt, wie Margarete und Siegfried Jäger zeigen, der Begriff "Zuwanderung" bereits die Richtung vor: "Sie" kommen auf uns zu, und nicht zu uns herein; nicht um "Ankunft", sondern um "Zumutung" geht es also.

Rassismus in Institutionen und Alltag

Das, was scheinbar "zugemutet" wird, ist, glaubt man dem herrschenden Diskurs, immer noch die andere "kulturelle Identität". Etienne Balibar zeigt, wie es dem Begriff der kulturellen Identität letztlich immer wieder misslingt, die Unbestimmtheit des Ortes, der "Kultur" genannt wird, zu überwinden. Was der Begriff behauptet: Wer eine Kultur hat, der hat idealerweise auch eine "Muttersprache" und damit ein "sprachliches Universum", dessen Beherrschung zugleich Beherrschung der Kultur verspricht. Die Vielstimmigkeit der Muttersprachen, so Balibar, wird dabei gewaltsam ausgeblendet: Niemand würde überhaupt sprechen, wenn er nur reines Französisch, Englisch oder Arabisch spräche. (S. 147) Balibar vergleicht seine Überlegungen zur kulturellen Differenz mit der Geschlechterdifferenz; keine schlechte Idee an sich, bloß auch nicht sonderlich neu. Die Regalmeter feministischer Literatur zu diesem Thema kennt Balibar vielleicht nicht, denn er prophezeit, dass gerade Frauen es schaffen könnten "sich in einer Weise zwischen den Kulturen zu bewegen, die es für Männer nicht gibt: es müsste ihnen nur gelingen, das Verbot zu überwinden, untereinander ohne Autorisierung zu kommunizieren". (S. 154) Offenbar ahnt er nicht, dass Frauen schon seit Jahrzehnten und sogar ohne (männliche?) "Autorisierung" untereinander kommunizieren, auch über so genannte "kulturelle" Grenzen hinweg; dass sie die Erfahrung der Geschlechterdifferenz gleichwohl nicht zur transkulturellen Avantgarde adeln konnte, da sie in nichts weniger fiktiv ist als die kulturelle Differenz selbst.

Dass "Aufklärung auf rassistische Muster geringen Einfluss" (S. 20) hat, ist eine der einleitenden Thesen der HerausgeberInnen. Was heißt das für kritische Rassismustheorie? Hat möglicherweise auch der linke skandalisierende Aufklärungsgestus den paradoxen Effekt, der Rechten immer wieder genau jene Macht zuzuschreiben, die sie in Anspruch nehmen will? Zur Stagnation der kritischen Rassismustheorie schreibt Jost Müller. Diese drücke sich u.a. in der Hegemonie des Begriffs des "Ethnischen" in den Sozialwissenschaften aus. Von kritischer Theorie sei eigentlich zu erwarten, dass sie die Verwendungsweisen dieses Begriffs denunziere. Außerdem kommt es ihm darauf an, den Begriff "alltäglicher Rassismus" mit einer Theorie und Kritik des Alltagslebens zu verknüpfen, die nicht von einer einfachen Idee von "Entfremdung" ausgeht, sondern Alltag begreift als Ort der Artikulation und Umsetzung verschiedener sozialer Machtverhältnisse, die gerade nicht auf einen Begriff zu bringen sind. Denn die auch in linken Konzepten gern genommene Ineinssetzung von Antikommunismus, Sexismus, Normalismus und Rassismus hat, so Müller, einen skurrilen Effekt: "Da vermeintlich alles bereits erkannt ist, ist gar nichts mehr erkennbar." (S. 237)

Vassilis Tsianos und Serhat Karakayali zeigen einen roten Faden, der sich vom ersten GastarbeiterInnen-Abkommen 1955 über das sogenannte "Inländerprimat", den Anwerbestopp 1973 bis zur systematischen Illegalisierung von MigrantInnen im Rahmen gegenwärtiger "Zuwanderungspolitik" zieht: Ökonomische Kalkulationen des (schlecht bezahlten) Arbeitskräftebedarfs lassen sich besonders effektiv mit den Instrumenten des Ausländerrechts umsetzen. Doch zeigt sich eben auch, dass das Kalkül nur bedingt aufgeht. Den Anwerbestopp von 1973 konnten MigrantInnen effektiv durch das Mittel der "Familienzusammenführung" unterlaufen. So erhöhte sich, quer zu den von Staatsseite beabsichtigten Effekten, die Zahl der Migrantinnen und Migranten nach 1973 noch. Eben: Autonomie der Migration.

Da liegt auch der Ansatzpunkt für Manuela Bojadzijev. Sie beschreibt die Geschichte des Zusammenhangs zwischen Antirassismus und Klassenkampf in der BRD; ein Zusammenhang, der in antirassistischer Theorie und Praxis oft schlicht unsichtbar bleibt. Dabei ist es, so Bojadzijev, für eine antirassistische Arbeit unabdingbar, eine Vorstellung davon zu haben, welche historischen Auseinandersetzungen es bereits gegeben hat. (S. 271) Aber damit ist gerade keine Rückkehr zu schlicht-kommunistischen Vereinheitlichungsformeln gemeint, wie z.B. "Deutsche und ausländische Arbeiter: Ein Gegner - Ein Kampf". Bojadzijevs Rückblick auf die migrantischen Kämpfe der siebziger Jahre verdeutlicht vielmehr, dass die von der Linken damals postulierte "Einheit der Arbeiterklasse" die Entrechtung der MigrantInnen systematisch ausblendete. Gleichwohl kam es zeitweise zu erfolgreicher Zusammenarbeit, zum Beispiel beim Arbeitsstreik in den Ford-Werken in Köln-Niel im Jahr 1973. Doch schließlich gelang Arbeitgebern und Gewerkschaften auch in Köln-Niel die Politik der Spaltung. Nicht zufällig auch ist bis heute weitgehend unbekannt, dass die Proteste gegen überhöhte Mieten und miserable Wohnbedingungen im Frankfurter Westend zuerst von MigrantInnen ausgingen. Nicht besser in dieser Hinsicht die entgegengesetzte Mythenbildung, in der MigrantInnen zur Avantgarde der Arbeiterkämpfe erklärt werden und die problematische Stelle des revolutionären Subjektes besetzen sollen.

Antirassismus und Autonomie der Migration

Dass das Establishment nun anerkennt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, ist nicht zuletzt eine Reaktion auf eben diese Autonomie, stellen Tsianos und Karakayali fest. Und auch Bojadzijev formuliert als zentrale These: "Integration und Abschottung wurden zu Pfeilern der Ausländerpolitik ausgebaut: Sie sind als Reaktion zum einen auf die ‚Autonomie der Migration` und zum anderen auf die ‚Kämpfe der Migration` zu verstehen." (S. 280) Diese Sicht wird auch in deutschen antirassistischen Kreisen sicherlich nicht jedem/r wie Sahne runter gehen, erfordert sie doch eine radikale Absage an jegliche Form von karitativem Paternalismus. Statt dessen rückt die Geschichte der Migration, die eine Geschichte von sozialen Kämpfen ist, in den Blick.

Was dieses Buch zeigt: Wie Theorie zum aktiven Einsatz in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden kann. Und dies ist, im besten Sinne, notwendige "Aufklärung".

Stefanie Graefe

Alex Demirovic, Manuela Bojadzijev (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus. Westfälisches Dampfboot, Münster 2002

32. Foltergehilfe Schweiz. Deutsche soll als mutmaßliche ETA-Aktivistin an Spanien ausgeliefert werden

Autor: Heiner Busch · Rubrik: Spanien; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:09

Seit März diesen Jahres sitzt Gabriele Kanze in der Schweiz auf Grund eines internationalen Haftbefehls aus dem Jahr 1994 in Auslieferungshaft. Die spanischen Behörden beschuldigen sie, 1993 zwei Wohnungen in Barcelona angemietet zu haben, die Mitgliedern eines ETA-Kommandos als Unterschlupf und Waffenversteck gedient hätten. Obwohl zweifelsfrei feststeht, dass an diesen Anschuldigungen nichts dran ist, hat die Schweiz der Auslieferung zugestimmt. Nun hat sich der Anti-Folter-Ausschuss der UNO in den Fall eingeschaltet.

In Spanien drohen Gabriele Kanze mindestens sieben Jahre Haft. Das ist die untere Grenze, die das spanische Strafrecht für die "Unterstützung einer bewaffneten Bande" vorsieht. Dass die Sprachlehrerin als "mutmaßliche ETA-Aktivistin" in den Medien gehandelt wird, erinnere sie an Heinrich Bölls Roman "Die verlorene Ehre der Katharina Blum". Bölls Heldin gerät in die Mühlen der Terroristenhatz, als sie sich unwissentlich in einen gesuchten Terroristen verliebt. "Die Ähnlichkeit zu meinem Fall", so schreibt Gabriele Kanze an ihren Anwalt Marcel Bosonnet, "liegt in der ‚falschen Liebe`, die mich notwendigerweise in meine jetzigen Schwierigkeiten bringen musste".

Und schon bist du eine Terroristin

Die "falsche Liebe" hat bis heute gehalten - trotz der AIDS-Krankheit des Mannes und trotz der Schwierigkeiten mit Justiz und Polizei. Gabriele Kanze lernte Benjamin Ramos, den sie vor Jahren geheiratet hat, Anfang der 90er Jahre in Barcelona kennen. Sie arbeitete dort als Deutschlehrerin an einer Sprachenschule, einer Partnerorganisation des Berliner Sprachenvereins Tandem, für den sie zuvor schon einige Jahre tätig war. Das Betriebsklima an der Schule erwies sich aber als derart schlecht, dass sie im September 1993 die Stelle wieder aufgab und nach Berlin zurück kehrte. Der Arbeitsplatz beim Berliner Tandem war ihr freigehalten worden.

Ein drei Viertel Jahr nach ihrer Rückkehr, Ende April 1994, beginnt Gabrieles Leidensgeschichte. Im spanischen Fernsehen muss sie sehen, dass nach ihr und Benjamin gefahndet wird. Die Polizei hält beide für Unterstützer des Kommando Barcelona von ETA. Benjamin Ramos ist gemeinsam mit ETA-Leuten geflohen. Nach einer Weile in Frankreich trennt er sich von der Gruppe und schlägt sich nach Berlin zu Gabriele durch. Im Januar 1995 wird er dort festgenommen, anderthalb Jahre danach an Spanien ausgeliefert und 1997 wegen "Unterstützung einer bewaffneten Bande" zu über elf Jahren Haft verurteilt. (vgl. ak 407) Weil Deutschland eigene Staatsangehörige (derzeit noch) nicht ausliefert, war Gabriele Kanze in Berlin sicher - aber eben nur dort. Am 14. März 2002 wird der Bus, mit dem sie nach Italien, in den ersten Auslandsurlaub seit acht Jahren, reisen will, an der Schweizer Grenze in St. Margarethen kontrolliert. Die Reise endet in einem Gefängnis in Flums (St. Gallen).

Unhaltbare Vorwürfe

Gabriele Kanze sei wie Benjamin Ramos Mitglied der terroristischen Vereinigung ETA gewesen, so heißt es in dem spanischen Auslieferungsersuchen. "Ihre Funktion hat darin bestanden, durch das Anmieten von Wohnungen in der Calle Padilla Nr. 204-206 und in der Calle Aragon Nr. 475 den anderen Mitgliedern der Zelle Unterschlupf und ein Versteck für die Waffen und Sprengstoffe zu bieten, mit denen sie ihre kriminellen Attentate ausführten. Das Material bestand in 90 Kilo Sprengstoff, vier Handgranaten, einer Maschinenpistole, Zündern und Verstärkern, etc. Teile des Materials wurden in der Wohnung der Calle Padilla sicher gestellt, nachdem Felipe San Epifanio am 28. April 1994 verhaftet worden war."

Diese wenigen Sätze waren die Grundlage für die Entscheidung, mit dem das schweizerische Bundesamt für Justiz der Auslieferung von Gabriele Kanze zustimmte. "Wenn ein europäischer Staat die Auslieferung einer Person verlangt, wird grundsätzlich nur geprüft, ob die im Ersuchen aufgeführten Handlungen auch in der Schweiz strafbar wären", so Erwin Jenni, Leiter der Sektion Internationale Rechtshilfe im Bundesamt für Justiz. "Schuld- und Tatfragen zu klären ist Sache des zuständigen ausländischen Richters." Das Europäische

Auslieferungsübereinkommen verpflichte den ersuchenden Staat - in diesem Falle Spanien - nur zu einer Sachverhaltsdarstellung, aber nicht zur Lieferung von Beweisen. "Eine Verweigerung der Auslieferung", so heißt es denn auch im Auslieferungsentscheid des Bundesamtes, "würde sich nur dann rechtfertigen, wenn die Sachverhaltsdarstellung offensichtliche Fehler, Lücken oder Widersprüche enthält." Die Darstellung der spanischen Behörden sei zwar kurz, aber ausreichend.

"Sie ist nicht nur kurz, sondern absolut unklar", kontert Rechtsanwalt Marcel Bosonnet. "Wesentliche Ergebnisse der zwischenzeitlichen Untersuchungen in Spanien selbst und in Deutschland werden bewusst ausgeklammert."

Schon die Behauptung, Felipe San Epifanio habe Gabriele Kanze belastet, sei falsch. Durch seine Aussagen, die er im April 1994 unter Folter gemacht hat, ist die spanische Polizei zwar auf die inkriminierten Wohnungen gestoßen. Gabriele Kanze habe er nicht gekannt, wiederholte San Epifanio auch 1997 im Prozess vor der Audiencia Nacional in Madrid, dem zentralen Strafgericht, vor dem sämtliche Terrorismus-Prozesse stattfinden.

Sprengstoff und Waffen fand die Polizei nur in der Calle Padilla. Diese Wohnung hatte nicht Gabriele Kanze, sondern Benjamin Ramos gemietet und einer Bekannten - "Lola" - und deren Freunden überlassen. Dass es sich bei den UntermieterInnen um ETA-Mitglieder handelte, erfuhr er - auch das ein Ergebnis des Prozesses von 1997 - erst nach der Verhaftung San Epifanios, als "Lola" an seiner Arbeitsstelle auftauchte und ihn zur Flucht aufforderte. Zwar wurde Ramos wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Zur Last gelegt wird ihm aber nur, dass er das Fluchtauto mietete und ein falsches Kennzeichen montierte. Was die Wohnung anbetrifft, sprach ihn die Audiencia Nacional ausdrücklich frei. Es gebe "keine ausreichenden Beweise" und "keinerlei Indizien", dass er nach der Untervermietung an "Lola" noch Verfügungsgewalt über die Wohnung gehabt und von den dort gelagerten Waffen gewusst hätte.

Den Vertrag für die Wohnung in der Calle Aragon hingegen hat im Sommer 1993 tatsächlich Gabriele Kanze unterzeichnet. Hier wollte sie DozentInnen unterbringen, die wie sie einige Zeit bei der Barceloneser Sprachenschule arbeiteten und kurzfristig eine Unterkunft benötigten. Sie hat die Wohnung auch bei ihrer Rückkehr nach Berlin Ende September 1993 nicht gekündigt. Tatsächlich haben wohl in der ersten Zeit SprachlehrerInnen in der Wohnung gelebt. Die Tochter der Hausbesitzerin gab bei der Vernehmung zu Protokoll, dass man ihr im Oktober 1993 mitgeteilt habe, die Miete solle nun von einem anderen Konto abgebucht werden. Zu diesem Zeitpunkt war Gabriele aber nachweislich wieder in Berlin.

Weil Gabriele Kanze als Deutsche nicht ausgeliefert werden konnte, richteten die spanischen Behörden im Oktober 1994 ein Ersuchen um Übernahme der Strafuntersuchung an die BRD. Die Ermittlungen führte die Staatsanwaltschaft am Landgericht Berlin. Sie hielt zunächst fest, dass Gabriele Kanze keine Verbindung zu der Wohnung in der Calle Padilla und dem dort sicher gestellten Waffenlager hatte. In der von ihr selbst gemieteten Wohnung in der Calle Aragon seien dagegen weder Waffen noch Sprengstoffe gefunden worden, sondern nur ein "Glasbehälter von einem Zentimeter Durchmesser und einer Höhe von vier Zentimetern, der ein schwarzes Pulver unbekannter Zusammensetzung enthält". Im September 1995 forderte die Berliner Staatsanwaltschaft in Spanien nähere Auskünfte über den mysteriösen Fund. Die Antwort erging erst drei Monate später: Es handele sich um Bleisulfid. Übersetzungsfehler seien ausgeschlossen, bestätigt Ende 1995 das Bundeskriminalamt. Die Substanz werde definitiv nicht zur Herstellung von Sprengstoff gebraucht. Bleisulfid ist u.a. in Glasuren für Töpferwaren enthalten. Im April 1998 stellte die Berliner Staatsanwaltschaft das Verfahren ein - mangelnder Tatverdacht.

Diese Entscheidung ist jedoch für das Bundesamt für Justiz nicht ausschlaggebend. Die Einstellungsverfügung aus Berlin hindere die spanischen Behörden nicht daran, ihr eigenes Verfahren weiter zu betreiben und die Auslieferung zu verlangen. Grund: Die deutsche Justiz habe die Untersuchungen wegen "Fragen der territorialen Zuständigkeit nicht umfassend an die Hand genommen". Tatsächlich konnte Gabriele Kanze in Deutschland nicht der "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" beschuldigt oder angeklagt werden, da der einschlägige Paragraf 129a des deutschen Strafgesetzbuchs (zu dieser Zeit) nur auf im Inland aktive Organisationen und damit nicht auf die ETA angewendet werden konnte. "Allerdings hat die Berliner Staatsanwaltschaft", so Marcel Bosonnet, "genau die Handlungen untersucht, mit denen Gabriele Kanze angeblich die ETA unterstützt haben soll und dabei erkannt, dass weder Sprengstoff noch Waffen in ihrer Wohnung gefunden wurden. Auf was soll sich also der Vorwurf der ‚Unterstützung einer terroristischen

Vereinigung` noch stützen, wenn seine Grundlagen nicht mehr haltbar sind?" Nach dem Urteil gegen Benjamin Ramos und den Untersuchungsergebnissen aus Berlin stehe zweifelsfrei fest, dass seine Mandantin keine strafbaren Handlungen begangen haben kann.

Untersuchung in Deutschland

Statt eine genauere Erklärung über die offensichtlichen Widersprüche anzufordern, hatte das Bundesamt den unklaren Vorbehalt formuliert, "dass die spanischen Behörden die Frau nicht wegen allfälliger politischer Hintergründe der ihr zu Last gelegten Straftaten verfolgen oder bestrafen dürfen." Die Auslieferung selbst wird dadurch nicht behindert. "Dem Bundesamt für Justiz", so kommentierte Bosonnet die Entscheidung, "fehlte der Mut, den Spaniern auf die Füße zu treten."

Doch nicht nur dem Bundesamt für Justiz fehlte dieser Mut. Am 21. Oktober hat das Schweizer Bundesgericht ebenfalls der Auslieferung von Gabriele Kanze zugestimmt. Auch den Richtern war es offenbar zu anstrengend, von Spanien eine Klärung der Widersprüche zu fordern. Ebenso wenig hat sie die Gefahr der Isolationshaft und der Folter davon abgehalten, die Auslieferung zu bewilligen. Bosonnet hatte darauf hingewiesen, dass die Untersuchungen gegen Kanze 1994 durch die unter Folter erpressten Aussagen eines ETA-Mitglieds ihren Anfang genommen hatten. Noch Anfang Oktober hatte Amnesty International das Bundesgericht daran erinnert, "dass es nach wie vor zu massiven Misshandlungen von ETA-Verdächtigen" durch die spanische Polizei komme. Im Falle einer Auslieferung müsse das Gericht zumindest eine Sicherheitsgarantie von den spanischen Behörden fordern. Nicht einmal das haben die Richter getan. Spanien sei ein Rechtsstaat, in dem "nicht systematisch" gefoltert werde.

Schweiz will ausliefern, die UNO bremst

Dass Gabriele Kanze bislang noch nicht ausgeliefert wurde, ist der Intervention des Anti-Folter-Ausschusses der UNO in Genf zu verdanken. Einen Tag nach der Entscheidung des Bundesgerichtes reagierte er auf eine Eingabe Bosonnets und forderte die Schweiz auf, von der Auslieferung abzusehen, "solange Kanzes Beschwerde vor dem Ausschuss geprüft wird". Die Berner Behörden akzeptierten zähneknirschend. Die Auslieferung werde aufgeschoben. Es sei halt das erste Mal, so der Sprecher des Bundesamtes für Justiz Folco Galli, dass die Schweiz mit einem Verfahren vor dem Ausschuss konfrontiert werde.

Gabriele Kanze muss weiter im Regionalgefängnis Flums ausharren. Die Prüfung durch den Ausschuss wird sich wohl bis ins nächste Jahr hinziehen. Wie er entscheidet, ist nicht abzusehen. Im "besten" Falle hätte Gabriele Kanze ein Jahr unschuldig in Haft verbracht.

Heiner Busch

Das Komitee gegen die Auslieferung von Gabriele Kanze in der Schweiz und das Komitee für Grundrechte und Demokratie rufen zu einer Protestbriefaktion auf und bitten um Spenden an die hohen Prozess- und Übersetzungskosten. Musterbriefe an schweizerische, deutsche und spanische Stellen finden sich auf der WoZ-Homepage (www.woz.ch) oder können per E-Mail angefordert werden: grundrechtekomitee@t-online.de. Spenden an Postscheck-Konto 30-157 767-7, Catherine Weber, Schulweg 4, 3013 Bern, Vermerk Gabriele Kanze.

33. Volksgemeinschaft ist immer und überall. Drei Fantômas-Redakteure auf Entdeckungsreise - eine Replik

Autor: Js. · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:08

"Linke und soziale Bewegung in der ‚Berliner Republik`" sei das Thema des Artikels "Hundert Jahre Einsamkeit" in ak 466 - so versprach es die Unterzeile. Die Erwartung, hier trauten sich drei mutige Autoren, der hiesigen Linken Vorschläge zu machen, wird bei der Lektüre allerdings weitgehend enttäuscht. Eine Überraschung bietet der Text dennoch: die zweifelhafte Enthüllung, wir hätten es in der "Berliner Republik" mit einer "ungebrochenen Hegemonie" der vom Nationalsozialismus übernommenen "volksgemeinschaftlichen Formierung" zu tun.

Dass die Autoren, drei Redakteure des ak-Magazins Fantômas, die Vorgeschichte der "Berliner Republik" mit betrachten, ist verdienstvoll. Die dabei unvermeidlichen Auslassungen und Brüche im Text sind nicht zu kritisieren. Wohl aber die nur sehr unzureichend begründete Behauptung, die Gesellschaft der Berliner Republik sei ebenso wie die ihrer beiden Vorläuferstaaten BRD und DDR das Produkt "volksgemeinschaftlicher Formierung", welche "die Niederlage (von 1945) und die mittlerweile abgeschlossene Epoche deutscher Zweistaatlichkeit" überdauert habe. Auch der direkt sich anschließende Satz macht nicht deutlich, was die Autoren eigentlich unter "Volksgemeinschaft" bzw. "volksgemeinschaftlicher Formierung" verstehen: "Konstitutives Element ihrer im Kern ungebrochenen Hegemonie ist ein rassistisch und antisemitisch grundierter, in sich allerdings mehrfach differenzierter Antikommunismus."

NS-Kampfbegriff wird zur Allerweltsformel

Ist "Volksgemeinschaft" also bloß Ideologie? Dagegen spricht die Definition, die weiter oben gegeben wird: "Im Begriff der ‚Volksgemeinschaft` fassten die Nazis ihr Projekt einer ‚Überwindung` der sozialen Widersprüche im einerseits auf die ‚nationale Arbeit`, andererseits auf die ‚Ausmerzung der Volksschädlinge` gegründeten Staat der ‚Totalen Mobilmachung`". Diese Umschreibung reicht schon deshalb nicht, weil sie über die Verwirklichung dieses "Projektes" nichts aussagt. Das hat sie im übrigen mit der Definition gemeinsam, die das 1999 erschienene "Lexikon Nationalsozialismus" gibt. Die Volksgemeinschaft sei die "Gemeinschaft aller Volksgenossen", schreiben die Herausgeberinnen und verweisen auf Meyers Lexikon von 1937, wo die Volksgemeinschaft als "Zentralbegriff allen nationalsozialistischen Denkens" bezeichnet wird. Auch das nachfolgende Hitler-Zitat aus einer Rede vom 10. März 1940 ist wenig erhellend: "Über Klassen und Stände, Berufe, Konfessionen und alle übrige Wirrnis des Lebens hinweg erhebt sich die soziale Einheit der deutschen Menschen ohne Ansehung des Standes und der Herkunft, im Blute fundiert, durch ein tausendjähriges Leben zusammengefügt, durch das Schicksal auf Gedeih und Verderb verbunden ... Unser Wille ist der Sieg der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft!" (1)

Antifaschistische ZeitgenossInnen haben die Demagogie dieser Behauptung wutschnaubend gegeißelt: "Soziale Einheit über Klassen und Stände hinweg"? Betrug! Auch im Nationalsozialismus sei der Klassenkampf weiter gegangen - wenn auch fast ausschließlich von oben. Diese einseitige Sichtweise war auch für die marxistische Orthodoxie der Nachkriegsjahre kennzeichnend. Dass die Volksgemeinschaft mehr war als eine gläubig aufgenommene Propagandaformel, zeigte schon die Behandlung derer, die nicht zur Volksgemeinschaft dazu gehören durften. Der im NSDAP-Programm von 1920 verkündete Staatsbürgerschaftsbegriff war mit Verkündung der Nürnberger Gesetze im September 1935 Realität: "Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein." Auf den Ausschluss der Jüdinnen und Juden aus der Volksgemeinschaft folgte der Völkermord. Nach der "Verordnung gegen Volksschädlinge" von 1939 waren auch deutsche StaatsbürgerInnen vom Tode bedroht, wenn sie der Volksgemeinschaft Schaden zufügten, und sei es nur durch Diebstahl oder Plünderung.

Kennzeichnend für die nationalsozialistische Volksgemeinschaft sind aber nicht nur Ausschluss und Verfolgung der nicht Zugehörigen. Ein weiteres Merkmal ist ihre "Dynamik" - die Volksgemeinschaft war weniger eine unveränderliche soziale Struktur als das erklärte Ziel zentraler, von Staat und Partei gesteuerter

Kampagnen. Wieland Elfferding zeigt das an Hand des NS-"Winterhilfswerks" (WHV), einer staatlichen Spendenaktion für die Armen, bei der zwischen 1933 und 1939 2,5 Mrd. Reichsmark gesammelt wurden. Diese gigantische Entlastung des Sozialetats kam direkt der Aufrüstung zu Gute. Auch ideologisch diente das WHV der Kriegsvorbereitung: In ihr konstituierte sich die Volksgemeinschaft als Opfergemeinschaft. Das war, wie Hitler 1937 in einer Rede hervorhob, der Dreh- und Angelpunkt dieser "lebendigen nationalen Solidarität des deutschen Volkes": "Jeder muss verstehen, dass sein Geben überhaupt nur dann im Sinne der Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft einen Wert hat, wenn dieses sein Geben für ihn ein Opfer bedeutet." (2) Ein Opfer, das die Bevölkerung auf noch viel größere Opfer in den bevorstehenden Eroberungskriegen einstimmen sollte.

Volksgemeinschaft ist nicht gleich Klassenharmonie

Mit der Bereitschaft, der Volksgemeinschaft Opfer zu bringen, war es im Mai 1945 abrupt vorbei. Nicht nur die "MitläuferInnen", auch die meisten der bis zuletzt hundertprozentig überzeugten Nazis sahen sich von Stund' an als Opfer eines "wahnsinnigen Verbrechers", ausgenutzt und betrogen. Nicht neue Opfer, sondern Wiederaufbau, Konsum und Wohlstand waren die neuen Ideale. Mahnungen zur Bescheidenheit und zum "Maßhalten" (so der Wirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard in den "Wirtschaftswunder"-Jahren), Appelle zu unentgeltlichem "Dienst" an der Gemeinschaft waren und sind in der BRD wenig populär. Auch nationalistische Ideologen wie der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble, welche die Nation als "Schicksalsgemeinschaft" verstehen, fordern eher die Bereitschaft zum Dienen als zum Opfer.

Weitgehend erhalten blieb nach 1945 das Bedürfnis nach sozialer Harmonie und "Überwindung des Klassenkampfes". Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, dass die ersten Nachkriegsjahre in Westdeutschland von heftigen sozialen Erschütterungen geprägt waren und der bundesdeutsche "Klassenkompromiss" erst nach massenhaften wirtschaftlichen und politischen Kämpfen durchgesetzt werden konnte. (Nachzulesen ist das in dem 1971 erschienenen Rotbuch "Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-48", das jahrelang ein linker "Klassiker" war). Der "Klassenkompromiss" scheint aber in der Sicht der Fantômas-Redakteure die materielle Grundlage dessen zu sein, was sie Volksgemeinschaft nennen.

Das fordert zwei weitere Einwände heraus: Erstens könnte dann von Kontinuität gegenüber dem NS-Regime ernsthaft nur gesprochen werden, wenn dieses Regime ebenfalls auf einem "Klassenkompromiss" beruht hätte, in den auch das Proletariat einbezogen gewesen wäre. Das war aber nicht der Fall, wie die Zerschlagung bzw. "Gleichschaltung" sämtlicher proletarischen Organisationen unmittelbar nach der "Machtergreifung" belegt. Zweitens sind "Klassenkompromiss", "Sozialpartnerschaft" und gewerkschaftliche "Mitbestimmung" zum Wohle des Kapitals keine deutschen Spezialitäten.

Augenscheinlich stimmt es, dass soziales Harmoniebedürfnis, Rassismus und Wohlstandschauvinismus in Deutschland besonders stark ausgeprägt sind. Ebenso ist es richtig, dass in einigen anderen europäischen Ländern der "Klassenkompromiss" von linken Massenbewegungen in Frage gestellt wurde und wird. Aber auch an deren Niederlage ist bis auf weiteres nichts zu deuteln, während der Sieg des Neoliberalismus überall ähnliche materielle und ideologische Folgen hat. Warum das, was heute als europäischer Standard gelten kann, in Deutschland "(post-)modernisierte Volksgemeinschaft" genannt werden muss, können die Fantômas-Redakteure nicht überzeugend darlegen. Die "Tradierung des volksgemeinschaftlichen Konsenses über sämtliche historischen Brüche der Nachkriegsgeschichte hinweg" bleibt reine Behauptung. Geradezu abenteuerlich scheint mir, wie die Autoren ihre Diagnose auch gleich noch der DDR-Gesellschaft anheften: Dort habe die SED "ihre Herrschaft auf eine ‚marxistisch-leninistische` Übercodierung des volksgemeinschaftlichen Konsenses" gegründet: "Dieser bestimmte damit auch im ‚deutschen Arbeiter- und Bauernstaat` eine im besonderen Maß homogenisierende Vergesellschaftung." Womit quasi im Vorbeigehen und unter Verzicht auf weitere Argumente auch die deutsche Variante des "realen Sozialismus" als Fortsetzung der Volksgemeinschaft entlarvt wäre ...

Unverdientes Lob für die Antideutschen

Wen wollen die drei Autoren mit ihrem Text überzeugen? Offensichtlich ist er eher ein Signal an diejenigen, für die der Fortbestand der "Volksgemeinschaft" nicht zu hinterfragendes Essential ihres politischen Glaubensbekenntnisses ist - die "junge Generation" antinationaler bzw. antideutscher Linker, deren Kritik am

"volksgemeinschaftlichen Konsens" von den Fantômas-Redakteuren als "notwendige theoretische Innovation" gefeiert wird: "Damit wurde die antinationale bzw. antideutsche Linke das historisch längst überfällige Korrektiv auf die Unfähigkeit sowohl der Traditions- wie der Neuen Linken, der postfaschistischen Konstellation ‚deutscher` Vergesellschaftung gerecht zu werden." Ob die antideutsche Linke im Laufe der Jahre vom ursprünglich korrekten Kurs abgewichen ist (so die These des Artikels) oder ob ihre Weiterentwicklung zur antilinken Ein-Punkt-Bewegung sich folgerichtig aus ihrer falschen Ausgangsanalyse ergeben hat (meine Gegenthese), soll hier nicht weiter diskutiert werden. Bestreiten möchte ich aber die Behauptung, die Antideutschen hätten mit ihrer Entdeckung des "volksgemeinschaftlichen Konsenses" der Linken einen "historisch" bedeutsamen Dienst erwiesen. Diese Entdeckung war keine: Was die Fantômas-Redakteure als "volksgemeinschaftliche Formierung" beschreiben, hat mit dem ursprünglichen NS-Kampfbegriff nur am Rande zu tun.

Zwar lassen sich mit einigem agitatorischen Geschick Analogien bzw. "Kontinuitäten" herstellen: Wenn etwa deutsche SpitzenpolitikerInnen die Bekämpfung der "Jahrhundertflut" als ergreifendes Beispiel nationaler Solidarität feiern; oder wenn sich beim historischen Quellenstudium der vermeintlich sozialpartnerschaftliche Slogan "Gemeinnutz vor Eigennutz" als Nazi-Parole erweist, die aus dem NSDAP-Programm von 1920 entlehnt wurde. Aber in dem Text der Fantômas-Redakteure geht es um die Analyse des Bestehenden und um strategische Vorschläge an die Linke. Auch letztere sind wenig überzeugend. Die "Repolitisierung der sozialen Räume des Alltagslebens" - an der angeblich "alles hängen" werde - bleibt als Floskel im Raum stehen. Das gilt auch für den Schlusssatz: "Etwas Besseres als die Volksgemeinschaft finden wir immer." Was als finaler Muntermacher gedacht war, wirkt jenseits des antideutschen Lagers eher einschläfernd: Denn "besser" als die nationalsozialistische Volksgemeinschaft ist die "Berliner Republik" allemal.

Js.

Anmerkungen:

1) Hilde Kammer/Elisabet Bartsch: Lexikon Nationalsozialismus. Begriffe, Organisationen und Institutionen. Reinbek (Rowohlt) 199, S. 265f.

2) Faschismus und Ideologie 2. Westberlin (Argument) 1980, S. 199-226

34. Zwischen Wachsamkeit und Alarmismus. Eine vorläufige Bilanz der Möllemann-Westerwelle-Affäre

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; FDP; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:07

Ob wir die rechtspopulistische Gefahr nicht doch etwas überschätzt hätten, fragte ein Autor dieser Zeitung, nachdem die von Möllemann und Westerwelle auf Rechtskurs gebrachte FDP bei der Bundestagswahl nur magere 7,4 Prozent der Stimmen eingefahren hatte. War die vielfach beschworene Gefahr einer "Haiderisierung" der FDP nur ein Hirngespinst linker Alarmisten?

Dass der "Fall Möllemann" als Spendenaffäre zu enden scheint, ist bezeichnend und grotesk zugleich. Bezeichnend, weil die FDP von allen Parteien am offensten die Erwartung vertritt, dass sich Politik "lohnen" müsse. Grotesk, weil es der Partei der Besserverdienenden & KarrieristInnen zu gelingen scheint, über dem Finanzskandal ihren Rechtsschwenk vergessen zu machen. Dass dieser Schwenk, die bewusste Aktivierung antisemitischer Stereotypen eingeschlossen, nicht allein an Möllemann hängt, gerät weitgehend aus dem Blick. Wer die Spiegel-Titelgeschichte vom 4.11. ("Wie Möllemann und Westerwelle die Liberalen ruinieren") aufmerksam liest, kann aus einem Wust von Insider-Informationen den politischen Tatbestand dennoch herausfiltern: "Unstrittig ist, dass der FDP-Vorsitzende den antisemitischen Kurs seines damaligen Vize aktiv unterstützte - und zwar monatelang." In ihrem gemeinsamen "schmutzigen Wahlkampf ... gab der eine den Scharfmacher, der andere gewährte Flankenschutz." Möllemann wird mit den Worten zitiert: "Westerwelle ... hat sich mehrere meiner Formulierungen zu Eigen gemacht, nachdem er gemerkt hat, dass sie bei den Leuten gut ankommen." Insbesondere war Westerwelle "elektrisiert" (so ein Mitarbeiter der Parteizentrale), als er von den "Zehntausenden von begeisterten E-Mails" hörte, die Möllemann nach seinen antisemitischen Attacken gegen Michel Friedmann erhalten haben will.

Dabei ist der Vorsitzende nicht etwa opportunistisch hinter Möllemann hergetrottet. Vielmehr stimmten beide schon länger in ihrer strategischen Orientierung überein. Das belegen u.a. Zitate aus Westerwelles 1998 erschienenem Buch "Neuland", in dem er gegen die "stille Tyrannei der Gutmenschen" zu Felde zieht. In der "Leitkultur"-Debatte im Herbst 2000 profilierte er sich mit dem Satz "I'm proud to be a German" (so die Überschrift eines Westerwelle-Artikels in der FAZ) und mit dem Versprechen, er wolle die deutsche Jugend von dem Zwang befreien "mit gebeugtem Kopf und gebeugtem Gang" durchs Leben zu gehen; ausdrücklich stellte er seiner Partei die Aufgabe, das Potenzial von REP und DVU anzusprechen. Alle Indizien sprechen dafür, dass Westerwelle auch vorab über Möllemanns Flyer-Aktion in der Woche vor der Bundestagswahl informiert war. Erst das überwiegend negative Medienecho ließ ihn von Möllemann abrücken - wobei er aber, wie schon zuvor, allein die Form, nicht den Inhalt von Möllemanns angeblichem "Alleingang" kritisierte und über dessen "Vertrauensbruch" lamentierte.

Auch der Rest der FDP schwieg über das antisemitische Stereotyp, das in dem in 8,4 Millionen Exemplaren verteilten Faltblatt in geradezu klassischer Weise reproduziert wurde: das des mächtigen, international organisierten Judentums, welches den kleinen Mann unterdrücke. Dieser aber, Möllemann nämlich, so die Botschaft des Flyers, setze sich nun zur Wehr, "unbeeindruckt" von den "Attacken" Scharons und Friedmanns, deren Porträts zum besseren Verständnis diese perfide Wahlwerbung illustrieren. Dass er sich gegen "jeden Journalisten und Moderator" wehren werde, der ihm den Mund verbieten wolle, hatte Möllemann schon auf einer FDP-Großkundgebung am 30. August in Kiel ausgerufen - unter tosendem Applaus und im Beisein Westerwelles, der dabei, so der Spiegel, in der ersten Reihe stand "und lächelte".

Zu den letzten Gutgläubigen im Lande, die Möllemann als Einzeltäter und Westerwelle als ehrenwerten Mann sehen, gehört der SoZ-Redakteur Christoph Jünke. Hatte er im Frühsommer noch Möllemanns vermeintliche Israel-Kritik als mutiges Abweichen vom deutschen Mainstream herausgehoben (vgl. ak 465), so nimmt er nun den liberalen Parteivorsitzenden in Schutz: Es gebe keinerlei Hinweis, "dass Möllemann mit Wissen und Billigung Westerwelles gehandelt" habe. Vehement widerspricht er der These, "die 18%-Strategie sei eine explizit rechtspopulistische und antisemitische, eine Strategie, die Möllemann zudem mit der Parteispitze um Westerwelle teile." Diese Interpretation, so Jünke weiter, sei eher ein Beispiel für die "linke ‚Hannibal-ante-portas`-Aufgeregtheit, die Analyse durch Verschwörungstheorie ersetzt." Demnach wäre der Spiegel zum Zentralorgan linker Aufgeregtheiten und Verschwörungstheorien geworden.

Was Jünke selbst zur Beruhigung der Gemüter beisteuert, ist aber nicht nur sachlich falsch, so weit es die Vorgänge innerhalb der FDP betrifft. Seine Unbedenklichkeitserklärung schließt auch die absehbare Zukunft mit ein. Die FDP sei "zu einer konsequenten Haiderisierung strukturell unfähig. Ein entsprechender Rechtsruck ist mit dem vorhandenen Parteipersonal nicht umzusetzen und mit den Kapitalinteressen des deutschen Imperialismus unvereinbar." (SoZ 11/02) Dass ausgerechnet die "Kapitalinteressen des deutschen Imperialismus" dauerhaft vor einem Rechtsruck schützen sollen, ist eine ziemlich gewagte Behauptung, insbesondere wenn man sie aus historischer Perspektive betrachtet. Und über die Bereitschaft des deutschen Wahlvolks, eine rechtspopulistische und offen antisemitisch auftretende Partei zu wählen, ist am 22. September noch lange nicht das letzte Wort gesprochen worden.

Js.

Dieser Artikel wurde abgeschlossen, bevor Christoph Jünkes oben stehender Text in der Redaktion einging. Der Autor hat auf eine nachträgliche Kommentierung von Jünkes Vorwürfen verzichtet.

35. Eigentor? Eigentor! Zum Antisemitismusstreit in der SoZ. Antwort an meinen ak-Kritiker

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:34

Wohlwollend interpretiert geht es Js. in seiner Kritik an mir und der SoZ (ak 465) darum, dass er sich Sorgen macht, dass die Einheitsfront "gegen die antideutschen Bellizisten" durch meinen Möllemann/Karsli-Kommentar (SoZ 6/02) und die sich daran anschließende Debatte (SoZ 7-9/02) schweren Schaden genommen hätte. Einer solchen wohlwollenden Interpretation entgegen steht jedoch, was Js. zur Sache ausführt und wie er dies tut. In einer verblüffenden Anhäufung von wahrheitswidrigen Behauptungen, Unterstellungen und Suggestionen hat Js. ein bemerkenswertes Amalgam produziert, das zur Lösung der durch die Möllemann-Debatte aufgeworfenen Fragen nicht nur nichts beiträgt, sondern eher ein Teil des Problems ist, um das es dabei geht.

Wie so häufig war und ist auch die Möllemann-Debatte vielschichtig. Was Möllemann gesagt hat und gemeint haben könnte, ist das eine. Was seine Kritiker ihm vorwerfen, wie und mit welchen Methoden und zu welchem politischen Zweck, ist eine durchaus andere Frage. Ebenso das Problem, wie sich diese innenpolitische Debatte mit dem globalen "Krieg gegen den Terror" im allgemeinen und dem Nah-Ost-Krieg im besonderen verschränkt.

Mein damaliger Kommentar erwähnt die erste Frage, thematisiert aber vor allem den zweiten Komplex. Es erscheint dem flüchtigen (oder ideologisch verblendeten) Leser deswegen, dass ich, wie Js. behauptet, Möllemann gelobt (oder wie die meisten meiner anderen Kritiker sagen: verteidigt) hätte. Das entspricht nicht den Tatsachen. Dass mich manche meiner Leser falsch verstanden haben, ist nachvollziehbar. Spätestens seit meinem ausführlichen und klarstellenden Rückblicksartikel auf den Antisemitismusstreit in SoZ 7/02 sind weitere Missverständnisse in dieser Frage offensichtlich rein politisch-ideologisch bedingt. Und verblüffend, um nicht zu sagen entlarvend ist die Tatsache, dass Js. mit keinem Wort auf diesen Artikel eingeht. Er erwähnt noch nicht einmal, dass es ihn überhaupt gibt. Dort habe ich aber nicht nur klar und deutlich dargelegt, dass und wie Möllemann auch in meinen Augen mit antisemitischen Klischees gespielt hat. Ich bin auch ausführlich darauf eingegangen, warum ich einen Großteil der Argumente und Diskussionsmethoden gegen Möllemann trotzdem für falsch, gefährlich und gerade im Sinne einer Bekämpfung des Antisemitismus für vollkommen kontraproduktiv halte.

Js. verschweigt diesen Beitrag, weil damit einem Großteil seiner Darstellung der sachliche Boden entzogen ist. Die Ignoranz, mit der er meinen Artikel straft, sowie die Art und Weise, wie er aus dem "Fall Jünke" einen "Fall SoZ" macht, zeigen, dass es ihm nicht um eine solidarische, um gemeinsame Probleme ringende Kritik innerhalb einer "Einheitsfront", sondern um ein unqualifiziertes Nachtreten geht.

Dass wir es nicht mit einem "Fall SoZ" zu tun haben, zeigt die reale SoZ-Debatte, die offen und plural geführt wurde und in der fast alle denkbaren Positionen geäußert worden sind (was Js. zum vermeintlichen Umfeld der SoZ-Redaktion sagt, ist ebenso falsch und grotesk wie seine Behauptung, "Redaktion und Anhängerschaft der SoZ" seien gespalten). Dass wir es ebenso wenig mit einem "Fall Jünke" zu tun haben, zeigt nicht nur ein Blick auf andere SoZ-Beiträge. Das zeigt auch ein vergleichender Blick in andere Zeitschriften, in den Freitag, in Ossietzki oder in die Blätter für deutsche und internationale Politik, wo Rothschild, Klönne oder Lucke in die gleiche Richtung schrieben wie ich. Schließlich zeigt ein Blick über den nationalen Tellerrand, dass die neue Antisemitismus-Debatte zwar ein besonderes deutsches Colorit besitzt, aber eine zutiefst internationale und mit den ideologischen Kämpfen der internationalen Politik verschränkte Debatte ist.

Ich habe mit meinen Beiträgen keineswegs "die SoZ gegen die antideutschen Bellizisten in Stellung bringen" wollen. Ich habe vielmehr darauf hingewiesen, wie die alte antideutsche Diskurstaktik mittlerweile zum eisernen Denunziationsinventar der bürgerlichen Meinungsindustrie geworden ist. Bereits in den 70ern versuchten bürgerliche Kräfte, Antizionismus mit Antisemitismus prinzipiell gleichzusetzen, um die sozialistische Linke nachhaltig zu treffen. Seit Anfang der 90er finden sie in diesem Kampf um ideologische Hegemonie zahl- und einflussreiche Kollaborateure in der linksliberalen und linksradikalen Intelligenzia. Heute

erleben wir eine weitere Eskalation dieses ideologischen Kampfes - und auch dafür (auch!) steht der "Fall Möllemann".

Js. ignoriert diese für die sozialistische und antirassistische Linke so zentrale Seite der Möllemann-Debatte vollkommen. Das zeigen seine ak-Texte zum Thema und das zeigt sein Jünke-SoZ-Bashing. Auch er benutzt die postmodern-antideutsche Diskurstaktik, mich zum Holocaust-Verharmloser zu stempeln. Meine Aussage, dass es in dem Krieg im Nahen Osten nicht um das Existenzrecht Israels, sondern um das der Palästinenser gehe, ist für ihn "eine Ungeheuerlichkeit", da ich mich damit jenen Positionen "nähere", "die von einem ‚Genozid` am palästinensischen Volk schwadronieren". Er sagt nicht, dass ich von einem Genozid an den Palästinensern spreche, nein, er sagt: ich "nähere" mich einer solchen Position und diese Annäherung hält er für eine "Ungeheuerlichkeit". Das ist in der Tat ungeheuerlich - nur nicht von mir. In SoZ 9/02 hätte er bei dem von ihm ebenso gekonnt verschwiegenen Michel Warschawski lesen können, wie solcherart politische Polemik jede rationale Debatte, jede kommunikative Vernunft aushebelt. Ist doch egal - so das neue Credo - was die eine oder der andere gesagt hat, Hauptsache es fallen Köpfe, denn es sind ja immer und irgendwie antisemitische!

Dass es für sozialistische Linke keinen Grund gibt, Möllemann nachzutrauern, versteht sich von selbst. Das heißt aber nicht, dass es uns egal sein kann, wie er gestürzt wird. Nicht zu sehen, dass Methoden und Ziele der Möllemann-Kritik auch die klassische linke Kritik an Israels Krieg gegen die Palästinenser treffen sollen - das ist für mich das wirkliche Eigentor in der Debatte. Und dieses Eigentor habe nicht ich geschossen, sondern mein ak-Kritiker.

Christoph Jünke

36. Hitlers willige Gläubige. Goldhagens neues Buch über die Kollaboration der Kirchen mit dem NS-Regime

Goldhagens Buch über die Kollaboration der Kirchen mit dem NS-Regime

Autor: Alexander Neumann · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:02

Nach seiner umstrittenen Untersuchung "Hitlers willige Vollstrecker" aus dem Jahr 1996 hat der US-amerikanische Politikwissenschaftler Daniel Goldhagen erneut ein Buch vorgelegt, das für reichlich Gesprächsstoff sorgt. Thema ist das Verhältnis der christlichen Kirchen zum NS-Regime.

Das Thema ist nicht neu und wurde von der Fachwissenschaft bereits gründlich untersucht. Trotzdem gibt es immer wieder vehement und emotional geführte Diskussionen, wenn die Kollaboration der Kirchenoberen mit dem NS-Staat öffentlich thematisiert wird. Und auch dieses Mal wehren sich Kirchenvertreter gegen die von Goldhagen vorgebrachten Thesen, indem sie ihm Unwissenschaftlichkeit und Unkenntnis der Materie vorwerfen. Goldhagens Anliegen ist es vor allem, über die Verantwortung der Kirchen durch die Duldung des Holocaust zu sprechen. Diese moralische Stoßrichtung verleiht dem Werk zwar manchmal eine etwas einseitige Sichtweise, doch an seiner These von einem grundsätzlich positiven Verhältnis der Kirchen zum NS-Staat lässt sich nicht rütteln.

Tatsächlich waren die Kirchen im Dritten Reich kein Hort des Widerstandes, wie es die Kirchengeschichtsschreibung nach 1945 mit Verweis auf einige prominente Opfer und Widerständler (z.B. Karl Niemöller oder Dietrich Bonhoeffer) gern darstellte. Vielmehr kam es auf zahlreichen Ebenen und in vielen Bereichen zu gemeinsamen Aktivitäten von Kirchen und Regime. Innerhalb der evangelischen Kirche vertraten besonders die "Deutschen Christen" uneingeschränkt nationalsozialistische Positionen. Aus ihren Reihen rekrutierte sich bereits 1933 der von der Nationalsynode gewählte Reichsbischof. Im selben Jahr kam das NS-Regime auch mit der katholischen Kirche zu einer generellen Übereinkunft, die am 20. Juli 1933 mit der Unterzeichnung des Konkordats durch Papst Pius XII. besiegelt wurde. Damit waren schon im ersten Jahr der NS-Herrschaft die beiden christlichen Kirchen zumindest an ihrer Spitze in das System eingebunden; sie hatten ihren Frieden mit dem zunächst als antiklerikal beargwöhnten Staat gemacht, auch wenn der "Kirchenkampf" wegen des totalen Machtanspruchs des Regimes weiterging.

Die Gesamtheit der christlichen Gläubigen bildete zwar keinen monolithischen Block, der von nun an bedingungslos zu Hitler und seiner Politik gestanden hätte. Auf Kritik stießen allerdings vor allem die Einmischungen des Staates in innere Kirchenangelegenheiten. Ansonsten herrschte - wie bei anderen Bevölkerungsgruppen auch - große Zustimmung zu den Zielen des NS-Staates, z.B. der Wiederherstellung einer deutschen Großmacht. Trotzdem versuchte das Regime auch auf dem Gebiet der Kirchen den Einfluss der Partei- und Staatsorganisationen durchzusetzen. Um die Gleichschaltung zu erreichen, verfolgte Hitler jedoch keine offen antiklerikale Politik, sondern eine schleichende Aushöhlung der kirchlichen Autonomie durch staatliche Erlasse und repressive Maßnahmen.

Trotz dieser Spannungen stellten sich mit Kriegsbeginn die Kirchen bedingungslos auf die Seite des Staates, da sie den Kampf gegen den "jüdischen Bolschewismus" unterstützten. Mit dem in Kirchenkreisen weit verbreiteten traditionellen religiösen Antisemitismus lässt sich unter anderem erklären, warum die Kirchenvertreter nicht gegen die Vernichtung des europäischen Judentums protestierten. Dieses Schweigen fällt besonders auf, wenn man es mit den kirchlichen Protesten, z.B. des Münsteraner Bischofs von Galen, gegen die Ermordung der Insassen von Heil- und Pflegeanstalten im Rahmen der sogenannten Euthanasie vergleicht.

Goldhagen fordert von den Kirchen, sich mit diesen antisemitischen Tendenzen auseinander zu setzen, die bis weit ins Mittelalter zurück reichen. Es geht ihm dabei weniger um die von vereinzelten Kirchenleuten verübten Verbrechen und aktive Mittäterschaft bei der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden als vielmehr um die moralische Schuld durch Schweigen und unterlassene Hilfe, obwohl die Kirchenoberen genaue Informationen über den Holocaust hatten. Goldhagen gesteht zu, dass unter dem Dach der Kirchen, versteckt von Pfarrern und Gemeindemitgliedern, auch Jüdinnen und Juden den Zweiten Weltkrieg überlebten..

Allerdings betont er zu Recht, dass diese zu würdigende Hilfe im Vergleich zu der umfangreichen Zusammenarbeit mit dem Regime keine Exkulpierung bedeuten könne.

Wie schon bei "Hitlers willigen Vollstreckern" fällt in der Analyse auf, dass der Autor trotz eines berechtigten Anliegens und guter Argumente zum Teil über das Ziel hinausschießt, indem er seiner Anklageschrift gegen die christlichen Kirchen durch seine moralisierende Haltung viel an Gewicht nimmt. Statt dessen hätte eine sachliche historische Analyse dem Thema besser getan, wie es zahlreiche Darstellungen in den letzten Jahren vorgemacht hatten; diese erreichten allerdings bedeutend weniger Aufmerksamkeit in der breiten Öffentlichkeit. So kommt Goldhagen das Verdienst zu, dieses Thema erneut auf die öffentliche Agenda zu bringen. Sein Buch könnte dazu beitragen, dass die Kirchen sich endgültig von dem Mythos verabschieden, sie wären die einzig wahren Widerstandsnester im Dritten Reich gewesen. Wenn man noch die Unterstützung betrachtet, die Kirchenvertreter nach dem Krieg führenden Nazis zuteil werden ließen, indem sie ihnen entweder zur Flucht ins Ausland verhalfen oder ihre Freilassung aus den alliierten Gefängnissen forderten, ist eine schonungslose Aufarbeitung des Verhältnisses zum Nationalsozialismus von Seiten der Kirchen dringend notwendig.

Alexander Neumann

Daniel Goldhagen: Die katholische Kirche und der Holocaust. Eine Untersuchung über Schuld und Sühne. Siedler-Verlag Berlin, 356 Seiten, 24,90 EUR

37. Achtundachtzig Jahre Leben. Die Geschichte des Wladyslaw Szpilman - erzählt von ihm selbst, verfilmt von Polanski

Autor: Stefanie Graefe · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:45

Dass Polanskis Epos "Der Pianist" auf einer authentischen Geschichte beruht, ist wichtig zu wissen. Denn sonst müsste man sich wohl ärgern über diese Story, die so unglaublich ist, dass sie eigentlich nur aus Hollywood kommen kann.

Wladyslaw Szpilman, schon vor dem Zweiten Weltkrieg polnischer Pianist von Weltklasse, ist die Hauptperson in Polanskis Film. Szpilmans Erinnerungen an die Zeit der Nazi-Okkupation in Warschau sind unter dem Titel "Tod einer Stadt" bereits 1946 in Polen erschienen, fielen dann aber bald der Zensur zum Opfer und wurden nicht mehr neu aufgelegt. Erst 1998 kam es zu einer Wiederveröffentlichung in Deutschland, auf Initiative von Wolf Biermann, der den Autor persönlich kannte.

Szpilman, Hauptperson in Film und Buch, entkommt zweieinhalb Stunden beziehungsweise vier Jahre und vier Monate lang Gettoisierung, Deportation, Erschießungen, dem Tod durch Verhungern, brennenden Häusern, spitzelnden Nachbarinnen und der allgegenwärtigen SS. Im letzten Moment findet er immer wieder einen Ausweg, oder, besser gesagt: findet der Ausweg immer ihn, denn dieser Wladyslaw Szpilman ist zwar ein begnadeter Klavierspieler, aber kein Held. Mehr irritiert als mutig stolpert er auf leichenbedeckten Straßen, durch Verstecke und die Überreste von Warschau.

Es trifft schon zu, was ein Rezensent schreibt: "Der Film lässt keine Nähe zum Helden zu." Regelrecht unverschämt ist aber, weiß man, dass Polanski selbst als Neunjähriger aus dem Krakauer Getto flüchtete, während seine Mutter in Auschwitz ermordet wurde, die daraus folgende Schlussfolgerung: "Die Unzulänglichkeit des Lebens ist eben auch die des Filmemachers. Wertung: mittelmäßig." (1) Tatsächlich zeichnet die enge Orientierung an der autobiografischen Vorlage den Film aus. Polanski hat, genau wie Szpilman selbst, gerade kein Familien- oder Personendrama gestrickt, sondern entwirft durch die Person Szpilman hindurch eine beinahe dokumentarische Perspektive auf den Alltag im Getto. Buch wie Film laden eben nicht dazu ein, sich an ein Einzelschicksal zu heften, um sich von diesem erst erschrocken, dann entsetzt und schließlich erleichtert mitreißen zu lassen.

Es waren nur ein paar Sekunden im August 1942, die erlaubten, dass Polanski sechzig Jahre später Szpilmans Geschichte verfilmen konnte. Auf dem "Umschlagplatz" im Warschauer Getto, inmitten tausender Juden und Jüdinnen und zwischen seinen Eltern und seinen drei Geschwistern auf die Deportation nach Treblinka wartend, kauft Szpilmans Vater mit seinen letzten Zloty ("man wird kein Geld mehr brauchen") ein Sahnebonbon, teilt es durch sechs: Die erste "Mahlzeit" seit langem und für Szpilmans Familie zugleich die letzte. Kurz darauf, neben den Gleisen, auf denen die Viehwaggons nach Treblinka warten, packt ihn ein jüdischer Polizist am Kragen und zieht ihn aus der Menge raus, zischt ihm, als Szpilman sich wehrt, ins Ohr, was willst du, ich habe dir das Leben gerettet, hau ab. Jetzt weiß er, dass die Gerüchte über den wahren Charakter der von den Nazis angekündigten "Umsiedlung" stimmen. Für Szpilman beginnt eine fast dreijährige Odyssee durch das terrorisierte Warschau, immer in Erwartung der eigenen Mörder lebend, unzählige Male Zeuge wahlloser, alltäglicher Morde und der Niederschlagung zweier Aufstände, des jüdischem im Getto und des polnischen im restlichen Warschau.

Was in dem Film der Höhepunkt ist, ist in Szpilmans eigenen Erinnerungen lediglich eine Episode mehr: Szpilman haust im Winter 1944/45 total entkräftet auf dem Dachboden einer zerstörten Villa, jeden Tag in Erwartung der Befreiung durch die Rote Armee, als ihn ein Wehrmachtsoffizier entdeckt. Am Ende, so scheint es, war der Kampf ums Überleben erfolglos. Doch dieser Deutsche ist vom Krieg so müde wie Szpilman selbst. Er fragt nach Szpilmans Beruf. Als dieser antwortet: Pianist, lächelt der Offizier ironisch und weist mit der Hand auf den Nebenraum, in dem ein Klavier steht: Dann bitte schön. Szpilman spielt, zum ersten Mal seit seiner Flucht aus dem Getto. Er spielt, das ist klar, um sein Leben, aber er schildert dies so freundlich-distanziert, wie alles andere auch: "Ich spielte Chopins Nocturne cis-Moll. Der gläserne, klirrende Ton, den die verstimmten Saiten hervorbrachten, hallte in der leeren Wohnung und im Treppenhaus wider, flog auf die andere

Straßenseite durch die Ruinen der Villa und kehrte als gedämpftes, wehmütiges Echo zurück. Als ich geendet hatte, schien die Stille noch dumpfer und gespenstischer."

Hauptmann Hosenfeld erschießt Szpilman nicht, sondern versorgt ihn mit Essen. Am Ende überlebt Szpilman und Hosenfeld stirbt, trotz Szpilmans Bemühungen, ihm zu helfen, 1952 in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager. Im Buch sind Auszüge aus Hosenfelds Erinnerungen während des Krieges angehängt; sie dokumentieren vor allem, wie ein unpolitischer und der "nationalsozialistischen Revolution" zunächst indifferent gegenüberstehender Wehrmachtsoffizier instinktiv zunehmend tiefer in Widerspruch gerät mit der "Arbeit", die seine "Kameraden" tun. Inmitten der Mörder ein Mensch: sicherlich eine besondere Begebenheit. Gleichwohl ist befremdlich, wie Hosenfeld in den Kommentaren zu Buch und Film zum "Retter" Szpilmans und damit zum eigentlichen Helden der Geschichte gemacht wird. Dass Szpilman vor allem eine Riesenportion Glück und sein, wie er selbst sagt, "animalischer" Lebenswille rettete, wird dabei unterschlagen. Muss jede Geschichte ihren Helden haben? Man kann Respekt vor Hosenfelds Entscheidung haben, nicht Juden zu töten, sondern Szpilman und anderen zu helfen, ohne sie als gleichsam Übermenschliches zu glorifizieren, wie es auch Wolf Biermann in seinem Essay tut, das Szpilmans und Hosenfelds Erinnerungen nachgefügt ist, wenn er Hosenfeld in eine Reihe stellt mit anderen Deutschen: Bach, Goethe, Heine, Büchner und Brecht.

Wladyslaw Szpilman starb, allen Anstrengungen seiner potenziellen Mörder zum Trotz, als gefeierter Pianist und Komponist im Jahr 2000. Er wurde 88 Jahre alt.

Stefanie Graefe

Anmerkung:

1) Vgl. www.intrinet.de und www.brosmedia.de

Wladyslaw Szpilman: Der Pianist. Mein wunderbares Überleben. Vorwort von Andrzey Szpilman, Anhang von Wilm Hosenfeld. Mit einem Essay von Wolf Biermann. Ullstein Verlag, München 2002, EUR 7,95

Der Pianist (F/D/Pl/UK 2002) 148 Minuten, Regie: Roman Polanski

38. HipHop made in Germany. Deutschrap droht antirassistischen HipHop zu verdrängen

Autor: DSe · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:15

HipHop ist antirassistische Weltkultur. Jedenfalls für Hannes Loh, der gemeinsam mit Murat Güngör von Kanak Attak gerade das Buch Fear of a Kanak Planet veröffentlicht hat. Die Autoren zeigen, wie derzeit eine Popularisierung des so genannten Deutschraps stattfindet und HipHop immer mehr zu einer nationalistischen Spielwiese für weiße Mittelstandkids verkommt. Loh und Güngör warnen davor, dass sich künftig Rechte und Nazis des HipHops annehmen und ihn wie schon zuvor beim Rock von seinen schwarzen Wurzeln ablösen.

Die zentrale These des Buches von Loh und Güngör lautet: HipHop ist in seinen Ursprüngen die Musik der (rassistisch) ausgegrenzten und daher antirassistische Weltkultur. Während das in den USA schwarze "Getto-Kids" waren, hat sich HipHop in Deutschland vor allem in der (männlichen) Migranten-Szene manifestiert. Junge Türken, Jugoslawen, Schwarze, Afrodeutsche, Griechen - allesamt in Deutschland groß geworden und mit alltäglichen Rassismen und Ausgrenzung bestens vertraut - waren das Zentrum. In den Jugendzentren der Republik nahmen sie sich des HipHops an: In den frühen 80er Jahren war es zunächst der Break-Dance, der den migrantischen Jugendlichen neue Möglichkeiten des Ausdrucks gab. Dann kamen Sprayen, DJing (Scratchen) und schließlich der Rap. Für diese Kids waren Rapformationen wie Public Enemy nicht nur wegweisend, sie schienen auch aus einer vergleichbaren gesellschaftlichen Situation und einer ähnlichen Erfahrung zu texten. Wer in dieser frühen Phase dabei sein wollte, der musste in die Jugendzentren gehen. Fortan berichteten überwiegend MigrantInnen-Kindern in einer schnell anwachsenden Szene von ihren alltäglichen Erfahrungen, von ihren Lebensumständen in sozialen Brennpunkten, von rassistischen Alltagserfahrungen und was sie sonst noch so beschäftigte. In dieser Phase bis Anfang der 90er Jahre spielte es - so die Autoren - keine große Rolle, in welcher Sprache gerapt wurde: Nationalität, Sprache und Herkunft waren nebensächlich.

Nach der deutschen Wiedervereinigung und den rassistischen Anschlägen und Überfällen in Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen änderte sich dass schnell. Die beiden Autoren machen das an dem Album von den Fantastischen Vier fest, die 1992 mit großem kommerziellen Erfolg Vier Gewinnt und die Single Die da!?! veröffentlichten. Hier entsteht nun etwas, dass seitdem seinen Siegeszug unter dem Namen Deutschrap angetreten hat und in dessen Mittelpunkt nicht mehr alltägliche Erfahrungen einer ausgegrenzten und stark migrantisch geprägten Unterschicht stehen. Spaß und gute Laune - komplett Deutsch gereimt - kam nun auf die Tagesordnung. Diejenigen, die jetzt die Hitparaden zu stürmen begannen und kommerziell absahnten, waren weiß, stammten aus dem Mittelstand und hatten mit der bisherigen HipHop-Szene nichts zu tun gehabt. Auf der Suche nach neuen Absatzmärkten unterstützten Musiksender und Plattenindustrie diese Entwicklung massiv. HipHop ist in der deutschen Mitte angekommen. Diejenigen, die bislang die Szene ausmachten und neben allen erdenklichen Sprachen immer wieder auch auf Deutsch gerapt hatten, werden nun mit dem Etikett Oriental-HipHop versehen und dadurch weiter ausgrenzt.

Über Rassismus rappen

Geschockt von den Ereignissen in Hoyerswerda und Rostock widmen sich viele verstärkt dem Thema Rassismus. Höhepunkt war sicherlich die aus Heidelberg stammende Formation Advanced Chemistry mit Torch, Toni L. und Linguist. Während in der Republik AsylbewerberInnen von Skins ermordet werden, AusländerInnenwohnheime brennen, der Mob applaudierend daneben steht, der Deutsche Bundestag das Asylrecht nahezu beseitigt und der Deutschrap gerade erfunden wurde, entsteht das Album Fremd im eigenen Land. Doch was in der Szene mit viel Aufmerksamkeit beachtet wird und vielen - vor allem - migrantischen Kids aus der Seele spricht - hat kommerziell keine Chance. Auch der zwei Jahre später veröffentlichte Song Operation Artikel 3 wird lediglich in der Szene wahr genommen. Torch und Freunde thematisieren hier ihre eigene Situation als in Deutschland geborene bzw. mit deutschem Pass ausgestattete Jungs mit schwarzer Hautfarbe. Bei der Musikindustrie können Advanced Chemistry damit nicht landen.

Bis zur Jahrtausendwende boomt der Deutschrap. Immer mehr weiße Mittelstands-Kids stürzen sich auf den Rap und eine bestens organisierte Medienlandschaft pusht das Zeug in die Charts. Die Festivals werden

immer größer. VertreterInnen der alten Szene, die in ihren Texten weiterhin auf ihre Lebensumstände aufmerksam machen, haben nur noch im Rahmen von Multikulti-Veranstaltungen gegen Rechts eine Chance wahrgenommen zu werden. Häufig ist das aber nicht mehr als Folklore.

Ende der 90er Jahre verschärft sich die Situation weiter. Neben dem Deutschrap für die neue Spaßgesellschaft entwickelt sich eine Battlekultur, die immer krassere Ausdrucksformen findet. Die sexistischen Sprüche nehmen zu: Andere MC werden als "Schwanzlutscher" oder "Fotze" gedisst, Frauen - in der HipHop-Szene ohnehin kaum als Akteurinnen zu finden - werden zu "Bitches", allenthalben werden "Mütter gefickt", wenn ein anderer MC runter gemacht werden soll. Immer häufiger werden schwarze Rapper von Weißen als "Nigger" bezeichnet. Immer häufiger tauchen Sprüche auf, die auf den Nationalsozialismus zugreifen: "Ich burn dich wie Synagogen" oder "ich vergas' dich wie Hitler die Juden" lauten auf einmal die Freestyles.

Auf den Internetseiten von Nazis und Rechten beginnt parallel eine Diskussion, in wie weit es den Nazis möglich ist, den HipHop von seinen schwarzen Wurzeln zu trennen und ihn als massentaugliches Instrument der Propagandaarbeit einzusetzen. Mit Rechts-Rock war das ja inzwischen gelungen und diese rechte Kulturarbeit dürfte starken Anteil daran gehabt haben, dass Jugendliche verstärkt mit rechtem Denken in Kontakt kamen.

Auch wenn es noch keine eindeutig rechten HipHoper gibt. Die beiden Autoren führen diverse Belege aus Raptexten und Internetdiskussionen an, die deutlich machen, dass Nazi-Rap durchaus Realität werden könnte.

Beide Autoren von Fear of the Kanak Planet stammen aus dem Herzen der HipHop-Szene Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, waren als Rapper aktiv und sind bis heute fest in der Szene verwurzelt. Loh inzwischen vor allem als Autor, Göngör als Aktivist bei Kanak Attak. Dadurch dürfte ihr Blickwinkel für viele aus dieser Szene sicherlich interessant sein und möglicherweise führt das dazu, dass es tatsächlich zu Diskussionen kommt, was HipHop ist und wohin er sich entwickelt. Doch damit fehlt ihnen natürlich auch ein wenig die Distanz und die Differenzierung. Vor allem letzteres. So entsteht doch ein sehr einfaches und schablonenartiges Bild von der politischen Geschichte des HipHops.

Um nur ein Problem zu nennen: Einige Seiten widmen die Autoren dem Thema Sexismus im HipHop, denn es ist offenkundig, das weibliche MCs die Ausnahme waren und sind. Doch während die Autoren ansonsten immer schön nach jeweiligem Lager bzw. Phase unterscheiden, gibt es beim Thema Sexismus diese Unterscheidungen nicht mehr. Hier wird eher universal kritisiert. Damit verschwindet das Thema weitgehend in einer vermeintlichen Normalität. Dadurch lässt sich zwar das Bild einer heilen HipHop-Welt in den 80er und Anfang der 90er Jahre aufrechterhalten, politisch ist das aber eher blind.

DSe, rock-links.de

Hannes Loh, Murat Güngör: Fear of a Kanak Planet, HipHop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap, 2002, Hannibal-Verlag, 19,90 Euro

39. Tresenthesen und Tritte gegen Rechts. Rantanplan legt abwechslungsreiche EP vor

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:26

Dass Ska-Punker sich mit Neil Diamond auseinander setzen, ist sicherlich ungewöhnlich. Auf ihrer neuen EP "Tresenthesen" hat sich Rantanplan den Klassiker "Solitary Man" vorgenommen und wieder belebt.

Die Hamburger Band orientiert sich musikalisch neu, denn auf der EP klingt Rantanplan erheblich melodiöser und rhythmischer, als man es bislang gewohnt war. Und dabei wildert sie auch in anderen Stilrichtungen. Unter den acht Songs befindet sich mit "Mondschuld County" eine Neueinspielung der Samba-Nummer "Nur der Mond hat schuld", die jetzt stark auf Country getrimmt ist und munter swingt. Von ihrer ersten Platte "Kein Schulterklopfen" stammt die Neuvertonung von "Durch die Nacht fällt Schnee". Der Song mit dem etwas spacig klingenden Gesang, einer flotten akustischen Gitarre und wunderbaren Bläsereinsätzen klingt leicht südamerikanisch. Selbst an Disko-Sound Marke Miami wagt sich Rantanplan ran ("Disko-Kalle"). Für die Fans dürfte das Ganze starker Tobak sein. Aber die Bandmitglieder werden nicht müde zu betonen, dass sie Neues ausprobieren und sich nicht langweilen wollen, indem sie sich permanent wiederholen. Mit "Tresenthesen" sind sie ganz sicher auf dem Weg.

Den Trend, dass ihre Texte weniger eindeutige politische Statements enthalten, setzt Rantanplan fort. Und dass die Jungs politisch sind, dass müssen sie nicht unbedingt auf einem Plakat vor sich her tragen. Mitten in der Arbeit an ihrer neuen EP nahm sie in Hamburg an dem Benefizkonzert gegen Brechmitteleinsätze (vgl. ak 465/466) teil. Torben, Sänger und Gitarrist erklärte das Engagement der Band: "Unter Schill ist ein Leben scheinbar so viel wert wie unter John Wayne." Ohne langes Gerede bezeichnet er die Brechmitteleinsätze als Folter.

Bei dem Konzert anlässlich des zehnten Jahrestages der Überfälle auf das Ausländerwohnheim in Rostock-Lichtenhagen (Ende August) sorgte die Band nicht nur auf der Bühne für Schwung. Vor dem Konzert trafen sich die fünf Musiker in einem nahe gelegenen Jugendclub mit AktivistInnen verschiedener Rostocker Antirassismus-Initiativen. Dabei ließen sie sich nicht nur über die Situation vor Ort informieren, sondern diskutierten mit den Jugendlichen darüber, wie man mit Nazis und Skins umgehen solle. Als die Band meinte, dass es auch mal ganz nützlich sein könnte, wenn man den Skins was auf die Glocke gäbe, und von eigenen Auseinandersetzungen mit Nazis erzählten, sorgte das für reichlich Diskussionsstoff.

Im Dezember geht Rantanplan mit den "Tresenthesen" auf Tour. Nachdem sich die Band im Sommer von ihrem bisherigen Label Rod-Rec getrennt hat, hat sie die Produktionskosten für die EP erstmal selbst aufgebracht. Die Platte wird lediglich in einer Auflage von 1.000 Exemplaren erscheinen und soll dann nur während der Tour oder über die Internetseite der Band gekauft werden können.

DSe, rock-links.de

Rantanplan, Tresenthesen,

www.rantanplan.musicpage.de

Record-Release-Party: 4.12. Hamburg, Tanzhalle St.Pauli, 21 Uhr. Weitere Tourdaten: 8.12. Hamburg, Markthalle; 12.12. Nürnberg, Neuer Kunstverein; 13.12. Linz, Stadtwerkstatt; 14.12. Wien, Arena; 15.12. Ingolstadt, Ohrakel; 17.12. Hannover, Indiego Glocksee; 18.12. Trier, Exhaus; 19.12. Bochum, Zwischenfall; 20.12. Bielefeld, Kamp; 21.12. Düsseldorf, Benrather Hof

40. Amerikanische Zustände. Michael Moore's Erkundungen im Land der unbegrenzten Möglichkeiten

Autor: lg · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:35

1990 erregte ein bis dahin bei uns unbekannter US-Amerikaner einiges Aufsehen in der Kinoszene. Bewies doch sein bissig-satirischer Dokumentarfilm "Roger & Me" über den Niedergang seiner von der Autoindustrie geprägten Heimatstadt Flint/Michigan vor allem eines: Man kann Dokumentarfilme machen, die sich die Menschen gerne ansehen. Jetzt hat Moore, mehrere Jahre Herausgeber einer alternativen Tageszeitung, dann Kopf einer erfolgreichen Fernsehshow und nebenbei auch noch Filmemacher, sich erneut aufgemacht, US-amerikanische Zustände zu erkunden.

Es begann 1999, als Moore für seine TV-Show "The Awful Truth" (Die furchtbare Wahrheit) das satirischen Stück "Teen Sniper School" (Die Schule der Teen-Scharfschützen) abgedreht hatte. Wenige Tage nach dem Dreh, am 20. April 1999, erschossen zwei Schüler an der Colombine High School in Littleton/Colorado zwölf MitschülerInnen und einen Lehrer. Die Bilder dieses ersten großen Schulmassakers gingen um die Welt. Plötzlich war aus Satire - die übrigens nie gesendet wurde - Realität geworden. Eine Realität, die viel dichter an Moores eigenem Leben war, als er es selbst wusste.

Einer der Todesschützen hatte seine Kindheit in Michigan verbracht. Terry Nichols, der 1994 einer der Täter hinter dem Bombenattentat von Oklahoma City war, ging auf Moores Nachbarschule und Charlton Heston, der große Zampano der Waffenlobby National Rifle Association (NRA) kam ebenfalls aus Moores Heimat. Anlässe genug um Moore neugierig zu machen: Woher kommt diese Faszination der US-Amerikaner für Waffen und wohin führt sie das Land? Also machte er sich auf eine Reise quer durch die USA. Er sprach mit Angehörigen rechter Milizen, mit den Verwandten der Täter, mit LehrerInnen, die ZeugInnen dieser Schülermorde wurden; auch in seiner Heimatstadt Flint, wo während Filmarbeiten eine sechsjährige Schülerin von einem Mitschüler erschossen wurde.

Am 11. September 2001 war der Filmemacher in Los Angeles und musste, da es keine Flüge gab, seine Heimreise durch Oklahoma, Texas und Missouri nach New York mit dem Auto antreten. Unterwegs sprach er mit den Leuten. "Ich war erstaunt, dass es in dieser ersten Woche nach den Anschlägen keine blutdurstigen Rufe nach Rache gab. Statt dessen gab es Kummer und Leid und viele Fragen. Warum? Wer würde so etwas tun? Warum hasst man uns? Was haben wir getan? Das war sehr kraftvoll und es setzte meine Gedanken in Gang, wie dieser Film in ein universelles, globales Bild hineinpassen könnte." Diesen Denkprozess sieht man seinem Film an und nicht nur in der Sequenz, in der er dem US-amerikanischen Publikum zu den Klängen von "It's a wonderful world" die Zahl derjenigen Menschen vor Augen führt, die Opfer von US-Interventionen in aller Welt wurden.

Der Film ist das ungemein spannende Porträt einer Nation, die an extremer Paranoia leidet. Denn für Moore ist es vor allem die Angst, die die amerikanische Psyche - oder besser die weiße amerikanische Psyche - bestimmt. Er vermittelt seine Ansichten auf vielfältige Weise. So ist etwa die Zeichentricksequenz, in der er die amerikanische Geschichte der Angst bis auf die Gründerväter zurückführt, ein Lehrstück in unterhaltsam-ironischem und doch parteiischem Geschichtsunterricht. Moore lässt vor allem Fakten sprechen: "Wir haben rund eine Viertelmilliarde Waffen in Umlauf - und sie gehören in der Mehrheit Weißen, die in Wohnvierteln ohne nennenswerte Kriminalitätsrate leben. Unsere Morde werden meist im häuslichen Umfeld verübt; Ehemann/Ehefrau, Freund/Freundin, Kollegen."

Eine Nation mit extremer Paranoia

Ihm gelingt auch scheinbar Unmögliches wie ein Interview mit Charlton Heston. Schließlich ist Moore lebenslanges Mitglied der NRA und war sogar bester Jugendschütze bei einem NRA-Wettbewerb. Er sucht Heston in dessen Haus auf und beginnt sein Interview mit Fragen danach, warum die NRA so geschmackvolles Timing bei ihren Großveranstaltungen beweist. Ihre Versammlungen finden in letzter Zeit stets kurz nach einem neuen Massaker oder auch nur einem "kleinen" Zwischenfall mit privaten Waffen (und Toten) in den betroffenen Städten statt. Dann zückt Moore das Bild eines kleinen Mädchens, eben jenes Opfers in seiner Heimatstadt. Heston ergreift in seinem eigenen Haus die Flucht vor den Konsequenzen seines Waffenlobbyismus und Moore hinterlässt ihm das Bild als Andenken.

So redet er mit den Verantwortlichen. Und ist dabei immer freundlich und höflich, nie aggressiv, kommt stets auf den Punkt und legt den Finger in die Wunde. Ganz anders geht er mit den Opfern um: Als die Lehrerin, die Zeugin der Erschießung des kleinen Mädchens wurde, vor laufender Kamera zusammenbricht, führt er sie (mit dem Rücken zur Kamera) weg und tröstet sie. Das ist so ganz anders als der im Fernsehen praktizierte Voyeurismus, in dem unter dem Mäntelchen der Betroffenheit noch die letzte Träne der Opfer der Quote dient. Kino und vor allem dokumentarisches Kino lebt von der Montage, von der visuellen Verknüpfung und Gegenüberstellung. Und hier erweist er sich geradezu als Meister der Stellungnahme ohne Kommentar: Vor das Interview mit dem Rockstar Marilyn Manson montiert er Statements von TV-ModeratorInnen und PolitikerInnn, die den Musiker zum Hauptverantwortlichen für Jugendgewalt machen wollen.

Moores Kino ist Kino der Intervention. Hier mischt sich einer ein und fordert so seine Landsleute auf, sich auch einzumischen. Das versteht Moore auch ganz praktisch: Aus einem Teil der Gewinne von "Roger & Me" gründete er das Center For Alternative Media, aus dem bislang über eine halbe Million US-Dollar an unabhängige FilmemacherInnen und soziale Gruppen geflossen ist.

Um Einmischung geht es auch in Moores neuem Buch mit dem Untertitel: "Eine Abrechnung mit dem Amerika unter George Bush". Moore geht noch einmal zurück bis zu jenem berühmt-berüchtigten Wahltag am 7.11.2000, als es in Florida auf Messers Schneide stand, und versucht nachzuweisen, dass der Coup lange geplant war. Denn für ihn ist George Bush alles andere als ein legitimer Präsident. Der schwarze Filmemacher Spike Lee hat das in seinem Beitrag zum Episodenfilm "Ten Minutes Older - The Trumpet" auf die Formel "We wuz robbed" (Wir wurden betrogen) gebracht. Eine Auffassung, die auch Moore teilt. Mehr noch: Er legt Beweise dafür vor, dass die Gruppe um Bush und die ihn unterstützenden Konzerne das Ganze von langer Hand vorbereitet haben. Zwar gerät er damit durchaus in die Nähe der in den USA so beliebten Verschwörungstheorien; allein seine Beweise personeller Verflechtungen zwischen Bush-Mannschaft, Softwareherstellern und jenen, die die Wahlmaschinen herstellten, halten jeder Nachprüfung stand. In elf Kapiteln und einem Epilog hält er seinen Landsleuten den Spiegel vor. Befasst sich mit dem Rassismus, der militarisierten Außenpolitik genauso wie mit der Todesstrafe oder Fragen von Ökologie und Ökonomie.

Dabei ist Moore sicherlich alles andere als ein Analytiker; er zeigt auf, wie es ist, und rechnet gnadenlos mit der neunen Regierung ab. Dabei macht er sich keinerlei Illusionen über die Alternative Al Gore bzw. den allseits beliebten Bill Clinton. So kommentiert er eine zweiseitige Liste voller Verordnungen, die auch ein George Bush problemlos hätte unterzeichnen können mit den Worten: "Sie werden mir in Anbetracht der genannten Leistungen wohl zustimmen, dass Bill Clinton der beste republikanische Präsident war, den Amerika je hatte."

Kunst als Mittel der Intervention

Immer wieder gelingen ihm Einblicke und Einsichten, die vor allem für Europäer so manche Überraschung bieten und so gar nichts mit dem Bild zu tun haben, das uns hier in den Medien vermittelt wird: Dass nämlich das US-amerikanische Volk wie ein Mann hinter Bush und seinen Leuten steht. Mit diesem Bild kann irgend etwas nicht stimmen, sonst wäre Moores Buch in den USA nicht der Verkaufsschlager des letzten Sommers geworden - und das obwohl mindestens eine große Buchhandelskette sich weigerte, es überhaupt ins Sortiment zu nehmen. Offensichtlich spricht er mit seiner klaren, einfachen Sprache ein verbreitetes Unbehagen an der Regierung Bush an.

Die Frage, ob Moore ein Linker oder was auch immer ist, ist für mich vor diesem Hintergrund uninteressant. Sicherlich ist er ein radikaler Demokrat und einer, der - wenn auch ohne Illusionen - den amerikanischen Traum träumt und Bush & Co. als personifizierten Verrat an genau diesem Traum empfindet. Das macht ihn wütend und diese Wut setzt er um: in einen aggressiven Film, der den Finger in die offenen Wunden der USA legt und in ein Buch, dass - stammte es nicht von einem US-Amerikaner - in den hiesigen Medien sicherlich als antiamerikanisches Machwerk verrissen würde.

lg, Köln

Michael Moore: Stupid White Men, Piper-Verlag, 368 Seiten, 12 Euro

Bowling For Colombine startet am 21.11. im Verleih von Prokino.Weitere Informationen: www.michaelmoore.com.

41. Alle Jahre wieder: 25.000 Euro für ak

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak467/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:46

Revolutionäre Zeiten und revolutionäre Bewegungen an der Schwelle zur Machteroberung erkennt man u.a. an der Revolutionssteuer. Ein durchaus zwielichtiges Instrument der Einkommensverbesserung, denn nur allzu oft endet die Macht aus den revolutionären Gewehrläufen in schlichter Erpressung oder schnöder Bereicherung.

Wie gut, dass diese Zeitung und ihre MacherInnen in dieser Hinsicht absolut unkorrumpierbar sind. Weder lauert hinter der nächsten Ecke der Umsturz, noch will sich z.Z. irgendjemand in solch umstürzlerischer Absicht hinter dem ak-Logo scharen. Und an Stelle der Kritik der Waffen befassen wir uns immer noch mit der Waffe der Kritik.

Doch diese ist leider alles andere als kostenfrei. Und in den tiefsten Abgründen unserer roten und schwarzen Seelen hat die eine oder der andere durchaus schon mal sehnsuchtsvoll an das Utopia einer Revolutionsabgabe für ak gedacht. Vieles könnte dann so viel schöner und einfacher sein.

Aber ach, die Zeiten, sie sind nicht so. Statt Revolutionssteuer gibt's Ökosteuer, und deshalb müssen wir sagen, wie es ist: ak bewegt sich Monat für Monat und Jahr für Jahr am Rande des finanziellen Kollaps, und zwar ohne jegliches Netz und doppelten Boden. Doch dafür vollführen wir die atemberaubendsten Salti und gewagtesten doppelten, wenn nicht gar dreifachen Rittberger: Neues Layout, sauber recherchierte und treffsicher geschriebene Artikel gegen die triste Realität und für das herrliche Morgen, das Magazin Fantômas, Theorie und Praxis, Analyse und Kritik, Lust und Pepp gegen Frust und Nepp. Wir mischen uns in Debatten ein, die wir wichtig finden und hören zu, wo uns andere was zu sagen haben.

Und jedes Jahr wieder sagen wir an dieser Stelle dasselbe, nicht weil wir das so gerne tun, sondern weil uns schlicht nichts anderes übrig bleibt: Wer will, dass es ak auch im nächsten Jahr weiter gibt, der/die muss in seinen/ihren Geldbeutel greifen, und zwar tiefer als bis zu den fünf Euro, die die Zeitung kostet. Diese Zeitung wird es nur weiter geben, wenn ihr, die Leserinnen und Leser, Freundinnen und Freunde, Genossinen und Genossen von ak in den nächsten Monaten 25.000 Euro spendet. Natürlich sind eure Spenden auch dieses Jahr wieder steuerlich absetzbar.

Wir wissen durchaus, dass den meisten von euch das Geld längst nicht mehr so locker in der Tasche sitzt wie vielleicht in früheren Zeiten. Schließlich gehen Rezession, Erwerbslosigkeit und die Zumutungen des neuen "Modell Deutschland" auch an uns und euch nicht spurlos vorüber.

ak ist ein linkes Projekt, das unmittelbar von der Zustimmung und Wertschätzung seiner NutzerInnen und FördererInnen abhängt. Wir finden, dass das durchaus eine Stärke dieser Zeitung ist. Unter anderem bekommen wir so direkt jede Menge Bestätigung, weit über den Kreis der AbonnentInnen und KäuferInnen hinaus. Über all die Jahre habt ihr in der "Weihnachtsspendenkampagne" gezeigt, dass ihr diese Zeitung und die Arbeit der Redaktion wichtig findet. Und wir sind guten Mutes, dass sich das nicht urplötzlich geändert hat. Statt mehr oder weniger sanftem Druck und Revolutionssteuer deshalb auch dieses Jahr wieder ein ganz schlichter, aber nichtsdestoweniger eindringlicher Solidaritäts- und Spendenaufruf. Trotz mancher abgründigen Redaktionsphantasien ist dies immer wieder die beste Art und Weise, die Existenz dieser Zeitung zu sichern.

Eure ak-Redaktion

42. Persilschein für einen Neofaschisten?

Gianfranco Fini will unbedingt nach Israel

CD-Datei: daten/aksuche/ak467/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:03

Nachdem Gerhard Schröder noch im Februar 2000 eine Einmischung der EU für den Fall gefordert hatte, dass in Italien wieder neofaschistische Minister in der Regierung säßen, ist das Thema seit dem Wahlsieg des italienischen Rechtsblocks am 13. Mai 2001 vom Tisch. Gianfranco Fini, der Anführer von Alleanza Nazionale (AN), wurde nicht nur Berlusconis Stellvertreter als Regierungschef; seit Anfang 2002 vertritt er Italien auch im EU-Konvent, der die neue Verfassung der Gemeinschaft ausarbeiten soll. (vgl. ak 459) Einiges deutet darauf hin, dass Fini demnächst den entscheidenden Schritt hin zur internationalen Anerkennung als Chef einer vermeintlich seriösen konservativ-demokratischen Partei machen könnte: Nach Meldungen italienischer und israelischer Zeitungen steht ein offizieller Besuch Finis in Israel noch in diesem Jahr bevor. Dafür hat Fini mehr als acht Jahre manches auf sich genommen, was seinen weniger taktisch flexiblen Parteigenossen als Selbstverleugnung erscheint, unter anderem einen Besuch in Auschwitz, den er vorsorglich von Fernsehkameras als Beweis seiner Läuterung filmen ließ.

Um seinen dringenden Wunsch nach einem Israel-Besuch zu untermauern, gewährte er der regierungskritischen israelischen Tageszeitung Ha'aretz ein ausführliches Interview. Das Gespräch wurde schon im Juli geführt, die Veröffentlichung aber im gegenseitigen Einvernehmen und um des optimalen Effekts wegen bis nach der Sommerpause verschoben. Nun ist es in der Ha'aretz-Wochenendbeilage vom 13.9.2002 erschienen; noch am selben Tag dokumentierte die italienische Tageszeitung La Repubblica die italienische Übersetzung in voller Länge. Fini gelingt es in dem Interview, sich als überzeugter Demokrat, Anti-Antisemit und Freund Israels darzustellen. Abgrenzungen vom historischen Faschismus und Bekenntnisse zur Demokratie kommen ihm seit Jahren locker über die Lippen. So muss man auch in dem Ha'aretz-Interview schon sehr genau lesen, um zu erkennen, dass Fini und seine Partei, Alleanza Nazionale, eben nicht vollständig mit der faschistischen Vergangenheit gebrochen haben: Fini distanziert sich von den Verbrechen der Jahre 1938 bis 1945 und von den antisemitischen Rassengesetzen; Mussolini erscheint ihm "in negativem Licht", weil er kein Demokrat war.

Ohne Fehl und Tadel sieht Fini dagegen die 1946 gegründete neofaschistische Partei, den Movimento Sociale Italiano (MSI), und dessen langjährigen Vorsitzenden Giorgio Almirante, der zwischen 1943 und 1945 Staatsekretär in Mussolinis Repubblica Sociale Italiana (RSI) gewesen war. Almirante, gegen den in den 1970er-Jahren mehrfach wegen Anstiftung zu terroristischen Anschlägen ermittelt wurde, ernannte 1987 seinen Ziehsohn Gianfranco Fini zu seinem Nachfolger. Dass es auch heute noch in den Reihen von Alleanza Nazionale "Nostalgie" für die Mussolini-Diktatur gebe, räumt Fini zwar ein; aber diese Nostalgie habe nichts mit der Politik der Partei zu tun. Vor allem gebe es unter den AN-Mitgliedern keine Antisemiten - und keine Rassisten, behauptet Fini, der auf Nachfrage gleichzeitig bekennt, mit den anti-islamischen Tiraden Oriana Fallacis (vgl. ak 464) voll einverstanden zu sein.

Sein wichtigstes Anliegen aber ist die Solidarität mit den USA und vor allem mit Israel, deren Repräsentanten er davon überzeugen will, das sie - Vergangenheit hin oder her - von den in Italien regierenden Rechten nur Gutes zu erwarten haben. Im Unterschied zu den Linken: "Die wirkliche Gefahr kommt von denen, die Israel und den Zionismus anklagen, eine Gefahr für den Frieden zu sein, und die behaupten, die israelische Politik würde den Palästinensern die Menschenrechte verweigern." So würde die israelische Regierung in Fini einen hundertprozentig zuverlässigen Freund begrüßen können, der einen Koffer voller Gastgeschenke bereithält: Neben der "uneingeschränkten Solidarität" auch eine Entschuldigung für die Rassengesetze von 1938, "im Namen der Italiener".

Ob Finis Einsatz ausreichend war, um die heiß begehrte Anerkennung durch die israelische Regierung zu bekommen, wird sich zeigen. Nach Angaben von Ha'aretz (wiedergegeben in Il Manifesto vom 13.9.) antwortete Außenminister Shimon Peres auf die Frage, ob ein Besuch Finis in Israel nicht seiner Partei, speziell den Radikalen, Auftrieb geben würde: "Im Gegenteil. Der Besuch würde ihn in seinem Kampf gegen die Extremisten ermuntern. Außerdem wird Fini hier nicht seine Partei repräsentieren, sondern die italienische Regierung, die uns gegenüber große Freundschaft bekundet."

Realpolitik schlägt Geschichtsbewusstsein, und der Zweck rechtfertigt die Mittel - das ist das bittere Resümee, das Zvi Schuldiner in seinem Gastkommentar für Il Manifesto (13.9.) zieht. Auch der israelische Historiker Zeev Sternhell, Autor des Standardwerkes "Die Entstehung der faschistischen Ideologie" (Hamburg 1999, vgl. ak 437), hält eine israelische Einladung an Fini für völlig inakzeptabel: "Vielleicht sind unsere Faschisten noch schlimmer, aber den Erben des italienischen Neofaschismus nach Israel einzuladen, ist skandalös." Genauso sieht es die Jüdische Gemeinde in Italien.

Js.

43. Kriegsverbrechen im Medienblackout

JugoslawInnen verklagen Deutschland

CD-Datei: daten/aksuche/ak467/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:12

Die mediale Kriegführung funktioniert nicht nur durch eine suggestive und verfälschende Darstellung von Ereignissen, sondern auch durch das Ausblenden von Geschehnissen aus dem öffentlichen Bewusstsein. Während die deutschen Medien im Frühjahr 1999 mit großem Pathos das Elend albanischer Kriegsflüchtlinge beklagten und die Intensivierung der Bombardierungen auf Jugoslawien forderten, bleiben die "Kollateralschäden" des Krieges weitgehend ohne Bilder.

Selbst Angriffe, die im Verdacht stehen eindeutige Kriegsverbrechen darzustellen, weil klar identifizierbare zivile Ziele ins Visier der NATO geraten sind, werden kaum kritisch wahrgenommen. Diese Ausgangslage macht es schwer für die Opfer der NATO-Angriffe heute Aufmerksamkeit und Gerechtigkeit zu finden. Einige versuchen es trotzdem und wählen dabei den Gang vor deutsche Gerichte. 35 Bürger aus der serbischen Kleinstadt Varvarin wollen von der Bundesrepublik Deutschland 3,5 Millionen Euro Entschädigung ein klagen. Sie machen die Bundesrepublik mit verantwortlich für einen Luftangriff, bei dem am 30. Mai 1999 zehn Menschen getötet wurden, allesamt Zivilisten.

Was in Varvarin geschah, erstaunt selbst hart gesottene Kritiker des Krieges gegen Jugoslawien. Augenzeugen berichten wie an dem sonnigen Frühsommertag gegen 13.00 Uhr zwei Nato-Kampfflugzeuge auf die Kleinstadt zu flogen. Dort war gerade Markttag und die Bewohner feierten obendrein ein religiöses Fest. In einer Höhe von nur wenigen hundert Metern überflogen die Jets den Ort und bombardierten eine Brücke in unmittelbarer Umgebung des Festplatzes, auf dem sich über 3.000 Menschen tummelten. Panik brach aus. Menschen rannten zur Brücke, um den Getöteten und Verletzten zu Hilfe zu kommen. Doch der Angriff war noch nicht vorbei. Die Jets kehrten wenig später zurück und feuerten weitere zwei Raketen ab, die nun die Hilfe Leistenden trafen. Einem Priester wurde der Kopf abgerissen, anderen die Gliedmaßen. Viele verbrannten oder wurden von Splittern getroffen. Neben den Toten wurden 30 Menschen verletzt, viele davon schwer.

Die Bürger aus Varvarin wollten keine anonymen "Kollateralschäden" bleiben. Gemeinsam mit einer Unterstützergruppe in Deutschland arbeiteten sie im vergangenen Jahr eine Schadensersatzklage aus und reichten sie beim Landgericht in Berlin ein, das sie nach Bonn weiter schob, weil dort noch immer das Verteidigungsministerium sitzt. Jetzt gibt es einen kleinen Erfolg. Vergangene Woche forderte das Bonner Landgericht das Verteidigungsministerium auf bis Anfang Oktober Stellung zu nehmen. Anschließend soll ein Verhandlungstermin anberaumt werden.

Die Stellungnahme dürfte interessant werden. NATO-Sprecher Jamie Shea meinte zwar kurz nach dem Angriff, dieser sei "militärisch legitim" gewesen. Aber in und um Varvarin war weit und breit kein militärisches Ziel in Sicht. Und es muss selbst für die militantesten "humanitären Interventionisten" ein Rätsel bleiben, wie durch die Bombardierung von Zivilisten zwei hundert Kilometer von der Grenze zum Kosovo entfernt, dort "ethnische Säuberungen" bekämpft werden sollten.

Alles spricht dafür, dass mit dem Angriff gegen das "humanitäre Völkerrecht" verstoßen wurde. Dieses verbietet Kriegshandlungen gegen Zivilisten. Da alle NATO-Staaten bei der Zielauswahl übereinstimmen mussten, ist die Verantwortung der deutschen Bundesregierung gegeben.

Auch wenn eine materielle Entschädigung die psychischen Folgen des Angriffs niemals aufwiegen kann: Zu wünschen wäre es den Varvarinern, wenn sie Recht bekämen. Das ist indes sehr unwahrscheinlich. Denn im Krieg gilt das Recht noch weniger als sonst. Varvarin wäre ein Präzedenzfall, dem schnell viele andere folgen könnten. Die Bürger von Pancevo etwa könnten Milliarden fordern. Ihre Stadt wurde beim Bombardement einer zivilen Plastikfabrik mit Krebs erregenden Chemikalien verseucht.

Und überhaupt: Was heute in Bezug auf das angekündigte Agieren der USA gegen Irak moniert wird, wurde damals von der deutschen Öffentlichkeit für selbstverständlich gehalten. Das Führen eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges. Nur: Im Artikel 26 des Grundgesetzes stand auch schon 1999, dass

darauf lebenslängliche Strafe steht. Der Generalbundesanwalt lehnte eine entsprechende Klage aber ab: "Das friedliche Zusammenleben der Völker" sei ja nicht gefährdet gewesen.

Boris Kanzleiter

44. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak467/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:30

Deutsche Schädelsammler in Ostafrika

Üblicherweise werden Kopfjagden hier zu Lande Kriegern traditioneller Gesellschaften zugeschrieben. Weniger bekannt ist dagegen, dass deutsche Forscher, Händler und Soldaten haufenweise Menschenschädel aus den Kolonien ins Deutsche Reich geschafft haben. Das Bremer Übersee-Museum und die Berliner Charité besitzen noch heute sogenannte "Schädelmagazine": Weit über tausend Schädel lagern dort - "gesammelt" in den deutschen Kolonien und später für "rassentheoretische" Untersuchungen vermessen, zum Beispiel von dem Arzt und Anthropologen Rudolf Virchow. In Deutsch-Ostafrika, dem heutigen Tansania, trieben vor rund 100 Jahren die deutschen Kolonialtruppen den aufständischen Sultan Mkwawa in den Tod. Sie trennten ihm den Kopf ab, den sie als Trophäe nach Berlin schickten. Über das Ende des deutschen Kolonialreiches hinaus beschäftigte dieser Schädel europäische und afrikanische Regierungen: 1919 verfügten die Alliierten im Versailler Vertrag seine Rückgabe an das Volk der Wahehe, die aber nach langen Wirren erst 1954 erfolgte. Der Urenkel des Sultans Mkwawa, der Informatikstudent Is-Haka Mkwawa, hat sich 2000 in Deutschland und Tansania auf Spurensuche begeben. Begleitet hat ihn der Filmemacher Martin Baer. Das Buch "Kopfjagd" ist aus den Recherchen zu dem gleichnamigen Film entstanden. Vor dem Hintergrund der Kopfjagd erzählen die Autoren die Geschichte der ehemaligen Kolonie in Ostafrika. Sehr anschaulich schildern sie, wie Carl Peters die Kolonisation voran getrieben hat, welche Rolle die Kirchen dabei gespielt haben und was während des Ersten Weltkrieges in Ostafrika geschehen ist. Die detailreichen Kapitel über den Araberaufstand, die Maji-Maji-Revolte und den mehrjährigen Widerstand der Wahehe sind besonders erwähnenswert, denn viele populäre, kolonialhistorische Texte befassen sich nur am Rande mit dem Widerstand der ostafrikanischen Bevölkerung gegen die Kolonialherren. Die Autoren haben auch die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg im Blick. So beschäftigen sie sich mit der Kolonialnostalgie in der Weimarer Republik, den Afrikaplänen der Nazis und den Beziehungen der beiden deutschen Staaten mit Tansania. Trotz der makabren Geschichte: Die zahlreichen Fotos und die klare Gliederung machen das Buch zu einem ästhetischen Vergnügen. Den Autoren ist es gelungen, fundierte, auf zahlreiche Primärquellen gestützte Texte zu schreiben, die spannend und verständlich sind.

Martin Baer und Olaf Schröter: Eine Kopfjagd. Deutsche in Ostafrika. Christof Links Verlag, Berlin, 2001, 220 Seiten, 20,50 Euro

Migration in Afrika

Die Zeitschrift Überblick widmet ihre dritte Ausgabe des laufenden Jahres dem Schwerpunktthema "Migration - eine Welt der Nomaden". Der erste Teil dieses Schwerpunkts behandelt auch die innerafrikanische Arbeitsmigration. Besonders beliebte Ziele sind vergleichsweise "reiche" Länder wie Südafrika, Libyen oder Gabun. Während früher vor allem Männer auswanderten, um einige Jahre lang mit den im Ausland verdienten Geld die eigene Familie zu unterstützen, ist der Anteil der Frauen an der Gesamtmigration auf fast 50 Prozent gestiegen. Der Politologe Thomas Weis von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) hebt im Interview hervor, dass diejenigen AfrikanerInnen, "die durch ihre geographische Mobilität über den Tellerrand der Heimat hinausgeblickt" haben, allgemein hohes soziales Ansehen genießen, zumindest in ihren Herkunftsländern. Gleichzeitig weist er auf teilweise erhebliche Probleme in den Einwanderungsländern hin, z.B. auf die pogromartigen Ausschreitungen gegen ghanaische ArbeitsmigrantInnen in Libyen. Auch in Nigeria erlebten ghanaische Einwanderer massive Feindseligkeiten. Nach dem Ende des Erdölbooms ließ die nigerianische Regierung innerhalb kürzester Zeit Hunderttausende von ArbeitsmigrantInnen aus dem Land treiben. Das Beispiel Mali zeigt die Zwiespältigkeit der Arbeitsmigration für die Auswanderungsländer. So sind Rücküberweisungen von malischen ArbeitsmigrantInnen an der Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) und in Frankreich für Mali eine wichtige Einnahmequelle. Andererseits versucht die malische Regierung, "ihre" StaatsbürgerInnen zur Rückkehr zu bewegen - u.a. mit Hilfe französischer Rückkehrförderung. Eva-Maria Eberle zeigt in ihrem Beitrag "Zurück nach Mali", dass dieses "Abschiebegeld" von 3.600 Euro pro Person durchaus sinnvoll investiert werden kann. Ob diese Rückkehr dann wirklich freiwillig erfolgt, bleibt allerdings offen.

Der Überblick. Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit. Quartalsschrift des kirchlichen Entwicklungsdienstes, Nr. 3/2002, September 2002,Verlag Dienste in Übersee im Evangelischen Entwicklungsdienst, Postfach 305590, 20317 Hamburg, Fon. 040/341444, Fax. 353800, www.der-überblick.de, 146 Seiten, 4,90 EUR

Hausarbeit in Zeiten der Globalisierung

Die aktuelle Ausgabe von Mittelweg 36, der Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, beginnt mit einem Aufsatz von Maria S. Rettich über das "Bodenpersonal im Globalisierungsgeschehen". Gemeint sind "illegale" Migrantinnen aus Osteuropa und Lateinamerika, die in deutschen Mittelklasse-Haushalten als Putzfrauen für Ordnung & Sauberkeit sorgen. Aus mehreren Fallbeispielen entwickelt die Autorin, Soziologie-Professorin in München, "Forschungsfragen und Schlussfolgerungen". Im "doppelten Niemandsland von einerseits Privatheit und andererseits Illegalität" sind die Frauen "quasi-feudalistischen Bedingungen" unterworfen. Ohne jede arbeitsrechtliche Absicherung sind sie der Willkür ihrer "ArbeitgeberInnen" ausgeliefert. Als "Illegale" haben sie kaum Möglichkeiten, ihre Rechte kollektiv zu vertreten. Während die Kirchen bestenfalls im Namen christlicher Nächstenliebe für sie eintreten, engagieren sich die Gewerkschaften eher im Kampf gegen die "Schwarzarbeit" als für die internationale Solidarität mit den am brutalsten Ausgebeuteten. In Zeiten der Globalisierung, deren Auswirkungen immerhin einige Gewerkschaften den Kampf angesagt haben, ist das ein schweres Versäumnis. "Denn die ‚neue Dienstmädchenfrage` ..., die Frage: Wer macht die Hausarbeit?", schreibt Maria S. Rettich, "ist nicht nur eine zwischen den Geschlechtern oder zwischen Frauen, sie ist längst auch eine der internationalen Arbeitsteilung." - Der anschließende Artikel von Elisabeth-Gernsheim behandelt den "Irrgarten der Ausländerstatistik", mit der spannenden Frage im Nachwort: "Ist ‚Mehmet` ein Ausländer?" "Mehmet" ist, wir erinnern uns dunkel, der jugendliche "Serientäter" und Sohn türkischer Eltern, der vor Jahren monatelang den Hauptdarsteller in der Medienkampagne über "kriminelle Ausländer" abgab. - In der Literatur-Beilage geht es diesmal ausschließlich um Pierre Bourdieu; Bernd Greiners Artikel über Medien und Politik in den USA ist ein weiteres Highlight in einer durchgehend lesenswerten Ausgabe der Zeitschrift.

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung. 11. Jahrgang, Oktober/November 2002. Mittelweg 36, 20148 Hamburg, Fon. 040/41409716, Fax. 040/41409711. www.his-online.de. 96 Seiten, 9,50 EUR

Zwischen Boulevard und Dschungel

"Die Stadt wird ein zutiefst inhomogener Raum werden. Ein Raum mit zwei Zonen: auf der einen Seite geschlossene Communities, auf der anderen die Offenheit des Dschungels" - so skizziert der Essayist Roger Willemsen die Zukunft der rein an Marktinteressen ausgerichteten global cities. Während sich die Privilegierten in sog. gated communities nach "innen" hin normieren, wird sich das Aggressionspotenzial nach "draußen" stetig erhöhen. Vor dem Hintergrund eines hegemonialen Sicherheitsdiskurses sollen immer besser ausgetüftelte Überwachungsapparate, private Sicherheitsfirmen und staatliche Repressionsmaßnahmen die "anständigen" BürgerInnen vor den vermeintlichen Gefahren des Dschungels schützen: Armut, Gewalt, Kriminalität, Gettoisierung und Elend. Allein: Dieser Schutz kann allenfalls simuliert werden, denn der Dschungel lässt sich - und das zeigen nicht zuletzt die Terroranschläge des 11. Septembers - nicht verdrängen. In dem Buch "Boulevard Ecke Dschungel" haben Elisabeth Blum und Peter Neitzke eine Vielzahl kritischer Stimmen gesammelt, die die Entwicklung der Städte und des öffentlichen Raumes analysieren und kritisieren. So finden sich in dem Band u.a. Interviews mit dem Schriftsteller Robert Menasse, dem Soziologen Löic Wacquant und dem Philosophen Josef Früchtl. Während viele Bücher über Stadtsoziologie durch die spezifische Fachsprache häufig sperrig und für Un-Eingeweihte nicht nachvollziehbar sind, liegt die Stärke von "Boulevard Ecke Dschungel" darin, dass es sich größtenteils auf qualifizierte Interviews beschränkt. Engagiert und anhand vieler konkreter Beispielen beschreiben die Interviewten, wie Reglementierung und Ausgrenzung im städtischen Raum funktionieren. Gleichzeitig weisen sie darauf hin, dass die Art und Weise, wie städtisches Leben organisiert ist, immer auch aushandelbar ist: zwischen Boulevard und Getto, zwischen gated community und Dschungel liegt immer noch die Ecke, wo Menschen aufeinander treffen.

Elisabeth Blum/Peter Neitzke (Hg.): Boulevard Ecke Dschungel. StadtProtokolle, Edition Nautilus, Hamburg 2002, 222 Seiten, 19,90 EUR

45. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak467/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:32

Titanengleicher Mut

Betr.: Titelseite ak 466

Liebe Redaktion,

Euer neues Titelbild mit dem Sauberminister war ja wohl der Knaller!!! Mich hat es sehr gefreut, dass jemand den Mut hat, wie sonst nur die Titanic, die Sache auch mal von der witzigen Seite anzupacken. Gefällt mir sehr. Hat der Clement eigentlich eine Kopie für sein neues Büro? Euer Titel macht den, der sich doch immer so hart gibt, zu dem, was er wirklich ist!

Kämpferische Grüße,

Guido Bertling

46. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak467/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:41

Antisemitismus nach Auschwitz

Die antisemitischen Äußerungen Jürgen W. Möllemanns waren der bislang letzte prominente Versuch, gezielt das latente antisemitische Potenzial in der bundesdeutschen Gesellschaft zu aktivieren und Antisemitismus wieder "gesellschaftsfähig" zu machen. Vor diesem Hintergrund nimmt Prof. Dr. Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin, Stellung zur Aktualität der Antisemitismusdebatte im Alltagsdiskurs und der medialen Öffentlichkeit in Deutschland.

Essen, 27.11., 20 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Die Anwälte der Roten Hilfe

Der Hamburger Rechtsanwalt Heinz-Jürgen Schneider hat sich zusammen mit dem Thüringer Juristen Josef Schwarz und dessen Frau Erika die Aufgabe gestellt, eine Gruppe von Rechtsanwälten dem Vergessen zu entreißen, die sich im Unterschied zur Mehrzahl ihrer Berufskollegen für die proletarische Rechts- und Gefangenenhilfsorganisation Rote Hilfe Deutschlands engagiert haben. In wahrer Detektivarbeit haben die Autoren 300 Kurzbiografien von Rechtsanwälten erstellt. Die Ergebnisse ihrer Arbeit stellen sie nun auf Einladung der Roten Hilfe Hamburg vor.

Hamburg, 4.12., 20 Uhr, Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55

Der Irak im Fadenkreuz

Innerhalb der Internationalismusbewegung in der BRD gibt es keine einhellige Ablehnung des geplanten Krieges mit all seinen schrecklichen Folgen für die irakische Bevölkerung und seinen möglicherweise fatalen Auswirkungen in der ganzen Region. Auf einem Seminar des BUKO soll eine Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Positionen innerhalb der Internationalismusbewegung zum bevorstehenden Krieg gegen den Irak stattfinden. An dem Seminar werden u.a. ReferentInnen aus dem politischen Spektrum des Vereins irakischer StudentInnen, der kurdischen Opposition im Nordirak und der irakischen KP teilnehmen.

Köln, 6.-8.12., Jugendgästehaus. Anmeldung erforderlich bei der BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Telefon: 040/ 393 156, Fax: 040/ 280 55 122, E-Mail: bukohh@t-online.de. Seminargebühr: 40,- Euro, ermäßigt 30,- Euro inkl. Verpflegung und Übernachtung, ohne Übernachtung 15,- Euro.

Türkei: Widerstand der Gefangenen

Fast zwei Jahre dauert nun das "Todesfasten" politischer Gefangener in der Türkei an. Neben der Situation der Gegangenen und der Perspektive ihres Widerstands soll auf dieser Veranstaltung auch über die aktuelle innenpolitische Entwicklung in der Türkei nach den Wahlen und vor einem drohenden Irak-Krieg gesprochen werden. Referent ist Peter Nowak, freier Journalist und Mitherausgeber des im Unrast-Verlag erschienenen Buches "Bei lebendigem Leib" zum Gefängnissystem und Gefangenenwiderstand in der Türkei.

Braunschweig, 9.12., 19 Uhr, Altstadt Bierhaus, Magnitorwall 15

Flucht und Migration in der Literatur

"Sie hassen euch, weil sie Angst haben", so John Steinbeck. Auf welche Weise die Themen Flucht und Migration ihren literarischen Niederschlag gefunden haben, zeigt eine Konzertlesung mit Hubert Brieden und Mechthild Dortmund. Musik: Thorsten Wittemeier (Bandoneon)/Benjamin Kersting (Konzertgitarre). Veranstalter: Buntes Haus Celle

Celle, 10.12., 20 Uhr, Buntes Haus Celle, Hannoversche Str. 30f.

Tanz auf dem Depot

Feierabendterroristen laden zum Tanz und kehren dafür zum Ort eines angeblichen RZ-Sprengstoff- und Waffendepots zurück. Zum dritten Jahrestag der Razzia im Mehringhof, die den Auftakt zum Berliner RZ-Prozess gab, findet eine After-Work-Party am Ort des Geschehens statt.

Berlin, 19.12., ab 18 Uhr, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

Gefangen zwischen Terror und Krieg?

Israel/Palästina: Stimmen für Frieden und Verständigung. Vom 21. November bis 10. Dezember 2002 lädt Connection e.V. Gäste der israelischen Organisationen New Profile und Ta'ayush (Jüdisch-arabische Partnerschaft) nach Deutschland ein, wo sie an 25 Orten Veranstaltungen durchführen werden. Thema der diversen Veranstaltungen werden die Ursachen und die gesellschaftlichen Auswirkungen des israelisch-palästinensischen Konflikts, Kriegsdienstverweigerung und ihre politische Bedeutung und Initiativen für die israelisch-palästinensische Verständigung sein. Aktuelle Informationen unter: www.connection-ev.de.

Veranstaltungen mit New Profile

Esslingen: 25.11., 20 Uhr, Kulturzentrum Dieselstrasse; Hofheim/Ts., 26.11., 20 Uhr, Kath. Gemeindezentrum St. Peter und Paul, Pfarrstr. 2; Bad Kreuznach: 27.11., 20 Uhr, Bonhoeffer-Haus, Kurhausstr. 6; Fürth: 29.11., 19.30 Uhr, Gemeindesaal der Auferstehungskirche, Rudolf-Breitscheid-Str. 37; Frankfurt/Main: 1.12., 18 Uhr, Dritte Welt Haus, Falkstraße 74; Karlsruhe: 2.12., 20 Uhr, Ev. Jugendwerk Karlsruhe, Augartenstr. 61 (Hüttle); Oldenburg: 2.12., 20 Uhr, Arbeitslosenselbsthilfezentrum Oldenburg (ALSO), Kaiserstr. 19; Gütersloh: 3.12., 19.30 Uhr, Forum der Anne-Frank-Schule, Düppelstr. 25b; Lörrach: 3.12., 20 Uhr, Stadtbibliothek, Baslerstr. 152; Fulda: 4.12., 19.30 Uhr, Fachhochschule Fulda (Halle 8); Lahr (Baden): 4.12., 20 Uhr, Ev. Gemeindehaus, Doler Platz; Potsdam: 5.12., 20 Uhr, Buchladen Sputnik, Charlottenstr. 28; Frankfurt/Oder: 6.12., 18.30 Uhr, Europauniversität Viadrina, Hauptgebäude, Raum 162; Heidelberg: 6.12., 20 Uhr, Ev. Studierendengemeinde Heidelberg, Karl-Jaspers-Haus, Plöck 66; Kassel: 7./8.12., 9. Friedenspolitischer Ratschlag in der GHS/Uni Kassel, Wilhelmshöher Allee 73

Veranstaltungen mit Ta'ayush

Bremen: 25.11., 20 Uhr, Ev. Immanuelgemeinde, Elisabethstr. 17/18; Hannover: 26.11., 19.30 Uhr, Oststadtbibliothek (Pavillon), Lister Meile 4; Halle: 27.11., 19.30 Uhr, Jugendwerkstatt Bauhof - Frankesche Stiftungen, Frankeplatz 1, Haus 33; Berlin: 28.11., 19.30 Uhr, Anti-Kriegs-Museum, Brüsseler Str. 21 (U-Bahn Amrumer Straße); Dresden: 29.11., 19.30 Uhr, Kulturrathaus, Königstraße; Erfurt: 2.12., 20.30 Uhr, Offene Arbeit, Allerheiligenstr. 9 (Hinterhaus); Landshut: 3.12., 20 Uhr, Kleines Theater, Bauhofstr. 1; Tübingen: 4.12., 19 Uhr, Kupferbau, Rümelinstraße, Hörsaal 24 der Universität Tübingen; Kirchheim/Teck: 5.12., 20 Uhr, Kath. Gemeindehaus St. Ulrich, Lindachallee; Völklingen: 6.12., 19.30 Uhr, Martin-Luther-Haus, Poststr. 52; Singen (Hohentwiel): 10.12., 19 Uhr, Konferenzsaal des DGB-Hauses, Schwarzwaldstr. 30

47. Quelldatei 42bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak467/42bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:42bu

(Bu für die drei großen BilderJ

Endlos viel Atomschrott, 13.11.02: Der Zug mit den zwölf Castorbehältern erreichte am Mittwochabend den Verladebahnhof Dannenberg.

Kesselbuntes, 14.11.02: In Laase blockierten rund 1.200 AtomkraftgegnerInnen die Straße. Nach fünf Stunden waren die ProtestiererInnen weggetragen und neben der Straße eingekesselt.

Der Protest geht weiter, 12.11.02: An verschiedenen Orten im Landkreis Lüchow-Dannenberg fanden den ganzen Dienstag über Demonstrationen und Protestaktionen statt.

(Bus für die 3 kleinen BilderJ

Am 10.11. blockierten die Landwirte für zwei Stunden die Castor-Südstrecke.

Wendland-Widerstand, am 12.11. in Streetz

Auf der Bahnstrecke von Hamburg nach Lüneburg wurde ein ICE ausgebremst.

48. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak467/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:44

Erst vor kurzem erzählte ein Buchhändler in Berlin, es gebe immer noch KundInnen, die nach dem "Arbeiterkampf" fragen, wenn sie ak wollen. Nicht dass uns das ernstlich stört - eher im Gegenteil. Doch seit der letzten Ausgabe haben wir es diesen LeserInnen etwas schwerer gemacht; erscheint ak seit der Nummer 466 doch mit neuer Titelseite und neuem Zeitungskopf. Das ak-Logo, das seit 1988 die Titelseite dominierte, ist verschwunden. Auch in der Form schlägt sich jetzt der Wandel vom AK zu ak nieder, von der Organisationszeitung des Kommunistischen Bundes zur "Zeitung für linke Debatte und Praxis", wie sie seit 1992 im Untertitel heißt.

",ak` wird insofern auch nur eine Übergangslösung sein, weil das Alte nicht mehr stimmt, aber ein wirklich Neues noch nicht gefunden wurde", so hieß es 1988 in AK 292 - den damals noch der Titel "Arbeiterkampf" zierte und das Logo mit der schwieligen Arbeiterfaust, die vor der aufgehender Sonne einen Schraubenschlüssel hält. Wenn nach 14 Jahren diese "Übergangslösung" verschwindet, bedeutet das dann, dass das Neue schließlich doch gefunden wurde? Wir wollen nicht übertreiben, aber das neue Erscheinungsbild von ak, zu dem ja auch die Layout-Umstellung auf den Innenseiten vor zwei Jahren gehörte, signalisiert Veränderungsprozesse, die diese Zeitung vollzogen hat. Das zeigt sich auch in der Zusammensetzung der Redaktion: Das Verhältnis von GenossInnen mit KB-Hintergrund zu denen ohne beträgt fünf zu vier. Es zeigt sich außerdem in einer Veränderung der AutorInnenschaft. Auch hat sich die Themenpalette, natürlich auch vor dem Hintergrund sich veränderter linker Praxis- und Diskussionsfelder, gewandelt. Ebenso ist die Herausgabe des ak-Magazins Fantômas ein weiteres Zeichen der Veränderung. Das neue ak-Magazin und der Relaunch der Titelseite sind darüber hinaus deutliche Zeichen des Aufbruchs. Auch wenn uns natürlich klar ist, dass diese Zeitung weiterhin qualitative Veränderungen braucht, sehen wir uns doch bereits auf einem gutem Weg.

1992, als die Herausgabe von ak alleine von der KB-Mehrheit übernommen wurde, hieß es: "Dass diese Zeitung als ‚Neue Folge` im 22. Jahrgang mit der Nummer 345 herauskommt, mag auf den ersten Blick inkonsequent erscheinen. Tatsache ist, dass wir an eine vor mehr als 20 Jahren begonnene Tradition anknüpfen, also nicht auf einen radikalen Neuanfang setzen, sondern auch auf Kontinuität. Tradition und Kontinuität bedeutet kein selbstzufriedenes Festhalten am Status quo. Diese Zeitung braucht qualitative Veränderungen, ständige Überprüfung der eigenen Positionen, Kritik und Mitarbeit ihrer LeserInnen und weitere Verbreitung." (ak 345) Zehn Jahre später und unter der neuen Herausgeberschaft durch den "Verein für Politische Bildung, Analyse und Kritik" seit November 1999 hat sich daran nichts geändert. Dass wir nicht am Status quo festhalten wollen, beweist die neue Titelseite und der Abschied vom alten ak-Logo unsere Meinung nach anschaulich. Darin spiegelt sich auch die immer wieder - zuletzt auf der ak-Zukunftskonferenz - erklärte Bereitschaft, sich weiterhin zu öffnen, mit dem Ziel einer auf politische Veränderungen abzielenden linken Praxis ein Forum zu geben und diesen Prozess zu unterstützen. Um dies weiterhin und noch besser leisten zu können, sind wir auf eure Unterstützung genauso angewiesen, wie auf eure Kritik und eure Mitarbeit.

Fantômas und das nach langen Debatten und Überlegungen erfolgte Relaunch der Titelseite haben bisher positive Rückmeldungen gebracht. Darüber freuen wir uns, weil beides doch erhebliche Anstrengungen gekostet hat und noch weiterhin kosten wird. Das nehmen wir jedoch gerne in Kauf, sind wird doch der Meinung, dass die Linke diese Zeitung braucht - ob sie nun "Arbeiterkampf", "ak" oder "analyse + kritik" genannt wird, da sind wir dann relativ leidenschaftslos.

Eure ak-Redaktion

49. Krieg für Öl

CD-Datei: daten/aksuche/ak467/krieg.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:krieg

Ein dritter Golfkrieg scheint bevorzustehen. Senat und Repräsentantenhaus haben US Präsident George W. Bush grünes Licht für einen militärischen Angriff erteilt, unabhängig davon, was der zögerliche UN-Sicherheitsrat beschließen mag.

Was im Irak nach dem Sturz Saddam Husseins geschehen soll, scheint auch schon klar: Die New York Times veröffentlichte Pläne der US-Regierung. Demnach soll in Bagdad eine Militäradministration unter Kommando des US-Generals Tommy Franks eingerichtet werden. Saddam und seine Führungsriege sollen vor Kriegsgerichtshöfe gestellt werden. "Im Verlauf mehrerer Monate oder Jahre" könnte dann eine Übertragung der Macht an ein neues US-loyales irakisches Regime erfolgen.

Ein schöner Plan: Völkerrechtswidrig und geleitet von imperialer Größe. Also genau das, was von Bush, Cheney und Rumsfeld zu erwarten ist. Aber bis die USA ein neues Marionettenregime am Golf installiert und den Zugriff auf das begehrte irakische Öl erobert haben, droht erst einmal ein Krieg mit schwer abzuschätzenden Folgen, ökologische Katastrophen inklusive. In jedem Fall wird die Zivilbevölkerung das erste Opfer sein.

Gegen den Aufmarsch am Golf findet am Samstag den 26. Oktober ein weltweiter Aktionstag statt. Auch in Deutschland wird der Protest auf die Straße getragen, unter anderem mit einer Großdemonstration in Berlin. Im Schwerpunkt beleuchten wir Hintergründe des angekündigten Kriegs.

Auf den Seiten 13-16

50. Herrschaft der Clementinen

CD-Datei: daten/aksuche/ak467/titel466.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:467:titel466

Das war's. Die Bundestagswahl ist gelaufen. Und wie! Statt Ariel nun Ariel ultra, porentief rot-grün und modern: ein "moderner Kanzler für ein modernes Land!", ein "moderner Koalitionspartner" und nun auch eine "moderne Opposition".

Das rot-grüne Politik- und Hegemoniemodell aus Neoliberalismus und sozialpolitischer Zwangsintegration ist nicht nur bestätigt worden, sondern wird inzwischen auch von der CDU adaptiert. Das derzeitige Stoiber-Bashing in der Union läuft auf die eine Botschaft hinaus: Die CDU will noch sozialdemokratischer werden. Sie sucht nach einem Schröder.

Oder nach einem Clement. Denn noch deutlicher als der Kanzler repräsentiert der "entschlossene Modernisierer" aus NRW den "aktivierenden Staat" von New Labour: Wirtschaftspolitische Orientierung auf Standort Deutschland und Großindustrie unter Verzicht auf jegliches ökologisches Brimborium. Dazu Abschaffung sozialpolitischer Rechtspositionen und rigorose Zwangsmaßnahmen gegen Erwerbslose. Als Superminister für Wirtschaft und Arbeit darf und soll Clement die Vorschläge der Hartz-Kommission um- und das Primat von "Sozialpflichten" vor "Sozialrechten" durchsetzen. Die Bundesregierung will die Kürzung von Sozialleistungen, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und verschärfte Zwangsmaßnahmen gegen Erwerbslose zwar mit den Gewerkschaften besprechen, sich aber von deren möglichen Bedenken nicht beirren lassen. Da wird Clement mehr Härte zugetraut als dem Gewerkschafter Walter Riester.

Und in dieser Hinsicht ist Clement grüner als die Grünen. Denn in Sachen Wirtschafts- und Sozialpolitik sind die Grünliberalen der Motor für Sozialabbau, Deregulierung und Zwang. So setzen sich die Grünen lautstark für die Senkung der Lohnnebenkosten ein, und die grüne Steuerexpertin Christine Scheel würde den Niedriglohnsektor gern flächendeckend ausbauen.

Es waren ebenfalls die Grünen, die als erste den zaghaften Versuch einiger LänderministerpräsidentInnen gedeckelt haben, doch mal wieder über Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und Unternehmensbesteuerung nachzudenken. Wen wundertÆs bei einer Partei, die im Grunde von der gleichen sozialen Basis wie die FDP getragen wird.

Ansonsten bleibt alles wie gehabt: ein bisschen ökologische Symbolik, soweit es die Industrie- , Atom- und Agrarlobbies zulassen; ein bisschen Symbolik bei Minderheitenrechten, sofern Schilys Law-and-Order-Linie erhalten bleibt; ein bisschen Frieden, wenn die Staatsräson nicht gerade wieder Krieg erfordert.

Das Wahlvolk hat sich für Ariel ultra statt für Stoiber-Persil entschieden. Doch die Farben der neuen rot-grün-scharz-gelben Einheitsfront bleichen allesamt aus; was bleibt, ist das unansehnliche Gewebe des neuen Modell Deutschlands. Die Opfer und GegnerInnen einer Herrschaft der Clementinen haben nur einen Trost: Dieses Produkt ist 100% abbaubar!